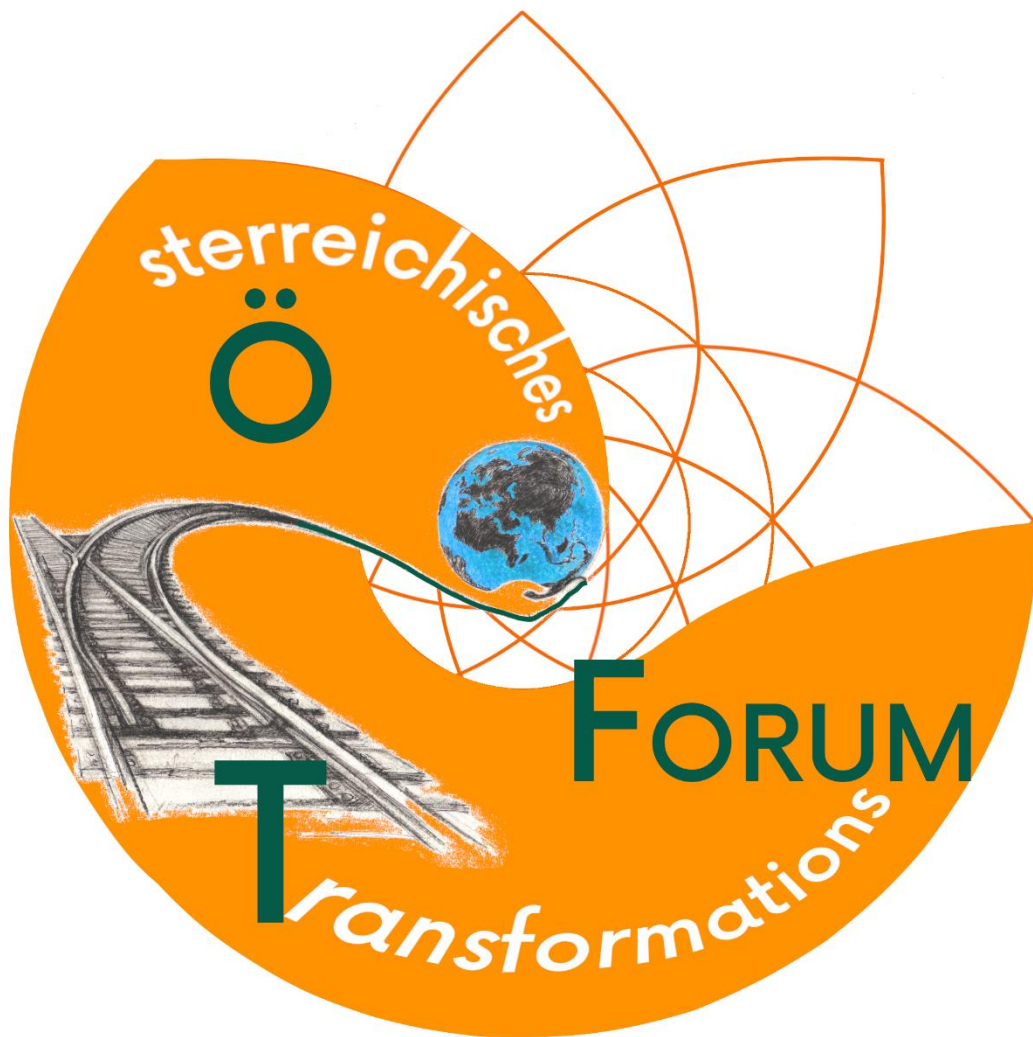


Österreichisches Transformationsforum 2025

Ernst Furlinger / Sarah Haider-Nash (Hg.)

www.donau-uni.ac.at





Ernst Furlinger, Sarah Haider-Nash (Hg.)

Zweites Österreichisches Transformationsforum.

Zivilgesellschaftliche Kooperation für den sozial-ökologischen Wandel

Dokumentation

Impressum

University of Krems Press 2026

ISBN 978-3-903470-26-2

<https://doi.org/10.48341/pty3-ed95>

Product safety according to EU regulation: bibliothek@donau-uni.ac.at

Print: tredition GmbH, Heinz-Beusen-Stieg 5, 22926 Ahrensburg

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Für die Inhalte ist der Verlag verantwortlich. Jede Verwertung ist ohne seine Zustimmung unzulässig. Die Publikation und Verbreitung erfolgen im Auftrag des Verlags, zu erreichen unter: University of Krems Press, Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30, 3500 Krems, Austria.

Die gendergerechte Schreibweise in den Beiträgen wurde redaktionell vereinheitlicht und ein Gender-Doppelpunkt verwendet.

Fotos: Walter Skokanitsch

Visualisierungen: Edith Steiner-Janesch

Titelbild und Logo Transformationsforum: Sung Min Kim

Layout: Andrea Hörtl

Korrektur: Christa Leitenbauer

Redaktion: Ernst Furlinger (Abk.: EF)

Betreuung seitens University of Krems Press: Dominik Gruber

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	13
1. Standortbestimmung – Das österreichische Transformationsforum als Ermutigungsort.....	35
2. Vorbereitungsseminar “Bodenschutz von unten”	71
Aktueller Stand Bodenschutz und Raumplanung in Österreich.....	71
Bodenfunktionen und -gefährdungen.....	79
Interdisziplinärer Austausch mit ExpertInnen verschiedener Bereiche.....	89
3. Zweites Österreichisches Transformationsforum: Konferenz.....	97
Keynotes	111
Podiumsdiskussion.....	129
Dialog in Kleingruppen.....	145
Parallele Präsentationen und Workshops.....	165
4. Projektschmiede	271
5. Dialogworkshop	281
6. Anhang	287
Lokale Bodengovernance	287
Transformation passiert JETZT	297
Woraus Transformation erwächst	301

„Ich glaube, es ist noch wichtiger, der Gesellschaft ein überzeugendes Narrativ anzubieten, wie eine Zukunft besser, wertschöpfender und gesünder sein könnte. Wir müssen aus der Mitte der Gesellschaft heraus Allianzen bilden und Geschichten entwickeln einer guten Zukunft, in der jeder Mensch gerne vorkommen würde. Ich glaube, wir Wissenschaftler haben bisher die Kraft der Narrative, der guten Geschichten unterschätzt. Und an denen können Künstler mitwirken, Schauspieler, normale Menschen, Verbände, Politiker (...). Wie können wir ungewöhnliche Allianzen bilden, um gute Geschichten der Zukunft zu entwickeln?“¹

Hans Joachim Schellnhuber

¹ Hans Joachim Schellnhuber: „Das Klimasystem beginnt zu zappeln“ (Interview): ORF Science, 1. Dezember 2023, [https:// science.orf.at/stories/3222393/](https://science.orf.at/stories/3222393/) Schellnhuber gehört zu den renommiertesten Klimaforschern weltweit und ist seit Dezember 2023 Generaldirektor des Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse (IIASA) in Laxenburg (NÖ).

Vorwort

Das Erste Österreichische Transformationsforum, das von 5.-6. März 2024 an der Universität für Weiterbildung Krems in Form einer Konferenz stattgefunden hatte, wurde 2024/25 in Form eines mehrteiligen Prozesses weitergeführt, und zwar mit einem Fokus auf das Thema Bodenschutz in Österreich:

1. Vorbereitungsseminar „Bodenschutz von unten“ (Wien, 18. November 2024)
2. Zweites Österreichisches Transformationsforum (Krems, 25.-26. Februar 2025)
3. Projektschmiede (Wien, 28. April 2025)
4. Dialog-Workshop Politik-Administration-Zivilgesellschaft (Wien, 13. Juni 2025)

Wir danken allen Kooperationspartnern, die zu diesem Prozess beigetragen haben: Für die intensive inhaltliche Zusammenarbeit danken wir vor allem der Fachgruppe Bodenverbrauch der scientists4future, namentlich Univ.-Ass. DI Barbara Steinbrunner MSc (TU Wien) und der Koordinatorin der Fachgruppe Dr. Christina Hummel (AGES), ebenso allen Fachleuten und Delegierten der Organisationen, Bewegungen und Initiativen, die an den verschiedenen Veranstaltungen mitgewirkt haben.

Wir danken den Mitgliedern der Steuerungsgruppe des Österreichischen Transformationsforums, die die Initiative wesentlich tragen und begleiten.

Wir danken der Leiterin der Plattform für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) Dr. Christina Hainzl für die Unterstützung und das Vertrauen. Dr. Andrea Hörtl herzlichen Dank für den letzten Schliff des Layouts, Dr. Sung Min für das dynamische Titelbild „Miteinander“.

Wir danken allen Fördergebern und Sponsoren, die die Durchführung der Veranstaltungen ermöglicht haben: Arbeiterkammer Wien; Austrian Development Agency; Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie; eco plus; Evangelische Kirche Österreich; Katholische Aktion Österreich; Klima- und Energiefonds; Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz; Land Niederösterreich; Österreichische Ordenskonferenz; Österreichische Hagelversicherung; Stadt Krems. Wir danken Herrn Rektor Mag. Faulhammer, der sich persönlich beim Fundraising engagiert hat.

Wir hoffen, dass das Zweite Österreichische Transformationsforum einen weiterführenden Beitrag zur Aktivierung der Zivilgesellschaft, speziell zum Bewusstsein für die Bedeutung des Bodens und damit für einen wesentlichen Aspekt des transformativen sozial-ökologischen Wandels leistet. Das Transformationsforum will den gesellschaftlichen Mut und die zivilgesellschaftliche Kooperation dafür fördern, das Zusammenleben von einer positiven Zukunft her gemeinsam zu gestalten.

Ernst Furlinger

Sarah Haider-Nash

Plattform für Nachhaltige Entwicklung (SDGs)

Universität für Weiterbildung Krems

Zweites Österreichisches Transformationsforum

Zivilgesellschaftliche Kooperation für den sozial-ökologischen Wandel

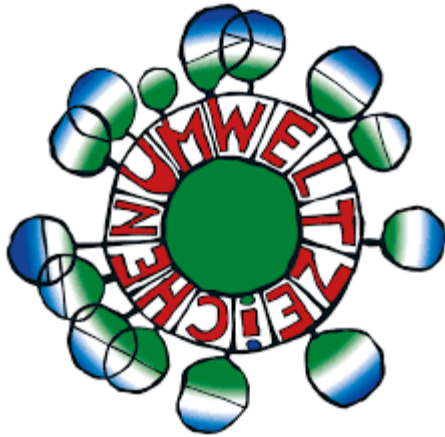
Mitwirkende Organisationen, Initiativen und soziale Bewegungen

Allianz für Klimagerechtigkeit
Allianz für Substanz
Arbeiterkammer Wien
Architekturnetzwerk ORTE
Architekturzentrum Wien
Attac
Austrian Guides For Future
Bahai'i Gemeinschaft Österreich
Bauen ohne Boden
BirdLife Österreich
Bodenbündnis Österreich
Brennpunkt Werft Korneuburg
Bundeskammer der Ziviltechniker:innen
Büro für Mitwirkung, Stadt Wien
Caritas Österreich
CEOS For Future
Circular Economy Forum Austria
Circular Lab
Climate Change Center Austria
Climate Lab
CliMates Austria
Diakonie Österreich
Die Textilfabrik
Enkeltaugliches Österreich
Europäisches Bodenbündnis (ELSA)
Evangelische Kirche A. und H.B. in Österreich

Evangelisch-Methodistische Kirche Österreich
Extinction Rebellion Austria
Faktor D – Hub für Demokratie
Forschungsverbund Politische Ökologie, Univ. Wien, Institut für Politikwissenschaft
Forum Katholische Erwachsenenbildung in Österreich
Freie Syrische Gemeinde
Fridays For Future Austria
Gemeinwohl-Ökonomie Österreich
Global 2000
Grad Recht. Initiative für ein klimafreundliches Rechtswesen
Grandparents For Future
Health For Future Austria
IG Kultur Österreich
Initiative Bauen ohne Boden
Initiative Zivilgesellschaft
International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA)
International Karl Polanyi Society
Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich
Ja-Demokratie
Katholische Aktion Österreich
Katholische Aktion Wien
Katholische Arbeitnehmer:innen-Bewegung Österreich
Katholische Jugend Österreich
Katholische Jungschar Österreichs
Klimabündnis Österreich
KlimaKollekte
KlimaKonkret
Klimavolksbegehren Österreich
Kompetenzzentrum Alltagsökonomie
Konferenz der Kirchlichen Umweltbeauftragten Österreichs
Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für Internationale Entwicklung und Weltkirche
Kulturverein österreichischer Roma
Landwirtschaftskammer Niederösterreich
Momentum-Institut

Munus-Stiftung
Muslimische Frauengesellschaft in Österreich
Naturfreunde Österreich
Naturfreundejugend Österreich
Naturschutzbund Österreich
Netzwerk Grundeinkommen
Niederösterreichische Arbeitsgemeinschaft Offene Jugendarbeit
Ökobüro - Allianz der Umweltbewegung
Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES)
Österreichische Armutskonferenz
Österreichischer Biodiversitätsrat/ Netzwerk Biodiversität
Österreichische Bodenkundliche Gesellschaft
Österreichische Buddhistische Religionsgesellschaft
Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT)
Österreichischer Gewerkschaftsbund
Österreichische Hagelversicherung
Österreichische Hochschülerschaft
Österreichische Jungarbeiterbewegung (ÖJAB)
Österreichische Klein- und Bergbäuer:innen-Bewegung
Österreichische Liga für Menschenrechte
Österreichische Ordenskonferenz
Österreichischer Alpenverein
Österreichischer Biodiversitätsrat
Österreichischer Blasmusikverband
Österreichische Bodenkundliche Gesellschaft
Österreichischer Bundes-Feuerwehrverband
Österreichischer Frauenring
Österreichischer Gemeindebund
ÖGNI
Österreichisches Rotes Kreuz
Parents For Future
Pfadfinder- und Pfadfinderinnen Österreich
Pioneers of Change
Protect Our Winters
Religions For Future Vienna

respACT – Austrian Business Council for Sustainable Development
Ring Österreichischer Bildungswerke
Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen
Scientists For Future Austria, Fachgruppe Bodenverbrauch
SDG Watch
SOL - Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil
SOS Mitmensch
Sportunion Österreich
Stiftung Común
Südwind Österreich
SustainLabel – Kinder- und Jugendorganisation für eine nachhaltige Zukunft
Teachers For Future
Transition Town Friesach – Friesach im Wandel
TU Wien, Forschungsbereich Bodenpolitik und Bodenmanagement
TUN. Green Deal Vorarlberg – die Klimabewegung der Vorarlberger Unternehmen
Umweltdachverband
Verband Österreichischer Volkshochschulen
Verein des österreichischen Klimarats der Bürger:innen
Verein Verkehrswende
Vorarlberger Architektur Institut
Workers For Future
WWF Österreich
Zentrum für nachhaltige Gesellschaftstransformation, Universität Graz (RCE Graz)
Zusammenhalt Niederösterreich



Die Konferenz "Zweites Österreichisches Transformationsforum" wurde auf Basis der Kriterien für "Green Meetings" durchgeführt. "Green Meeting"-Beauftragte war Dr. Sarah Haider-Nash.

Wir danken folgenden Fördergebern (Gestaltung: Sung Min Kim):





Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz

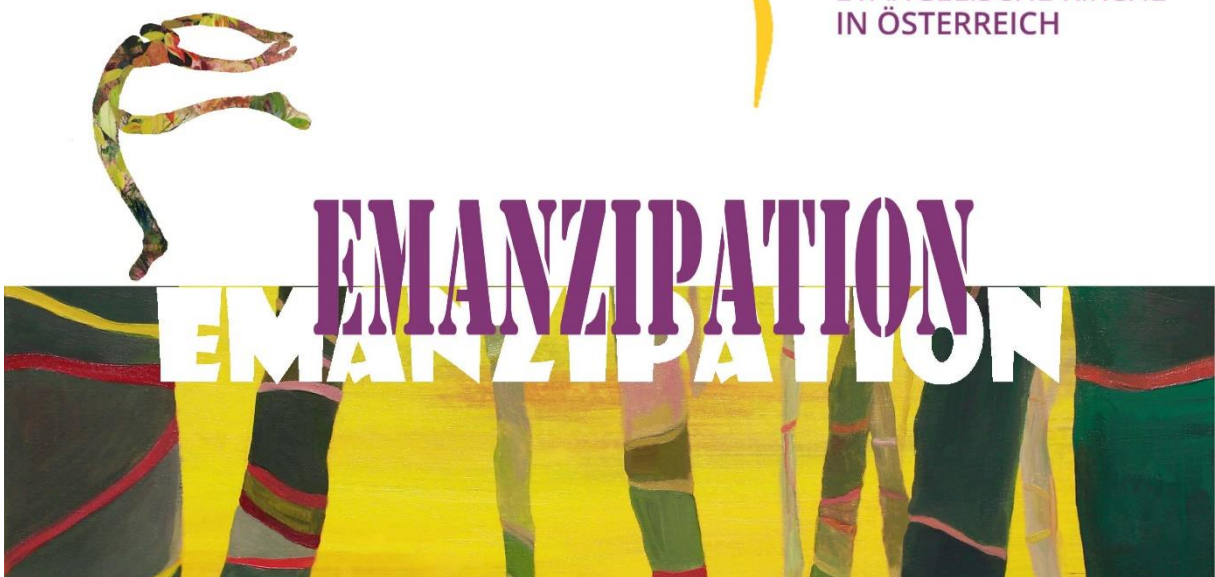


 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie





EVANGELISCHE KIRCHE
IN ÖSTERREICH





CARE



Katholische Aktion
Österreich



SPIRITUALITÄT

SPIRITUALITÄT





REGENERATIV IV

klima+
energie
fonds



MUT





Ordensgemeinschaften Österreich
Österreichische Ordenskonferenz



HOFFENUNG HOFFENUNG



krems



PAR PARTIZIPATION



„Miteinander“ von Kim Sung Min und Ko Ja-Young (2025) – Digital Art

Zum Bild „Miteinander“ von Kim Sung Min und Ko Ja-Young (2025)

Das Bild „Miteinander“ wurde von den beiden Künstlerinnen Kim Sung Min und Ko Ja-Young für das Zweite Österreichische Transformationsforum 2025 geschaffen. Es wurde bei der Konferenz (25. - 26. Februar 2025) zur Eröffnung auf die Hauptbühne projiziert. Wir danken Dr. Kim Sung Min (Wien) für das Engagement und die folgende Beschreibung. Titel und Thema des Bildes waren vom Auftraggeber nicht vorgegeben, sondern stammen von ihr.

In Übereinstimmung mit dem Zweck des Transformationsforums wurde „nachhaltige Symbiose“ für ein nachhaltiges Leben als Thema gewählt. Bei der Verfolgung des Ziels einer nachhaltigen Symbiose ist die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit eine wichtige Leitlinie für alle Aktivitäten. Soziale Gerechtigkeit kann verwirklicht werden, wenn die Achtung anderer Persönlichkeiten die Grundlage dieser Aktivitäten bildet. Darüber hinaus wird sich erst dann eine grundlegende Veränderung in unserem Leben vollziehen, die zu einem nachhaltigen gemeinsamen Leben führt, wenn wir uns der Wertigkeit, Würde und Erhabenheit der Natur und aller Lebewesen bewusstwerden.

Dabei wurde versucht, Charakteristika der östlichen und westlichen Malerei zusammenzubringen sowie lineare und flächige Elemente zu verbinden. Die Energien der Natur sollten durch lineare Zeichnungen menschlicher Bewegungen ausgedrückt werden. Den Hintergrund bildet die einzigartige traditionelle Volkskunstform „Munjado“ (Buchstabenbild), die sich im 18./19. Jahrhundert in Korea entwickelt hat und mit der Typografie vergleichbar ist. Traditionell wurden chinesische Schriftzeichen verwendet, die konfuzianische Tugenden wie „Pietät“ oder „Loyalität, ebenso positive Werte wie „Langlebigkeit“, „Erfolg“ oder „Glück“ bezeichnen. Mit einem solchen Schriftzeichen wird ein Bild gestaltet, das in Wohnungen angebracht wird und so an diese Tugenden und Werte im Alltag erinnert und sie belebt. Durch tänzerische Bewegungen wollte ich die Buchstaben des Wortes „Transformation“ zum Ausdruck bringen, um so die Botschaft der Veranstaltung zu verstärken. Tanz ist eine der schönsten menschlichen Handlungen. Nur durch Handeln kommt es zu Transformation.

Die zugrunde liegenden Zeichnungen wurden direkt mit Tusche auf Papier angefertigt und mittels digitalem Prozess mit den floralen Arbeiten von Ko Ja-Young (Seoul) kombiniert.

Für dieses Projekt schlug die südkoreanische Künstlerin Ko Ja-Young vor, Schriftzeichen zu verwenden, und ihre Werke zum Thema Pflanzen wurden für die digitale Bearbeitung verwendet. Im Allgemeinen sublimiert sie in ihrem künstlerischen Schaffen fragmentarische und bruchstückhafte Elemente zu einer koexistierenden Schönheit. Für sie sind Bilder eine virtuelle, alternative Welt, in der sogar kleine Lebewesen ihren eigenen Daseinswert verwirklichen.

Kim Sung Min: geb. 1971 in Seoul; Kunststudium an der Seoul National University. Lebt in Wien.

Ko Ja-Young: geb. 1971 in Seoul; Kunststudium an der Seoul National University. Lebt in Seoul.





TRANSFORMATION

Typographien von Kim Sung Min (2025)



1. Standortbestimmung

Das Österreichische Transformationsforum als Raum zivilgesellschaftlicher Ermutigung und Ermächtigung

Ernst Furlinger²

Der folgende Beitrag stellt den Versuch einer Standortbestimmung der Initiative „Österreichisches Transformationsforum“ im Gefolge der zweiten Konferenz dar, aus der subjektiven Sicht der Projektleitung. Die Überlegungen bilden eine Brücke zum kommenden, dritten Österreichischen Transformationsforum am 17. November 2026 unter dem Titel „Zuversicht Demokratie“. Es wird sich der Resilienz der liberalen Demokratie und der Zivilgesellschaft in Österreich widmen. Es wird um demokratiepolitische Reformschritte in Richtung einer resilienten liberalen, repräsentativen und partizipativen demokratischen Ordnung 2.0 gehen, die zukunfts- und widerstandsfähig ist. Dabei könnte ein zivilgesellschaftlicher Beitrag zum geplanten Verfassungskonvent der Bundesregierung abgestimmt werden.

1. Ein Beitrag zu einer lebendigen Demokratie: öffentlicher Ort für Zukunftsfragen

Beim „Österreichischen Transformationsforum“, das im Frühjahr 2024 zum ersten Mal durchgeführt wurde, geht es derzeit primär um einen koordinierten Beitrag der Zivilgesellschaft³ zum dringend notwendigen sozial-ökologischen Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft, und zwar vor allem im Sinn der möglichst raschen strukturellen Transformation großer Sektoren (Energie, Mobilität, Produktion usw.), und der staatlichen Umsetzung von nachhaltigen „Strukturen für ein klimafreundliches Leben“. ⁴ Der Fokus des Transformationsforums liegt bei der Unterstützung von systemischen Maßnahmen, Strukturveränderungen und staatlicher Ordnungspolitik von Seiten der Zivilgesellschaft – und setzt sich so ab von einer verbreiteten Individualisierung des Klimaschutzes, die die primäre Verantwortung der/dem Einzelnen und ihrer/seiner Veränderungsbereitschaft aufbürdet.⁵ Wichtig ist die

² Dem Schuhmacher, Organisten und Theologen Karl Anton Immervoll in freundschaftlicher Bewunderung und mit Respekt und Dank für sein unermüdliches und visionäres zivilgesellschaftliches Engagement seit über 50 Jahren v.a. im Bereich einer Erneuerung der sozialen Sicherung (siehe „Sinnvoll tätig sein. Wirkungen eines Grundeinkommens“ 2019), der lokalen Aufarbeitung von NS-Geschichte, Solidarität mit Armgemachten und der Konvivialität in der religiös und kulturell pluralen Gesellschaft gewidmet.

³ Zur Geschichte des Begriffs „Zivilgesellschaft“ (Civil Society) und Theorien der Zivilgesellschaft siehe Frank Adloff: *Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis*, Frankfurt a.M./ New York: Campus 2005; Jürgen Kocka: „Zivilgesellschaft in historischer Perspektive“: *Forschungsjournal NSB* 16 (2003), Heft 2, 29-37.

⁴ Christoph Görg/ Verena Madner/ Andreas Muhar/ Andreas Novy et al. (Hg.): *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben*, Berlin: Springer Spektrum 2023.

⁵ Siehe dazu Sighard Neckel: *Katastrophenzeit. Die Gesellschaft im Klimawandel und die Fallstricke der Transformation*, München: Beck 2026, Kapitel 3 „Der Klimawandel und das Individuum“.

völlige parteipolitische Unabhängigkeit dieses neuen Netzwerks. Langfristig ist das Transformationsforum ein neues demokratisches Instrument, das mit Blick auf die dramatischen Folgen einer globalen Erwärmung der Erdatmosphäre in den nächsten Jahrzehnten bereits jetzt präventiv vorausschauend aufgebaut und institutionalisiert wird. Derzeit prognostiziert die UNO-Umweltbehörde auf Basis der aktuell versprochenen nationalen Beiträge (NDCs) die durchschnittliche Erwärmung der globalen Oberflächentemperatur auf 2,3 – 2,5 Grad bis 2100 ein, auf Basis der derzeitigen Politik auf 2,8 Grad.⁶ Das Ziel des Transformationsforums ist zweifach: einerseits heute zu einer möglichst raschen Emissionsreduktion in allen Sektoren (v.a. Energie, Verkehr) beizutragen, aber zugleich sich als Gesellschaft darauf vorzubereiten, dass die Pariser Klimaziele bis 2050 realistisch betrachtet global nicht erreicht werden und sie mit den massiven Folgen des Kollapses des Klimasystems und anderer ökologischen Systeme konfrontiert sein wird, der nach Einschätzung einer wachsenden Zahl von Experten mit einem gesellschaftlichen Kollaps verbunden sein dürfte.⁷ Dann wird es darum gehen, sich in der globalen Notsituation auf nationaler Ebene nicht einfach passiv auf die professionellen politischen, staatlichen Institutionen zu verlassen, sondern die umfassenden komplexen Herausforderungen als Gesellschaft selbst möglichst koordiniert und konstruktiv anzugehen, in Zusammenarbeit mit Regierungen und Parlamenten von Bund und Ländern sowie mit den anderen Ländern. Unaufgebbare Norm dabei, an der nicht gerüttelt werden darf, ist eine universalistische Ethik, die dem modernen demokratischen Rechtsstaat und Menschenrechtssystem zugrunde liegt. Wie eine kluge Schachspielerin denkt die Initiative bereits viele Züge voraus, um sich auf der lokalen Ebene präventiv auf die Zukunft in einem global gewandelten Klimasystems und des galoppierenden Überschreitens der planetaren Grenzen vorzubereiten. Das Transformationsforum beginnt bereits jetzt, die für eine „Demokratie im Feuer“ (Jonas Schaible) der planetaren Zivilisationskrise überlebensnotwendigen Haltungen, Werte und Prinzipien zu üben und zu festigen - nämlich breiter Dialog, breite pragmatische Kooperation über Bereiche und Weltanschauungen hinweg, Kompromisse zwischen Akteur:innen unterschiedlicher ideologischer Positionen zugunsten gemeinsamer Ziele.⁸ Schon jetzt wird vorausblickend eine institutionelle Struktur für eine demokratische Koordination der Zivilgesellschaft aufgebaut, die dann stabil und funktionierend sein soll, wenn die Einschlüge aufgrund der Klimakatastrophe noch dichter und massiver werden. Damit leistet das Transformationsforum einen Beitrag zu einer lebendigen demokratischen Zivilkultur in Zeiten der Mehrfachkrisen. Es stellt eine Selbstermächtigung der Zivilgesellschaft gegenüber Staat und Wirtschaft dar – und zwar eine Selbstermächtigung in konstruktiver Form, durch Kooperation, Austausch, Vernetzung, Verbundenheit über seines gleichen hinaus, und nicht in Form einer „Illusion der Selbstermächtigung“ durch Hass auf Andere, Polarisierung.⁹

⁶ Vgl. UNEP: Emissions Gap Report 2025: Off Target, <https://www.unep.org/resources/emissions-gap-report-2025>

⁷ Vgl. Jem Bendell: Breaking together: a freedom-loving response to collapse, Bristol: Good Works 2023. Internetquelle: <http://insight.cumbria.ac.uk/id/eprint/7235/>

⁸ Siehe dazu: Sieglinde Rosenberger: „Den politischen Kompromiss wiederbeleben“: Standard 25./26. April 2026, 35; Avishai Margalit: Über Kompromisse – und faule Kompromisse. Aus dem Englischen von Michael Bischoff, Berlin: Suhrkamp 2011.

⁹ Vgl. Rebekka Heinrich: Zukunft ist kein Männerding. Wie Frauen sich in einer Welt durchsetzen, die es ihnen schwer machen will, München: Heyne, 2026, 81.

Entgegen einer engen Auffassung von Demokratie, die sie auf den Wettbewerb politischer Parteien bei Wahlen und staatliche Institutionen beschränkt, betont der deutsche Philosoph Julian Nida-Rümelin in seinem Buch „Was Demokratie ausmacht und wie sie aus der Krise kommt“: Demokratie besteht nicht nur aus Verfahren und Institutionen, sondern auch aus einer demokratischen Zivilkultur, die u.a. von gegenseitiger Anerkennung, gegenseitigem Respekt, Toleranz, Dialogbereitschaft, Kompromiss- und Kooperationsbereitschaft und konstruktiver Konfliktlösung und Konsensfindung geprägt ist.

„Demokratie ist eben nicht nur eine institutionelle Struktur, sondern auch eine humane Lebensform, die wir erhalten und mit neuer Vitalität ausstatten müssen.“¹⁰

Im gleichen Atemzug muss die wesentliche Bedeutung des demokratischen, rechtsstaatlichen Institutionengefüges unterstrichen werden, die den Rahmen des gesellschaftlichen Dialogs bildet und ihn ermöglicht. Ebenso sind politische Parteien für das demokratische Geschehen unerlässliche Instrumente. Statt einer bloßen „Zuschauerdemokratie“, in der sich das politische Handeln der Bürger:innen hauptsächlich auf Wahlvorgänge, das Wählen der politischen Repräsentant:innen beschränkt, wirkt eine aktive Zivilgesellschaft an einer lebendigen Demokratie mit. Das „Österreichische Transformationsforum“ versteht sich als Teil davon. Es gilt, angesichts einer weitgehenden Trennung von professionellem politischen System und allgemeiner Zivilgesellschaft, die häufig zu einem Ohnmachtsgefühl der Bürger:innen in der Wahl-Demokratie beiträgt („man kann eh nichts ändern“) hergebrachte Mechanismen der institutionellen Politik im 21. Jahrhundert zeitgemäß und innovativ weiterzuentwickeln, in Richtung einer stärker partizipativen und resilienten Demokratie, einem konstruktiven intensiven Austausch zwischen politischen Parteien und Zivilgesellschaft.¹¹ Die repräsentative, liberale, rechtsstaatliche moderne demokratische Ordnung muss – angesichts vielfältiger Bedrohungen von innen und außen – weiterentwickelt werden, um auf die gegenwärtigen epochalen Herausforderungen adäquate Antworten geben zu können – als Teil lebendiger, gesunder, resilienter Demokratie. Einen breit abgestimmten Beitrag der Zivilgesellschaft zum geplanten Verfassungskonvent der Regierung zu koordinieren, könnte eine wichtige zukunftsorientierte Aufgabe des Prozesses „Drittes Österreichisches Transformationsforum“ werden, einschließlich der Kooperation mit anderen zivilgesellschaftlichen Netzwerken wie Österreichisches Netzwerk der Zivilgesellschaft, Bündnis 2025, Österreichische Armutskonferenz oder Bündnis Gemeinnützigkeit.

Demokratien sind gegenwärtig weltweit – von innen wie von außen – unter Druck und in Bedrängnis. Ihre Krisen und Zerfallserscheinungen können nicht nur mit kurzfristigen tagespolitischen Faktoren erklärt werden, sondern reichen tiefer: Sie haben komplexe tiefliegende strukturelle, soziale, politische und ökonomische Ursachen, die

¹⁰ Julian Nida-Rümelin: Was Demokratie ausmacht und wie sie aus der Krise kommt, München: Piper, 2025, 16.

¹¹ Siehe dazu u.a. Philippe Narval: Die freundliche Revolution. Wie wir gemeinsam die Demokratie retten, Wien/ Graz/ Klagenfurt: Molden, 2018; Patrizia Nanz/ Charles Taylor/ Madeleine Beaubien Taylor: Das wird unsere Stadt. Bürger:innen erneuern die Demokratie, Hamburg: Edition Körber 2022.

sich in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt haben.¹² Die empirische Demokratieforschung konstatiert gegenwärtig: „Wir befinden uns inmitten einer demokratischen Rezession und erleben, so scheint es, einen Siegeszug des autokratischen Modells.“¹³ Laut dem Demokratiebericht (V-Dem Report) 2025 der Universität Göteborg (Schweden) lebten im Jahr 2024 erstmals seit 20 Jahren mehr Menschen in Autokratien als in Demokratien: Die Welt hat 88 (liberale und elektorale) Demokratien und 91 Autokratien. Österreich wird vom V-Dem Bericht seit 2022 nur mehr als elektorale Demokratie eingestuft, so wie beispielsweise Griechenland, Slowenien, Israel, und zwar aufgrund von Mängeln bei der Rechtsstaatlichkeit, wegen Korruptionsvorwürfen und mangelnder Transparenz im Gesetzesvollzug.¹⁴ Die liberale Demokratie ist nun - mit 29 Ländern, so wie zuletzt 1990 - die am wenigsten verbreitete Regierungsform weltweit. Fast drei von vier Personen (5,8 Milliarden; 72% der Weltbevölkerung) leben in Autokratien.¹⁵ Davon sind 56 elektorale Autokratien und 35 geschlossene Autokratien.¹⁶ Gleichzeitig erleben wir in verschiedenen Ländern neue Demokratiebewegungen, die oft von Frauen geführt werden, z.B. im Sudan, Belarus, Iran, Polen.¹⁷

Angesichts der Klimakrise und der bislang unzureichenden Maßnahmen, die globalen Treibhausgasemissionen zu reduzieren und die Erwärmung der Atmosphäre und Ozeane abzubremsen, stellen viele die grundsätzliche Fähigkeit der liberalen Demokratien, eine derart epochale, komplexe, globale Bedrohung bewältigen zu können, in Frage. Es werden zunehmend Stimmen laut, die zugunsten der raschen, durchschlagskräftigen Umsetzung von Klimaschutz eine postdemokratische, postliberale politische Ordnung fordern, z.B. in Form eines kriegswirtschaftlichen Degrowth-Regimes oder eines Degrowth-Kommunismus.¹⁸ Sighard Neckel hat dazu festgestellt:

„Versteht man unter einem radikalen ökologischen Umbau hauptsächlich eine öffentliche Erziehung zur Nachhaltigkeit, erwächst daraus die Gefahr einer Hybris, deren Protagonisten sich mit den unbestreitbarsten Gründen („Rettung

¹² Siehe dazu u.a. die Analysen von Craig Calhoun/ Dilip Parameshwar Gaonkar/ Charles Taylor: Zerfallerscheinungen der Demokratie. Aus dem Englischen von Andreas Wirthenson (orig. Degenerations of Democracy, 2022), Berlin: Suhrkamp 2024.

¹³ Shila Behjat: Frauen und Revolution, München: Hanser, 2025, 13.

¹⁴ „Für Österreich ist ein deutlicher Rückgang des Indikators für transparente Gesetze und berechenbare Durchsetzung eine entscheidende Veränderung, die dazu beigetragen hat, dass Österreich unter die Kriterien für eine liberale Demokratie gefallen ist.“ (V-Dem Institute: Democracy Report 2022, 14).

¹⁵ V-Dem Institute: Democracy Report 2025. 25 Years of Autocratization – Democracy Trumped?

¹⁶ Elektorale Autokratien (z.B. Türkei, Russland, Indien, Serbien, Georgien) sind nach der Definition des V-Dem Institute Regime mit Wahlen, aber ohne echte demokratische Freiheiten wie freie Meinungsäußerung oder unabhängige Justiz. In geschlossenen Autokratien (z.B. China, Nordkorea, Libanon, Nigeria, Gabun, Vietnam) fehlen darüber hinaus formale Wahlen, werden grundlegende Rechte stark unterdrückt.

¹⁷ Siehe dazu Saskia Brechenmacher/ Erin Jones/ Özge Zihinioglu: „On the Front Lines: Women’s Mobilization for Democracy in an Era of Backsliding“. Carnegie Endowment for International Peace, 21. März 2024 (Hinweis: Behjat, Frauen 115).

¹⁸ Siehe Kohei Saito: Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus, München: dtv 2023; Vortrag Planung von Rückbau, Umbau Aufbau (Hamburger Kolleg-Forschungsgruppe „Zukünfte der Nachhaltigkeit“, Workshop „Degrowth, Planung, Transformation“, 17.3.2025). Hinweis: Neckel: Katastrophenzeit, 168.

der Erde“) zu den weitestgehenden Maßnahmen der Kontrolle berechtigt sehen, damit aber genau das Ziel der ökologischen Rettung verfehlen.“¹⁹

Das Transformationsforum geht von der grundlegenden Voraussetzung aus, dass die liberale rechtsstaatliche Demokratie und die „offene Gesellschaft“ (Karl Popper) der geeignete Rahmen für den sozial-ökologischen Umbau und die Bewältigung der damit verbundenen Transformationskonflikte ist, und zwar gerade wegen der Konflikthaf-tigkeit der Demokratie:

„Aus der Unverträglichkeit materieller Interessen und kultureller Lebensmus-ter, aus den Zielkonflikten, die sich im Zuge eines ökologischen Umbaus erge-ben, folgt, dass sozial-ökologischer Wandel nur durch ausgetragene Konflikte überhaupt möglich wird. Auf sie zu verzichten, hieße, den Kampf gegen den Klimawandel selbst einzustellen.“²⁰

Und im gleichen Atemzug muss festgestellt werden: Die traditionellen institutionellen Mechanismen und Strukturen müssen jedoch klug und sorgfältig weiterentwickelt und erneuert werden, um die liberale repräsentative rechtsstaatliche Demokratie zu-kunftsfit zu machen. In welche Richtung muss diese Weiterentwicklung gehen? Sieg-linde Rosenberger stellt dazu fest:

„Nach innen und nach außen – in Richtung transnationaler Entitäten und nati-onale Räume übergreifend = d.h. es braucht Akzeptanz über den Nationalstaat hinaus, für die EU und für internationale Abkommen.“²¹

Nur so kann sie dem ungeheuren Problemdruck der globalen ökologischen Krise und anderer Krisen, die sich überlagern, standhalten.²²

Das Transformationsforum versucht zu dieser Weiterentwicklung seitens der Zivilge-sellschaft konstruktiv beizutragen. Es stellt eine spezifische, neue Praxis „deliberativer Demokratie“ in Österreich dar.²³ Im Unterschied zu verschiedenen Formen „delibera-tiver Mini-Öffentlichkeiten“ wie Bürger:innen-Räten oder -jurys, deren Repräsentati-vität durch Zufallsauswahl gewährleistet wird, basiert das Transformationsforum auf dem Delegiertenprinzip: Zivilgesellschaftliche Organisationen entsenden ein bis zwei Delegierte, wobei eine davon aus der jungen Generation kommen soll, um die Stim-men der jungen und zukünftigen Generation gerade in Zukunftsfragen hörbarer zu machen. Die Diskussionen der beiden ersten, breiten Zusammenkünfte 2024 und 2025 zeigen klar die Multiplikator:innenwirkung in die Organisationen hinein auf. In der Auseinandersetzung mit Themen wird Wachstum in Berührung und Erkenntnisge-winn angeregt. Das ist nachhaltig. Es geht nicht um schnelle Ergebnisse, die oft auch wieder verpuffen, sondern um Erkenntnis, die berührt und nachhaltig wirkt. Dies ist

¹⁹ Neckel: Katastrophenzeit, 165.

²⁰ Neckel: Katastrophenzeit, 173.

²¹ Sieglinde Rosenberger: Kommentar zum ersten Entwurf des Textes (E-Mail 12.4.2026).

²² Siehe dazu u.a. Jonas Schaible: Demokratie im Feuer. Warum wir die Freiheit nur bewahren, wenn wir das Klima retten – und umgekehrt, München: DVA, 2023; Hedwig Richter/ Bernd Ulrich: Demo-kratie und Revolution. Wege aus der selbstverschuldeten ökologischen Unmündigkeit, Köln: Kiepen-heuer & Witsch 2024.

²³ Einführung: Michael A. Neblo: Deliberative Democracy between Theory and Practice, Cambridge University Press 2015; Rebecca Willis/ Nicole Curato/ Graham Smith: “Deliberative democracy and the climate crisis”: WIREs Climate Change, vol 13 (2022), iss. 2, e759.

anders als im Vergleich zu Bürger:innen-Räten, deren Empfehlungen an Institutionen der repräsentativen Demokratie übermittelt werden, um sich so an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Warum sind derartige demokratische Innovationen im Sinn deliberativer Demokratie notwendig? Die Autor:innen des Buchs „Demokratie sucht Zukunft“ rund um die Initiative „Mehr Grips – Impulse für eine gute Politik“ (seit 2024) behaupten:²⁴ „Die Parteien“ würden immer stärker das große Ganze, die Zukunftsfähigkeit von heutigen Entscheidungen und Maßnahmen, die Gerechtigkeit gegenüber der heutigen, aber auch der zukünftigen Generationen aus dem Auge verlieren. Sie würden sich tendenziell mehr auf Klientelpolitik für die eigenen Wählergruppen konzentrieren, statt auf das große Ganze des Gemeinwohls und der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit. Die Herausforderungen, vor denen wir jetzt stehen, sind so komplex geworden, dass sie in der jetzigen Struktur der Demokratie mittels Parteipolitik allein nicht mehr erfasst und gelöst werden können. Hier braucht es neue ergänzende Formen des öffentlichen Diskurses.

Aber diese Behauptung in „Demokratie sucht Zukunft“ agiert zu stark mit einer verbreiteten, wohlfeilen Dynamik pauschaler Parteien-Schelte und -Verdrossenheit mit, die alle politischen Parteien in einen Topf wirft. Eine selbstkritische Zivilgesellschaft sollte eher überlegen: Wie können Parteien seitens der Gesellschaft/ Wählerschaft unterstützt werden, dass sie nicht verlieren, wenn sie eben nicht in Legislaturperioden denken und agieren?²⁵

Gerade im Fall der Klimapolitik wird es deutlich: Das Handeln von Regierungsparteien ist häufig primär an spezifischen, kurzfristigen Einzelinteressen u.a. der Automobil- und Zulieferindustrie, der Landwirtschaft und anderer Machtgruppen in der Gesellschaft ausgerichtet. Ein weiterer Faktor ist sicherlich parteipolitische Taktik, die Ängstlichkeit der Mitte-Parteien angesichts der Wahlerfolge rechtspopulistischer politischer Parteien beeinflusst, die gegenwärtig noch mit Blockaden der nötigen Energiewende und dem Bewirtschaften von Veränderungsunwilligkeit, Zukunfts-Verweigerung und Transformations-Ängsten in Teilen der Bevölkerung punkten können (Stichworte: Kampf gegen Windräder und Verbrenner-Aus). All das und weitere Faktoren tragen zur gegenwärtig dominierenden Politik des klimapolitischen Zögerns in den meisten Ländern bei. Eine ambitionierte, entschlossene, sachlich adäquate Klima- und Umweltpolitik im Sinn des Wohls aller – einschließlich der zukünftigen Generationen, der Menschen im Globalen Süden und der nicht-menschlichen Lebewesen – wird zumindest verschleppt und verzögert, wenn nicht gar verhindert oder blockiert. Nebenbei werden ökonomisch riskante, kostspielige Abhängigkeiten von Importen fossiler Brennstoffe aus dem Ausland auf unverantwortliche Weise verlängert, wie die globale Energiekrise im Zuge des Kriegs im Iran im Frühjahr 2026 drastisch vor Augen führt.

²⁴ Kurt Guwak/ Judith Kohlenberger/ Laurenz Ennser-Jedenastik: Demokratie sucht Zukunft. Wie Parteien neu gedacht werden müssen, Berlin: Goldegg Verlag 2025.

²⁵ Für diesen Hinweis danke ich Sieglinde Rosenberger (E-Mail 12.4.2026).

Der Leiter des Deutschen Umweltbundesamts Dirk Messner bezeichnet das als „mentale Gegenwartsblockade“, die sich deutlich u.a. in der zähen Debatte um den Verbrennermotor zeigt:

„Daß wir so festhalten an einer Technologie der Vergangenheit, statt klar auf Zukunft zu setzen, von der doch alle wissen, dass sie von der Elektromobilität bestimmt sein wird – das ist für mich Ausdruck einer mentalen Gegenwartsblockade, in der wir stecken. Schon John Maynard Keynes wusste, dass es leichter ist, Neues zu entwickeln, als das Alte zu vergessen.“²⁶

In einer solchen Situation versucht das Transformationsforum, seitens der Zivilgesellschaft ein Gegengewicht zu bilden zu einem kurzatmigen, von Einzelinteressen dominierten Agieren von einzelnen Parteien und Wirtschaftsgruppen in Österreich, das den massiven komplexen Herausforderungen der ökologischen Krisen nicht entspricht. Es versucht, einer zukunftsfähigen Politik politischer Parteien seitens der Zivilgesellschaft den Rücken zu stärken und Aufwind zu verschaffen.

„Wenn Parteien das Feld der Politik immer mehr dazu nutzen, ihren Eigeninteressen zu folgen, dann müssen andere Kräfte dieses Feld stärker betreten und ein Gegengewicht bilden. Politik ist mehr als politische Parteien und Interessensvertretungen. Es müssen jene Kräfte, die nicht in parteipolitischen Organisationen und Institutionen organisiert sind, wieder stärker in Erscheinung treten.“²⁷

Als Ergänzung zur öffentlichen Diskussion über die Medien bildet das Transformationsforum einen neuen öffentlichen Raum, an dem gesellschaftliche Akteur:innen direkt, face to face, ein Gespräch über die zentralen, grundsätzlichen gesellschaftlichen Zukunftsfragen führen, sich darüber verständigen, auch darüber konstruktiv streiten und Interessenskonflikte austragen. Es geht dabei um ein Gespräch, das möglichst informiert und sachlich orientiert ist, im Austausch mit den Wissenschaften passiert: „Eine lebendige Demokratie braucht möglichst wohlinformierte Argumente, über die wir sodann diskutieren und über die wir natürlich auch streiten können.“²⁸ Bei einer derart breiten Allianz von sehr unterschiedlichen Organisationen und Bewegungen aus verschiedensten Sektoren und Weltanschauungen kann als gemeinsame, breit anschlussfähige Grundlage nur eine realistische, pragmatische, offene, gelassene, lösungsorientierte und tatkräftige überparteiliche Position funktionieren. Es ist eine Position angesichts der globalen ökologischen Notstände jenseits der extremen Pole von Beschönigung, Verharmlosung, Verdrängung einerseits und Untergangsrhetorik, Apokalyptik andererseits.

Auf der öffentlichen Agora des Transformationsforums wird von offiziellen Vertreter:innen einer großen Vielfalt zivilgesellschaftlicher Organisationen ein gemeinsames, freies Gespräch zu grundlegenden Zukunftsfragen geführt – nicht mehr und nicht weniger. Menschen aus ganz verschiedenen Gesellschaftsbereichen, Sektoren, Organisationen, sozialen Bewegungen, Initiativen tauschen sich über Aspekte der

²⁶ Dirk Messner: „Uns weht kalter Wind entgegen“ (Interview): Süddeutsche Zeitung, 27./28. Dezember 2025, 6.

²⁷ Guwak/ Kohlenberger/ Ennsner-Jedenastik: Demokratie sucht Zukunft, 127.

²⁸ Barbara Bleisch et al.: Besser um die Zukunft streiten, München: Hanser 2026, 13.

zukünftigen, zukunftsfähigen Ausrichtung von Gesellschaft und Wirtschaft aus. Sie verständigen sich über ihre Erfahrungen, ihre Erkenntnisse und ihr Engagement sowie über die zukünftige grundlegende Ausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft. Dieses Gespräch und gemeinsame Nachdenken erfolgt vor dem Horizont des zunehmenden Überschreitens der planetaren Grenzen und der letztlich unabweisbaren Einsicht, dass das gegenwärtige Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell weder universalisierbar noch zukunftsfähig ist.

Programmatisch war die Fragestellung des Dialogs der Delegierten beim ersten Österreichischen Transformationsforum im März 2024: „Was bedeutet ein gutes Leben auf einem bewohnbaren Planeten - im Einklang mit allem Lebendigen – für mich und für alle?“ Hinter dem Begriff „gutes Leben“ steht das komplexe, umfassende Konzept *buen vivir* (gut leben). Der Ausdruck stammt aus den vor-spanischen Andensprachen Aymara (*suma qamaña*) und Quechua (*allin kawsay*) und ist ein kultureller Schlüsselbegriff der Philosophie der Andenvölker, der ein ganzheitliches, nicht-dualistisches, relationales Verständnis der Wirklichkeit beinhaltet, ein Gleichgewicht zwischen Gemeinschaft, Natur und Kosmos.²⁹

Man könnte die Frage differenzierter so formulieren: Was ist ein Wohlstandsmodell,

- mit dem wir uns von den Emissionen, dem Ressourcenverbrauch, Energieverbrauch, Schadstoffeintrag, Wasserverbrauch usw. her wieder innerhalb der planetaren Belastungsgrenzen bewegen,
- das verallgemeinerbar, universalisierbar ist und Prinzipien globaler Gerechtigkeit entspricht,³⁰
- das nicht auf Kosten der Bevölkerungen in ärmeren Ländern, zukünftiger Generationen und der nicht-menschlichen Welt geht,
- das einer neuen Wertschätzung, ja Liebe für den im Universum schwebenden, einzigartigen blauen lebendigen geheimnisvollen Planeten Erde entspringt, auf dem – soweit wir bisher wissen – allein Leben existiert und möglich ist;
- das unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht zerstört, sondern für alle nachfolgenden Generationen erhält - nämlich jene äußerst schmale (drei bis vier Kilometer breite), äußerst fragile und verletzbare, äußerst kostbare Schicht der Biosphäre und der Atmosphäre, in der Leben möglich ist,³¹
- das nicht auf dem neuzeitlichen, anthropozentrischen, in Europa entwickelten Menschenbild – Menschen als Bezwinger und Beherrscher, als „Herren und Eigentümer“ (René Descartes)³² der Natur - basiert, das sich als selbstzerstörerischer Irrweg erweist,

²⁹ Siehe dazu Josef Estermann: *Andine Philosophie: Eine interkulturelle Studie zur autochthonen andinen Weisheit*, Frankfurt am Main: IKO-Verlag 1999.

³⁰ Onora O'Neill: *Gerechtigkeit über Grenzen. Pflichten in der globalisierten Welt*. Übersetzt von Elisabeth Liebl (orig. 2016), München: Claudius 2019.

³¹ Siehe dazu Bruno Latour: *Kampf um Gaia. Acht Vorträge über das neue Klimaregime*, übersetzt von Achim Russer und Bernd Schwibs (orig. 2015), Berlin: Suhrkamp, 2017, dritter Vortrag „Gaia, eine (endlich profane) Gestalt der Natur“ (133-192).

³² René Descartes: *Discours de la Méthode/ Von der Methode* (1637), Hamburg: Meiner, 1960, 101.

- das nicht einer Auffassung der Natur entspricht, die sie auf einen Container von Ressourcen reduziert, die der Mensch ausbeuten und beherrschen kann, sondern das dem Eigenwert des Gewebes des Lebendigen gerecht wird,

- das den Menschen nicht dualistisch als von einer „natürlichen Umgebung“, „Umwelt“ gespalten begreift, sondern Mensch und Natur relational denkt, als untrennbare Elemente des Lebensnetzes.³³

Es sind nicht zuletzt Fragen nach den Grenzen des ökonomischen Wachstums und den Alternativen dazu, die alles andere als neu sind. Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts, als Kontinentaleuropa in das Industriezeitalter eintrat, reflektierte John Stuart Mill in seinen „Principles of Political Economy“ (1848) über einen „stationären Zustand“ (steady state) der Wirtschaft, in dem ein unbegrenztes Wachstum beendet werden würde. Im Unterschied zu Vorgängern wie Adam Smith betrachtete er diesen Zustand nicht als Verarmung, sondern als Chance für die Verbesserung der gesellschaftlichen Bedingungen im Sinne der Lebenskunst:

„Es ist kaum notwendig zu erwähnen, dass ein stationärer Zustand von Kapital und Bevölkerung keinen stationären Zustand menschlicher Verbesserung impliziert. Es gäbe nach wie vor ebenso viel Spielraum für alle Arten geistiger Kultur und moralischen und sozialen Fortschritts, ebenso viel Raum für die Verbesserung der Lebenskunst und eine viel größere Wahrscheinlichkeit, dass diese verbessert wird.“³⁴

Heute stellen sich diese Fragen angesichts des Klima- und Biodiversität-Notstands und eines globalen Backlash und Rechtsrucks mit einer erhöhten Dringlichkeit.³⁵

2. Eine breite Zusammenkunft der Zivilgesellschaft

Beim Transformationsforum lernen einander Menschen aus völlig verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen kennen, tauschen sich dort aus, vernetzen sich. Entscheidend ist die Breite der Zusammenkunft, die Sektoren, Weltanschauungen, politische Lager, Institutionen, unterschiedliche Organisationsformen übergreift.

³³ Vgl. Fritjof Capra: *Lebensnetz. Ein neues Verständnis der lebendigen Welt*, Frankfurt a.M. 2015; Jason W. Moore: *Kapitalismus im Lebensnetz. Ökologie und die Akkumulation des Kapitals*, Berlin: Matthes & Seitz, 2020.

³⁴ John Stuart Mill: *Principles of Political Economy, with some of their Applications to Social Philosophy* (1848), Book 4, chapter 6, §3, in: *Collected Works of John Stuart Mill*, ed. John M. Robson, Vol. 3, Toronto: University of Toronto Press 1965, 754 (eigene Übersetzung).

³⁵ Zum Konzept einer Steady-State-Wirtschaft siehe Herman Daly: *Steady-State Economics. Economics of Biophysical Equilibrium and Moral Growth*, New York 1978, 2nd ed. 1991; ders., „Steady-State Ökonomie. Ein Wirtschaftssystem des langfristigen Gleichgewichts“: *Zeitschrift für Sozialökonomie* Nr. 162-163 (2009), 38-42; ders., *Wirtschaft jenseits von Wachstum. Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung* (edition solidarisch leben), Salzburg: Pustet: 1999.

Die Organisationen, Institutionen, sozialen Bewegungen und Initiativen, die bei der Konferenz jeweils durch ein bis zwei Delegierte (davon eine Person aus der jungen Generation) vertreten sind, umfassen:³⁶

- die Klimabewegungen (Fridays For Future Austria, Allianzen der FFF, Extinction Rebellion, Klimavolksbegehren, Klimabündnis, CliMates, ...),
- Umweltorganisationen (Umweltbundesamt, AGES, Ökobüro, Umweltdachverband, Naturschutzbund, Naturfreunde, Global 2000, WWF, Alpenverein, BirdLife, ÖGUT, ...),
- Interessensvertretungen (ÖGB, AK, Landwirtschaftskammer NÖ, Städtebund, Gemeindebund, Plattform von Armutsbetroffenen „Sichtbar werden“, Österreichische Armutskonferenz, ÖH, Frauenring, Bundeskammer der Ziviltechniker:innen, ...),
- Wirtschaft (CEOs For Future, Gemeinwohlökonomie, Circular Economy Forum, Circular Lab, respACT),
- Wohlfahrtsverbände (Caritas, Diakonie),
- Hilfsorganisationen (Rotes Kreuz, Feuerwehr, ...),
- NGOs (attack, SOS Mitmensch, Liga für Menschenrechte, ...),
- Bildungseinrichtungen (Verband der VHS, Forum Erwachsenenbildung, ...),
- Religionsgemeinschaften (Kath. und Evang. Kirchen, muslimische Organisationen, Buddhistische Religionsgesellschaft, Bahai'i-Gemeinschaft)
- Jugendbewegungen und -organisationen (Pfadfinder:innen, Katholische Jugend Österreich, Landjugend, ...),
- kulturelle Verbände und Institutionen (Österreichischer Blasmusikverband, IG Kultur, ...),
- Fachorganisationen und Initiativen zum jeweiligen Themenschwerpunkt (z.B. Österreichische Bodengesellschaft, Architekturzentren, Bodenbündnis, Verein Landluft, Verein Bodenfreiheit),
- Wissenschaft (IIASA Laxenburg, Universität für Weiterbildung Krems; Scientists4Future; einzelne Wissenschaftler:innen verschiedener Universitäten wie BOKU, Universität Wien).

Die Breite der Zusammenkunft und der Austausch derart unterschiedlicher Gruppen, Organisationen, Sektoren sind alles andere als selbstverständlich. Vielleicht kommt sie zustande, weil eine (unausgesprochene) Übereinkunft darin besteht, dass wir mit den alten Mustern und Abgrenzungen, der Fixierung auf die eigene „Blase“ nicht mehr weiterkommen. Dass die miteinander vernetzten, massiven Krisen und konstruktiven Antworten darauf eine neue Kultur des Gesprächs, des Lernens voneinander und der Zusammenarbeit zwischen den Verschiedenen erfordern, geradezu erzwingen. Dass sich die Zivilgesellschaft angesichts vermehrter politischer Angriffe von rechtspopulistischer Seite nicht spalten lassen darf. Die Überwindung eines „sozialen Separatismus der Gegenwart“ (Sighard Neckel) beim Transformationsforum beweist:

³⁶ Der innovative Ansatz, besonders breitenwirksame Organisationen wie die Feuerwehr, die Blasmusik, Pfadfinder:innen usw. einzubeziehen, um aus der „Nachhaltigkeitsblase“ herauszukommen und mit dem Anliegen der Umwelt- und Klimagerechtigkeit tief in die Gesellschaft hineinzuwirken, stammt von PD DI Dr. Johannes Tintner-Olifiers (Scientists4Future) als Mitglied der Steuerungsgruppe des „Österreichischen Transformationsforums“.

„Unterschiedliche Milieus müssen nicht zwangsläufig gegensätzliche politische Lager bilden und weisen häufig grundlegende Übereinstimmungen in ihren Wertorientierungen auf.“³⁷

Diese Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen trotz aller Unterschiede können bei einer solchen Zusammenkunft – nicht zuletzt im direkten Kontakt – entdeckt werden und zu ungewöhnlichen Kooperationen führen.³⁸ Damit trägt das Projekt zur „Aufgabe einer sozial-ökologischen Gesellschaftsreform bei (...), Koalitionen und Bündnisse über Klassenmilieus hinweg möglich zu machen.“³⁹

Die breite Zusammenkunft, Kooperation und Koordination von Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher Organisationen, Bewegungen, Netzwerken und Initiativen beim Transformationsforum ist Ausdruck für die Bereitschaft, gerade in einer krisenhaften Gegenwart Verantwortung über den Bereich der eigenen Organisation hinaus für das große Ganze zusammen mit anderen zu übernehmen. Es geht darum, Politik nicht den Parteien zu überlassen, sondern gemeinsam

- sich über eine zukunftsfähige Neuausrichtung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu verständigen;
- neue Ideen, Visionen und Verfahren ins Gespräch und in die Umsetzung zu bringen, eine „Leidenschaft für das Neue“ zu stärken;⁴⁰
- sich kraft- und wirkungsvoll politisch einzumischen und öffentliches Gehör zu verschaffen,
- die politischen Parteien an ihre Verantwortung für das Gemeinwohl und zukünftige Generationen zu erinnern,
- Interessenskonflikte im Dialog zugunsten des Gemeinwohls aufzulösen und Transformationskonflikte konstruktiv auszutragen und zu bearbeiten,
- die Verantwortlichen in der Regierung und in den Parteien zu einer zukunftsfähigen, langfristig ausgerichteten, gemeinwohlorientierten und sozial gerechten Politik des sozial-ökologischen Wandels, einer „Just Transition“, zu ermutigen, ihnen dafür den Rücken zu stärken, z.B. einen institutionellen Ausbau der partizipativen Elemente im demokratischen System und einer zukunftsfähigen, klimagerechten Neugestaltung des Sozialsystems,
- insgesamt zu einer aktiven lebendigen demokratischen Kultur und partizipativen Demokratie beizutragen.

Die Zivilgesellschaft wartet dafür nicht auf Aufträge und Initiativen seitens des Staates, sondern organisiert sich selbst, ermächtigt sich selbst, d.h. realisiert ihre tatsächliche Mächtigkeit, um ihre politische Verantwortung auf Basis einer ethisch orientierten Politik wahrzunehmen.

Das Transformationsforum ist eine nicht-parteiliche, überparteiliche, politisch völlig unabhängige zivilgesellschaftliche Initiative und Vernetzung, die politische Lager, Sektoren, Institutionen und Weltanschauungen übergreift. Es hat das Ziel,

³⁷ Neckel: Katastrophenzeit, 37.

³⁸ Beim 1. Transformationsforum entwickelte sich z.B. eine Zusammenarbeit zwischen dem Österreichischen Blasmusikverband und dem Vortragenden Dr. Daniel Huppmann (IIASA Laxenburg).

³⁹ Ibid.

⁴⁰ Byung-Chul Han: Der Geist der Hoffnung. Wider die Gesellschaft der Angst, Berlin: Ullstein 2024.

„... einen relevanten Qualitätsdruck auf die Parteien und das politische System auszuüben. Und diesen Qualitätsdruck braucht letztlich auch das politische System selbst, wenn es längerfristig nicht immer mehr devastieren und verkommen will. Diesen Qualitätsdruck braucht Demokratie, wenn sie gesund und vital bleiben will. Diesen Qualitätsdruck brauchen am Ende auch die Parteien, wenn sie nicht langfristig in dem Sumpf, den sie selbst mit anlegen, untergehen wollen.“⁴¹

Die Autor:innen des Buchs „Demokratie sucht Zukunft“ formulieren „Kriterien für eine wirkungsvolle ‚Stimme der Vernunft‘“, die als konstruktiver zivilgesellschaftlicher Gegenpol zu den Parteien – die für den demokratischen Prozess in der repräsentativen Demokratie unverzichtbar sind - agieren kann.⁴² Eine solche politische Kraft müsse

- Vertrauen gewinnen, indem klar vermittelt werden kann, dass sie weder Partikularinteressen vertritt noch Geld und Positionen anstrebt;⁴³
- überparteilich und fachlich kompetent sein;
- einen offenen, konstruktiven, wertschätzenden Diskurs führen;
- Kontinuität schaffen und einen langen Atem besitzen, statt sich mit Einmalaktionen zu begnügen.

Die Autoren und die Autorin erwähnen ein wichtiges Kriterium nicht: Einer solchen Bewegung muss es gelingen, eine unabhängige stabile Finanzierung zu organisieren - etwa im Rahmen der Demokratiewerkarbeit der EU, durch Stiftungen oder Crowdfunding. Nur so kann eine Infrastruktur eingerichtet werden, die eine solche politische zivilgesellschaftliche Kraft nachhaltig mobilisierungs- und kampagnenfähig macht.

Das Transformationsforum ist nicht das „Forum der Zivilgesellschaft“,⁴⁴ wie es im Buch skizziert wird – aber es könnte eine Basis, den Nukleus und Ausgangspunkt dafür bilden.

Vielen der genannten Kriterien kann das „Österreichische Transformationsforum“ genügen. Ein wesentliches Kriterium wird allerdings derzeit noch nicht erfüllt: wirksame öffentliche Kommunikation und Inszenierung.⁴⁵ Die Formierungsphase mit den ersten Konferenzen mit jeweils über 70 (März 2024) und dann über 120 mitwirkenden Organisationen, Institutionen, Bewegungen und Initiativen (Februar 2025) erfolgte noch unterhalb der Schwelle der öffentlichen Wahrnehmung. Noch können die Medien diesen neuen Akteur nicht recht einordnen und wirklich wahrnehmen. Die Autoren stellen zu Recht fest: Gute sinnvolle Initiativen und Ideen werden sich nicht allein schon „... durchsetzen, einfach weil sie gut und richtig sind.“⁴⁶

⁴¹ Guwak/ Kohlenberger/ Ennser-Jedenastik: Demokratie sucht Zukunft, 129.

⁴² Guwak/ Kohlenberger/ Ennser-Jedenastik: Demokratie sucht Zukunft, 140ff.

⁴³ Die Autoren meinen, eine solche politische Kraft der Zivilgesellschaft dürfe keine Macht anstreben (140). Das trifft aber nur zu, wenn „Macht“ negativ konnotiert wird. Es geht sehr wohl um das Erringen zivilgesellschaftlicher Macht durch breite Kooperation und Koordination, um politisch und gesellschaftlich etwas wirksam verändern, durchzusetzen und gestalten zu können.

⁴⁴ Guwak/ Kohlenberger/ Ennser-Jedenastik: Demokratie sucht Zukunft, 176.

⁴⁵ Vgl. Guwak/ Kohlenberger/ Ennser-Jedenastik: Demokratie sucht Zukunft, 141.

⁴⁶ Ibid.

Im Buch „Demokratie sucht Zukunft“ heißt es weiters:

„Zivilgesellschaftliches Engagement ist dann besonders erfolgreich, wenn es gelingt, breite Allianzen zu bilden. Das zeigten die großen, erfolgreichen Bewegungen der Zweiten Republik immer wieder: Ob Besetzung der Hainburger Au oder Lichtermeer am Heldenplatz, immer war es die Mobilisierung der breiten Mitte der Gesellschaft, die zum Erfolg der Bewegung beitrug. In disruptiven Zeiten, wie wir sie global und national erleben, ist die Bildung ungewöhnlicher Allianzen notwendiger denn je.“⁴⁷

Hier muss man die Anfangsphase des „Transformationsforums“ nüchtern betrachten: Eine sehr breite Zusammenkunft ist noch keine „Allianz“, die sich – zumindest punktuell, zu bestimmten inhaltlichen Anliegen – koordiniert und auf gemeinsame konkrete Ziele und entsprechende Strategien einigt, um diese innerhalb der Institutionen der repräsentativen Demokratie wirksam umsetzen und durchsetzen zu können. Aber es werden die Grundlagen dafür gelegt, indem man einander trifft, kennenlernt, überhaupt voneinander weiß, Beziehungen und gemeinsame Projekte entstehen, dass sich das Transformationsforum allmählich als zivilgesellschaftlicher Akteur und koordinierende Drehscheibe begreift und formiert.

Im direkten Kontakt mit „Anderen“ können bestehende Vorurteile abgebaut und korrigiert werden. Ein Beispiel vom 1. Transformationsforum im März 2024: In der Moderation illustrierte ich die große Spannweite der Mitwirkenden zu verdeutlichen: Das Forum sammle Menschen vom Blasmusikverband bis zu Extinction Rebellion. Der coole junge XR-Aktivist mit Zopf, Flinserl und schwarzen Fingernägeln meldete sich daraufhin aus dem Publikum: „I bin a bei da Blasmusi!“

⁴⁷ Guwak/ Kohlenberger/ Ennser-Jedenastik: Demokratie sucht Zukunft, 147.



In einem solchen Moment können Klischees erodieren – sowohl vom sogenannten „radikalen Flügel“ der Klimabewegung als auch von der angeblich traditionalistischen Blasmusik, die mit Umwelt- und Klimaschutz nichts am Hut habe. Darin zeigt sich die Kraft der direkten Begegnung der einander Fremden auf Augenhöhe.⁴⁸

Worum geht es bei dieser Breite der Mitwirkenden, v.a. der Einbeziehung breitenwirksamer Organisationen wie z.B. der Blasmusik, der Feuerwehr, der Pfadfinder und Pfadfinderinnen, der Religionsgemeinschaften? Das Transformationsforum versucht damit, der Ideologisierung des Klima- und Umweltschutzes, des sozial-ökologischen Umbaus entgegenzuwirken. Es versucht, das Anliegen aus der konflikthafter Dynamik verschiedener ideologischer Lager herauszuhalten und als pragmatisches Anliegen der gesamten Gesellschaft zu positionieren. Damit will es dazu beitragen, Blockierungen bei den Umbauprozessen (z.B. des Energiesektors) zu überwinden und dringend notwendige Fortschritte zu fördern.

Diese breite Zusammenkunft ist zugleich eine Übung in gelebter Demokratie. Für den deutschen Soziologen Hartmut Rosa hat die Idee der Demokratie deshalb eine so große Strahlkraft, weil sie ein Versprechen gibt:

⁴⁸ Siehe dazu Gordon W. Allport: *The Nature of Prejudice*, Cambridge 1954 (Die Natur des Vorurteils, Köln 1971). Allport begründete mit diesem Werk die Kontakttheorie zum Zusammenhang zwischen direktem Kontakt und dem Abbau von Stereotypen und Vorurteilen unter bestimmten Bedingungen (siehe Wikipedia: „Contact Hypothesis“). Die Hypothese wird von späterer sozialpsychologischer Forschung gestützt, z.B. Pettigrew, T. F./ Tropp, L. R.: "A meta-analytic test of intergroup contact theory": *Journal of Personality and Social Psychology* 90 (5), 751–783.

„Dieses Versprechen beruht auf der Vorstellung, dass jede:r eine Stimme haben soll, die er oder sie hörbar machen und einbringen kann ... [und] dass diese Stimme *Wirksamkeit* entfaltet: Sie beruht auf dem Versprechen, dass es möglich wird und sein soll, die Welt, in der wir leben, *gemeinsam* zu gestalten, sodass wir uns in ihr erkennen und widerspiegeln können, dass sie uns antwortet und zugleich als unser Ausdruck erscheinen kann.“⁴⁹

Der öffentliche Raum des Transformationsforums realisiert diese republikanische Vorstellung von Demokratie: Vertreter:innen verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen erreichen einander als Gleiche, tauschen sich aus – ungeachtet der jeweiligen Größe und Macht der Organisation, der hierarchischen Funktion innerhalb einer Organisation, des Alters, der Bildung, der kulturellen Herkunft, der Hautfarbe, des Geschlechts oder der Weltanschauung. Das Transformationsforum realisiert so die universalistische Ethik der liberalen, rechtsstaatlichen Demokratie ganz unmittelbar erfahrbar und praktisch umgesetzt.

3. *Aufbau zivilgesellschaftlicher Macht im Kontext der machtvollen Verhinderung von adäquater Klimapolitik*

Unter der Bezeichnung „Österreichisches Transformationsforum. Zivilgesellschaftliche Kooperation für den sozial-ökologischen Wandel“ formieren und koordinieren sich Teile der österreichischen Zivilgesellschaft. Sie vernetzen sich zugunsten von Kooperation, Austausch, gegenseitiger Information und Inspiration, aber auch um die Macht der Zivilgesellschaft zu verstärken bzw. das Machtpotential der pluralen demokratischen Zivilgesellschaft für den sozial-ökologischen Umbau wirksamer zu heben und einsetzen zu können.

Dieser Versuch erfolgt vor dem Hintergrund eines Machtkampfs zwischen jenen Akteur:innen in Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, die sich angesichts eines kollabierenden Klimasystems für die notwendige rasche und drastische Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen einsetzen, und jenen Akteur:innen v.a. im Umfeld der fossilen Industrie, der Bauwirtschaft, der Automobilindustrie, der industriellen Landwirtschaft, die aus kurzfristigen ökonomischen Interessen ihr Geschäftsmodell noch so lange wie möglich weiterführen wollen.

Hier muss man sich der Dimensionen dieser ökonomischen Interessen bewusst sein. Auf Basis von Daten der Weltbank wurden die Gewinne der globalen Öl- und Gasindustrie für den Zeitraum 1970-2020 auf 52,54 Billionen US-Dollar berechnet, davon 86,4% der Gewinne aus Öl und 13,6% aus Gas. Das sind Netto-Gewinne von durchschnittlich rund 1,03 Billionen US-Dollar pro Jahr oder 2,8 - 3 Milliarden US-Dollar pro Tag.⁵⁰ Die Öl- und Gaskrise und der Anstieg der Preise in den Jahren 2021 und vor allem 2022 bewirkte Rekordprofite, eine Rehabilitierung der weltweiten fossilen Industrie und einen Rückschlag für die Wende zu erneuerbaren Energien. Eine Studie von 2025 schätzte, dass die Gewinne allein der öffentlich gelisteten Öl- und Gasunternehmen im Jahr 2022 auf 916 Milliarden US-Dollar stiegen. Den höchsten Gewinn mit

⁴⁹ Rosa: Demokratie und Gemeinwohl, 160.

⁵⁰ Vgl. Aviel Verbruggen: “The geopolitics of trillion US\$ oil & gas rents”: International Journal of Sustainable Energy Planning and Management Vol. 36 (2022) 3–10.

281 Milliarden US-Dollar erzielten 2022 Unternehmen in den USA – ein Plus von 241 Milliarden gegenüber den durchschnittlichen Gewinnen in den Jahren 2016-2019.⁵¹

Es ist wenig überraschend, dass die fossile Industrie – einer der mächtigsten und politisch am besten vernetzten industriellen Komplexe weltweit – Klimapolitik als existenzielle Bedrohung für ihre Interessen zusammen mit ihren Verbündeten in Politik, Medien, Banken verbissen bekämpft. Dieser Sektor entwickelte in den letzten 50 Jahren Strategien für die Verzögerung von Klimapolitik, u.a. durch das gezielte Schüren von Zweifel an den Ergebnissen der Klimawissenschaften,⁵² Kampagnen gegen Klimawissenschaftler:innen,⁵³ zunehmendes Lobbying bei den UN-Klimakonferenzen (COP)⁵⁴ oder finanzielle Unterstützung von Kampagnen gegen die internationale Klimapolitik. Bei der COP in Belém im November 2025 verhinderte der Block der Petrostaaten, dass der Fahrplan für den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen (TAFB) verabschiedet wurde.⁵⁵

Die fossile Industrie weiß dabei seit Jahrzehnten, was sie tut – bereits früher als die Öffentlichkeit. Sie verstößt so wissentlich gegen „unumstrittene universale negative Pflichten, nicht die Rechte anderer zu verletzen oder ihnen anderweitig zu schaden.“⁵⁶ Eine Studie von 2023 analysierte erstmals die Daten, die der Ölkonzern ExxonMobil bereits in den 1970er Jahren durch seine interne Klimawissenschaft zur Verfügung hatte. Diese entwickelte sehr genaue Projektionen zur globalen Erwärmung aufgrund des Verbrennens von fossilen Brennstoffen.⁵⁷ Beispielsweise sagte eine Projektion sogar schon 1977 korrekt voraus, „dass die Nutzung fossiler Brennstoffe ein 'kohlendioxidinduziertes Superinterglazial' verursachen würde. Das ist eine Warmzeit, die

⁵¹ Gregor Semieniuk/ Philip B. Holden/ Isabella M. Weber/ Pablo Salas et al.: „Best of times, worst of times: record fossil-fuel profits, inflation and inequality“: *Energy Research & Social Science* 127 (2025) 104221.

⁵² Vgl. Naomi Oreskes/ Erik M. Conway: *Die Machiavellis der Wissenschaft: Das Netzwerk des Leugnens* (orig. „*Merchants of Doubt*“, 2010), Berlin: Kunstmann, 2014. Siehe dazu den Film „*Merchants of Doubt*“ von Robert Kenner (2014); Center for International Environmental Law: *Smoke and Fumes: The Legal and Evidentiary Basis for Holding Big Oil Accountable for the Climate Crisis*, Washington DC: CIEL, 2017, 7-25.

⁵³ Siehe dazu Michael E. Mann: *The Hockey Stick and the Climate Wars: Dispatches from the Front Lines*, New York: Columbia University Press 2012. – Mann, Verfasser des „Hockey Stick“-Papers (1999) beschreibt die Kampagnen gegen ihn und die Klimawissenschaft, u.a. durch Think Tanks wie dem George Marshall Institute, die von Koch Industries finanziert werden.

⁵⁴ Vgl. Nina Katzemich: „UN-Klimakonferenz: Wie die fossile Lobby Einfluss nimmt“ (7.11.2024), <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-und-klima/un-klimakonferenz-wie-die-fossile-lobby-einfluss-nimmt-118375/> - Bei der Weltklimakonferenz der UNO (COP) in Glasgow (2021) waren 500 Lobbyisten der fossilen Industrie registriert, bei der COP28 in Dubai (2023) 2456, und mehr als 1600 bei der COP30 in Belém 2025 (vgl. <https://kickbigpollutersout.org/Release-Kick-Out-The-Suits-COP30> (Zugriff 13.2.2026)).

⁵⁵ Vgl. Ole Adolphsen / Jule Könneke: „Die Grenzen multilateraler Klimapolitik. COP30 in der Auseinandersetzung zwischen Elektro- und Petro-Staaten“: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell Nr. 1 (Januar 2026), https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2026A01_Grenzen_Multilateraler_Klimapolitik.pdf (Zugriff 13.2.2026).

⁵⁶ Henry Shue: *The Pivotal Generation. Why We Have a Moral Responsibility to Slow Climate Change Right Now*, Princeton and Oxford: Princeton University Press 2021, 118 (Kapitel 5: „Taking Control of Our Legacy“); eigene Übersetzung.

⁵⁷ Vgl. Geoffrey Supran/ Naomi Oreskes/ Stefan Rahmstorf: „Assessing ExxonMobil’s global warming projections“: *Science* Vol 379, Issue 6628.

nicht nur viel wärmer ist als alles in der Geschichte der menschlichen Zivilisation, sondern sogar wärmer als die letzte Warmzeit vor 125.000 Jahren.“⁵⁸ Der Hauptautor der Studie Geoffrey Supran hält dazu fest:

"Unsere Analyse zeigt, dass ExxonMobile's eigene Daten im Widerspruch zu ihren öffentlichen Erklärungen stehen, in denen Unsicherheiten übertrieben, Klimamodelle kritisiert, der Mythos globaler Abkühlung verbreitet und Unwissenheit darüber vorgetäuscht wurde, wann - oder ob - die vom Menschen verursachte globale Erwärmung messbar sein würde, während man zum Risiko gestrandeter fossiler Investitionen schwieg.“⁵⁹

Die Interessen der fossilen Brennstoffindustrie werden von einflussreichen Institutionen gestützt. Ein zentraler globaler Akteur ist das 1981 unter dem Einfluss von Friedrich von Hayek gegründete „Atlas Network“ mit Sitz in Washington DC.⁶⁰ Das Netzwerk verbindet nach eigenen Angaben mehr als 500 Thinktanks in fast 100 Ländern, davon 157 in Europa, die sich für die Idee des freien Marktes einsetzen.⁶¹ Eine wichtige Aktivität ist die Verbreitung von Klimaleugnung: Viele Mitgliedsorganisationen unterstützen die Leugnung der Ergebnisse der Klimawissenschaften; das Netzwerk finanziert Organisationen in diesem Bereich weltweit. Das Netzwerk hat z.B. zahlreiche Veranstaltungen des Heartland-Instituts (USA), einer der wichtigsten Akteure der Klimawandelleugnung, gesponsert. Umgekehrt erhält das Atlas Network finanzielle Zuwendungen u.a. von ExxonMobil und mehreren Stiftungen der Charles Koch Industries, einem großen Konglomerat im Bereich der fossilen Industrie in den USA.

Im November 2025 veröffentlichte die investigative Klima-Website „DeSmog“ mit Sitz in Seattle und London hunderte bis dahin unveröffentlichte Dokumente von Ende der 1990er bis Anfang der 2000er Jahre. Sie zeigen, dass der Ölkonzern ExxonMobil das Atlas Network zugunsten einer Kampagne in Lateinamerika sponserte, die die Unterstützung eines internationalen Klimavertrags im Rahmen des UNFCCC-Prozesses sabotieren sollte.⁶² Der Experte für Klima-Desinformation Kert Davies vom Center for Climate Integrity stellte dazu fest:

„Das ist eine wirklich hässliche Geschichte. Exxon schien zu glauben, dass man niemals ein globales Klimaabkommen erreichen würde, wenn man

⁵⁸ Stefan Rahmstorf, zitiert in: Potsdam-Institut für Klimafolgen-Forschung, „Ölkonzern Exxon kannte Klimawirkung ganz genau: neue Studie in 'Science'“ (12.1.2023), <https://www.pik-potsdam.de/de/aktuelles/nachrichten/oelkonzern-exxon-kannte-klimawirkung-ganz-genau-neue-studie-in-science> (Abruf 13.2.2026).

⁵⁹ Zitiert in: Potsdam-Institut für Klimafolgen-Forschung, „Ölkonzern Exxon kannte Klimawirkung ganz genau“.

⁶⁰ Zum Folgenden vgl. DeSmog: „Atlas Network (Atlas Economic Research Foundation)“, <https://www.desmog.com/atlas-economic-research-foundation/> (Abruf 13.2.2026).

⁶¹ Website: <https://www.atlasnetwork.org> (Abruf 14.2.2026).

⁶² Geoff Dembicki: „A Pretty Ugly History’: How Exxon Exported Climate Denial to the Global South“ (3. November 2025), <https://www.desmog.com/2025/11/03/a-pretty-ugly-history-how-exxon-exported-climate-denial-to-the-global-south/> (Abruf 13.2.2026). Kurze Version des Artikels: ders., „Exxon funded thinktanks to spread climate denial in Latin America, documents reveal“: Guardian (3. November 2025).

Entwicklungsländer und alle Nationen davon überzeugen könnte, dass der Klimawandel keine Krise darstellt.“⁶³

Mit dem Geld von Exxon wurden z.B. Übersetzungen von englischsprachigen Büchern, die den Klimawandel leugneten, ins Spanische oder Flüge von Klimawandel-leugnern aus den USA in lateinamerikanische Städte finanziert.

Auch in Österreich verzögern einflussreiche, gut organisierte wirtschaftliche und politische Institutionen eine rasche, entschlossene, sachlich angemessene Umsetzung klimapolitischer Gesetze und Maßnahmen. Das jährliche, erstmals 2024 durchgeführte Monitoring des öffentlichen Klimadiskurses in Österreich durch das Kontext-Institut zeigt: Nicht die völlige Leugnung des Klimawandels dominiert, sondern die subtilere Taktik, politische Entscheidungen und Maßnahmen zu verschleppen und sich auf Verzögerungs-Narrative zu stützen. Das entspricht dem Befund der internationalen Studie „Discourses of Climate Delay“ von 2020, die vier zentrale Argumentationsmuster für Klimaverzögerung herausarbeitete.⁶⁴

Zum Verzögerungs-Diskurs in Österreich zählen laut der Kontext-Studie: Befürwortung von weniger Klimaschutz, Propagieren von nicht ausgereiften technologischen Scheinlösungen (z.B. E-Fuels) und Betonung der Nachteile von Klimaschutz.⁶⁵

Laut der Studie tragen zivilgesellschaftliche Akteur:innen mit 26% am meisten zum konstruktiven Diskurs bei, Politik auf nationaler Ebene zu 23%, Wissenschaft zu 18%. Allein auf dieser Basis besteht noch kein großer Unterschied zwischen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, was den konstruktiven Beitrag zum öffentlichen Klimadiskurs betrifft. Die Studie stützt sich allerdings auf eine Stichprobe von 729 *öffentlichen* Aussagen in österreichischen Medien im Jahr 2023. Maßgeblich für die Verzögerung von Klimapolitik sind jene Entscheidungen, Mechanismen, Einflussnahmen, Blockaden einflussreicher Gruppen, die hinter den Kulissen erfolgen, ohne dass darüber öffentlich geredet wird – durch Lobbyorganisationen der Autoindustrie, der fossilen Industrie, der Bauwirtschaft, der Wirtschaftskammer, des Wirtschaftsbunds, der Industriellenvereinigung, usw. Es ist Macht, die sich eben nicht gegenüber der demokratischen Öffentlichkeit rechtfertigen muss. Die tatsächliche Asymmetrie zwischen machtvollen bremsenden Kräften in der Klimapolitik und zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteur:innen ohne Entscheidungsmacht wird in ihrer Schärfe durch diese Studie nicht abgebildet. Die tiefgreifende demokratiepolitische, menschenrechtliche und ethische Problematik ist klar: Kurzfristige ökonomische Profit-Interessen einzelner Sektoren, Unternehmen, Institutionen werden gegen das

⁶³ Zit. in Dembicki: „A Pretty Ugly History“.

⁶⁴ Vgl. William F. Lamb et al.: „Discourses of Climate Delay“: Global Sustainability, vol. 3 (2020), e17. Deutsche Zusammenfassung: Website Klimafakten, „Nicht ich. Nicht jetzt. Nicht so. Zu spät: Mit welchen Argumentationsmustern Klimaschutz gebremst wird“ (3.9.2020), <https://www.klimafakten.de/kommunikation/nicht-ich-nicht-jetzt-nicht-so-zu-spaet-mit-welchen-argumentationsmustern-klimaschutz>. Zu Verzögerungs-Narrativen siehe auch Sylvia Hayes/ Josh Gabbatiss/ Catherine Butler: „From climate scepticism to discourses of delay in UK editorials“: Public Understanding of Science, vol 34 (2025) iss.7, 832-851.

⁶⁵ Vgl. Kontext-Institut: „Studie: Wer die österreichische Klimadebatte bestimmt, wer Maßnahmen verschleppt“ (Pressemitteilung 25.4.2024), <https://kontext-institut.at/presse/presseaussendung-klimadebatte-monitoring/> (Abruf 14.2.2025).

Gemeinwohl und die Interessen der überwiegenden Mehrheit wie auch der zukünftigen Generationen durchgesetzt. Das gilt für Österreich wie für die globale Situation insgesamt.

Henry Shue, der die moralische Dimension der Klimakrise seit Anfang der 1990er Jahre aus der Perspektive der philosophischen Ethik analysiert, stellt als Resümee seiner jahrzehntelangen Auseinandersetzung klar fest: Zwar seien Veränderungen des individuellen Lebensstils und Konsums wertvoll,

„... aber einzelne, schrittweise Maßnahmen reichen selbst in ihrer Gesamtheit bei weitem nicht aus. Die Netto-Null-Kohlenstoffemissionen lassen sich nicht allein dadurch erreichen, dass eine große Zahl einzelner Verbraucher von einer Technologie zur anderen wechselt. Um eine signifikante Veränderung zu bewirken, müssen wir soziale Bewegungen aufbauen, die direkt gegen die wirtschaftlichen und politischen Strukturen vorgehen, die mit all ihrem Einfluss und ihrer List umfassende politische Maßnahmen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen blockieren, und diese Hindernisse durch öffentliche Maßnahmen und Institutionen ersetzen, die darauf abzielen, die Mehrheit der Menschen künftiger Generationen zu schützen und nicht eine mächtige Minderheit der Gegenwart durch den Schutz ihrer bisherigen Geschäftsmodelle weiter zu bereichern.“⁶⁶

In der Klimakrise schrillt der Alarm, der nicht als „Alarmismus“ abgewehrt werden sollte, immer lauter. Eine Studie vom Februar 2026 beispielsweise weist nach, dass mehrere Elemente des Erdsystems bereits näher an der Destabilisierung sind als früher angenommen. Menschheit wie nicht-menschliche Natur werden dem Risiko einer Entwicklung in Richtung „Heißzeit“ ausgesetzt, angetrieben durch Feedback-Schleifen, die die Folgen der globalen Erwärmung verstärken können. Vor diesem Hintergrund ist die derzeitige internationale wie nationale Politik der Verschleppung, Behinderung, Blockierung von Maßnahmen zur Emissionsreduktion, v.a. des raschestmöglichen Ausstiegs aus den fossilen Brennstoffen, schlichtweg moralisch skandalös und unerträglich.

Die „transformative Kraft der Zivilgesellschaft“⁶⁷ wird in dieser Situation nur dann wirklich wirksam werden können, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen, Netzwerke, Bewegungen, Initiativen ihre Kräfte bündeln, sich koordinieren, kampagnenfähig werden und sich – zumindest punktuell – auf gemeinsame Ziele und Strategien einigen. Nur so gewinnen sie an Einfluss, um notwendige sozial-ökologische Transformationen gegen machtvolle Widerstände voranbringen zu können.

Eine wissenschaftliche Metastudie ermutigt dazu: Um soziale Kippunkte – einen sich selbst verstärkenden Prozess der Verbreitung von Technologien, Normen, strukturellen Veränderungen, individuellen Verhaltensweisen (z.B. zugunsten der Dekarbonisierung und Klimaneutralität) auszulösen, würden 17 bis 20% der Bevölkerung

⁶⁶ Shue: Pivotal Generation, 119.

⁶⁷ Judith Kohlenberger: Die Couragierten. Über die transformative Kraft der Zivilgesellschaft, Globart 2022.

ausreichen.⁶⁸ Das Transformationsforum versteht sich als kraftvoller Hebel seitens der Zivilgesellschaft, um zu solchen sozialen Kippunkten in Richtung des sozial-ökologischen Umbruchs beizutragen.

4. *Das Zusammenwirken zwischen der institutionellen Politik und der Zivilgesellschaft erneuern*

Die Veranstaltung und ihre Anstöße wirken – in unterschiedlicher Form und unterschiedlichem Ausmaß – in die beteiligten Organisationen selbst hinein und werden über diese multipliziert. Das politische System ist als Thema bei den Gesprächen des Transformationsforums immer präsent – sei es, wenn es um Bodenpolitik geht oder auch um die Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie. In den Dialogrunden der bisherigen beiden Transformationsforen tauchten interessante Ideen und Vorschläge auf, wie z.B. die Einrichtung einer Weiterbildung zu den Zukunftsfragen und -kompetenzen der sozial-ökologischen Transformation für politische Verantwortungsträger:innen, ein verpflichtendes Weiterbildungsangebot zum Thema Bodenschutz für Gemeinderät:innen oder die Einführung einer „Kammer der Zivilgesellschaft“ als neues ergänzendes Element des politischen Systems in Österreich.

Offen ist die Frage: Wie wird das Transformationsforum im Bereich des Regierungshandelns, der Gesetzgebung und der Parteipolitik wirksam? Wie könnte es strukturell in das demokratische Institutionengefüge integriert werden? Wie könnte ein neues, kreatives Zusammenspiel zwischen Zivilgesellschaft und politischem System aussehen, und wie kommen wir dahin? Wie erfolgt ein Transfer der zivilgesellschaftlichen Überlegungen, Ideen, Forderungen im Rahmen der repräsentativen Demokratie in den Bereich der konkreten politischen Umsetzung? Der seitens der Regierung geplante Verfassungskonvent muss auch diese Fragen nach neuen, geeigneten Strukturen für die Partizipation der Zivilgesellschaft behandeln bzw. die Zivilgesellschaft selbst muss ihre Stärke dafür in die Waagschale werfen, sich dafür durch neue Bündnisse und Kooperationen stark machen.

Wie andere Initiativen der Zivilgesellschaft steht auch diese vor der Herausforderung: Wie gestalten wir eine vitale, lebendige, konstruktive Spannung zwischen Zivilgesellschaft und Parteien? Kurt Gruwak, Judith Kohlenberger und Laurenz Ennser-Jedenastik bringen dafür den Begriff der „vitalen Demokratie“ ins Spiel. Dafür müssten sich die Parteien öffnen und wandeln, um Veränderungen zu ermöglichen, aber genauso die Zivilgesellschaft:

„Dazu muss die Zivilgesellschaft in ihrer ganzen ideologischen Breite engagierter, interessierter und hellhöriger werden. Sie muss bereit sein zum konstruktiven Diskurs, bereit, die Parteien zu fordern. Wenn beide Pole kräftiger werden, wenn beide ‚Muskeln‘ stärker werden, dann wird das System beweglicher und vitaler. Eine vitale Demokratie scheint uns der Weg zu sein, um eine Antwort auf die steigenden Herausforderungen geben zu können.“⁶⁹

⁶⁸ Ilona M. Otto et al.: „Social Tipping Dynamics for Stabilizing Earth’s Climate by 2050“, in: Proceedings of the National Academy of Sciences (PNAS), vol. 117 (2020), no. 5, 2354-2365.

⁶⁹ Guwak/ Kohlenberger/ Ennser-Jedenastik: Demokratie sucht Zukunft, 173.

Wie können neue funktionierende Scharniere zwischen der Zivilgesellschaft und dem politischen Feld der Parteien, v.a. der Regierungsparteien, geschaffen werden? Wie kann der Beitrag zur öffentlichen Diskussion über die Medien durch innovative Formen direkter politischer Kommunikation mit Vertreter:innen der Parlamentsparteien ergänzt werden? Wie könnten neue, innovative, experimentelle Formen von „hybriden politischen Allianzen für den Wandel“⁷⁰ aus Repräsentanten der Regierung, des Parlaments, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft in Österreich konkret aussehen,

- die alle politischen Lager, Sektoren, Regierungsebenen umfassen,
- die pragmatisch und lösungsorientiert ausgerichtet sind,
- die in eine öffentliche Diskussion über die grundlegende, zukunftsfähige Ausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft treten,
- die gemeinsam, konstruktiv, gemeinwohlorientiert und partnerschaftlich an die „wicked problems“ des Klimaschutzes und der „Großen Transformation“ herangehen, die keiner der Akteure allein lösen kann?

Ein erstes, kleines, versuchsartiges Experiment in diese Richtung bildete der Dialog-Workshop zum Thema Bodenschutz als Teil des zweiten Österreichischen Transformationsforums im Juni 2025: ein Gespräch zum Schwerpunkt „Bodenschutz in Österreich“ zwischen Vertreter:innen der mitwirkenden Organisationen und Vertreter:innen der Parlamentsparteien, der Gemeinden und der Verwaltung am 13. Juni 2025 in Wien, das im geschlossenen kleinen Rahmen und professionell moderiert durchgeführt wurde.

Gefolgt wurde dieser Workshop von einem Gespräch zwischen Vertreter:innen der Steuerungsgruppe des Transformationsforums mit dem Österreichischen Gemeindebund am 22. Oktober 2025, bei dem es um die konkrete Umsetzung des kommunalen Bodenschutzplans des Gemeindebunds ging. Es wurden Möglichkeiten besprochen, wie eine Kooperation zwischen dem Transformationsforum und dem Gemeindebund zugunsten eines entschlossenen Bodenschutzes konkret aussehen könnte.

Für das dritte Transformationsforum 2026 zum Thema Resilienz der liberalen Demokratie und der Zivilgesellschaft („Zuversicht Demokratie“, Konferenz am 17. November 2026) werden neue innovative Formen des direkten Kontakts, des Austausches, der Auseinandersetzung und der Kooperation mit Vertreter:innen der Parteien, des Nationalrats und der Regierung überlegt, in Kooperation mit der Parlamentsdirektion. Es sind Bausteine der Suche nach neuen, dialogischen Kommunikationsformen zwischen Zivilgesellschaft und politischen Entscheidungsträger:innen im institutionellen Rahmen der repräsentativen liberalen und deliberativen Demokratie.

Die Politikwissenschaftlerin Jean Mansbridge (Harvard University) beschreibt in diesem Zusammenhang das Ideal einer „rekursiven Repräsentation“: Bürger:innen und politische Repräsentant:innen stehen „...in einem iterativen, kontinuierlichen und wechselseitigen Kommunikationsprozess, der im Idealfall zu einem gegenseitigen

⁷⁰ Der Begriff stammt vom „Fundamental Economy Collective“, siehe: Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik, Berlin: Suhrkamp 2018 (Einleitung).

Lernprozess führt.“⁷¹ Die Entwicklung einer deliberativen, partizipativen Demokratie sollte nicht beschränkt werden auf die Einführung z.B. von Bürger:innen-Räten und ihrer besseren institutionellen Verankerung im Gesamtsystem, vielmehr gilt es, das demokratische System insgesamt in diese Richtung weiterzuentwickeln.⁷²

5. *Das Transformationsforum im Kontext gesellschaftlicher Zukunftsangst und Abstiegsängsten*

Das Transformationsforum erfindet, formiert, entwickelt und institutionalisiert sich inmitten einer schwierigen globalen wie nationalen Situation. Aus der Perspektive der Soziologie im deutschsprachigen Raum wird in Form unterschiedlicher Ansätze versucht, diese komplexe gegenwärtige Situation zu verstehen. Ein zentrales Stichwort ist dabei Zukunftsangst, unter dem Eindruck katastrophaler disruptiver Ereignisse und Veränderungen wie der Coronapandemie, des russischen Angriffs auf die Ukraine und v.a. der epochalen Bedrohung durch den globalen, menschengemachten Klimawandel und Biodiversitätsverlust.

Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey betonen: Unter dem Druck der globalen Bedrohungen verschwindet die Zuversicht der Moderne, es werde besser werden, die Hoffnung auf Fortschritt. Sie fassen die gegenwärtige Krisenstimmung zusammen:

„In der Polykrise dominiert ein Gefühl der Ohnmacht. Die Gesellschaft zweifelt daran, dass aktuelle und zukünftige Probleme gelöst werden können. Gegenwart und Zukunft fallen ineinander, ein klaustrophobischer Zustand. Für die Demokratie ist ein solcher Kollaps fatal. Sie braucht den Horizont einer offenen Zukunft, um handeln, gestalten, Lösungen finden zu können. Und ohne Lösungen verliert die Demokratie ihre Legitimation.“⁷³

Philipp Staab interpretiert diese Krise des Zukunftsbewusstseins als Ausdruck einer tiefgreifenden „Identitätskrise der spätmodernen Gesellschaft“, einer „politischen Systemkrise“.⁷⁴ Denn die Vorstellung einer positiven Zukunft - das Versprechen von Fortschritt - sei für die Moderne konstitutiv gewesen, vor allem für den Liberalismus. Besonders der Klimawandel löse positive Bilder der Zukunft auf. An die Stelle von Versprechen und Vorstellungen ständig wachsender individueller Selbstentfaltung und Freiheit würden nun im Kontext der ökologischen Katastrophe Ängste um Selbsterhaltung treten.⁷⁵ Staab beschäftigt sich mit den Protestbewegungen gegen das Projekt der ökologischen Modernisierung in Richtung Reduzierung der Treibhausgasemissionen und Klimaneutralität, die 2018 mit der „Gelbwestenbewegung“ in Frankreich einsetzten, sich im Herbst 2019 mit den Bauernprotesten in den Niederlanden (gegen

⁷¹ Jean Mansbridge: „Recursive representation“, in: Dario Castiglione & Johannes Pollak (eds.), *Creating political presence: The new politics of democratic representation*, The University of Chicago Press, 298-338.

⁷² Vgl. das Fazit von Willis/ Curato/ Smith: *Deliberative Democracy and the climate crisis*, 10.

⁷³ Carolin Amlinger/ Oliver Nachtwey: *Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus*, Berlin: Suhrkamp, 2025, 32.

⁷⁴ Philipp Staab: *Systemkrise. Legitimationsprobleme im grünen Kapitalismus*, Berlin: Suhrkamp 2025, 11.

⁷⁵ Vgl. Staab: *Systemkrise* 60.

die Reduzierung der Stickstoffemissionen aus der Viehhaltung) fortsetzen, im Sommer 2023 in Deutschland mit den Protesten rund um das „Heizungsgesetz“ Gestalt bekamen. Staab deutet diese Konflikte als „defensiv orientierter Aufstand der Lebenswelt, in dem die bestehende Gegenwart verbissen gegen Modernisierungsmaßnahmen verteidigt wird“.⁷⁶

Steffen Mau diagnostiziert eine gesellschaftliche „Veränderungerschöpfung“.⁷⁷

„Die Abwehr des Wandels wird zur Affirmation eines Status quo ante – in Form einer aggressiven Nostalgie für eine Gesellschaft, in der vermeintlich alles ‚noch gut war‘“.⁷⁸

Seinen Studien nach fühlen sich mehr als 40% vom sozialen Wandel überrannt.⁷⁹ - Vor dem Hintergrund des globalen, disruptiven, sich beschleunigenden Wandels im „Turbokapitalismus“ sind solche Zustände einer kollektiven Verunsicherung, Ohnmacht, Erschöpfung und/oder Überforderung nachvollziehbar. Sie finden ihren Ausdruck in Realitätsverweigerung, Rückwärtsgewandtheit und Veränderungsunwilligkeit in Teilen der Gesellschaft und Politik. Dazu gehört in einigen Regionen bzw. Bundesländern in Österreich beispielsweise die Blockade und Verhinderung des Windkraftausbaus. Die Nostalgie gegenüber der Landschaft, „wie sie schon immer war“, verbindet sich dabei mit dem Phänomen, dass man mit dem Thema Windkraft gegenwärtig seitens rechtspopulistischer Gruppen und Parteien erfolgreich Stimmung machen und mobilisieren kann. War es vor einigen Jahren noch vorwiegend der Kampf der FPÖ gegen den Moscheebau, so wird heute der Windkraftausbau gezielt dafür verwendet, als „Stimme des Volkes“ parteipolitisch zu punkten. Ein aktuelles Beispiel ist die Kampagne von überregional vernetzten Windkraftgegnern gegen die geplante Errichtung von drei Windrädern in der Gemeinde Burgschleinitz-Kühnring (Waldviertel). Sie trug dazu bei, dass das Projekt mit knapper Mehrheit bei einer Bürgerbefragung am 15. März 2026 mit 436 Stimmen (50,78%) abgelehnt wurde (dafür waren 423 Menschen).⁸⁰ Man kennt das Muster von den früheren Moscheebaukonflikten:⁸¹ Die Gegner von rechts arbeiten mit Desinformation, Fakenews und Emotionalisierung, die bei vielen Menschen greift, weil es einfacher ist, gegen etwas zu argumentieren als dafür, und einfache Argumente eingängiger sind als differenzierte, sachliche. Damit liegt das Ergebnis dieser Bürgerbefragung im Trend: Seit 2019 gingen von 24 Befragungen zwölf gegen neue Projekte aus; 2025 und 2026 fielen sämtliche Befragungen negativ aus.⁸² Die Kommunikationsberatung clavis, die sich damit auseinandergesetzt hat, empfiehlt daher, andere Partizipationsformen als Bürgerbefragungen anzuwenden,

⁷⁶ Staab: Systemkrise 110.

⁷⁷ Steffen Mau/ Thomas Lux/ Linus Westheuser: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp Verlag (edition suhrkamp), 2023.

⁷⁸ Amlinger/ Nachtwey: Zerstörungslust, 10.

⁷⁹ „Die Zukunft ist nicht nur etwas, das uns zustößt“ (Gespräch): Die Zeit, 30. Dezember 2025, 7.

⁸⁰ Vgl. Alicia Prager/ Markus Sulzbacher: „Rauhe Brise von rechts gegen Windkraft“: Standard 18./19. April 2026, 17.

⁸¹ Siehe dazu Ernst Furlinger: Moscheebaukonflikte in Österreich. Nationale Politik des religiösen Raums im globalen Zeitalter, v&r unipress 2013.

⁸² Siehe dazu clavis: „Großprojekte: Endstation Volksbefragung“ (16.1.2025), Internetquelle: <https://clavis.at/grossprojekte-endstation-volksbefragung-pa/> (Abruf 16.4.2026).

etwa Bürgerräte: Ein Gremium von Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet Empfehlungen für ein neues Projekt. Das versachliche die Debatte wesentlich.⁸³

Aber auch bei diesem Thema ist Differenzierung und die Anerkennung der Komplexität der Faktoren, die Menschen zur Gegnerschaft gegenüber der Windkraft motivieren, wesentlich. „Wer Einwände als Rückständigkeit abtut, produziert Widerstand. Wer alles blockiert, ebenfalls.“⁸⁴

Insgesamt wird die Sehnsucht nach einer vermeintlichen früheren Sicherheit von rechtspopulistischen Parteien politisiert und gegenwärtig erfolgreich bewirtschaftet. Man kennt es von früheren populistischen, autoritären Bewegungen, dass Gefühle der Verwirrung, Orientierungslosigkeit oder Einsamkeit von rechten Demagogen als Grundlage ihrer manipulativen Kommunikation verwendet werden.⁸⁵ Faschismus kann verstanden werden als regressive Reaktion auf Krisen – als Versuch, Krisen mit regressiven Mitteln zu bewältigen.⁸⁶

Von daher sind Zuversicht, Positivität, Zukunftsmut nicht einfach individuelle psychische Dispositionen, vielmehr gleichzeitig eminent politische Kategorien:

„Eine ansteckende Positivität – als organisierter und sprachbasierter Optimismus – hassen alle autoritären Populisten. Denn Zerstörung als Geschäftsmodell lebt vom angstbesetzten Gefühl des Immerschlimmerismus und der Jammer-Folklore. (...) Dabei hilft kein Larifari-Optimismus. Die Zuversicht muss begründet abgeleitet daherkommen mit motivierten Wörtern. (...) Wer formuliert einen Optimismus in der Sprache der Zuversicht?“⁸⁷

Das sind nur einzelne Schlaglichter aus der Sicht einiger aktueller soziologischer Studien aus dem deutschsprachigen Raum. Um die gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und Umbrüche zu verstehen, bräuchte es meines Erachtens nicht nur soziologische Analysen, sondern auch die Beiträge der Sozialpsychologie und der politischen Psychoanalyse, um die dominierende kollektive psychische Dynamik von Gesellschaften in der Klima- und Biodiversitätskrise genauer in den Blick nehmen zu können. Fachliche Perspektiven könnten helfen, Prozesse der Verleugnung, Abwehr, Verdrängung, Resignation genauer zu verstehen und als Gesellschaft besser mit ihnen umgehen zu können. Man kann vermuten, dass kollektive Selbsterhaltungs-Ängste den politischen Raum umso wirksamer prägen, insofern sie vielfach verdrängt, unausgesprochen sind, nicht öffentlich bearbeitet werden und auch Formen und Rituale kollektiver öffentlicher Trauer über ablaufende, unwiederbringliche Verluste – seien es die Gletscher oder bestimmte Arten - nicht zur Verfügung stehen. Das ist vergleichbar mit der nach wie vor mangelnden öffentlichen und persönlichen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in Österreich, mit den

⁸³ Vgl. Prager/ Sulzbacher: Raue Brise von rechts gegen Windkraft, *ibid.* Ressourcen: RIFS Potsdam/ Mehr Demokratie: Handbuch Kommunale Bürgerräte organisieren, open source:[https:// www.mehrdemokratie.de/fileadmin/pdf/2025/2024-06-18_Kurzfassung-kommunale-Buergerraete_FW.pdf](https://www.mehrdemokratie.de/fileadmin/pdf/2025/2024-06-18_Kurzfassung-kommunale-Buergerraete_FW.pdf); Ortsplanung mit der Bevölkerung. Das Handbuch zur BürgerInnenbeteiligung in der örtlichen Raumplanung für Niederösterreich (September 2013).

⁸⁴ Günther Strobl: „Mit Windkraft durch die nächste Krise“: Standard 25./26. April 2026, 15.

⁸⁵ Vgl. Caroline Emcke, Nachwort zu Löwenthal, *Falsche Propheten* 249.

⁸⁶ Vgl. Rahel Jaeggi: *Fortschritt und Regression*, Berlin: Suhrkamp, 2023.

⁸⁷ Karl-Rudolf Kortan: „Sprachlose Mitte“: *Süddeutsche Zeitung*, 29./30. November 2025, 6.

Traumata aufgrund der Gewaltgeschichte, die unbewusst über die Generationen weitergegeben werden.⁸⁸ Die Wiederkehr des Verdrängten, der in das kollektive Unbewusste verdrängten Gewaltgeschichte eruptiert meines Erachtens nicht zuletzt im Aufstieg rechtsextremer Parteien und Bewegungen, wie zum Beispiel im Fall der USA, Russland, Indien, aber auch in Europa.

6. *Das Transformationsforum als Ermutigungsort*

Das Transformationsforum versteht sich als Ort, um den gesellschaftlichen Mut für die notwendigen konstruktiven Aufbrüche und strukturellen Veränderungen gemeinsam zu fördern und zu stärken:

- Mut für die ökologische Modernisierung: für den möglichst raschen entschlossenen und konsequenten Abschied vom fossilen Zeitalter und die Umorientierung zu erneuerbaren Energien und einer ambitionierten raschen Mobilitäts- sowie Ressourcenwende; aber auch darüber hinaus:

- Mut für grundlegende, soziale, wirtschaftliche und politische emanzipatorische, systemische Fortschritte, was unser Zusammenleben betrifft, unsere Weise als Menschen unsere Möglichkeiten zu entfalten und tätig zu sein, Arbeit und soziale Sicherung gesellschaftlich zu organisieren, unsere Weise zu wirtschaften, unser Selbstverständnis als menschliche Wesen in Gemeinschaft mit der „Mehr-als-menschlichen Welt“⁸⁹ (David Abram), mit anderen Menschen.

Ein Projekt wie das Transformationsforum kann eine gesellschaftlich-politische Dynamik, die weltweit derzeit in die andere Richtung geht, nicht allein drehen. Aber es setzt einen Gegenakzent, bildet eine Gegenkraft. Es kann etwas zur gegenseitigen Ermutigung und Rückenstärkung beitragen inmitten einer „Zeit der großen Entmutigung“ (Cynthia Fleury).⁹⁰ Annemarie Felder, Prozessmoderatorin des Transformationsforums, stellt dazu fest:

„Aus diesem Mut kann auch Freude wachsen – eine Freude darüber, gemeinsam neue Möglichkeiten zu eröffnen und Zukunft gestaltbar zu machen. Sie entsteht aus der Erfahrung, dass Veränderung nicht nur Verlust bedeutet, sondern auch Lebendigkeit und Sinn stiften kann. Diese Freude stärkt unsere Resilienz und gibt

⁸⁸ Siehe dazu Werner Bohleber: „Das Fortwirken des Nationalsozialismus in der zweiten und dritten Generation“: *Babylon. Beiträge zur jüdischen Geschichte* 4 (1990), 70-83; ders., „Transgenerationelles Trauma, Identifizierung und Geschichtsbewußtsein“, in: Jörn Rüsen/ Jörg Straub (Hg.), *Erinnerung, Geschichte, Identität. Bd. 2: Die dunkle Spur der Vergangenheit. Psychoanalytische Zugänge zum Geschichtsbewußtsein*, Frankfurt: Suhrkamp 256-274; Somer, E., Gahleitner, S.B., Wachsmuth, I., Krebs, L. & Kindler, M.L.: „Transgenerationelle Weitergabe von Trauma an die Generationen nach dem Holocaust und dem Nationalsozialismus“, in: S.B. Gahleitner/ C. Frank/ A. Letner (Hg.), *Ein Trauma ist mehr als ein Trauma: Biopsychosoziale Traumakonzepte in Psychotherapie, Beratung, Supervision und Traumapädagogik*, Dresden: Beltz Juventa 2015, 20-37.

⁸⁹ David Abram: *The Spell of the Sensus. Perception and Language in a More-Than-Human World*, Random House 1996.

⁹⁰ Cynthia Fleury: „Es ist ein ziemlich trauriger Moment“ (Interview mit Nils Minkmar): *Süddeutsche Zeitung*, 8.9.2025.

die Kraft, den langen Weg gesellschaftlicher Transformation miteinander zu gehen.“⁹¹

7. Werte-Orientierungen des Österreichischen Transformationsforums

Das Transformationsforum repräsentiert und praktiziert einen bestimmten Esprit, bestimmte Grundorientierungen, nämlich die ethischen universalistischen Werte der liberalen, rechtsstaatlichen, säkularen und deliberativen Demokratie, der allgemeinen Menschenrechte und der „offenen Gesellschaft“ (Karl Popper) - inmitten einer globalen politischen Situation, in der diese von der „Achse der Autokraten“ (Anne Applebaum) und übermächtigen Tech-Konzernen zunehmend angegriffen, in Frage gestellt werden.



Erste Reihe von links: Karl Kienzl (CEOs For Future), Stefan Einsiedel (Hochschule für Philosophie München), Monika Auer (ÖGUT), Peter Schön (Österreichische Klein- und Bergbäuer:innen Vereinigung/ Via Campesina)

■ Auf die Stimmen der Jungen hören

Für die Vertretung der mitwirkenden Organisationen beim Österreichischen Transformationsforum gilt das Prinzip, dass im Fall von zwei Delegierten eine:r von ihnen der jungen Generation angehört. Das Anliegen ist, junge Menschen verstärkt einzubinden

⁹¹ Annemarie Felder: Kommentar zum ersten Entwurf des Textes (E-Mail 7.3.2026). Siehe ihren Beitrag als Abschluss des Buches (Anhang).

und ihre Stimmen, Ideen, Perspektiven, Kritik zu hören. Gerade beim globalen Notstand des Klimawandels und des Artenverlusts stehen die zukünftigen Generationen im Mittelpunkt, die von den heute getroffenen politischen, strukturellen, wirtschaftlichen Weichenstellungen am existenziellsten betroffen sein werden.

Damit will das Transformationsforum ein Gegengewicht herstellen zur gesellschaftlichen Machtasymmetrie einer alternden Gesellschaft, in der sich aus demographischen Gründen die Entscheidungsstrukturen zugunsten der älteren Bevölkerung und ihrer Interessen und Perspektiven verschieben und Entscheidungen über Zukunftsfragen wie Klima- und Mitweltenschutz tendenziell zu Lasten der jungen und zukünftigen Generationen getroffen werden.⁹²



Mitte: Verena Kainrath, Circular Lab

■ Raum direkter Begegnung statt digitaler Blasen

Das Forum ermöglicht die direkte Begegnung, die Pflege der Beziehungsebene, den direkten Austausch „face to face“ der Verschiedenen, von unterschiedlichen Perspektiven in einer großen Vielfalt, über Lagergrenzen und die „Nachhaltigkeitsblase“ hinaus. Als Prozessmoderatorin hält Annemarie Felder dazu fest:

„Dieses In-Beziehung-Kommen in oft wechselnden kleinen Gruppen stärkt die Basis der Beziehung. Es mag banal klingen, jedoch die gegenseitige

⁹² Emanuel Richter: Seniorendemokratie. Die Überalterung der Gesellschaft und ihre Folgen für die Politik, Berlin: Suhrkamp, 2020.

Wahrnehmung als Mensch, diese menschliche Begegnung, sie schafft das Vertrauen, um sich öffnen zu können.“⁹³

Das „Österreichische Transformationsforum“ bildet so – zumindest in kleinem Rahmen – ein Gegengewicht zum Übergewicht der digitalen, nicht-physischen Kommunikation, vor allem zu abgeschotteten digitalen „Blasen“ und „Echokammern“, die von den Algorithmen der Digitalplattformen produziert und verstärkt werden, und zu den abgeschlossenen, um sich selbst kreisenden Medienwelten z.B. von rechtspopulistischen politischen Parteien und extremistischen Kreisen.



Mitte, von links: Hannah Keller (Global 2000), Caroline Krecké (Ökobüro)

■ Wertschätzung von weltanschaulicher und religiöser Pluralität

Zum Transformationsforum werden unterschiedliche kulturelle und religiöse Bevölkerungs- und Minderheitsgruppen eingeladen. Beim Zweiten Transformationsforum (25.-26. Februar 2025) nahmen etwa Vertreter:innen des Kulturvereins der Sinti und Roma, der Bahai'i-Gemeinschaft Österreich, der Freien Syrischen Gemeinde Österreich (nicht-religiös orientiert), der Islamischen Glaubensgemeinschaft Österreich (IGGÖ) und der Muslimischen Frauengesellschaft Österreich (feministisch orientierte muslimische Frauen) teil.

⁹³ Annemarie Felder: Kommentar zum ersten Entwurf des Textes (E-Mail 6.3.2026).



Mitte: Edanur Aktan (IGGÖ), rechts: Benedikta Opis (Pfadfinderinnen Österreich)

Mehrere Teilnehmer:innen erzählten danach, für sie sei es neu gewesen, Leute mit muslimischer Zugehörigkeit kennengelernt zu haben, oder sie hätten vorher noch nie von dem Projekt „Grüne Moschee“, einem Nachhaltigkeitsprojekt der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Oberösterreich, gehört, von dem Edanur Aktan (Delegierte der IGGÖ beim 2. Transformationsforum) berichtete.⁹⁴

Das Transformationsforum setzt damit einen Gegenakzent gegen die nationalistische Teilung zwischen „Wir“ und „Sie“.⁹⁵ Es geht um die Begegnung von Menschen unterschiedlicher Bevölkerungsschichten - auf Basis gleichen Respekts und Anerkennung als Freie und Gleiche. Es setzt auf die fundamentale Tatsache und Qualität von Pluralität als Grundlage von Politik im Sinne von Hanna Arendt.⁹⁶ Es stellt sich damit gegen die autoritäre Versuchung, gegen den identitären Mythos der ethnisch homogenen, reinen „Volksgemeinschaft“,⁹⁷ der besonders in wirtschaftlichen Krisenzeiten

⁹⁴ Als „grüne Moschee“ wird die Bashkimi-Moschee der Albanischen Kultusgemeinde in Linz bezeichnet, die als erste Moschee in Österreich seit 1.12.2023 Mitglied des Klimabündnisses ist (vgl. <https://www.derislam.at/2024/07/01/erste-gruene-moschee-in-oesterreich>, Abruf 13.10.2025). Edanur Aktan ist Projektmanagerin im Bereich Forschung und Entwicklung (R&D) beim Unternehmen Fronius International im Bereich Solarenergie.

⁹⁵ Siehe dazu Jason Stanley: *How Fascism Works. The Politics of Us and Them*, New York: Random House, 2018. Deutsche Übersetzung: *Wie Faschismus funktioniert*, Berlin: Westend, 2024.

⁹⁶ Siehe dazu den letzten Abschnitt des Beitrags.

⁹⁷ Siehe dazu Anton Pelinka: „Die FPÖ im internationalen Vergleich. Zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus“: *conflict & communication online* 1, Nr.1 (2002), https://cco.regener-online.de/2002_1/pdf_2002_1/pelinka.pdf (Abruf 11.10.2025).

Konjunktur hat und von den „falschen Propheten“ verkündet wird.⁹⁸ Speziell wendet sich das Transformationsforum gegen das Gift des Antisemitismus und antisemitische Verschwörungstheorien, aber auch gegen eine weit verbreitete Islamfeindlichkeit, eine pauschale Abstempelung des Islam als Gewaltreligion, die Gleichsetzung von Islam und Djihadismus. Das djihadistische Attentat 9/11 hat das mittelalterliche Stereotyp des Islam als Erzfeind Europas wiederbelebt – der Islam tritt seit 2001 an die Stelle des Kommunismus als Erzfeind des „Westens“.⁹⁹ Dieses Stereotyp hat sich seither verfestigt und schwelt in den religiös und kulturell pluralen Gesellschaften als anhaltendes Misstrauen, das durch differenziertes Wissen, Kooperationen, direkte Begegnungen überwunden werden muss und kann.

■ Wissenschaftliche Evidenz als Grundlage

Das Transformationsforum findet im institutionellen Rahmen und in den Räumen der Universität für Weiterbildung Krems statt. Basis der Auseinandersetzung mit Klima- und Biodiversitätskrise sind wissenschaftliche Erkenntnisse – bei der ersten Konferenz im März 2024 aus der Sicht sowohl der Klima- als auch der Biodiversitätsforschung, bei der zweiten Konferenz im Februar 2025 zum Fokus Bodenschutz u.a. aus Sicht der Bodenwissenschaften, Raumplanung und Architektur. Zentrale Grundlage ist die wissenschaftliche Evidenz, die Anerkennung wissenschaftlicher Expertise.

Das Transformationsforum arbeitet so der Ablehnung der Wissenschaft, der Verleugnung wissenschaftlicher Erkenntnisse entgegen, vor allem im Zusammenhang mit diesen Themen. Es stellt sich wissenschaftsfeindlichem Obskurantismus und Verschwörungsmethoden entgegen, die sich im Kontext von Krisen verstärken, weil sie Menschen vermeintlich vor Kontrollverlust schützen und ihnen Sicherheit vortäuschen.¹⁰⁰ Ein markantes Beispiel dafür ist die Behauptung, der Klimawandel sei nicht menschengemacht – was impliziert, dass er von Menschen auch nicht verhindert werden könne.¹⁰¹

⁹⁸ Leo Löwenthal: Falsche Propheten. Studien zur faschistischen Agitation (orig. Prophets of Deceit, 1949). Aus dem Englischen von Susanne Hoppmann-Löwenthal, Berlin: Suhrkamp 2021.

⁹⁹ Siehe dazu Ernst Furlinger: Moscheebaukonflikte in Österreich. Nationale Politik des religiösen Raums im globalen Zeitalter, Göttingen: V&R unipress, 2013.

¹⁰⁰ Siehe dazu Michael Butter: Die Alarmierten. Was Verschwörungstheorien anrichten, Berlin: Suhrkamp, 2025.

¹⁰¹ FPÖ-Bundesobmann Herbert Kickl verwendete 2024 das Argument in einer vorsichtigeren Form: Er wende sich gegen die Behauptung, der Mensch und sein Treibhausgasausstoß seien die einzige Ursache des Klimawandels. Interview „Heute Backstage“, 3.4.2024, https://www.youtube.com/watch?v=_bfvM4VBNDg (Abruf 10.10.2025). Tatsächlich stellt der Weltklimarat IPCC im jüngsten, sechsten Sachstandsbericht (AR6, Kap.3: „Menschlicher Einfluss auf das Klimasystem“, 3.3 und 3.4; Figure 3.1) fest: Der menschengemachte Anteil (v.a. durch Verbrennung fossiler Brennstoffe) an der Erwärmung der globalen mittleren Oberflächentemperatur der Erde ist maßgeblich. Er beträgt in der Dekade 2010-2019 im Vergleich zur vorindustriellen Zeit (1850-1900) zwischen 0.8°C bis 1.3°C, mit der besten Schätzung etwa 1.07°C. Der Anteil natürlicher Ursachen (wie vulkanische Aktivität und Variabilität der Sonne) ist dagegen minimal und wird auf -0.1°C bis +0.1°C geschätzt und ist faktisch gegenüber der menschengemachten Erwärmung vernachlässigbar. Vgl. <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/chapter/chapter-3/> (Abruf 11.10.2025).

Kickl begründet seine Position damit, dass es bereits lange vor der Industrialisierung Zeit in der Klimageschichte Warmphasen gegeben habe. Er berücksichtigt aber nicht den entscheidenden Unterschied: Frühere Warmphasen entwickelten sich über Jahrtausende bzw. Millionen Jahre, was den

■ Lernen vom Globalen Süden

Das Österreichische Transformationsforum bezieht Perspektiven des globalen Südens ein, beim Thema Bodenschutz etwa in Form der Keynote von Dr. Million Belay, dem Koordinator der „Allianz für Ernährungssouveränität in Afrika“ (AFSA) aus Äthiopien. Was können wir von der afrikanischen Zivilgesellschaft lernen, wenn es um Ernährung, Landwirtschaft, Umgang mit Boden geht?

Die Kooperation mit nicht-europäischen Akteur:innen bildet ein Gegengewicht zu einer eurozentrischen Abkapselung und einer Einengung auf rein nationale Sichtweisen, die der globalen Dimension der Themen nicht gerecht wird. Das Forum bringt die Perspektive der Klimagerechtigkeit ein, die moralische Dimension der Klimakrise: nämlich den Skandal, dass jene Länder, die so gut wie nichts zur Erderhitzung und ihrer Folgen beigetragen haben, schon jetzt am meisten darunter leiden.

■ Dialog

Zentrales Element des „Transformationsforums“ ist der strukturierte Dialog der Delegierten zu einem bestimmten Thema in kleinen Gruppen von vier bis fünf Personen, die nach dem Zufallsprinzip gebildet werden und dadurch vielfältig zusammengesetzt sind. Dialog, Zuhören, die Offenheit dafür, vom Anderen zu lernen, die respektvolle, offene, fragende, neugierige Haltung zum Gegenüber – auch wenn man vielleicht eine andere inhaltliche oder weltanschauliche Position einnimmt – sind Fähigkeiten, die für eine vitale demokratische Zivilkultur wesentlich sind und die ständig geübt werden müssen. Die Bedingung dafür besteht darin, dass die Teilnehmenden „sich in der Grundannahme und mit der Grundhaltung begegnen, *einander etwas zu sagen zu haben*.“¹⁰²

Mit dem zentralen Stellenwert von Dialog und Zuhören bildet das Transformationsforum ein Gegengewicht zu Tendenzen von Dialogverweigerung und -unfähigkeit – einer Kommunikationsform des Sich-Schließens, Monologischen, Apodiktischen, des Wahrheitsbesitzes, der Unduldsamkeit und Gereiztheit.¹⁰³ Dies ist eine Art der Kommunikation, bei der es darum geht, den eigenen Standpunkt als absolut gültig durchzusetzen und den Anderen nicht ernst zu nehmen, zu hören, ja sogar zu diffamieren, abzuwerten und niederzumachen. Die digitalen Plattformen fördern mit ihren Algorithmen aus kommerziellen Gründen diese polarisierende Art der Kommunikation, die sich - systemisch betrachtet unvermeidbar - auch auf die Gesprächsweise im nicht-digitalen öffentlichen Raum auswirkt. Der digitale Raum wird zur lärmenden Echokammer der hilflos und ohnmächtig Empörten, der im Kontext der neo-liberalen Globalisierung im Turbokapitalismus Abgehängten, Überflüssigen, die sich

Ökosystemen Zeit für Anpassung gab. Die gegenwärtige menschengemachte Erwärmung verläuft im Vergleich dazu in einem extrem raschen Tempo, innerhalb von Jahrzehnten, was die natürlichen Anpassungsfähigkeiten von Gesellschaft und Umwelt übersteigt. Sie erfolgt dazu in einem komplexen, vom Menschen gestaltetem Erdsystem mit hoher Siedlungs- und Bevölkerungsdichte. Vgl. IPCC: AR6, Kapitel 3, Abschnitt 3.3.

¹⁰² Hartmut Rosa: „Demokratie und Gemeinwohl: Versuch einer resonanztheoretischen Neubestimmung“, in: Hanna Ketterer/ Karina Becker (Hg.), Was stimmt nicht mit der Demokratie? Berlin: Suhrkamp, 2. Aufl. 2020, 160-188, hier 164.

¹⁰³ Bernhard Pörksen: Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung, München: Hanser, 2018.

gegenseitig verstärken und an die politische Macht drängen, wie in der MAGA-Bewegung in den USA.¹⁰⁴

■ Denken von der positiven Zukunft her

Beim Dialog als zentralem Element des Transformationsforums tauschen sich die Delegierten der mitwirkenden Organisationen über Fragen aus, mit denen Herausforderungen von der gewünschten, angezielten positiven Zukunft her gedacht werden. Beim ersten Transformationsforum (5.-6. März 2024) ging es um die fundamentale Zukunftsfrage nach dem guten Leben im Einklang mit allem Lebendigen. Beim zweiten Transformationsforum (25.-26. Februar 2025) stand die Frage im Mittelpunkt: „Was ist unsere positive Vision einer guten Zukunft unter den Bedingungen von Flächenneutralität? (Netto-Null-Flächenverbrauch bis spätestens 2050). Der Ansatz eines Denkens von einer erwünschten, konstruktiven Zukunft her stützt sich auf die „Theorie U“ von Otto Scharmer (MIT).¹⁰⁵

■ Partizipative Prozesse

Das Transformationsforum beruht von Beginn an auf Partizipation. Als Start wurden führende Verantwortliche von Organisationen und Bewegungen aus verschiedenen Bereichen – Klimabewegungen, Wissenschaft, Wirtschaft, Interessensvertretungen, Kirchen – für ein erstes Treffen am 21. Februar 2023 eingeladen. Daraus bildete sich in einem allmählichen, dynamischen Prozess - in dem neue Organisationen hinzukamen, andere wegblieben - eine etwa zehnköpfige „Steuerungsgruppe“ heraus. Sie entwickelt zusammen mit der Hauptveranstalterin, der Universität für Weiterbildung Krems, die Grundlinien.

In der Vielfalt dieser Gruppe bildet sich jene der mitwirkenden Organisationen ab, die bei der Konferenz und anderen Veranstaltungen zusammentreffen. In dieser Gruppe ereignet sich ein Prozess des genaueren gegenseitigen Wahrnehmens, der Annäherung, des Dialogs und der Entwicklung von Zusammenarbeit über die Grenzen der bestehenden weltanschaulichen, strategischen und institutionellen Unterschiede. Er nimmt in gewisser Weise die Dynamik vorweg, die sich dann bei der Konferenz unter den Delegierten ereignet. Für das Dritte Transformationsforum gingen wir einen Schritt weiter, indem alle mitwirkenden Organisationen dazu eingeladen wurden, Vorschläge für das Schwerpunktthema zu machen, die dann von der Steuerungsgruppe gesichtet wurden, in einem zweiten Schritt dann Vorschläge zum gewählten Thema Resilienz der liberalen Demokratie und der Zivilgesellschaft. Diese Vorgangsweise entspricht dem ganzen Esprit des Projekts, zu einer partizipativen demokratischen Zivilkultur und lebendigen partizipativen Demokratie beizutragen. Sie entspricht dem Schlüsselprinzip des Community Organizing, wie es Anthony Thigpen (LA Agenda) formuliert hat: „Du überreichst niemals den ganzen Kuchen. Stattdessen lädst du die Leute in die Küche ein, um gemeinsam den Kuchen zu backen.“¹⁰⁶

¹⁰⁴ Siehe dazu Kurt Gray: *Outraged: Why We Fight About Morality and Politics and How to Find Common Ground*, New York: Pantheon Books, 2025.

¹⁰⁵ C. Otto Scharmer: *Theorie U. Von der Zukunft her führen. Presencing als soziale Technik*, Heidelberg: Carl Auer, 4. Aufl. 2015.

¹⁰⁶ Zitiert von Scharmer: *Addressing the Blind Spot of Our Time*, 9.



Steuerungsgruppe des Österreichischen Transformationsforums. Von links: Michael Soder (AK Wien), Christian Kdolsky (Klimavolksbegehren), Andrea Sölkner (Evang. Kirche Österreich), Anja Appel (KOO-Stelle der Bischofskonferenz), Monika Auer (ÖGUT), Karl Kienzl (CEOs For Future), Johannes Tintner-Olifiers (Sc4F), Jasmin Lang (FFF Austria), Ferdinand Kaineder (Kath. Aktion Österreich), Sarah Haider-Nash, Ernst Furlinger (Universität für Weiterbildung Krems). Christian Zauner (Parents For Future) war erkrankt.

Für die Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Initiative wird entscheidend sein, wie sich das Österreichische Transformationsforums selbst partizipativ-demokratisch organisiert, welche innovativen und effektiven internen Strukturen und Verfahren dafür entwickelt und eingerichtet werden, wie es digitale Technologien effektiv dafür nutzen kann¹⁰⁷ oder wie neue Methoden wie politische Aufstellungsarbeit für Konfliktlösungen und Bearbeitung von tiefliegenden Traumata genutzt werden können.¹⁰⁸

Mit diesen Überlegungen soll gezeigt werden: Es geht nicht nur um die jeweiligen inhaltlichen Themen, die im Rahmen des „Österreichischen Transformationsforums“ behandelt werden. Vielmehr stellt die Art und Weise der Teilnahme und der Teilnehmenden (auf Basis der Prinzipien von Diversität, Pluralität, Egalität, Inklusion,

¹⁰⁷ Siehe dazu Hans Christian Voigt/ Thomas Kreiml (Hg.): Soziale Bewegungen und Social Media. Handbuch für den Einsatz von Web 2.0, Wien: Verlag des ÖGB 2011.

¹⁰⁸ Siehe z.B. das Format „Politik im Raum“ der Theaterwissenschaftlerin und systemischen Beraterin Ruth Sander (München): „Politische Aufstellungen!“, in: Siegfried Rosner (Hg.): Systemaufstellung als Aktionsforschung. Methodenintegratives Wissen und Praxis-Beispiele, Berlin/Heidelberg: Springer 2007; <https://www.politik-im-raum.org/ruth-sander>. Für den Hinweis danke ich Stefan Schartlmüller, Mit-Initiator und stellvertretender Obmann der IG Demokratie, die 2012 als Netzwerk gegründet wurde und u.a. Demokratie Repair-Cafes durchführt (www.ig-demokratie.at).

Partizipation) ebenso wie die dialog- und prozessorientierten Methoden und Haltungen der einzelnen Veranstaltungen eine entscheidende Dimension dar.

Damit nimmt das Transformationsforum einen lokalen politischen Kontrapunkt zum reaktionären, anti-ökologischen und autoritären Projekt der Gegenmoderne ein, das an Wucht weltweit zugenommen hat, v.a. seit der Trump-Administration II, und einen Kontrapunkt zum gegenwärtigen Backlash in der Klima- und Umweltpolitik, während sich Klimawandel und Artensterben beschleunigen. Mitten im scharfen Gegenwind treibt das Österreichische Transformationsforum im Verbund mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, Netzwerken und Bündnissen und im Austausch mit den demokratischen politischen Parteien lebendige demokratische Zivilkultur, gesellschaftliche Erneuerung und Ermutigung voran.

8. Schluss: „Der Sinn der Politik ist Freiheit“ (Hannah Arendt)

Die Philosophin Hannah Arendt (1906-1975) hat die Natur des Politischen so charakterisiert: „Politik beruht auf der Tatsache der Pluralität der Menschen. (...) Politik handelt von dem Zusammen- und Miteinandersein der *Verschiedenen*.“¹⁰⁹ Im Sprechen und Handeln der Verschiedenen wird diese grundlegende Qualität und Tatsache der Vielfalt zum Ausdruck gebracht:

„Im Menschen wird die Besonderheit, die er mit allem Seienden teilt, und die Verschiedenheit, die er mit allem Lebendigen teilt, zur Einzigartigkeit, und menschliche Pluralität ist eine Vielfalt, die die paradoxe Eigenschaft hat, dass jedes ihrer Glieder in seiner Art einzigartig ist. Sprechen und Handeln sind die Tätigkeiten, in denen diese Einzigartigkeit sich darstellt; (...) sie sind die Modi, in denen sich das Menschsein selbst offenbart.“¹¹⁰ Und etwas später schreibt sie:

„Diese Aufschluß-gebende Qualität des Sprechens und Handelns, durch die, über das Besprochene und Gehandelte hinaus, ein Sprecher und Täter mit in die Erscheinung tritt, kommt aber eigentlich nur da ins Spiel, wo Menschen miteinander, und weder für- noch gegeneinander, sprechen und agieren.“¹¹¹

Politik bedeutet im Sinn von Arendt, „in der öffentlichen Sphäre von diesem spezifisch menschlichen Vermögen tatsächlich Gebrauch zu machen, d. h., anderen Menschen in Pluralität zu begegnen und in Freiheit sprechend und handelnd miteinander die gemeinsame Welt zu gestalten.“¹¹² Das meint ihre berühmte Definition des Sinns von Politik: „Auf die Frage nach dem Sinn von Politik gibt es eine so einfache und in sich

¹⁰⁹ Hannah Arendt: Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß, hg. von Ursula Ludz, München: Piper 2003, 9.

¹¹⁰ Hannah Arendt: Vita activa oder Vom tätigen Leben (orig. The Human Condition, 1958), München: Piper 1967, 9. Aufl. 1997, 214.

¹¹¹ Arendt: Vita activa, 220.

¹¹² Markus Gloe/ Tonio Oeftering: „Das Politische als Kern der Politischen Bildung: Hannah Arendt“ (16.2.2022). Website Bundeszentrale für Politische Bildung, <https://www.bpb.de/lernen/inklusive-politisch-bilden/505229/das-politische-als-kern-der-politischen-bildung-hannah-arendt/> (Zugriff 9.4.2026).

schlüssige Antwort, dass man meinen möchte, weitere Antworten erübrigen sich ganz und gar: Die Antwort lautet: Der Sinn von Politik ist Freiheit.“¹¹³

Im Kern, im zentralen Geschehen des Transformationsforums – das freie Gespräch, der Dialog der Verschiedenen, die zugleich frei und gleich sind – kristallisiert sich etwas vom Politikverständnis Arendts in besonders klarer Weise: Politik im Sinn des freien Sprechens und im besten Fall gemeinsamen Handelns der Verschiedenen auf der Agora des öffentlichen Raums. Arendt erinnert damit an die Idee des Politischen, die mit Freiheit identisch ist. Historisch ist diese Idee erstmals in der antiken griechischen Polis – mit der öffentlichen Agora als Zentrum des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens – zutage getreten.¹¹⁴ Der Begriff „Forum“ nimmt darauf Bezug. Hannah Arendt rekonstruiert das Wesen von Politik vor dem Hintergrund von zwei entscheidenden Grunderfahrungen des 20. Jahrhunderts, des „Jahrhunderts der Gewalt“ (Eric Hobsbawm): die Entstehung der totalitären Systeme des Nationalsozialismus und des Kommunismus, sowie die Gefahr der atomaren Selbstauslöschung der Menschheit. In diesem Kontext macht sie Mut: Der Mensch kann „einen neuen Anfang“ setzen. Er ist frei zu handeln, Initiativen zu setzen – und zwar deshalb, weil jeder Mensch durch seine Geburt selbst ein neuer Anfang ist:

„Weil jeder Mensch auf Grund des Geborens ein *initium*, ein Anfang und Neuankommeling in der Welt ist, können Menschen Initiative ergreifen, Anfänger werden und Neues in Bewegung setzen.“¹¹⁵

Alles menschliche Zusammensein wird vom „Faktum der Natalität (...), der Gebürtlichkeit“ begründet, „kraft deren jeder Mensch einmal als ein einzigartig Neues in der Welt erschienen ist.“¹¹⁶ Diesem Faktum entspricht die Möglichkeit, sich jedem Determinismus und Fatalismus entziehen und etwas Neues anfangen zu können:

„Das Wunder der Freiheit liegt in diesem Anfangen-Können beschlossen, das seinerseits wiederum in dem Faktum beschlossen liegt, daß jeder Mensch, sofern er durch Geburt in die Welt gekommen ist, die vor ihm da war und nach ihm weitergeht, selber ein neuer Anfang ist.“¹¹⁷

Der wahre Sinn von Politik ist Freiheit: Der mutmachende Politikbegriff von Hannah Arendt ist für unsere Gegenwart wichtig, die sich durch mehrere Faktoren verdunkelt hat, u.a. Aufstieg autoritärer politischer Strömungen (v.a. in den USA unter Trump), einer „illiberalen Demokratie“ Orban'scher Prägung in der EU, gewaltförmiger religiöser (v.a. neo-salafistischer Djihadismus) und fundamentalistischer politischer Theologien (z.B. katholischer Integralismus à la JD. Vance; evangelikale Kirchen), weltweite ökonomische Dominanz der chinesischen Diktatur, der anhaltende Skandal und die Geißel von Kriegen, der soziale Ausschluss von Überflüssigen, die die kapitalistische Arbeitsgesellschaft nicht brauchen kann; nicht zuletzt der globale ökologische Notstand, v.a. die Klimakatastrophe, das Artensterben und die zunehmende Umweltverschmutzung im „Kapitalozän“ (Jason Moore). Gerade der gegenwärtige Angriff auf

¹¹³ Arendt: Was ist Politik? 28.

¹¹⁴ Vgl. Kurt Sontheimer: Vorwort, in Arendt, Was ist Politik?, II.

¹¹⁵ Arendt: Vita activa, 215.

¹¹⁶ Arendt: Vita activa, 217.

¹¹⁷ Arendt: Was ist Politik? 34.

zentrale demokratische Institutionen und humanistische Werte in den USA führt drastisch vor Augen, wie rasch ein Rückfall in Autoritarismus und Barbarei möglich ist. Wie wichtig es ist, ständig wachsam zu bleiben und sich gegen Einschränkungen und Bedrohungen der menschlichen Freiheit, Pluralität, Rechtsstaatlichkeit und die Korrumpierung der Macht gemeinsam zur Wehr zu setzen.¹¹⁸

PD Mag. Dr. Ernst Furlinger; katholischer Fachtheologe (Universität Salzburg) und habilitierter Religionswissenschaftler (Universität Wien), Plattform für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Universität für Weiterbildung Krems. Projektleiter der Österreichischen Armutskonferenz (1995-2001), die 2011 den Bruno-Kreisky-Preis für Verdienste um die Menschenrechte erhielt. 2002 bis 2006 Forschungsaufenthalt in Nordindien zum nichtdualistischen Shivaismus von Kaschmir, seit 2007 an der Universität Krems und bis 2012 an der Universität Wien tätig. Seit Herbst 2019 Mitglied „Religions For Future Vienna“ sowie Leitung der universitären Seminarreihe „Klimagerechtigkeit. Ethische Reflexion und transformatives Handeln. Seit 2021 Projektleitung „Österreichisches Transformationsforum“ im Rahmen der „Akademie der Transformation. Aspekte des sozial-ökologischen Wandels“ der Universität für Weiterbildung Krems. Seit 2025 Vorsitzender der Auswahljury des internationalen Wissenschaftspreises „Courageous Scientists Award for Environmental and Climate Justice“, der 2025 vom „Forum ökosoziale Transformationen“ in Wien gestiftet wurde.

¹¹⁸ Für die Durchsicht des Beitrags und wertvolle Rückmeldungen danke ich Anja Appel, Rainer Bauböck, Alexandra Fangenheim, Franz Fehr, Annemarie Felder, Renate Hagmann, Karl Immervoll, Ferdinand Kaineder, Karl Kienzl, Michael Mooslechner, Andreas Novy, Sieglinde Rosenberger, Stefan Schartlmüller, Andrea Sölkner.

2. Vorbereitungsseminar “Bodenschutz von unten”

Wien, 18. November 2024

Aktueller Stand Bodenschutz und Raumplanung in Österreich

Barbara Steinbrunner

Der Boden ist eine endliche Ressource mit zentraler Bedeutung für Ökologie, Wirtschaft und Gesellschaft. In Österreich steht der Bodenschutz zunehmend im Fokus raumplanerischer und umweltpolitischer Diskussionen. Die fortschreitende Flächeninanspruchnahme und Versiegelung hat Auswirkungen auf mehrere Ebenen und auf unterschiedliche (Lebens)Bereiche, wie Ernährungssicherheit, Mobilität und Klima. Zudem werden dadurch nicht nur die natürlichen Funktionen des Bodens gefährdet, sondern auch die Lebensqualität zukünftiger Generationen. Raumplanung ist dabei ein zentrales Steuerungsinstrument, das jedoch in der Praxis oft an rechtliche, politische und gesellschaftliche Grenzen stößt.

Begriffe und Datenlage

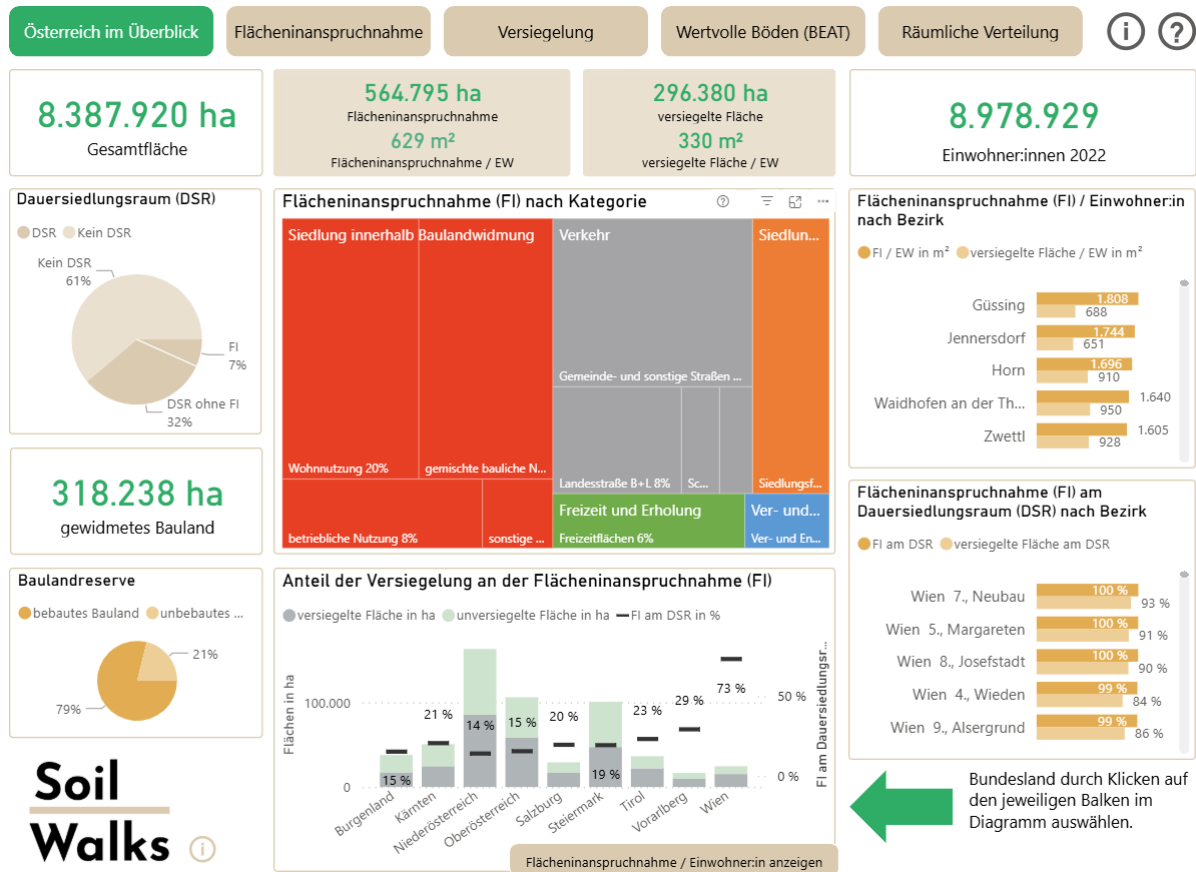
„Flächeninanspruchnahme“ bezeichnet die dauerhafte Umwandlung biologisch produktiver Böden in Siedlungs-, Verkehrs- oder andere Nutzungsarten. „Versiegelung“ hingegen beschreibt die Abdeckung des Bodens mit wasserundurchlässigen Materialien wie Asphalt oder Beton, wodurch wichtige ökologische Funktionen wie Wasseraufnahme, Gasaustausch und Kohlenstoffbindung verloren gehen. Laut Umweltbundesamt wurden in Österreich bis 2020 rund 5.768 km² produktiver Böden verbraucht – etwa 7 % der Bundesfläche und 18 % des Dauersiedlungsraums.¹¹⁹ Der Dauersiedlungsraum umfasst den für die Landwirtschaft sowie für Siedlungs- und Verkehrszwecke (potenziell) verfügbaren Raum. Aufgrund der gebirgigen Topografie Österreichs eignen sich nur etwa 39 % des Bundesgebiets als Dauersiedlungsraum.¹²⁰ Der durchschnittliche tägliche Bodenverbrauch lag zuletzt bei 11,3 ha, was den politischen Zielwert von 2,5 ha pro Tag deutlich übersteigt.¹²¹ Etwa 52 % der in Anspruch genommenen Flächen sind versiegelt, was langfristige ökologische Schäden verursacht. Dem Ziel die Flächenneuanspruchnahme und die Bodenversiegelung zu reduzieren, folgt auch das im Oktober 2021 beschlossene „Österreichische Raumentwicklungskonzept 2030“ und räumt sowohl dem sparsamen und schonenden Umgang mit Ressourcen, als auch dem Schutz der natürlichen Lebens- und Ernährungsgrundlagen eine hohe

¹¹⁹ Umweltbundesamt, Bodenverbrauch

¹²⁰ Statistik Austria, 125

¹²¹ BMLFUW, Nachhaltigkeitsstrategie, 70 und BKA, Regierungsprogramm, 166

Priorität ein.¹²² Einen Schritt weiter geht der Zielwert der EU-Kommission mit einem Netto-Null-Flächenverbrauch bis 2030.¹²³ Was allerdings nicht bedeutet, dass nichts mehr gebaut werden soll, sondern nichts Neues auf der „grünen Wiese“. Die Herausforderung hierbei ist allerdings die Verfügbarkeit des Gebäudebestandes und des Baulandes und dass Baulandreserven häufig nicht in den gefragten Bereichen vorhanden sind.



Aktuelle Zahlen zur Flächeninanspruchnahme und Versiegelung in Österreich (Soil Walks Dashboard 2025)

Ursachen der Zersiedelung

Die Zersiedelung ist ein zentrales Problem der österreichischen Raumentwicklung. Sie beschreibt die Ausbreitung von Siedlungen außerhalb kompakter Strukturen mit geringer baulicher Dichte. Besonders Einfamilienhäuser, Einkaufszentren sowie Gewerbegebiete und die dazugehörigen Stellplätze und Verkehrswege tragen zu einem überproportional hohen Flächenverbrauch bei. Zwischen 1975 und 2020 hat sich die hoch zersiedelte Fläche in Österreich verfünffacht, von etwa 1.100 km² auf 5.800 km². Die

¹²² ÖROK, ÖREK 2030, 59

¹²³ Europäische Kommission, Ressourcenschonendes Europa, 17 und EU Beschluss Nr. 1386/2013/EU

größten Zuwächse wurden in Kärnten, Oberösterreich und der Steiermark verzeichnet.¹²⁴

Ein nicht unwesentlicher Teil der täglich in Anspruch genommenen Fläche entfällt auf Wohnzwecke. Das Einfamilienhaus ist hierbei eine besonders flächenintensive Wohnform. Wenige Personen nutzen eine verhältnismäßig große Fläche, sprich eine hohe Bodenanspruchnahme mit ineffizienter Nutzung.¹²⁵ Diese Feststellung unterstreichen Zahlen aus dem Jahr 2021, wo rund 41% der österreichischen Bevölkerung in einem Einfamilienhaus lebte. Würde man die gesamte Bevölkerung Österreichs auf alle bestehenden Ein- und Zweifamilienhäuser im Land aufteilen, so ergäbe sich ein Schlüssel von 4,16 Personen pro Haushalt.¹²⁶ Pro Stunde kommen 1,74 neue Ein- bzw. Zweifamilienhäuser dazu.¹²⁷



Abbildung 2: Blick auf Lienz, eine Stadt mit viel Siedlungsdruck und Interessenslagen (Steinbrunner B. 2023)

¹²⁴ Brenner et al., Zersiedelung, 8

¹²⁵ Steinbrunner, Bodenpolitik, 61

¹²⁶ Mayer und Ritter, Boden, 12

¹²⁷ Statistik Austria, Wohnen, 24

Rechtliche Grundlagen und institutionelle Rahmenbedingungen

Die österreichische Raumordnung stellt eine Querschnittsmaterie dar, die zwischen Behörden bei Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt ist. Die Länder besitzen die Gesetzgebungskompetenz, während für die Vollziehung Länder (überörtliche Raumordnung) und Gemeinden (örtliche Raumplanung) zuständig sind.¹²⁸ Die rechtlichen Grundlagen sind vielfältig: Neben den Raumordnungsgesetzen der jeweiligen Bundesländer spielen auch das Forstrecht, Wasserrecht, Naturschutzrecht und das Wohnbauförderungsrecht eine zentrale Rolle. Diese Vielfalt erschwert eine kohärente Umsetzung von Bodenschutzmaßnahmen.

Die Gemeinden sind zentrale Akteure in der Raumplanung. Insgesamt existieren daher über 2.000 Planungsbehörden, was zu einer hohen Fragmentierung führt. Sie entscheiden über Entwicklungskonzepte, Flächenwidmungspläne und Bebauungspläne. Allerdings zeigt die Planungspraxis, dass finanzielle Anreize, politische Interessen und mangelndes Fachwissen häufig zu Fehlentwicklungen führen. Zudem fehlt es vielerorts an Bewusstsein für die langfristigen Folgen der Planungsentscheidungen und Bodenpolitik. Dies ist ein Aspekt, dem das Forschungsprojekt „Soil Walks“ entgegenwirken möchte. Durch Bewusstseinsbildung und partizipative Formate wie „Walk & Talk“ soll die Bevölkerung für Bodenschutz sensibilisiert werden.¹²⁹

Neben Bewusstseinsbildung und informellen Methoden existieren zur Eindämmung der Flächeninanspruchnahme auch eine Reihe an planerischen Ansätzen:

- Innenentwicklung statt Außenentwicklung,
- kompakte Bauweise und Nachverdichtung,
- Reduktion von Verkehrsflächen,
- Entsiegelung und Rückwidmung,
- landwirtschaftliche Vorrangzonen zur Sicherung produktiver Böden

Die österreichische Bodenstrategie

Die „Bodenstrategie für Österreich“ wurde zwischen 2021 und 2023 im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) gemeinsam mit Fachexpert:innen aus Wissenschaft und Verwaltung erarbeitet und im Februar 2024 von den Landesraumordnungsreferent:innen aller Bundesländer beschlossen. Ziel ist die substanzielle Reduktion der Flächeninanspruchnahme bis 2030. Die Strategie enthält Maßnahmen wie:

- Wiedernutzung von Leerstand und Brachflächen,
- Festlegung von Siedlungsgrenzen,
- Vorrangflächen für Landwirtschaft und Hochwasserschutz,
- Förderung der Innenentwicklung.¹³⁰

¹²⁸ Gruber et al., Raumordnung, 10

¹²⁹ Grinzinger, Soil Walks, 8ff.

¹³⁰ ÖROK, Bodenstrategie

Kritik kam insbesondere von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Wissenschaftler:innen, die die fehlende rechtliche Verbindlichkeit und die mangelnden Umsetzungsbemühungen bemängelten.

Resümee und Ausblick

Die wissenschaftliche und politische Diskussion zeigt deutlich: Es mangelt nicht an Erkenntnissen, sondern an der Umsetzung. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von „Wissensriesen und Handlungszwergen“. Die Raumplanung verfügt über zahlreiche Instrumente, doch deren Anwendung ist inkonsequent und oft von lokalen Interessen geprägt. Die Bodenstrategie ist ein wichtiger Schritt, aber sie muss durch verbindliche gesetzliche Regelungen, klare Zuständigkeiten und effektive Kontrollmechanismen ergänzt werden. Nur durch eine koordinierte Zusammenarbeit aller Ebenen – Bund, Länder, Gemeinden und Zivilgesellschaft – kann der Boden als schützenswertes Gut langfristig gesichert werden.

Literaturverzeichnis

- BKA: Regierungsprogramm 2025-2029. Jetzt das Richtige tun (2025).
https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:8d78b028-70ba-4f60-a96e-2fca7324fd03/Regierungsprogramm_2025-2029.pdf (22.08.2025).
- BMLFUW: NSTRAT Die österreichische Strategie zur nachhaltigen Entwicklung. Eine Initiative der Bundesregierung. (2002)
https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:af91392a-9de9-4ea7-9a28-df6a4bf1ffd9/NSTRAT_2002.pdf (06.12.2024)
- Brenner, Anna-Katharina; Krüger, Tobias; Haberl, Helmut; Stöglehner, Gernot; Behnisch, Martin: Rapider Anstieg der Zersiedelung in Österreich von 1975 bis 2020. Eine räumlich explizite Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Wohnbevölkerung (Social Ecology Working Paper 198), Wien 2024.
- EU Beschluss Nr. 1386/2013/EU: 7. Umweltaktionsprogramm der EU: Beschluss Nr. 1386/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über ein allgemeines Umweltaktionsprogramm der Union für die Zeit bis 2020 „Gut leben innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten“
<https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:354:0171:0200:DE:PDF> (22.08.2025).
- Europäische Kommission: EU-Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa, KOM (2011):[https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/com/com_com\(2011\)0571_/com_com\(2011\)0571_de.pdf](https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/com/com_com(2011)0571_/com_com(2011)0571_de.pdf) (22.08.2025).
- Grinzinger, Elias; Steinbrunner, Barbara; Schartmüller, Lena; Weiss-Eizinger Simon; Zech, Sibylla; Hochradl, Hanna; Birli, Barbara; Huber, Sigbert; Schellner, Karin; Weiss, Michael; Sillipp, Nina; Wallenberger, Josef: How2SoilWalk. Handbuch zur Durchführung bewusstseinsbildender Spaziergänge zum Bodenschutz. BMLUK/dafne.at, Wien 2025.

- Gruber, Markus; Kanonier, Arthur; Pohn-Weidinger, Simon; Schindelegger, Arthur: Raumordnung in Österreich und Bezüge zur Raumentwicklung und Regionalpolitik. ÖROK (Hg.), ÖROK (= ÖROK-Schriftenreihe 202), Wien 2018.
- Mayer, Karoline; Ritter, Katharina, Einleitung. In: AZW (Hg.), Boden für alle. Architekturzentrum. Wien 2022, 10-19.
- ÖROK: Österreichisches Raumentwicklungskonzept, ÖREK 2030. Raum für Wandel (2021) https://www.oerok.gv.at/fileadmin/user_upload/publikationen/Schriftenreihe/210/OEREK-2030.pdf (22.08.2025).
- ÖROK: Bodenstrategie für Österreich. Strategie zur Reduktion der weiteren Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung bis 2030, Wien 2024.
- Soil Walks Dashboard: Dashboard zur Flächeninanspruchnahme und Versiegelung (2025), dashboard.soilwalks.at. (22.08.2025).
- Statistik Austria: Dauersiedlungsraum (2019) https://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/dauersiedlungsraum/index.html (22.08.2025).
- Statistik Austria: Wohnen. Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik (2021) https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Wohnen_2020_-_Zahlen_Daten_und_Indikatoren_der_Wohnstatistik.pdf (22.08.2025).
- Steinbrunner, Barbara: Das freistehende Einfamilienhaus als Auslaufmodell!? In: IG Kultur 1/2022, Wien 2022, 62-64.
- Umweltbundesamt: Bodenverbrauch in Österreich (2022) <https://www.umweltbundesamt.at/news221202> (22.08.2025).

Univ.-Ass. DI Barbara Steinbrunner, MSc ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsbereich Bodenpolitik und Bodenmanagement der TU Wien und in der örtlichen Raumplanung tätig, als auch Kernmitglied der Fachgruppe Bodenverbrauch der scientists4future. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Bodenpolitik und Flächensparen sowie Themen des ländlichen Raumes.



Christina Hummel, Barbara Steinbrunner (Scientists4Future, Fachgruppe Bodenverbrauch)

Bodenfunktionen und -gefährdungen

Was ist Boden und warum muss man ihn schützen?

Christina Hummel

Die faszinierende Welt des natürlichen Bodens unter unseren Füßen erfüllt zahlreiche Funktionen, die wir zum Leben brauchen. Böden sind innerhalb menschlicher Zeithorizonte nicht erneuerbar und somit eine limitierte Ressource, die zunehmend gefährdet und beeinträchtigt wird.

Was ist Boden?

Böden werden als die dünne Haut der Erde bezeichnet. Sie sind die oberste belebte Schicht der Erde und oft weniger als 1 m tief. Die Entstehung von 1cm Boden braucht Jahrzehnte bis Jahrhunderte. Durch Verwitterung von mineralischen Ausgangsmaterialien (z.B. Gestein) und den Einfluss von Pflanzen und Tieren entstehen über die Zeit abhängig von Klima, Lage und Standort ganz unterschiedliche Bodentypen mit unterschiedlichsten Eigenschaften. Abhängig von ihren Eigenschaften, ihrem Aussehen und ihrer Entstehung werden Böden in unterschiedliche Bodentypen eingeteilt: In Österreich unterscheiden wir 45 Hauptbodentypen,¹³¹ und weltweit werden Böden in 32 Referenzklassen mit zahlreichen Subklassen¹³² eingeteilt.

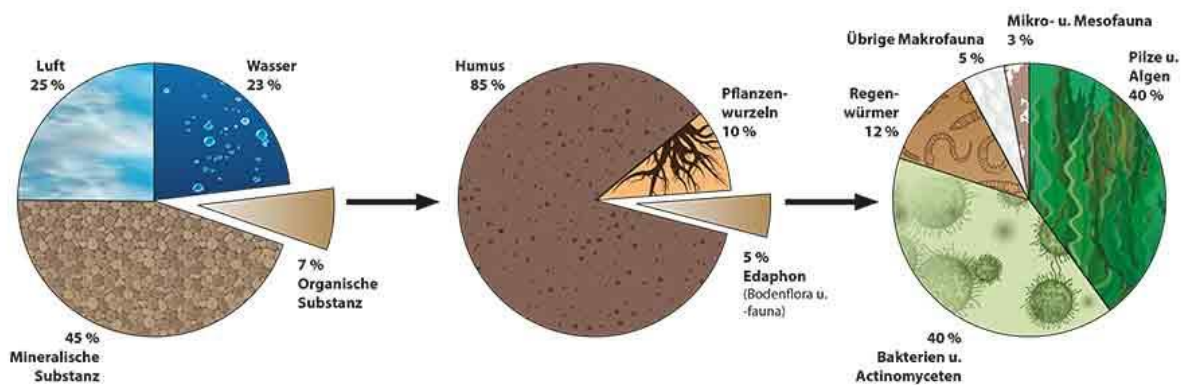


Abbildung 1: Bodenbestandteile

Böden bestehen zu etwa 50 % aus festen Bestandteilen und zu 50 % aus Poren, welche entweder mit Wasser oder Bodenluft gefüllt sind (siehe Abbildung 1).¹³³ Im Bodenwasser sind Nährstoffe und organische Substanzen gelöst, die für Pflanzen und das Bodenleben verfügbar sind. Die festen Bodenbestandteile bestehen hauptsächlich aus mineralischer Substanz und nur zu 3-10 % aus organischen Materialien (bei Torfböden

¹³¹ Nestroy et al., Österreichische Bodensystematik 2011

¹³² IUSS, World Reference Base for Soil Resources 2022

¹³³ LEMKEN Der Boden – die Haut der Erde

in Mooren kann der Anteil der organischen Substanz auch 25 % sein). Dieser geringe organische Anteil des Bodens besteht hauptsächlich aus abgestorbenem Material (auch Humus genannt, ~85%), und der belebte Anteil beträgt lediglich rund 15%. Dieses Bodenleben setzt sich vor allem aus Pflanzenwurzeln, aber auch aus Pilzen, Algen und Bakterien zusammen. Bodentiere wie Regenwürmer, Mikro- und Mesofauna (z.B. Asseln, Milben, Springschwänze) und Makrofauna (Maulwurf, Wühlmaus) machen einen geringeren Anteil aus.¹³⁴

Obwohl das Bodenleben nur einen geringen prozentuellen Bestandteil des Bodens darstellt, ist die Artenvielfalt beachtlich: Boden gilt als der artenreichste Lebensraum der Erde, wobei man sehr viele Gruppen und Tiere noch gar nicht erforscht hat. Sie sind oft klein und mit freiem Auge nicht oder nur schwer zu erkennen. In 1 kg gesundem Boden sind mehr Lebewesen als Menschen auf der Erde zu finden. In den obersten 30 cm eines Hektar Grünlands wiegt das Bodenleben 10 Tonnen, also ca. so viel wie 20 Kühe.¹³⁵

Bodenfunktionen und Gefährdungen

Boden spielt eine wichtige Rolle im Wasserkreislauf, weil große Mengen an Wasser aufgenommen und gespeichert werden. Außerdem filtern Böden viele Nährstoffe und Schadstoffe aus dem Wasser heraus und sorgen somit für sauberes Grundwasser sowie für eine optimale Versorgung von Pflanzen mit Nährstoffen. Das komplexe Zusammenspiel von Pflanzenwurzeln, Mikroorganismen und Bodenteilchen ist auch beim Abbau von organischen Schadstoffen zu weniger schädlichen Substanzen sowie im Kohlenstoff-, Phosphor- und Stickstoffkreislauf von zentraler Bedeutung (Speicher- und Transformatorfunktion).

Exkurs: Planetare Grenzen

Die Filter-, Puffer- und Transformationsfunktion von Böden spielt zudem eine zentrale Rolle bei 4 von 9 Erdsystemen bzw. Prozessen, welche das Funktionieren des aktuellen lebenserhaltenden Systems auf der Erde regulieren (siehe Abbildung 2 Planetare Grenzen).¹³⁶

¹³⁴ LEMKEN, Der Boden – die Haut der Erde

¹³⁵ StMUGV, Der Boden als Lebensraum

¹³⁶ PIK, Planetare Grenzen

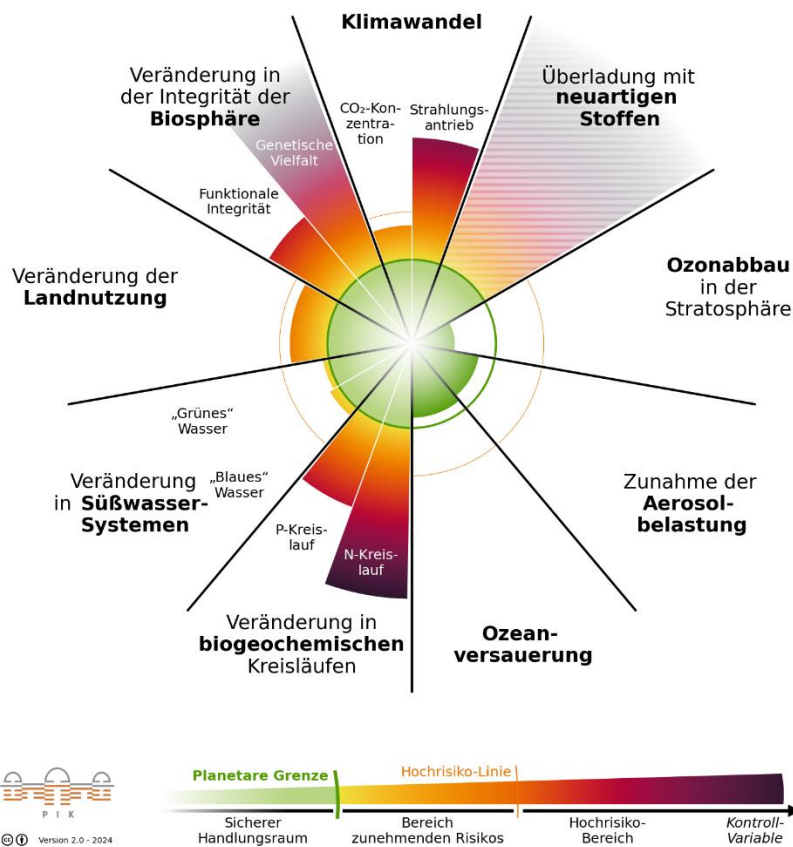


Abbildung 2: Planetare Grenzen

Die Abbildung der planetaren Grenzen stellt die Belastung des Erdsystems durch menschliche Aktivitäten dar. Für jeden der 9 systemerhaltenden Prozesse wurden quantitative Grenzen für kritische Kontrollvariablen festgelegt. Der innere grüne Kreis gibt die planetaren Grenzen an – d.h. einen sicheren Handlungsspielraum für die mögliche Belastung des Erdsystems durch menschliche Aktivitäten. Geht die Belastung des Systems darüber hinaus, nimmt das Risiko zu, dass das Erdsystem nicht mehr in einem Holozän-ähnlichen Zustand erhalten werden kann, welcher für die menschliche Entwicklung förderlich ist. Außerhalb der orangenen Linie beginnt der Hochrisikobereich, d.h. die Stabilität und Widerstandsfähigkeit des Systems Erde wird grundlegend destabilisiert, was sich in Umweltschäden und im Verlust an Sicherheit und für Gerechtigkeit auswirkt und bspw. die Ernährungssicherheit und den Wasserzugang beeinträchtigt, zu chronischen Krankheiten oder sozio-ökonomischen Spannungen führt. Alle Systeme sind miteinander verknüpft.¹³⁷

In Bezug auf den Klimawandel (1) können Böden sowohl eine bedeutende Senke als auch eine Quelle für Treibhausgasemissionen, wie Kohlendioxid CO₂, Methan CH₄ und Lachgas N₂O, sein. Durch die Veränderung der Landnutzung (2) werden auch wichtige Bodenfunktionen, wie bspw. die Speicherung von Kohlenstoff und Wasser, verändert. Global ist dabei vor allem die Umwandlung von Wäldern in landwirtschaftlich

¹³⁷ PIK, Planetare Grenzen.

genutzte Flächen ausschlaggebend, während in Österreich eher die Intensivierung der Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen oder eine Umwandlung für Siedlungszwecke von Relevanz ist.

Die Filter-, Puffer-, Transformator- und Speicherfunktion von Böden ist sowohl bei den biogeochemischen Kreisläufen von Phosphor und Stickstoff (3) zentral, als auch bei der Überladung mit neuartigen Stoffen von Bedeutung (4, z.B. Kontamination mit Schwermetallen, Chemikalien, Plastik). Viele Entwicklungen sind besorgniserregend, da manche der planetaren Grenzen (wie Landnutzungsänderung) erst im relativen kurzen Zeitraum der letzten 20 Jahre überschritten wurden.

Produktionsfunktion

Böden sind die Grundlage für die Produktion unserer Nahrung sowie der Nahrung unserer Tiere, vieler Energieträger und Fasern (Food, Feed, Fuel, Fibre). Je nach Ernährungsweise geht der Flächenbedarf für unsere Ernährung stark auseinander. Das Umweltbundesamt Deutschland geht davon aus, dass auf einem Hektar fruchtbaren Bodens zwei Personen nach westeuropäischen Standards ernährt werden können, d.h. inklusive Milch und Fleisch.¹³⁸ Jedoch geht in Europa jährlich fruchtbarer Boden im Ausmaß der Fläche von Berlin, auf welcher ca. 200.000 Personen ernährt werden könnten, durch Urbanisierung verloren. Während die in der EU konsumierten Lebensmittel zu 60% aus Ländern mit geringerer Bodenfruchtbarkeit stammen.¹³⁹

Bodengesundheit und menschliche Gesundheit

Gesunde Böden sind die Voraussetzung für gesunde Menschen. Mikro- und Makronährstoffe, aber auch Mikroorganismen unseres Darms stammen vor allem aus dem Boden, wo sie von Pflanzen und Tieren aufgenommen werden, die wir essen. Das Darmmikrobiom ähnelt dem des Bodens.¹⁴⁰ Die Bodenqualität beeinflusst zudem die Qualität und den Nährstoffgehalt unserer Nahrung. Ein Mikronährstoffmangel (z.B. Eisen, Zink) bei Menschen und Tieren kann auf geringe Gehalte pflanzenverfügbarer Nährstoffe im Boden zurückzuführen sein.

Gefährdungen

Obwohl Böden für uns Menschen so wichtig sind, sind sie zunehmend auch gefährdet. Urbanisierung, intensive Landwirtschaft, Industrie und der Klimawandel verursachen Versiegelung, Erosion, Verdichtung, Kontamination, Versalzung und Versauerung sowie den Verlust von organischer Substanz und einen Rückgang des Artenreichtums.

Die EU-Kommission geht davon aus, dass 60% der Böden Europas in keinem gesunden Zustand sind, d.h. dass ihr chemischer, biologischer, physikalischer Zustand es nicht erlaubt, die für Mensch und Umwelt essenziellen Funktionen zu erfüllen.¹⁴¹ Was als "gesund" gilt, hängt natürlich stark vom Boden und der betrachteten Funktion ab.

¹³⁸ Umweltbundesamt, Boden und Ernährung.

¹³⁹ Ibid.

¹⁴⁰ Puschenreiter, Requardt, Hummel, Gesunder Boden – gesunder Mensch.

¹⁴¹ Europäische Kommission, Soil Monitoring Law.

Bodenfruchtbarkeit und Klimawandel

Die Bodenfruchtbarkeit und damit die möglichen Erträge von Österreichs Böden werden voraussichtlich angesichts des Klimawandels in den derzeit ertragreichsten Regionen um bis zu ~50% abnehmen.¹⁴² Die Karte in Abbildung 3 zeigt die relativen Änderungen der prognostizierten Erträge 2036-2065 im Vergleich zur Referenzperiode 1981-2010. Während im Grünland klimawandelbedingt teilweise Anstiege in der Produktivität erwartet werden (grüne Flächen), werden im Ackerland Ertragseinbußen durch Dürre, Starkregenereignisse und Überschwemmung, Sturm, Hagel und Frost erwartet (orange - violette Flächen). Im Jahr 2024 betrug die Schäden in der Landwirtschaft schon 260 Millionen €.¹⁴³

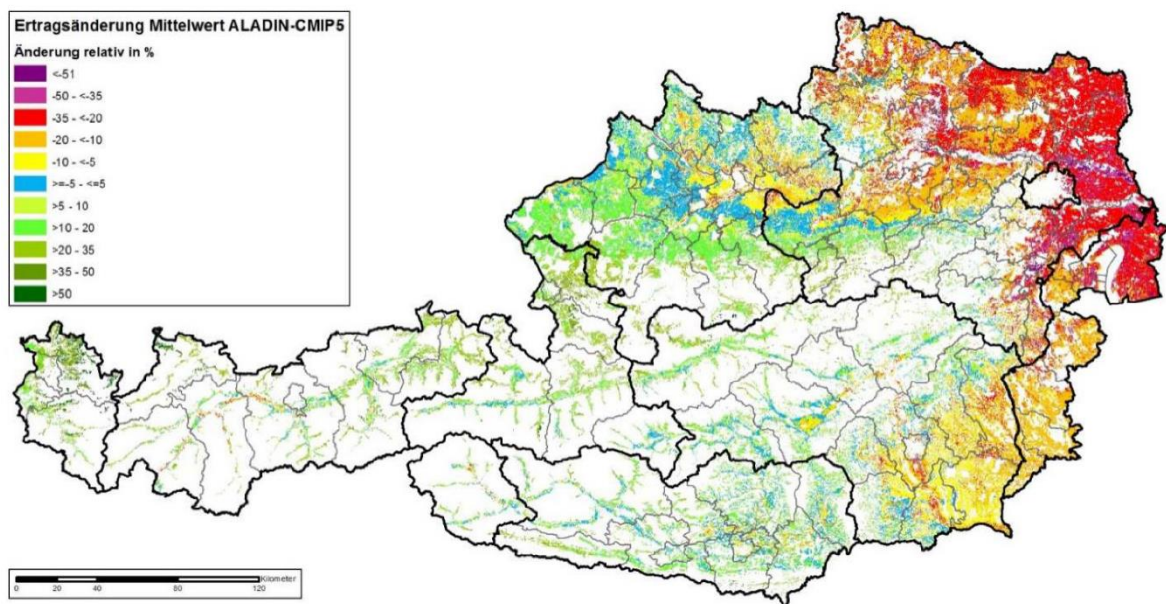


Abbildung 3

Zusätzlich zu ökonomischen Folgen ist auch der Versorgungsgrad gefährdet. Denn bereits jetzt reichen die Bodenressourcen in Österreich nicht zur gänzlichen Eigenversorgung mit Lebensmitteln. Die prognostizierten Erträge von Getreide, aber auch Kartoffeln können in Zukunft nicht mehr den Bedarf decken (Abbildung 4).¹⁴⁴ Unsere landwirtschaftlichen Flächen reichen angesichts des Klimawandels also schon jetzt nicht mehr zur gänzlichen Eigenversorgung aus und sind zudem zunehmend auch durch die fortschreitende Urbanisierung gefährdet. Die BEAT-Karte zeigt wertvolle, widerstandsfähigere landwirtschaftliche Flächen, welche zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion unbedingt vor Verbauung und Nutzungsänderungen

¹⁴² Haslmayr et al., Bodenbedarf für die Ernährungssicherung in Österreich (BEAT), 86.

¹⁴³ Hagelversicherung, Jahresbilanz 2024.

¹⁴⁴ Haslmayr et al., Bodenbedarf für die Ernährungssicherung in Österreich (BEAT).

geschützt werden müssen. Durch den Schutz dieser Flächen könnten 75% der österreichischen Produktion in der Landwirtschaft gesichert sein.

Boden und Wasser

Bodenschutz ist Wasserschutz und umgekehrt. Unter einem Quadratmeter unversiegeltem Boden können bis zu 200 Liter Wasser, also der Inhalt einer vollen Badewanne, gespeichert werden. Das setzt aber eine angemessene Bewirtschaftung und den Bewuchs von Pflanzen voraus. Sowohl eine bodenschonende Bewirtschaftung als auch ein dauerhafter Pflanzenbewuchs verhindern, dass bei Starkregen Boden und Wasser verloren gehen und Schäden in Orten und an Straßen entstehen. Die Erosion von 1 mm Boden während einem Starkregenereignis bedeutet den Verlust von ca. 12-15 t Boden pro Hektar.¹⁴⁵ Im Vergleich dazu dauert es 10 Jahre bis wieder 1 mm Boden gebildet wird. Mit dem Boden gehen zudem auch Kohlenstoff, Stickstoff und Phosphor verloren und belasten Gewässer und Ökosysteme.

Die Wichtigkeit des Bodenschutzes wurde von der Bevölkerung erkannt

Aufgrund der Hochwasserereignisse der letzten Jahre aber auch durch die vermehrt wahrgenommene, sichtbare Entwicklung von Gewerbegebieten, Parkplätzen, Siedlungsgebieten etc., ist das Bewusstsein der Bevölkerung für Bodenschutz gestiegen. In einer Umfrage vor der Nationalratswahl 2024 wünschten sich 87% der Bevölkerung (unabhängig von Wahlpräferenzen) eine Eindämmung der Versiegelung und eine verbindliche Grenze für den Bodenverbrauch.¹⁴⁶

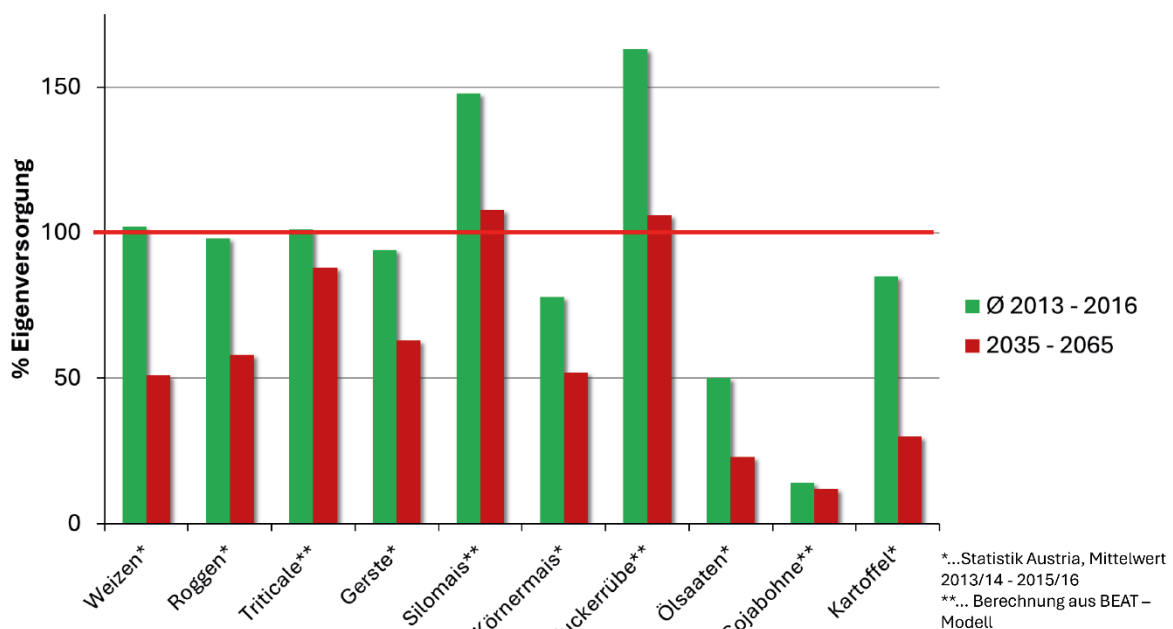


Abb. v. Andreas Baumgarten (2024) aus [Haslmayr et al. 2018: BEAT - Bodenbedarf zur Ernährungssicherung](#)

Abbildung 4

¹⁴⁵ Winkovitsch, Erosionsschutz aus der Sicht der landwirtschaftlichen Praxis.

¹⁴⁶ Kontext-Institut, Bodenversiegelung: Schon 76 Prozent für fixe Grenzwerte.

Aber auch auf politischer Ebene wurde die Wichtigkeit erkannt – die EU hat im Zuge des Green Deals eine eigene Mission den Böden gewidmet, und eine nachhaltige Nutzung von Böden und Regenerierung wird auch in diversen Strategien verfolgt (Farm to Fork Strategy, EU Biodiversity Strategy for 2030, Directive on Soil Monitoring and Resilience/ Soil Monitoring Law, Ö Nachhaltigkeitsstrategie 2022, Bodenstrategie für Österreich). Jedoch reichen Strategien allein nicht aus. Für den verantwortungsvollen Umgang mit unseren Böden muss die Umsetzung dieser Strategien nun auch rasch und konsequent angegangen werden. Dafür setzen sich zwar schon viele Institutionen und Vereine ein, aber es braucht Bodenschutz sowohl von unten (bottom up) als auch von oben (top down).

Take Home Message

Ein gesunder Boden ist in einem guten chemischen, biologischen und physikalischen Zustand, sodass er für Mensch und Umwelt essenzielle Funktionen erfüllen kann: v.a. die Produktion von sicherer, nahrhafter und ausreichender Nahrung und Biomasse, Reinhaltung des Wassers, Speicherung von Kohlenstoff, Lebensraum für Biodiversität.¹⁴⁷ Auch wenn die Entwicklungen der letzten 30 Jahre leider oft nicht zukunfts-trächtig waren, ist es noch nicht zu spät Bodenschutz in all seiner Komplexität und gemeinsam auf allen Ebenen anzugehen, d.h. von oben als auch von unten. Das „Österreichische Transformationsforum“ bietet eine einzigartige Chance zur Vernetzung, zum Austausch unterschiedlichster Perspektiven sowie zum Finden von Verbündeten und Lösungen. Wir brauchen gesunde Böden - sie sind äußerst wertvoll und jeder Quadratmeter zählt.

Literaturverzeichnis

- Bayrisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (StMUGV): Produzenten und Konsumenten, Zersetzer und Aasfresser, Räuber und Parasiten – Der Boden als Lebensraum: https://www.stmuv.bayern.de/themen/boden/lernort_boden/doc/modul_b.pdf (07.09.2025)
- Europäische Kommission: Soil Monitoring Law. https://environment.ec.europa.eu/topics/soil-health/soil-health_en (07.09.2025)
- Europäisches Parlament & Rat (2024): Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council on Soil Monitoring and Resilience (Soil Monitoring Law). <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:52023PC0416> (07.09.2025)
- Haslmayr H-P., Baumgarten A., Schwarz M., Huber S., Prokop G., Sedy K., Krammer C., Murer E., Pock H., Rodlauer C., Schaumberger A., Nadeem I., Formayer H.: Bodenbedarf für die Ernährungssicherung in Österreich (BEAT), Endbericht zum Forschungsprojekt Nr. 100975, (https://dafne.at/content/report_release/aa85879d-af0f-4273-a1e2-b7f1d7178d41_0.pdf), Wien 2018.

¹⁴⁷ Europäisches Parlament und Rat, Soil Monitoring Law.

IUSS Working Group WRB. World Reference Base for Soil Resources (WRB) – International soil classification system for naming soils and creating legends for soil maps 4th edition, 2022. International Union of Soil Sciences (IUSS), Wien 2022.

Kontext-Institut: Bodenversiegelung: Schon 76 Prozent für fixe Grenzwerte, <https://kontext-institut.at/inhalte/bodenversiegelung-grenzwerte/> (07.09.2025)

LEMKEN, Der Boden – die Haut der Erde, LEMKEN GmbH & Co. KG, <https://lemken.com/de-de/landtechnik-zukunft/landtechnik-magazin/artikel/bodenhaut-der-erde> (07.09.2025)

Nestroy O., Aust G., Blum W.E.H., Englisch M., Hager H., Herzberger E., Kilian W., Nelhiebel P., Ortner G., Pecina E., Pehamberger A., Schneider W., Wagner J. Systematische Gliederung der Böden Österreichs (Mitteilung der Österreichischen Bodenkundlichen Gesellschaft 79), Wien 2011.

Österreichische Hagelversicherung: Jahresbilanz 2024 – Österreichs Landwirtschaft erfriert, brennt und ertrinkt zugleich. <https://www.hagel.at/presseaussendungen/jahresbilanz-2024/> (07.09.2025)

Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK): Planetare Grenzen – Ein sicherer Handlungsraum für die Menschheit. 2024. <https://www.pik-potsdam.de/de/produkte/infothek/planetare-grenzen/planetare-grenzen> (07.09.2025)

Puschenreiter M., Requardt A.V., Hummel C.: Gesunder Boden – gesunder Mensch: Die Bedeutung von Böden für die menschliche Gesundheit. Sarah Wiener MEP, Brüssel, 2023.

Umweltbundesamt: Boden und Ernährung https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/themen/boden/paedagogik/boden_ernaehrung_grafik_a4.pdf (07.09.2025)

Winkovitsch C.: Erosionsschutz aus der Sicht der landwirtschaftlichen Praxis, https://unserboden.at/files/20141016_herbstbodenforum_06_winkovitsch.pdf (07.09.2025)

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bodenbestandteile, Quelle: Der Boden – die Haut der Erde, LEMKEN GmbH & Co. KG, <https://lemken.com/de-de/landtechnik-zukunft/landtechnik-magazin/artikel/bodenhaut-der-erde> (07.09.2025)

Abbildung 2: Planetare Grenzen, Quelle: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), Planetare Grenzen – Ein sicherer Handlungsraum für die Menschheit. 2024. <https://www.pik-potsdam.de/de/produkte/infothek/planetare-grenzen/planetare-grenzen> (07.09.2025)

Abbildung 3: Mittlere relative Ertragsänderungen in Prozent; Vergleich der Perioden 1981-2010 und 2036-2065, Quelle: Abbildung 56 (S.86) in Haslmayr H-P., Baumgarten

A., Schwarz M., Huber S., Prokop G., Sedy K., Krammer C., Murer E., Pock H., Rodlauer C., Schaumberger A., Nadeem I., Formayer H. Bodenbedarf für die Ernährungssicherung in Österreich (BEAT), Endbericht zum Forschungsprojekt Nr. 100975, (https://dafne.at/content/report_release/aa85879d-af0f-4273-a1e2-b7f1d7178d41_0.pdf), Wien 2018

Abbildung 4: Versorgungsgrad - Vergleich aktueller Durchschnitt & modelliertes Produktionspotential (BEAT), © Andreas Baumgarten

Dr. Christina Hummel ist Bodenforscherin, Koordinatorin der Fachgruppe Bodenverbrauch bei den Scientists for Future (S4F) Österreich und derzeit Projektmanagerin an der österreichischen Agentur für Ernährungssicherheit (AGES). In ihrem Doktorat beschäftigte sie sich mit dem vielschichtigen Zusammenspiel von Wurzeln, Boden und Mikroorganismen bei der Aufnahme von Nähr- und Schadstoffen in Pflanzen. Die Fachgruppe Bodenverbrauch ist eine interdisziplinäre Gruppe von Forschenden und Praktiker:innen mit dem Ziel die Gesellschaft mit Fakten und Lösungen zu informieren und Bodenschutz voranzutreiben.

Interdisziplinärer Austausch mit ExpertInnen verschiedener Bereiche

Zusammenfassung der Ergebnisse der sechs Arbeitsgruppen



Zweite Reihe: Christian Steiner (Bodenbündnis), Gerlind Weber (BOKU, Institut für Raumplanung)

(1) Mobilität und Verkehr

Welche Umstände/Widerstände/Hürden haben bisher eine Bodenwende verhindert?

- Wunsch nach Einfamilienhaus
- Parkplatzverordnung (weil durch Parkplatz
- Pendlerpauschale
- Dienstwagenprivileg
- fehlende Dichte der Ortskerne

Welche zentralen Hebel und Maßnahmen gibt es?

- **positive Anreize für Nutzung des ÖV schaffen, in Form von Belohnungen, z.B. Fahrzeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Hälfte als Arbeitszeit nutzen dürfen**
- **Bewusstseinsbildung für den ÖV, z.B. durch eine öffentliche Kampagne mit Einbindung von Prominenten; Nutzung von Social Media für Bewusstseinsbildung**
- **Vermittlung der Botschaft „Österreich ist bereits fertig gebaut“**

- Wertewandel bezogen auf Mobilität, u.a. gefördert durch Vorbilder seitens der Politik
- Ausbau des öffentlichen Verkehrs (ÖV), Rückbau von Straßen
- Nutzung des ÖV beim Pendeln begünstigen
- Zahl der Autobahnabfahrten begrenzen, da sie weitere Versiegelung nach sich ziehen (Tankstellen, Kreisverkehr, Supermarkt usw.)
- Pendlerpauschale überdenken
- Qualität und Leistungsfähigkeit der Böden bei Bauprojekten berücksichtigen (z.B. keine Parkplätze auf der grünen Wiese)
- ÖV-Güteklassen von Orten bei der Raumplanung systematisch und verbindlich berücksichtigen
- verbindliche Vorgaben für Verdichtung für eine maßvolle Siedlungsentwicklung
- Mechanismen, um Leerstand zu reduzieren

(2) Nachhaltige Ortsentwicklung

Welche Umstände/Widerstände/Hürden haben bisher eine Bodenwende verhindert?

- Ideal des freistehenden Einfamilienhauses
- Kreisverkehre und Fachmarktzentren
- Politik hat Vorteil von starken Ortskernen erkannt, knickt aber gegenüber Gewerbe bzw. Handel ein
- fehlende oder zuwenig Partizipation, Vermittlung
- kein Abschöpfen von Widmungsgewinnen
- Ausprägung des Eigentumsverständnisses

Welche zentralen Hebel und Maßnahmen gibt es?

- **Innenentwicklung vor Außenentwicklung: fixe Siedlungsgrenzen anwenden**
- **Leerstandsabgabe anwenden – nicht nur auf ungenutzte Objekte, sondern auch auf ungenutztes Bauland**
- **Vorteile nachhaltiger Siedlungsentwicklung aufzeigen**
- Förderungen und finanzielle Anreize für Innenentwicklung; (finanzielles) Abstrafen von Außenentwicklung
- Entschädigungsforderungen zeitlich limitieren
- Rechtssicherheit für Rückwidmungen
- Zusammenbringen von Wohnen und Arbeiten
- Visionen von qualitätsvollen „dichten“ Lebensformen bzw. Wohnformen; Vorteile davon aufzeigen, z.B. Zeitersparnis; Frauen würden davon besonders profitieren (Care-Arbeit)
- Leuchtturmprojekte und Leuchtturm-Bürgermeister:innen; von guten Beispielen lernen und diese zeigen
- Vertragsraumordnung anwenden
- Gemeinden sollen Alternativen zum Einfamilienhaus anbieten
- verbindliche Ziele und Vorgaben

(3) Krisenmanagement und Resilienz

Welche Umstände/Widerstände/Hürden haben bisher eine Bodenwende verhindert?

- Widmung von Bauland in Hochwassergebieten
- Bewusstsein für die Bedeutung von fruchtbaren Böden fehlt
- Traum vom Einfamilienhaus
- Der Boden hat keine Stimme.
- Föderalismus
- fehlende Solidarität, Demokratiedefizit, fehlender Interessenausgleich
- Interessen verschiedener Akteure
- Versiegelung von fruchtbaren Böden

Welche zentralen Hebel und Maßnahmen gibt es?

- **Menschen begeistern für Boden, durch Zugreifen auf die Motivation einer Zielgruppe - könnte Quick-Win bringen**
- **Bauverbote in Überflutungsgebieten**
- **Bildung, v.a. von Grundbesitzern (Gemeinden, Kirchen, ...), Entscheidungsträger:innen, Schulen, Fachschulen usw.**
- Leerstandsabgabe vorschreiben
- gesetzliche Vorgaben zum Thema Bodenschutz, Flächenwidmung, v.a. Flächeninanspruchnahme
- Finanzausgleich
- Wohnraum qualitativ und leistbar schaffen (Leerstand nutzen, sanieren, ...)
- Bodenpraktikerausbildung in den Lehrplan verpflichtend integrieren: in landwirtschaftlichen Fachschulen, an den Unis (Raumplanung, BOKU, Architektur)
- Nachhaltigkeit, Klima, Boden in schulischer Bildung verankern
- Verkehrsplanung anpassen
- naturnahe Hausgärten (Konsumverhalten ändern)
- Bodengesundheit stärken
- demokratische Beteiligungsprozesse

(4) Versorgungssicherheit

Welche Umstände/Widerstände/Hürden haben bisher eine Bodenwende verhindert?

- Viele Rohstoffe und Lebensmittel werden importiert; billige Transportkosten
- Bodenschutz hat keine Priorität.
- hoher Fleischkonsum
- Traum vom Eigenheim; fehlende Anreize für Bestandserhaltung
- fehlendes Bewusstsein
- billige Produktionskosten und intransparente Lieferketten



Ines Omann (Moderatorin, Nachhaltigkeitsforscherin), Alfred Grand (Grandfarm)

Welche zentralen Hebel und Maßnahmen gibt es?

- **Bildung auf allen Ebenen hinsichtlich der Bedeutung des Bodens ist notwendig, u.a. bei Lehrlingen, Pädagog:innen; Einbindung von Influencer:innen, Filmbranche usw.**
- **Nötig ist Kostenwahrheit, v.a. im Verkehr (Infrastrukturkosten einrechnen) und in der Lebensmittelproduktion.**
- **Wir brauchen funktionierende Böden für die regionale Sicherstellung der Lebensmittelversorgung.**
- Phosphatrückgewinnung aus Klärschlamm, zugunsten von Unabhängigkeit
- bundeseinheitliche Flächenwidmungspläne
- Veränderung von Werten und Narrativen (bezogen auf Eigenheim, Auto, ...)
- Herkunftskennzeichnung (in der Gastronomie, bei Futtermittel)
- digitaler Produktpass auf europäischer Ebene in der Lieferkette

Online-Gruppe „Versorgungssicherheit“:

- **Veränderung der Kompetenzverteilung: Bürgermeister:innen sollten nicht für Umwidmung zuständig sein**
- **Renaturierungsmaßnahmen verknüpfen mit alternativen Bewirtschaftungsformen, z.B. Agroforst**
- **Nutzung von Industriebrachen; umfassen in Ö 40.000 m², d.h. die Größe von Wien**
- **neue Bewertung/ Beurteilung des Werts von Ackerböden, indem man zukünftige Lebensmittelerträge berücksichtigt**

- **Recht auf Ernährungssouveränität im nationalen Rahmen**

(5) **Politische und finanzielle Rahmenbedingungen**

Welche Umstände/ Widerstände/ Hürden haben bisher eine Bodenwende verhindert?

- Wirtschaftssystem
- Kreditkonditionen, z.B. der RaiKa
- Föderalismus
- Förderungen
- Gemeindevertreter:innen sind wenig problembewusst
- nichtfunktionierendes Raumordnungsrecht
- mangelnde Weitsicht der Entscheidungsträger:innen
- geringe landwirtschaftliche Ertragsfähigkeit
- Billigimporte von Lebensmitteln
- Mangelnde Problemeinsicht durch Egoismus



Welche zentralen Hebel und Maßnahmen gibt es?

- **verpflichtende Ausbildung von Gemeindevertreter_innen, ev. mit Hilfe eines Punktesystems**
- **Neudefinition von „öffentlichen Interessen“: Naturschutz als öffentliches Interesse verankern**
- **Ziel Nettonullflächenverbrauch**

- **bestehende Aufsichtspflicht der Länder mit Hilfe von Weiterbildung fördern**
- unabhängige Ortsplaner:innen
- Abschöpfung von Widmungsgewinnen
- (entschädigungslose) Rückwidmung
- Bundesrahmenraumordnungsgesetz
- Reform des Finanzausgleichs in Richtung Raumwirksamkeit
- Bauordnungen, Steuer- und Fördersystem auf Bestand fokussieren

Online-Gruppe „Politische und finanzielle Rahmenbedingungen“:

- **Erhöhung der Grundsteuer**
- **Infrastrukturabgabe für leerstehende Gebäude**
- **Reform der Kommunalsteuer**

(6) **Bildung/ Bewusstseinsbildung**

Welche Umstände/ Widerstände/ Hürden haben bisher eine Bodenwende verhindert?

- Wachstums-Narrativ
- fehlende Grundbildung (keine Zeit, keine Materialien)
- „Ich will mein Einfamilienhaus, Boden ist eh genug da, Essen haben wir eh immer genug“
- Expert:innen sprechen in abgehobener Sprache; es ist schwer, die Inhalte in einfacher Sprache zu vermitteln.



Mitte (stehend): Martina Handler (Moderation)

Welche zentralen Hebel und Maßnahmen gibt es?

- **frühkindliches Nudging für den Boden; Kontakt zu Boden stärkt das Immunsystem; gleichzeitig passiert dadurch eine Bewusstseinsbildung bei Eltern und Großeltern**
- **Menschen die Bedeutung des Bodens über ihre Hauptinteressen vermitteln, z.B. woher kommen die Lebensmittel**
- **Social Media für Vermittlung der Bedeutung des Bodens nutzen, v.a. bei Jugendlichen**
- **Boden angreifen, mit allen Sinnen erfahren**
- **zielgruppenspezifische Informationsangebote, Materialien, z.B. für Vereine, Religionsgemeinschaften, Gemeinderät:innen**
- **über Vereine Wissen zu Boden vermitteln; dafür Materialien anpassen**
- **verpflichtende bodenorientierte Weiterbildung für Gemeinderät:innen**
- **Lobbyisten zu Alliierten machen**
- **Informationen müssen einfach zugänglich gemacht werden**
- **Bildungsmaterial für drei Ebenen entwickeln: Volksschule, AHS, Uni**
- **Entpolitisierung des Themas Bodenschutz**
- **Steuern mit Steuersystem**
- **Informationen über die Nutzung von Leerstand und Brachen**
- **raus aus dem Elfenbeinturm, z.B. Nutzung von Social Media**
- **Bildung von Multiplikator:innen**
- **Naturverständnis und -erleben ab dem Krabbelalter**

Moderation: Dr. Martina Handler

Mitwirkende Fachleute:

Dr. Andreas Baumgarten, AGES, Abt. Bodengesundheit und Pflanzenernährung

DI Dr. Barbara Birli, Umweltbundesamt, Team Boden- und Flächenmanagement

Anna-Katharina Brenner, MSc, BOKU

Mag. Eliette Felkel, ÖROK, Team Raumentwicklung

Dr. Susanne Gangl, FH Technikum Wien

Univ.-Prof. DI Dr. Martin Gerzabek, BOKU, Institut für Bodenforschung

Alfred Grand, Grandfarm

Dr. Martin Gruber-Dorninger, Magistrat St. Pölten, Klimakoordinationsstelle

Leonhard Hartinger, MEd MSc, Klimabündnis Österreich

DI Paul Himmelbauer, ÖROK, Geschäftsführung

Arch. DI Günter Katherl, Bundeskammer für Ziviltechniker:innen

Dr. Karl Kienzl, CEOs For Future

Klara König, BSc, CLAW – Initiative für Klimarecht

DI Verena Matschweiger, BML, Abt. III/6 Koordination Regionalpolitik und Raumordnung

Dr. Norbert Mayr, Allianz für Substanz

DI Nora Mitterböck, BMK, Abt. VI/1, Koordinierung Klimapolitik

Dr. Ines Omann, Nachhaltigkeitsforscherin, Moderatorin

Mag. Katharina Ritter, Architekturzentrum Wien

DI Julian Roiser, IG Lebenszyklus Bau

Dora Schilling, Magistrat St. Pölten, Klimakoordinationsstelle
DI Dr. Sigrid Schwarz, Österreichische Bodenkundliche Gesellschaft
MR DI Andrea Spanischberger, BML, Zentraleitung, Abt. II/5 Pflanzliche Produkte
Fabian Starzengruber, Land OÖ, Abt. Umweltschutz
DI Christian Steiner, Bodenbündnis Europa
Mag. Elisabeth Thompson, FFG, Mission Soil
Florian Wagner, Gemeinwohlökonomie Österreich
Josef Wasner, Verein Boden Leben, Geschäftsführer
Univ.-Prof. Em. DI Dr. Gerlind Weber, BOKU, Institut für Raumplanung

3. Zweites Österreichisches Transformationsforum: Konferenz

Krems, 25. – 26. Februar 2025



Beginn des 2. Transformationsforums: Ernst Furlinger (Projektleitung) im Gespräch mit Annemarie Felder (Moderation), vor dem Bild „Miteinander“ von Sung Min Kim (Wien) und Zayoung Go (Seoul).

Begrüßung

Bundespräsident Alexander Van der Bellen



Meine Damen und Herren!

Transformation ist so ein großes Wort, so eine überwältigende Aufgabe. Wo also soll man beginnen? Beginnen wir mit einem klaren Blick auf das, was wir erreichen wollen. Nämlich unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Welt zu hinterlassen.

Mit Städten, die energieautark sind. Mit Wiesen, auf denen Bienen summen. Mit vielfältigen Landschaften und Arten. Mit sauberer Luft und sauberem Wasser. Wenn das unser Ziel ist, dann ist Klimaschutz unser Weg. Dazu gehört auch der Schutz unserer Böden.

In einer Handvoll Boden befinden sich mehr Lebewesen als Menschen auf der Erde. Boden ist also Leben. Er speichert aber auch CO₂. Er reguliert das Klima, filtert unser Trinkwasser und sichert unsere Ernährung. Leider verschwinden in Österreich jeden Tag wertvolle Flächen unter Beton und Asphalt. Das ist nicht nur ein ökologisches Problem – es ist eine soziale und wirtschaftliche Frage. Denn versiegelte Landschaften

bedeuten mehr Hochwasser, weniger regionale Lebensmittel, steigende Temperaturen in den Städten. Kurz: Weniger Widerstandskraft gegen Krisen.

Es gibt hier also was zu tun. Ich bin Ihnen daher sehr dankbar, dass Sie sich nicht mit dem Status quo zufriedengeben und daher zum heutigen Forum zusammenkommen.

Sie zeigen: Transformation mag noch so groß erscheinen, sie ist möglich. Wenn wir sie gemeinsam angehen. In diesem Sinne: Viel Erfolg beim Kongress!

Programm 25.2.2025

9.30 Uhr: **Ankommen mit Kaffee, Registrierung**

10.30 Uhr: **(Campus Hall) Begrüßung**

- Bundespräsident Alexander van der Bellen (Videobotschaft)

- Rektor Mag. Friedrich Faulhammer, Universität für Weiterbildung Krems

Check-in (Moderation: Dr. Annemarie Felder), Gespräch mit Hans Rauscher (Der Standard) und DI Dr. Sigrid Schwarz (Österreichische Bodenkundliche Gesellschaft)

11.15 Uhr: **Ergebnisse des Vorbereitungsseminars „Bodenschutz von unten“**

DIⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Christina Hummel (AGES) / Univ.-Ass.ⁱⁿ DIⁱⁿ Barbara Steinbrunner, MSc (TU Wien), beide: Fachgruppe Bodenverbrauch, Scientists 4 Future Austria

THEMENSCHWERPUNKT 1: BODENSCHUTZ

11.30 – 12.00 Uhr: **Keynote 1 „Boden - Ernährungssicherheit - Klimaschutz - Biodiversität: Afrikanische Perspektive“**

Million Belay, PhD MSc BSc, Äthiopien, Koordinator "Alliance for Food Sovereignty in Africa" (AFSA); Forscher im Rahmen des Programms GRAID, Stockholm Resilience Centre, Stockholm University (über Zoom), anschl. Gespräch in Kleingruppen

12.15 – 12.45 Uhr: **Keynote 2 „Herausforderungen beim Bodensparen in Österreich“**

Univ.-Prof. DI Dr. Arthur Kanonier, TU Wien, Leiter des Forschungsbereich Bodenmanagement und Bodenpolitik, anschl. Gespräch in Kleingruppen

13.00 Uhr: **Mittagspause**

14.00 – 14.45 Uhr: **Podiumsdiskussion „Bodenwende in Österreich – wie kann die Flächenneuanspruchnahme gestoppt werden?“**

dipl. Architekt Andreas Hofer (Intendant Int. Bauausstellung 2027)

Mag. Tarek Leitner (ORF)

Mag. Caren Ohrhallinger (Sprecherin Plattform Baukulturpolitik/nonconform)

Dr. Margit Schratzenstaller-Altzinger, MA (WIFO)

Univ.-Prof. DI Dr. Gernot Stöglehner (Institut für Raumplanung, Umweltplanung und Bodenordnung, BOKU)

Moderation: PD DI Dr. Johannes Tintner-Olifiers (Scientists 4 Future, Fachgruppe Bodenverbrauch) anschl. Nachfragen, Plenumsdiskussion

15.15 – 16.45 Uhr: **DIALOGPROZESS**

- Was ist unsere positive Vision einer guten Zukunft unter den Bedingungen von Flächenneutralität (Netto-Null-Flächenverbrauch) bis spätestens 2050?

- Was sind geeignete politische Strategien, demokratische Instrumente, institutionelle Formate und Prozesse, um der notwendigen Wende in der österreichischen Bodenpolitik zum Durchbruch zu verhelfen?

- Was sind konkrete praktische Möglichkeiten und Ideen, seitens der eigenen Organisation zu einer konsequenten, entschlossenen Bodenwende in Österreich beizutragen?

16.45 Uhr: **Pause**

17.15 – 17.45 Uhr: **Diskussion im Plenum**

17.45 – 18.00 Uhr: **kurzes Interview mit Verantwortlichen der drei „Projektschmieden“ 2024**

Wie ist es weitergegangen? Wo wir stehen wir jetzt? Was sind nächste Schritte?

18.00 Uhr: **Buffet, anschl. gemütliches Beisammensein**

26.2.2025 THEMENSCHWERPUNKT 2: WIE GELINGT SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION? DAS POTENTIAL DER ZIVILGESELLSCHAFT UND DER REGIONALEN EBENE

8.30 Uhr: **Ankommen mit Kaffee**

9.30 Uhr: **Keynote 3: „Wie kann die lokale Zivilgesellschaft für die sozial-ökologische Transformation aktiviert werden? Das Werkzeug „Organizing“, anschl. Gespräch in Kleingruppen**

Dr. Payal Parekh (Bern), Klimawissenschaftlerin, ehemalige internationale Programmdirektorin der NGO 350.org

Kurze Vorstellung der Präsentationen und Workshops durch Referierende

11.00 Uhr: **Pause**

11.30 – 12.30 Uhr: **Parallele Präsentationen und Workshops**

IBA '27 – Bauwende konkret

Andreas Hofer, Planungs- und Architekturbüro Archipel (Zürich); Intendant der Internationalen Bauausstellung 2027

Moderation: Mag. Ferdinand Kaineder, Präsident der Katholischen Aktion Österreich

Künstlergespräch mit dem Fotografen Lois Hechenblaikner

Dr. Christina Hainzl, Leiterin der Plattform für Nachhaltige Entwicklung (SDGs), Universität für Weiterbildung Krems

Aspekte einer umfassenden regenerativen Wende

Univ.-Prof. Dr. Martin Grassberger, Wien

„Climathon“ als Methode lokaler Aktivierung für Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Nathalie Aubourg, Wien

Verein „Bodenfreiheit“ Vorarlberg

Kerstin Riedmann, Geschäftsführerin Verein Bodenfreiheit, Wolfurt

Moderation: Dr. Anja Appel, Direktorin, Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung, Wien

Straßenbauproteste: Fallbeispiele Lobau, Wr. Neustadt, Südsteiermark

Jutta Matysek („Lobau bleibt“), Mag. Helmut Buzzi (Plattform „Vernunft statt Ostumfahrung“), Katja Maurer (Bürgerinitiative „B68 Neu“, Raabtal, Südsteiermark)

Moderation: Jasmin Lang, Fridays For Future Austria

Verein Landluft. Inspiration für eine zukunftsweisende Gemeindeentwicklung

DI Anneke Essl, Geschäftsführerin, Uli Böker, stellv. Obfrau, Verein Landluft

Moderation: Monika Auer, Generalsekretärin ÖGUT

Sozial-ökologische Transformation auf regionaler Ebene konkret gestalten: das Beispiel Römerland Carnuntum/ Mistelbach-Wolkersdorf

Mag. Johannes Selinger (Manager KLAR! Region Mistelbach-Wolkersdorf),

Ing. Gabriele Preisinger, MA (Managerin LEADER Region Römerland Carnuntum)

Moderation: PD DI Dr. Johannes Tintner-Olifiers, Sc4F

Klimaschutz, Biodiversität und Ernährungssicherheit zusammendenken: Ethik der globalen Landnutzung

Dr. Stefan Einsiedel, Hochschule für Philosophie München, Zentrum für Globale Fragen

Moderation: Mag.^a Andrea Sölkner, Kirchenrätin für Kirche und Gesellschaft, Evangelische Kirche A.B. in Österreich

Wie können lokale sozial-ökologische Transformationsprozesse auf den Weg gebracht werden? Wie können sie auf regionaler bzw. bundesweiter Ebene wirksam werden? Methodische Aspekte (wg. Erkrankung ausgefallen)

Dr. Martina Handler, Partizipationsexpertin, Wien

Moderation: Dr. Karl Kienzl, Obmann CEOs FF

12.30 Uhr: **Kurzberichte aus den Workshops (je 2 Min.)**

12.50 Uhr: **Wie geht es weiter? Was sind die nächsten Schritte?**

13.00 Uhr: **Schluss der Konferenz**

Eröffnung 2. Österreichisches Transformationsforum

Rektor Friedrich Faulhammer



Guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer hier in der Campus Hall in Krems!

Herzlich willkommen zum Österreichischen Transformationsforum, das 2024 begründet wurde und nun zum 2. Mal an der Universität für Weiterbildung Krems stattfindet. Als Rektor dieser Universität freue ich mich sehr, dass die Veranstaltung – mit dem Leitgedanken „Zivilgesellschaftliche Kooperation für den sozial-ökologischen Wandel“ – in Krems stattfindet.

In Anbetracht der aktuellen, auch globalen Entwicklungen ist es mir ein Anliegen, mit dem US-amerikanischen Historiker Timothy Snyder einzuleiten:

„Das 20. Jahrhundert war nun ganz und gar vorbei, und man hatte nichts daraus gelernt. In Russland, Europa und Amerika entstand eine neue Art der Politik, eine neue Unfreiheit, die zu einer neuen Zeit passen sollte.“

Das Zitat stammt aus seinem bereits 2018 erschienenen Buch „Der Weg in die Unfreiheit“ und nimmt gewissermaßen die gegenwärtig deutlich sichtbaren politischen Transformationen vorweg. Man kann es rückblickend auch als ein Warnsignal interpretieren – sind wir doch aktuell angesichts der jüngsten geopolitischen Umwälzungen und der sich ändernden Machtverhältnisse durchaus gefordert.

Politik und Demokratie sind aktuell offenkundig im Wandel - sie bewegen sich und werden bewegt, geprägt von den Herausforderungen unserer Zeit. Für solche Situationen bieten idealtypischer Weise demokratische Systeme den notwendigen Rahmen, um einerseits Stabilität zu garantieren und andererseits notwendige Veränderungen zu ermöglichen.

Und gerade in funktionierenden Gesellschaften ist die Bereitschaft zum Dialog und insbesondere der Ausgleich unterschiedlicher, ja auch diametral widersprüchlicher Interessen entscheidend für die genannte Stabilität und Veränderung. Der konstruktive Umgang mit Widersprüchen und konfliktären Interessen ist unerlässlich und setzt Offenheit von allen Seiten voraus. Offene Räume des Interessenausgleichs, sei es in politischen Gremien oder in zivilgesellschaftlichen Formaten wie dem „Österreichischen Transformationsforum“ sind entscheidend für gesellschaftliche Konstruktivität an Stelle von Konflikt, Streit oder wechselseitigem Ausrichten der jeweiligen Wahrheiten. Gerade in diesem Zusammenhang kann und soll die Zivilgesellschaft ihre Kraft entfalten.

Wesentlicher Erfolgsfaktor für das Gelingen ist zivilgesellschaftliches Engagement, Ihr und unser zivilgesellschaftliches Engagement und Initiativen wie das „Österreichische Transformationsforum“.

Mit dem „Österreichischen Transformationsforum“ leisten wir einen wertvollen Beitrag zur Bewältigung aktueller und zukünftiger Herausforderungen.

Wichtiger Beleg für die Bedeutung des heutigen Transformationsforums ist auch der 2024 erhaltende „Sustainability Award“, welcher vom Wissenschafts- und Umweltministerium vergeben wird. Dieser Preis ist ein klares Ausrufezeichen für die Relevanz und den Erfolg des heutigen Formats und hat uns in dem Vorhaben bestärkt, auf diese Weise gesellschaftliche Herausforderungen zu adressieren und gemeinsam an der innovativen Lösung zu arbeiten.

Das Lösen und die Bewältigung von gesellschaftlichen Herausforderungen, meine Damen und Herren, steht auch im Mittelpunkt des strategischen Rahmens der Universität für Weiterbildung Krems. Wir arbeiten mit unserer Expertise in Forschung und Lehre ganz aktiv an der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen. Gesellschaftliche Wirksamkeit – nicht nur Relevanz – ist dabei ein leitendes strategisches Motiv.

Umso mehr freut es mich, dass die Universität für Weiterbildung Krems auch heuer wieder Gastgeberin des Transformationsforums ist.

In unseren Aktivitäten verfolgen wir als Universität einen Ansatz, der auch transformierend ist und die Silbe TRANS betont den Ansatz der Transdisziplinarität. Einen Ansatz, der, wie Sie wissen, über die Zusammenarbeit verschiedener Fächerdisziplinen hinausgeht, Grundlage und Anwendung sowie insbesondere Wissenschaft mit der Gesellschaft verbindet.

Und Transdisziplinarität ist vor allem bei komplexen und dynamischen Fragestellungen – wie beispielsweise beim heutigen Thema Bodenschutz - von hohem Wert und ermöglicht innovative und robuste Lösungen.

Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer!

Vielen Dank für Ihr Interesse an unserem heurigen Transformationsforum, nur mit Ihnen können wir die erwähnte gesellschaftliche Wirksamkeit entfalten. Ihre Anwesenheit bestätigt die Bemühungen des Organisationsteams: Dies ist eine Veranstaltung unserer überfakultären „Plattform für Nachhaltige Entwicklung“ unter der Leitung von Dr.in Christina Hainzl. Ihr und ihrem Team gilt besonderer Dank für die Initiative und das Engagement, insbesondere Frau Dr.in Sarah Haider-Nash und Herrn Privatdozent Dr. Ernst Furlinger, denen es gelungen ist, sich mit mehr als 100 Partnerorganisationen aus der Zivilgesellschaft zu vernetzen.

Dass wir eine derartige zweitägige Veranstaltung durchführen können, verdanken wir aber nicht nur dem Organisationsteam und Ihrem Interesse, sondern ganz besonders auch unseren Sponsoren, denen ich für ihre Unterstützung besonders danke:

Arbeiterkammer Wien – Dr. Michael Soder

Austrian Development Agency – Dr. Gunter Schall

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie – Serafin Gröbner

Eco plus – Mag. Helmut Miernicki

Evangelische Kirche Österreich A.B. – Mag.a Andrea Sölkner

Katholische Aktion Österreich – Mag. Ferdinand Kaineder

Klima- und Energiefonds

Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung – Dr.in Anja Appel

Land Niederösterreich

Österreichische Ordenskonferenz – Schwester Dr.in Anneliese Herzig

Österreichische Hagelversicherung – Dr. Mario Winkler

Stadt Krems an der Donau

Transdisziplinarität setzt den eingangs erwähnten auf Dialog und Offenheit und ganz in diesem Sinne wünsche Ihnen einen wertvollen Austausch, dementsprechend wertvolle Erkenntnisse und viel Erfolg!

Mag. Friedrich Faulhammer, Rektor der Universität für Weiterbildung Krems (2013-2025).



Hans Rauscher (Der Standard), Annemarie Felder (Moderation)



Von links: Barbara Steinbrunner und Christina Hummel (Sc4F): Kurzinformation zum Thema Boden und Bodenpolitik



Sigrid Schwarz (Österreichische Bodenkundliche Gesellschaft): Kurzipuls zur Bedeutung des Bodens



Annemarie Felder (Moderation)

Keynotes

Boden, Biodiversität und Ernährungssicherheit.

Afrikanische Perspektiven

Million Bellay

Vielen Dank, dass Sie mich eingeladen haben, über dieses wichtige Thema der Böden, des Klimas, der biologischen Vielfalt und der Ernährungssicherheit zu sprechen. Ich werde es aus der Perspektive der politischen Ökonomie betrachten. Mein Name ist Million Belay. Ich bin der Haupt-Koordinator der "Allianz für Ernährungssicherheit in Afrika" (AFSA). Es handelt sich dabei um ein Netzwerk von Netzwerken. AFSA umfasst Netzwerke von Landwirten, Fischern, Viehzüchtern, indigenen Völkern, Frauen, Jugendlichen, religiösen Einrichtungen und einer Reihe von Organisationen der Zivilgesellschaft. Unser Hauptziel ist die Förderung der Agrarökologie.



Wie ich bereits sagte, werde ich dies mit Hilfe der politischen Ökonomie der Lebensmittelsysteme analysieren. Was meine ich damit? Der erste Punkt: Machtstrukturen in

der Landwirtschaft und der Lebensmittelpolitik werden von mächtigen Kräften kontrolliert oder von mächtigen Kräften geformt. Dazu gehören Regierungen, multinationale Unternehmen und internationale Organisationen. Und nicht von den Bauern selbst. Und es sind die Kleinbauern, die einen erheblichen Teil der weltweiten Nahrungsmittel produzieren, die unverhältnismäßig stark von einer Politik betroffen sind, die die großen Agrarunternehmen begünstigt. Und die rechtlichen Rahmenbedingungen geben oft der industriellen Landwirtschaft den Vorrang und lassen agrarökologische Ansätze, die die lokalen Bauern stärken, außen vor. Die Machtstrukturen, die die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik prägen, werden also hauptsächlich von wenigen kontrolliert und haben Auswirkungen auf die Kleinbauern.

Der zweite Punkt ist die Kontrolle durch die Konzerne im Gegensatz zu den von Bauern geführten Lebensmittelsystemen, der Kampf um den Zugang zu Land, Markt und Ressourcen. Es gibt einen ständigen Kampf zwischen konzerngesteuerten Lebensmittelsystemen und bäuerlich geführten Modellen, die auf Agrarökologie, Nachhaltigkeit und Ernährungssouveränität basieren. Die Kontrolle der Konzerne konzentriert das Eigentum an Saatgut, Düngemitteln, Vertriebskanälen und Kraftstoff-Märkten auf einige wenige mächtige Unternehmen. Etwa sechs Unternehmen kontrollieren weltweit über 70 % der landwirtschaftlichen Betriebsmittel, und die gleiche Anzahl von Unternehmen kontrolliert unser Saatgut. Das Lebensmittelvertriebssystem in der Welt wird von vier Unternehmen kontrolliert. Bauerngeführte Lebensmittelsysteme setzen sich für in lokalem Besitz befindliche, dezentralisierte und vielfältige Produktionsmodelle ein, die mehr den Gemeinschaften als den Märkten zugutekommen. Als Beispiel kann man die Dominanz von gentechnisch verändertem Saatgut anführen, die die Bauern daran hindert, Saatgut zu speichern und auszutauschen, und die die Abhängigkeit von Agrarriesen wie Monsanto und Baer erhöht.

Die Rolle der internationalen Finanzinstitutionen und Handelsabkommen für marginalisierte und lokale Lebensmittelproduzenten

Wie Sie wissen, gestalten Institutionen wie die Weltbank, der IWF und die WTO die Landwirtschafts- und Handelspolitik in einer Weise, die oft die industrielle Landwirtschaft und den globalen Handel gegenüber der lokalen Ernährungssouveränität begünstigt. Diese Einrichtungen stellen Strukturanpassungsprogramme auf, die gemeinhin als Subventionen bezeichnet werden, und sie haben die Entwicklungsländer in der Vergangenheit dazu gedrängt, den Export von "Markt-Früchten" (Cash-Crops) gegenüber der Nahrungsmittelproduktion für den lokalen Verbrauch zu bevorzugen.

Die Politik der Handelsliberalisierung hat zu einem Zustrom billiger Importwaren geführt, die die lokalen Erzeuger unterbieten. Es gibt dafür eine Reihe von Beispielen. Eines davon: Freihandelsabkommen wie das "Afrikanische Kontinentale Freihandelsabkommen" (AfCFTA) könnten eine Chance für die lokalen Märkte sein. Wenn sie aber nicht sorgfältig gehandhabt werden, könnten sie die Tür für die Dominanz von Unternehmen und unfairem Wettbewerb öffnen.

Der letzte Punkt sind die Auswirkungen der Subventionen und der globalen Handelspolitik auf die Kleinbauern. Die Agrarsubventionen in den Industrieländern, insbesondere in der EU und den USA, verzerren die globalen Märkte, da sie es den

Kleinbauern in den Entwicklungsländern erschweren, im Wettbewerb zu bestehen. Viele Entwicklungsländer werden unter Druck gesetzt, im Rahmen von Handelsabkommen die Subventionen für lokale Landwirte zu streichen, während große Agrarunternehmen in reicheren Ländern weiterhin finanzielle Unterstützung erhalten. Ein Beispiel dafür wäre, dass subventionierter Weizen, Milchprodukte und Geflügel auf die afrikanischen Märkte gelangen, was die Preise drückt und die Produktion schwächt.

Dies ist also eine politökonomische Perspektive.

Wir können also auch die anderen Teile der Diskussion betrachten: Ein gesunder Boden ist die Grundlage für Ernährungssouveränität. Wenn man einen gesunden Boden hat, hat man Produktivität. Ich denke, dass die Gesundheit des Bodens auch mit den Bakterien im Darm in Verbindung steht. Bodenbakterien sind also sehr wichtig. In Afrika ist die Bodengesundheit entscheidend für die afrikanische Landwirtschaft. Ich denke, das gilt für alle Kontinente und Kulturen. Der Unterschied in Afrika besteht darin, dass in einigen Ländern über 80 % der Menschen Bauern sind. Deshalb ist der Boden so wichtig. Die industrielle Kultur fördert jedoch zunehmend Monokulturen und chemische Eintragungen. Das schafft ein riesiges Problem, weil es den Boden tötet. Die Agrarökologie hat eine Lösung, die wir hier vorschlagen, weil sie Boden schafft und von den Bauern betrieben wird. Ich denke, die Hauptfunktion der Agrarökologie ist die Verbesserung des Bodens.

Die Agrarökologie ist sehr wichtig - auch wenn wir über die Klimakrise in Afrika und die Nahrungsmittelsysteme sprechen. Der Klimawandel wirkt sich auf die Nahrungsmittelproduktion und die Lebensgrundlagen insbesondere in der Sahelzone, am Horn von Afrika und im südlichen Afrika aus. Das sind Gebiete, die sich zunehmend in einer Krise befinden. Es gibt so viele falsche Lösungen. Das Modell der Grünen Revolution ist eine falsche Lösung. Jetzt reden wir auch über den Kohlenstoffhandel. Sogar die klimafreundliche Landwirtschaft ist eine Lösung, aber nicht die richtige Art von Lösung. Wir sagen also, die Lösung heißt Agrarökologie. Und politische Veränderungen zur Unterstützung von klimaresistenten Landwirtschaftssystemen, aber das sehen wir nicht so oft.

Die biologische Vielfalt im Kampf für die Landwirtschaft, der Kampf gegen die industrielle Landwirtschaft

Die biologische Vielfalt im Zusammenhang mit dem Lebensmittelsystem bezieht sich auf die Vielfalt des Lebens in den Ökosystemen, einschließlich der Kulturpflanzen, der Nutztiere, der Bodenorganismen und der Bestäuber, die zu widerstandsfähigen Lebensmittelsystemen beitragen. Die biologische Vielfalt spielt eine große Rolle für widerstandsfähige Lebensmittelsysteme. Aber heutzutage spricht jeder von der dreifachen Krise ("Triple-Krise"), die wir erleben: eine Krise der biologischen Vielfalt, eine Klimakrise und eine Verschmutzungskrise. Wir befinden uns also in mehrfachen Krisen, und einer der Gründe für diese Krise ist ein von Unternehmen kontrolliertes System. Diese Monokulturen und die Kontrolle des Saatguts durch Unternehmen sind Teil des Problems. Und einheimische Saatgutssysteme - das, was wir gemeinhin als von Bauern verwaltete Saatgutssysteme bezeichnen -, sind der Schlüssel, wirklich der

Schlüssel. Gentechnisch veränderte Organismen (GVO) und synthetische Düngemittel haben auch Auswirkungen auf die biologische Vielfalt. Deshalb sind wir als "Allianz für Ernährungssouveränität in Afrika" gegen GVO.

Wir sagen also, dass die Agrarökologie eine Lösung ist - eine Landwirtschaft, die der Art und Weise folgt, wie die Natur mit den Dingen umgeht. Dass die Prinzipien der Agrarökologie, bestimmte Prinzipien der Agrarökologie mit der Ernährungssouveränität übereinstimmen. Und auch die zehn Elemente der Agrarökologie stehen im Einklang mit der Ernährungssouveränität, denn sie fördern den Boden, die Synergie, sie sprechen über soziale Themen wie Partizipation, Kreislaufwirtschaft. Also ist es wichtig, dass die Prinzipien der Agrarökologie im Einklang mit der Ernährungssouveränität stehen. Sie haben wirtschaftliche Vorteile, geringere Inputkosten, so dass man keine Kunstdünger und Pestizide kaufen muss, was das Einkommen der Landwirte erhöht.

Ich denke, in unserer Gemeinschaft haben wir eine ganze Reihe von Erfolgsgeschichten gesehen. Es gibt Teile Afrikas, in denen die lokalen Gemeinschaften eine höhere Produktivität erzielen. Wenn man produktiver produziert, kann man auch mehr verkaufen, und so steigt das Einkommen. Sie haben gesunde Böden. Was sehr wichtig ist: Die Bauern haben die Kontrolle über den gesamten Prozess.

Ich nenne Ihnen zwei, drei Beispiele: Im nördlichen Teil von Äthiopien, in Tigray, hat das „Institut für nachhaltige Entwicklung“ ein Projekt gestartet, das eine vergleichende Analyse der Flächen vornimmt: (1) Flächen, die mit Kunstdünger bepflanzt werden, (2) Flächen, die mit organischem Dünger behandelt werden - mit "Zatay", wie wir es früher nannten, also organischer Dünger, oder Dünger, der die Böden anreichert, und (3) Flächen, die in Ruhe gelassen werden.

Und zwar für fünf für Äthiopien wichtige Kulturpflanzen: Mais, Weizen, Gerste, Teff (Zwerg-Hirse) und Bohnen. Die Produktivität war auf den mit Kompost behandelten Flächen hoch. In den ersten ein, zwei, drei Jahren waren die mit Düngemitteln behandelten Flächen sehr gut, aber der Kompost holte später auf. In Sambia, in einer Reihe von Projekten hier (ich glaube sogar in Simbabwe), haben die Leute, die Kompost in vielen, vielen Metern zur Bodenverbesserung verwenden, sichergestellt, dass sie die Widerstandsfähigkeit der Systeme erhöht haben und auch die Produktivität. Wir können Ihnen also einige Beispiele nennen. Derzeit fließen jedoch nur sehr wenige Mittel in die Agrarökologie. Die Agrarökologie braucht mehr Mittel. Regierungen unterstützen die Agrarökologie zunehmend. Ich weiß nicht, wie es bei der österreichischen Regierung aussieht, aber die deutsche Regierung hat begonnen, in die Agrarökologie zu investieren, ebenso wie die schweizerische Regierung und die französische Regierung. Togo, Kenia, Tansania, Äthiopien und Uganda sind ebenso im Begriff, dies zu tun. Die Agrarökologie wird also immer mehr zur Realität.

Politik und Governance sind sehr wichtig, denn die Politik sollte Kleinbauern unterstützen. Es gibt eine Reihe von Herausforderungen bei der Umsetzung agrarökologischer Strategien. Ich denke, die erste ist das Narrativ, die große Erzählung. Das gegenwärtig dominierende Narrativ ist: Afrika kann ohne den Einsatz von Agrochemikalien, Hybridsaatgut und GVO, ohne die Neuausrichtung der afrikanischen Landwirtschaft auf den Markt, ohne den Einsatz von teuren Technologien, keine Nahrungsmittel produzieren. Aus diesem Grund - und wegen des Eindrucks, dass die Agrarökologie zurückgeht, anstatt vorwärtszugehen - ist es sehr schwierig, die Landwirtschaft zu

verbessern und die Agrarökologie umzusetzen. Aber immer mehr Gemeinschaften zeigen, dass sie funktioniert. Lokale Bewegungen und traditionelles Wissen spielen also eine wichtige Rolle bei der Förderung von Biodiversität, Klimaresistenz und Ernährungssicherheit.

Was sollen wir also tun? Was tun wir bei der "Allianz für Ernährungssouveränität in Afrika"? Das erste ist, den Mythos zu entlarven, der von der Agrarindustrie verbreitet wird, nämlich das Narrativ, von dem ich gesprochen habe, dass wir Chemikalien, GVOs und die Marktorientierung, Landnahme und all das brauchen. Wir müssen diesen Mythos bekämpfen und auch den Einfluss der multinationalen Konzerne auf die afrikanische Landwirtschaft verringern. Ich denke, das ist sehr, sehr wichtig. Ernährungssouveränität ist entscheidend. Ich denke, dass eine Reihe afrikanischer Regierungen mittlerweile ebenfalls zum Nachdenken gekommen ist. Die jüngsten Maßnahmen von Donald Trump drängen jedes Land dazu, sich selbst zu versorgen. Es ist nicht der richtige Zeitpunkt, sich auf internationale Beziehungen zu verlassen.

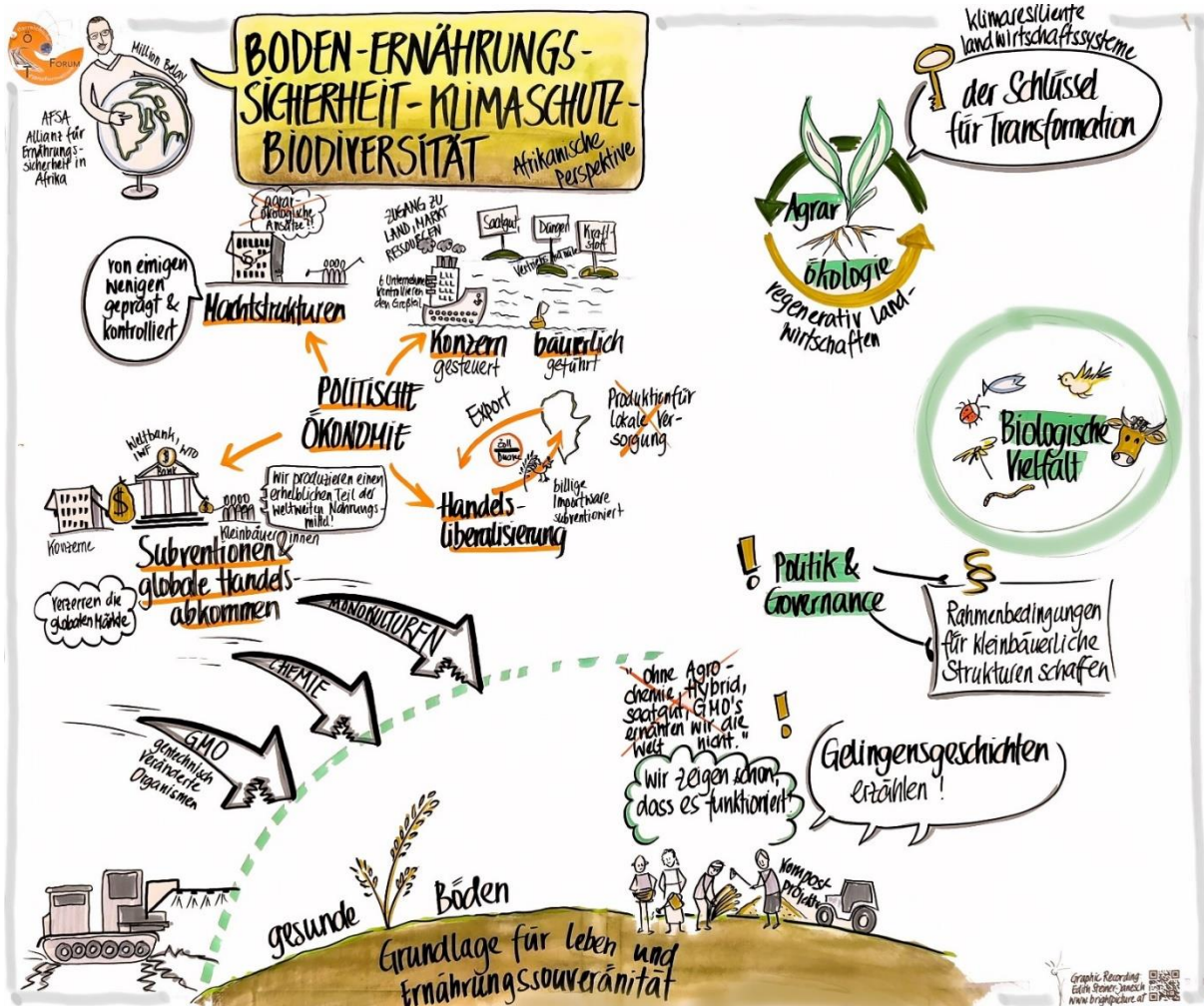
Strategien zur Verbesserung des afrikanischen Ernährungssystems

Ich denke, das ist auch sehr wichtig. Wir haben eine Kampagne mit dem Namen "My Food Is African". Wir versuchen, die Agrarökologie in die Klimaverhandlungen einzubeziehen, einschließlich der NDCs („national festgelegte Beiträge“) und NAPs („Nationale Anpassungs-Pläne“). Wir versuchen also auf vielerlei Weise, die Agrarökologie zu fördern und das Lebensmittelsystem der Konzerne herauszufordern.

Nun, der Weg nach vorne ist die Stärkung der Bauernbewegungen und der Aktivitäten an der Basis. Das ist sehr, sehr wichtig und ich bitte Sie dringend, dies zu unterstützen. Wir müssen Allianzen bilden, um die Politik durch Bewegungen zu beeinflussen. Wir freuen uns sehr über die Zusammenarbeit mit einer Reihe von österreichischen Organisationen der Zivilgesellschaft. Wir hoffen, dass wir unsere Beziehungen zur österreichischen Regierung und zur Zivilgesellschaften fortsetzen können. Eine gemeinsame Front für Ernährungssouveränität mit gemeinschaftsgetragenen Lösungen ist ein Weg.

Nochmals herzlichen Dank für die Einladung! Ich hoffe, dass ich das nächste Mal persönlich vorbeikommen kann - Danke. Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag!

Dr. Million Bellay MSc (Äthiopien): Koordinator der "Alliance for Food Sovereignty for Africa"; Mitglied des globalen Think-tank "International Panel of Experts on the Sustainable of Food Systems" (IPES-Food); Gründer der NGO MELCA – Ethiopia, die sich mit Fragen der Agrarökologie, intergenerationellem Lernen und der Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen und indigenen Bevölkerung beschäftigt. PhD in Umweltbildung, MSc in Tourismus, BSc in Biologie. "National Green Hero Award" (Äthiopien, 2008). Er wirkte mit im Forschungsteam des Programms „Guidance for Resilience in the Anthropocene: Investments for Development“ (GRAID, 2016-2020) am Stockholm Resilience Centre der Universität Stockholm.



Graphic Recording: Edith Steiner-Janesch

Herausforderungen beim Bodensparen in Österreich¹⁴⁸

Arthur Kanonier

1. Einleitung

Ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung, beim zweiten Transformationsforum mitwirken zu können. Ich nehme auch deshalb besonders gern an dieser Tagung teil, die unter dem Schlagwort „Miteinander“ steht. Gerade beim Thema „Herausforderungen des Bodensparens“ ist das Miteinander ein ganz zentrales Anliegen. Ich werde in meinen Ausführungen darauf hinweisen, dass das Gemeinsame in den letzten ein, zwei Jahren eher abhandengekommen ist. Gerade der Umgang mit Grund und Boden ist nicht nur eine Erfolgsgeschichte und ist durchaus konfliktreich geworden. Es ist ein herausforderndes Thema, weil eine Vielzahl von Interessen und Herausforderungen zu bewältigen sind. Es ist aktuell ein dominierendes Thema, die Diskussionen finden auf unterschiedlichen Ebenen intensiv statt. Deutlich wird die Breitenwirkung an der heutigen Tagung und am Publikumszuspruch – vor fünf, sechs Jahren war „Boden“ und dessen Nutzungen eher ein Nischenthema, das der Fachwelt vorbehalten war.



¹⁴⁸ Vom Vortragenden überarbeitete Abschrift des Vortrags.

In der Vergangenheit wurden eine Vielzahl von Strategien und Empfehlungen durch Expert:innen erarbeitet, die im politischen Diskurs und in der konkreten Umsetzung freilich kaum Niederschlag gefunden haben. Das hat sich in der letzten Zeit durchaus geändert, auch wenn die Konflikte nicht weniger geworden sind. Die Raumplanung muss gegenläufige Interessen ausgleichen und dabei bestehende Strukturen sowie zukünftige Entwicklungen berücksichtigen. Hinzu kommt die abnehmende Akzeptanz von Planungsentscheidungen in der Bevölkerung. Widerstände gegen Bebauungspläne sind systemimmanent und treten oft überraschend auf. Sie sind nicht mehr auf das Auflageverfahren oder klar abgrenzbare Personengruppen beschränkt, sondern äußern sich zunehmend in öffentlichen Protesten und medialer Kritik. Kompromisslösungen werden dadurch schwieriger, was die Planungsprozesse verlängert und verteuert.

2. Bodenstrategie für Österreich und das 2,5 ha-Ziel

Grundlage meiner Ausführungen ist die österreichische Bodenstrategie, die im Erstellungs- und Beschlussprozess von 2022-2024 ein eigenes Schicksal genommen hat. Anschließend hat der Gemeindebund den „Kommunalen Bodenschutzplan“ 2024 beschlossen, der in Anlehnung an die Bodenstrategie die Positionen der Gemeinden verdeutlicht. Beide Strategien sind inhaltlich relevant und aktuell, zumal jeweils eine Vielzahl von Maßnahmen zum Bodensparen adressiert wird.

Die Zielsetzung in der Bodenstrategie für Österreich für eine substantielle Verringerung der Flächeninanspruchnahme durch Siedlungs- und Verkehrsflächen bis 2030 ist in der öffentlichen Diskussion grundsätzlich unumstritten. Der Konsens auf der Zielebene findet allerdings seine Grenzen bei quantitativen Vorgaben. Schon bei der Erstellung des Entwurfs der Bodenstrategie hat sich die Thematik um quantitative Ziele als konfliktreich erwiesen. Grundsätzlich werden zwar quantitative Vorgaben für Bodeninanspruchnahme bzw. Versiegelung als mögliche Maßnahme angesehen, eine verbindliche Zielgröße von maximal 2,5 ha Flächeninanspruchnahme pro Tag fand aber in den relevanten Gremien keine Mehrheit.

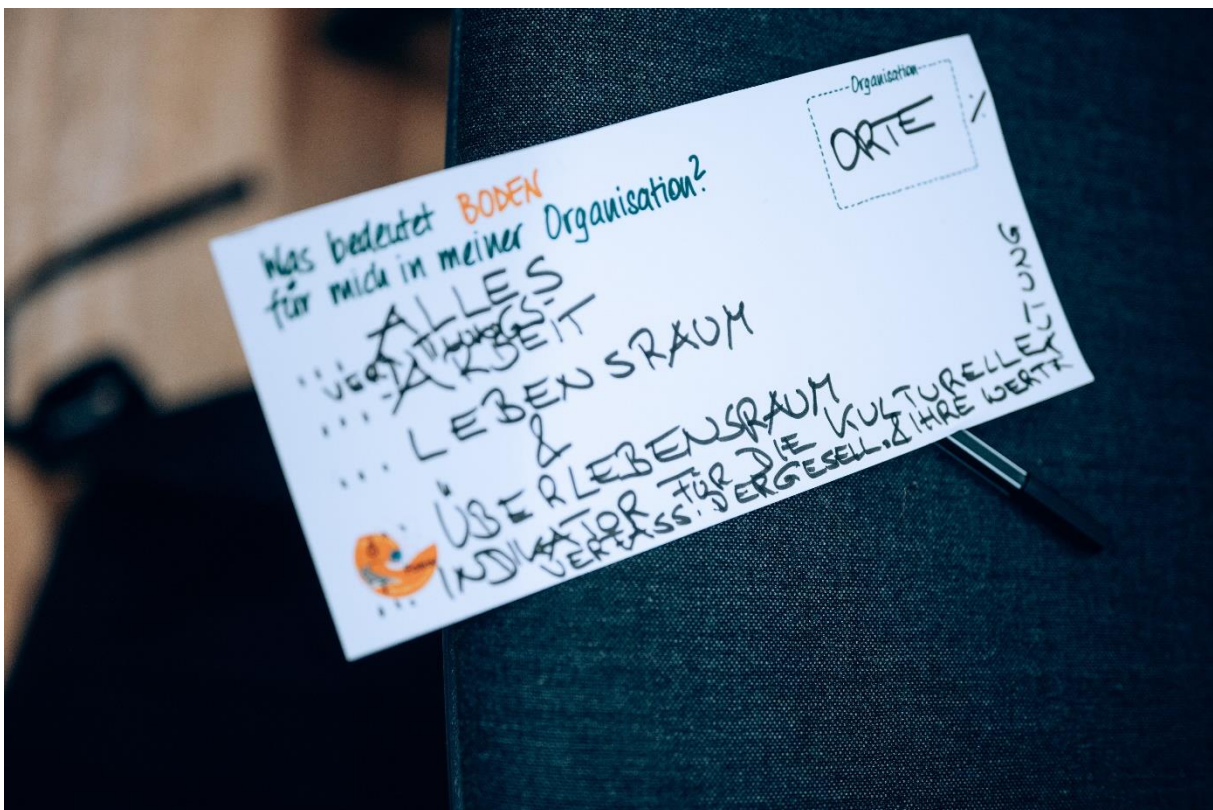
Insgesamt ist das 2,5 ha-Ziel DAS Thema und Kriterium in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung und Diskussion zur künftigen Siedlungsentwicklung. Auch wenn in der Bodenstrategie für Österreich, aber auch in anderen strategischen Dokumenten (z.B. im kommunalen Bodenschutzplan) eine Vielzahl von Maßnahmen zum Bodensparen angeführt wird, war das 2,5 ha-Ziel überwiegend und durchgängig der wesentliche Diskussionskern. Unabhängig von einer rechtlich verbindlichen Verankerung hat das 2,5 ha-Ziel einen hohen Bekanntheits- und Stellenwert und ist in planungsbezogenen Diskussionen auf allen Ebenen ein vielverwendetes Argument – mit einem breiten Auslegungsspektrum. Es ist zu erwarten, dass das 2,5 ha-Ziel als wesentliches Ziel bzw. Argument, insb. in der öffentlichen und medialen Wahrnehmung, erhalten bleibt – unabhängig von einer normativen Verankerung.

Andere Maßnahmen der Bodenstrategie, die ebenfalls zur Zielerreichung beitragen würden, sind deutlich im Hintergrund geblieben. Vielfach wird die Diskussion zur künftigen Raumplanung und Siedlungsentwicklung auf die Frage reduziert, wie mit dem 2,5 ha-Ziel umgegangen wird bzw. umzugehen ist. Um dieses Defizit zu

beseitigen seien nochmals die vier generellen Ziele genannt, den jeweils mehrere Maßnahmen zugeordnet werden:

- Schutz von Frei- und Grünland;
- Unterbindung der Zersiedelung, die damit zusammenhängt, aber nicht unmittelbar;
- Effiziente Innenentwicklung: wenn ich außen zumache, dann muss ich im Innenbereich etwas machen;
- Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit.

Allen vier generellen Zielen der Bodenstrategie kommt gleichermaßen wesentliche Bedeutung zu, wobei möglichst alle Ziele kombiniert verfolgt werden sollten. Raumbezogener Hintergrund ist der knappe Dauersiedlungsraum¹⁴⁹ in Österreich. Wir haben regional unterschiedlich aber insgesamt wenig Flächen, die für Siedlungszwecke grundsätzlich geeignet sind. Bei einem so geringen Raumangebot, insbesondere im alpinen Raum, sind Nutzungsansprüche konfliktreich und quasi immer unter einer Lupe dahingehend, wie man mit Grund und Boden umgeht. Die Interessensvielfalt und Nutzungskonflikte im Raum nehmen dabei tendenziell zu.



¹⁴⁹ Unter dem Dauersiedlungsraum wird der potentiell besiedelbare Raum verstanden, in welchem der Mensch lebt, arbeitet, seine Naturgrundlagen bewirtschaftet und sich erholt. (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft: Zahlen und Fakten 2024, 8).

3. Kompetenzen in Diskussion

In Österreich sind grundsätzlich die Länder für die Raumplanung verantwortlich, jedoch ist diese Zuständigkeit durch bedeutende Fachmaterien, die dem Bund übertragen sind. Raumordnung ist ein Bündel von Planungsbefugnissen mit Kompetenztatbeständen für Fachplanungen auf Bundesebene sowie einer generellen Raumordnungszuständigkeit auf der Länderebene (Querschnittmaterie).

In der Vollziehung ist zwischen Planungen und Maßnahmen der überörtlichen und örtlichen Raumordnung zu unterscheiden. Während für die überörtliche Raumordnung grundsätzlich die jeweiligen Landesregierungen zuständig sind, ist die örtliche Raumordnungskompetenz der Gemeinden aus der Vollziehungskompetenz der Länder herausgelöst. Die Gemeinden sind demzufolge zentrale Träger der Raumordnung und es ist ihnen verfassungsrechtlich die Zuständigkeit zur örtlichen Raumplanung garantiert. Im Zusammenhang mit der Nutzung von Grund und Boden sind Fragen der Kompetenzverteilung eine spannende Frage: Sind die Zuständigkeiten in Gesetzgebung und Vollziehung (noch) richtig zugeordnet?

In vielen Diskussionsverläufen – wenn spezifische Defizite im Umgang mit Grund und Boden thematisiert werden – werden fast reflexartig Kompetenzänderungen – sowohl in Gesetzgebung als auch Vollziehung – eingefordert. Selbstverständlich kann und muss darüber diskutiert werden, ob Gemeinden die richtigen Vollziehungsbehörde sind oder ob es auf Gesetzesebene ein Bundesraumordnungsgesetz braucht. Beide Themenbereiche – Gesetzgebung und Vollziehung – sind seit jeher heikle Bereiche, die bislang kaum änderbar waren. Ein Zuwarten auf eine Änderung grundsätzlicher Zuständigkeiten ist nicht anzuraten. Wenn Verschiebungen in den Zuständigkeiten Voraussetzung für inhaltliche Anpassungen sein sollten, würde das langfristige Blockaden bewirken, zumal zeitnahe Zuständigkeitsverschiebungen nicht wahrscheinlich sind.

4. Vielfältige Bodenfunktionen

Ausgewählte Herausforderungen in der Österreichischen Bodenstrategie sind der Schutz von Frei- und Grünflächen sowie effiziente Innenentwicklung. Beide Zielsetzungen – Grünlandschutz und Innenentwicklung – sind für den künftigen Umgang mit Boden zentral und gemeinsam zu denken. In der Praxis sind beide Ziele jeweils durch spezifische Maßnahmen, die es zum Teil bereits gibt bzw. erst zu entwickeln sind, umzusetzen.

Einleitend sei auf ein Zitat aus der Schweizer Bodenstrategie verwiesen: „Böden sind mehr als Fläche“. Boden ist grundsätzlich eine fundamentale Grundlage für menschliches Leben und wirtschaftliche Entwicklung. Die steigende Nachfrage nach Boden für Wohnbau, Infrastruktur, Energieproduktion und Freizeitnutzungen führt zu einer zunehmenden Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Interessen. Die Folge sind Zersiedelung, hohe Flächeninanspruchnahme und ein Verlust an ökologisch und landwirtschaftlich wertvollen Freiflächen.

In einem Projekt zum Bodenschutz im Auftrag der Kulturhauptstadt 2024 Salzburg wurde vom Forschungsbereich Bodenpolitik und Bodenmanagement der TU

Wien unter anderem eine Fotodokumentation zur Siedlungsentwicklung erstellt, aus die nachfolgenden Bilder stammen:



Fehlentwicklung: Zersiedelung (Salzkammergut, 2024). Quelle. Arthur Schindelegger



Zersiedelung (Wohnen). Quelle: Arthur Schindelegger

Die herkömmliche Raumentwicklung hat oftmals unbebaute Flächen grundsätzlich als potentielle Erweiterungsgebiete betrachtet: Gemeinden haben vielfach zwar Baulandgrenzen gezogen, wenn ein Bedarf an Bauland bestand, wurden die Grenzen in der Praxis oft überschritten. Unbebaute Fläche oder Boden war an und für sich eine Reserve für Bautätigkeiten. Wenn Boden analysiert wird, gibt es zwei wichtige Merkmale, die ihn zu einem besonderen Gut machen: Er ist nicht vermehrbar, und er ist auch nicht verlegbar, also immobil. Wenn man Grund und Boden aus rechtlicher Sicht betrachtet, sind sie Träger einer Vielzahl von Nutzungsrechten und vor allem von Eigentumsrechten, die künftige Nutzungsabsichten wesentlich bestimmen. Von dem her liegen viele Ebenen unterschiedlicher Rechtsmaterien übereinander (Eigentumsrechte, Raumordnung, Bauwesen, Naturschutz, Wasser, Forstwesen, ...), die sich teilweise widersprechen.

Die Ursachen für die hohe Flächeninanspruchnahme sind vielfältig. Schon 2001 analysierte eine ÖROK-Empfehlung zur Siedlungsentwicklung als „aktuelle Probleme der Raumordnung und -entwicklung“ den Flächenverbrauch bedingt durch „fortgesetzte Zersiedelung sowie hoher Flächen- und Ressourcenverbrauch durch dynamische Neubautätigkeit und umfangreiche Siedlungserweiterungen, flächenaufwändige Bauweisen (hoher Anteil freistehender Einfamilienhäuser) sowie zentrumsferne Siedlungsstrukturen, flächenintensive Industrie- und Gewerbebauten (eingeschossige Bauweisen sowie Standorte außerhalb geschlossener Siedlungsstrukturen), Trends zu großflächigen Einkaufszentren“.¹⁵⁰ Diese Treiber der Zersiedelung und der Flächeninanspruchnahme haben sich in den letzten 25 Jahren nicht wesentlich geändert. Vergleichsweise neu ist allerdings, dass diesen Ansprüchen öffentliche Interessen entgegenstehen, die mit Grünraumfunktionen verbunden sind (Ernährungssicherheit, Klimaschutz, Hochwasserschutz, Biodiversität, ...). Wichtig ist bei künftigen Überlegungen zur Bodeninanspruchnahme der Umstand, dass der Boden – zunehmend auch in der öffentlichen Wahrnehmung – Träger vielfältiger Funktionen des Grünlandes ist. Dass er eben nicht nur Reservefläche für bauliche Nutzungen ist, sondern zunehmend grünraumbezogene Grundfunktionen erfüllt.

Die gesellschaftliche Diskussion um Bodensparen ist nicht neu, gewinnt jedoch angesichts der Ernährungssicherheit, des Klimawandels und der Biodiversität an Dringlichkeit. Dominierend in den letzten Jahren war im Zusammenhang mit der Diskussion über die Ernährungssicherheit die Produktionsfunktion bezüglich Nahrungsmittel. Zusätzliche bedeutende Funktionen des Bodens werden bezüglich Klimaschutz und Klimaresilienz thematisiert und müssen laufend verbessert werden (Stichwort: Hochwässer), aber auch Kaltluftschneisen usw. sind relevant, bis hin zum Erhalt der Biodiversität und Möglichkeiten für künftige Generationen.

Was sich in den letzten Jahren deutlich verbessert hat, sind die Datengrundlagen über Bodeninanspruchnahme und Versiegelung. Wichtig ist, dass wir heute deutlich besser und mit Zahlen belegbar wissen, worüber wir beim „Bodenverbrauch“ reden, zumindest quantitativ. Nachvollziehbare Datengrundlagen sind ein zentrales Fundament, denn die Diskussionen – teilweise emotional – sind vielfältig und polarisieren: Was wird überhaupt verbraucht? Ist es die Inanspruchnahme, ist es die Versiegelung, sind es die Widmungen? Die bodennutzungsbezogenen Diskussionen werden zunehmen,

¹⁵⁰ ÖROK-Empfehlung Nr. 50 zur Siedlungsentwicklung, 2001, 1.

wenn neue Zahlen über Bodeninanspruchnahme und Versiegelungen im Herbst 2025 vorliegen. werden. Sobald die Daten publiziert sind, wird analysiert werden, wie sich der Bodenverbrauch verändert hat- für welche Nutzungen auf welchen Flächen? I Wenn die Bodeninanspruchnahme bei der nächsten Zählung 2025 nicht deutlich zurückgeht, dann haben wir tatsächlich erhebliche Herausforderungen im Umgang mit Grund und Boden, da offensichtlich die eingesetzten Maßnahmen zum Bodensparen nicht ausreichend wirksam wären.

5. Umfangreiches Planungsinstrumentarium

Grundsätzlich kommt es der Raumordnung zu, die vielfältigen Nutzungsanforderungen an den Raum zu koordinieren. In der Raumordnung sind vielfältige Interessen abzustimmen, mit einem relativ komplexen Instrumentarium, wobei die Raumordnung einen Zukunftsbezug hat: Sie blickt in die Zukunft, mit allen Schwierigkeiten, unsicheren Rahmenbedingungen -, und die bestehenden Strukturen als Ausgangslage machen die erforderlichen Interessenabstimmungen und sachlichen Begründungen aufwendig.

Der für Raumordnung zuständige Landesgesetzgeber definiert die Raumordnung als weit gefassten Begriff, die „die vorausschauende Gestaltung eines Gebietes zur Gewährleistung der bestmöglichen Nutzung und Sicherung des Lebensraumes“ zum Ziel hat „unter Bedachtnahme

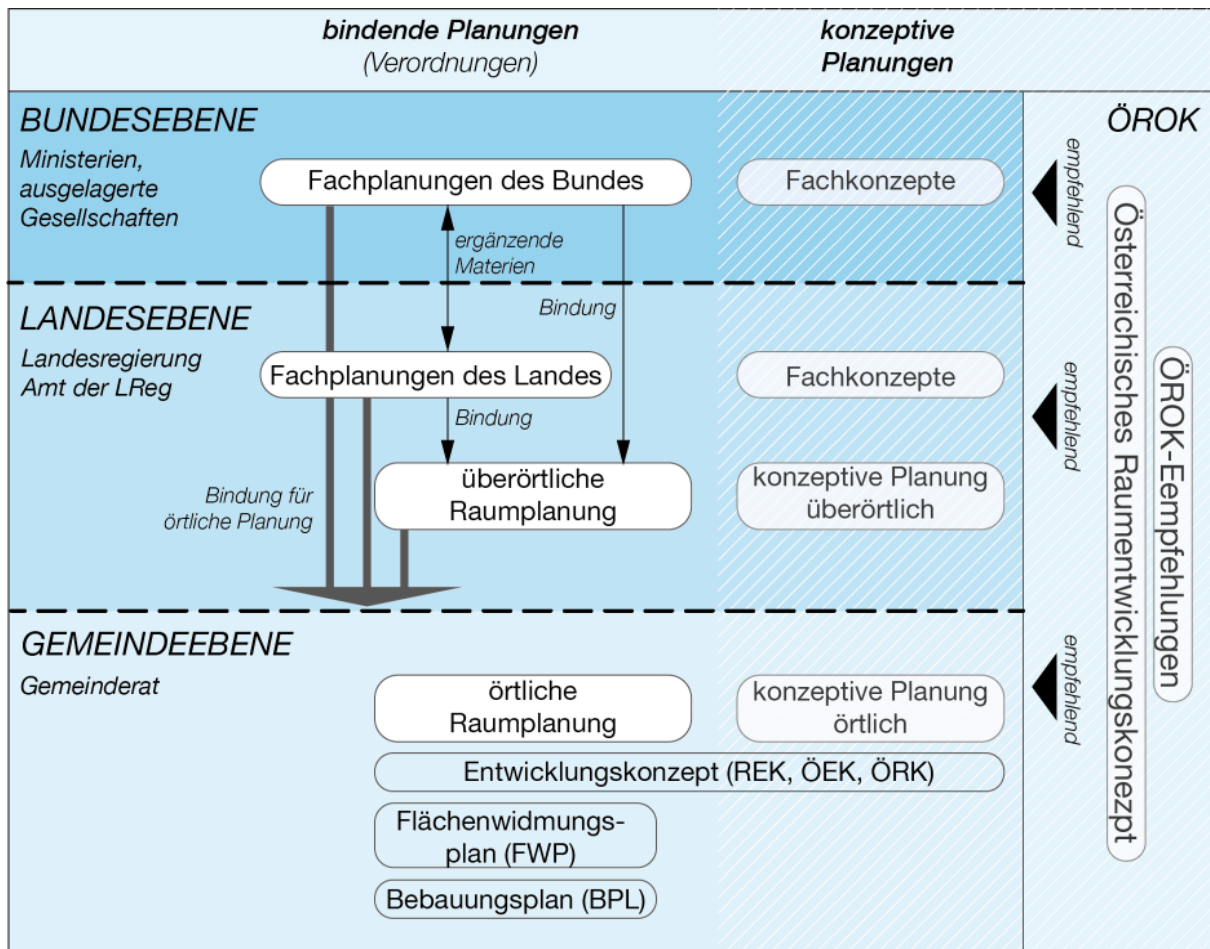
- auf die natürlichen Gegebenheiten,
- auf die Erfordernisse des Umweltschutzes, auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse seiner Bewohner“ (§ 1 NÖ Raumordnungsgesetz).

Diese Legaldefinition ist weit gefasst und allein was unter „bestmöglicher Nutzung und Sicherung des Lebensraums“ zu verstehen ist, ist interpretationsbedürftig und wird je nach Interessengruppe unterschiedliche Ergebnisse zeigen. Im Vergleich dazu sind die Ziele des § 1 Abs. 2 Forstgesetzes mit der grundsätzlichen Erhaltung des Waldes weniger unbestimmt. Nahezu die Hälfte des Bundesgebiets sind Waldflächen, die dem grundsätzlichen Ziel der Erhaltung unterliegen. Der Vollzug ist dementsprechend vergleichsweise leichter, als wenn das Hauptziel „die bestmögliche Nutzung und Sicherung des Lebensraums“ ist, und in der Folge alle möglichen Interessen abzuwägen sind.

Die im NÖ Raumordnungsgesetz (sowie in ähnlicher Form in den anderen Raumordnungsgesetzen der Bundesländer) angeführten Bedachtnahmeverpflichtungen auf natürliche Gegebenheiten oder Umweltschutz lassen grundsätzlich den Schluss zu, dass die Eindämmung der Bodeninanspruchnahme zu den wesentlichen Aufgaben der Raumordnung zählt.

Alle Raumordnungsgesetze enthalten Grundsätze und Ziele, die einen sparsamen Umgang mit Grund und Boden fordern oder sich gegen eine Zersiedlung aussprechen. Zu unterscheiden sind insb. Ziele, die sich einerseits für Bodensparen, Innen- vor Außenentwicklung oder Zersiedlungsvermeidung aussprechen, also grundsätzlich auf eine reduzierte und eingeschränkte Siedlungsentwicklung abzielen. Andererseits sollen

der Boden allgemein oder Flächen mit spezifischen Grünraumfunktionen geschützt, die natürlichen Lebensgrundlagen und somit die besonderen Funktionen von Grün- und Freiräumen erhalten bzw verbessert werden.



Quelle: Schindelegger/ Kanonier in: ÖROK, Raumordnung in Österreich, Nr. 202/2018, 2018, 72.

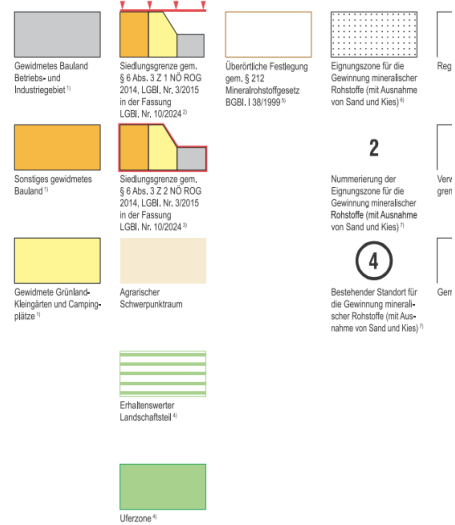
Die raumordnungsgesetzlichen Ziele verdeutlichen, dass die reduzierte Flächeninanspruchnahme zu den wesentlichen raumplanerischen Anliegen zählt, wobei teilweise in den letzten Jahren die Ziele in den ROG konkretisiert wurden. Wird in den Zielen oder Grundsätzen sparsame Flächeninanspruchnahme umfangreich normiert, so sind wichtige Vorgaben für das Verwaltungshandeln fixiert. Mit Blick auf die tatsächliche Siedlungsentwicklung ist nicht zu übersehen, dass in der Praxis auch andere Ziele verfolgt werden, die eine beträchtliche Bodenversiegelung zur Folge haben.

Die Ziele in den Raumordnungsgesetzen richten sich an die überörtliche und örtliche Raumplanung, welche die zielhaften Vorgaben konkretisieren sollen. Hoheitliche Beschränkungen für Baulandausweisungen werden überwiegend in regionalen und/oder sektoralen Raumordnungsprogrammen verordnet, wobei vor allem zonenhafte Festlegungen („Grünzonen“ oder „Vorrangzonen“) verordnet werden. Als positives Beispiel wurden unlängst für Niederösterreich regionale Entwicklungsprogramme von der Landesregierung mit regionalen Siedlungsgrenzen, agrarischen Schwerpunkträumen, Uferzonen, erhaltenswerten Landschaftsteilen und Uferzonen verordnet.



NÖ LGBl. Nr. 14/2025 - Ausgegeben am 28. Jänner 2025
 Anlage 2 **Regionales Raumordnungsprogramm Raum Krems**

Legende für die Anlagen 3 - 11



Beispiel Regionales Raumordnungsprogramm Raum Krems (2025)

Nicht alle ROG kennen eine gesetzliche Verpflichtung zur Festlegung von Siedlungsgrenzen oder Grünzonen auf überörtlicher Ebene. Dazu kommt, dass eine Nichterfüllung der Erstellungspflicht durch die Landesregierung in der Regel sanktionslos bleibt.

Bei der Steuerung der Siedlungsentwicklung sind vor allem die örtliche Planungsebene und dabei der Flächenwidmungsplan von Bedeutung. Weniger Bauland widmen, wäre ein vergleichsweise wirkungsvolles und einfaches kommunales Rezept gegen überbordende Flächeninanspruchnahme, Rückwidmungen von Bauland schon eine anspruchsvollere Planungsmaßnahme. Neben dem Flwp hat das örtliche Entwicklungskonzept als strategisches Instrument an Bedeutung gewonnen, aber auch der nachgeordnete Bebauungsplan kann Aussagen bezüglich flächensparender Siedlungsstrukturen enthalten.

6. Aktive Bodenpolitik

Effiziente Innenentwicklung ist ein weiterer zentraler Ansatzpunkt beim sorgsamem Umgang mit Grund und Boden – insbesondere auf örtlicher Ebene. Sie umfasst die Mobilisierung von Baulandreserven, die Rückwidmung ungeeigneter Flächen, die Nachverdichtung bestehender Strukturen sowie die Entsiegelung nicht mehr benötigter versiegelter Flächen. Rückwidmungen stoßen jedoch häufig auf Widerstand, da sie Eigentumsrechte berühren und Entschädigungsfragen aufwerfen. Bodenpolitische Maßnahmen, wie Planwertausgleich und Ausgleichsmechanismen für Widmungsgewinne, werden bislang nur zögerlich diskutiert und umgesetzt, obwohl sie eine gerechtere Verteilung der Bodenwertsteigerungen ermöglichen könnten.



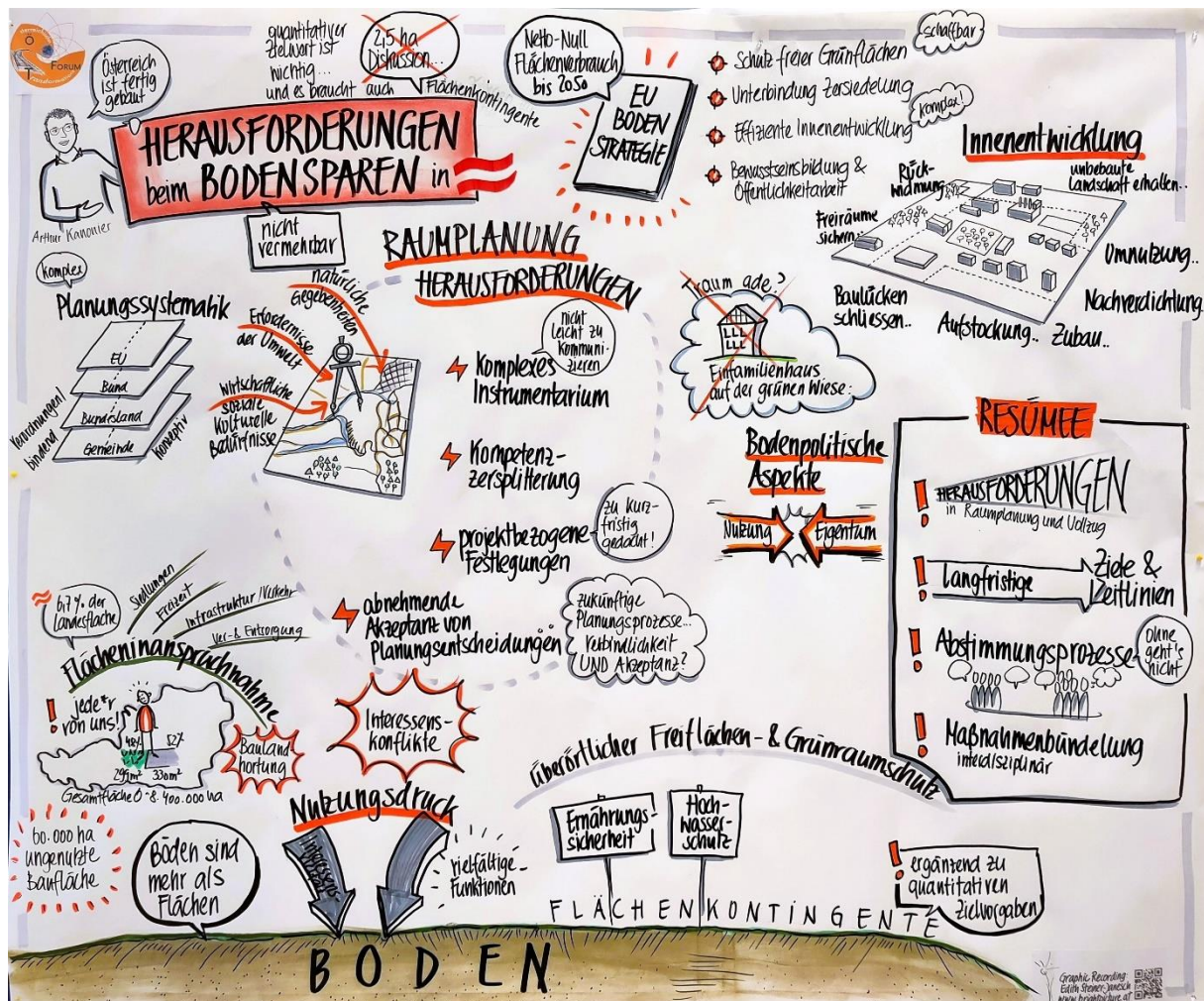
Die Wechselbeziehungen zwischen Raumplanung, Bodeneigentum und Bodenpolitik nehmen zu. Die Verknappung des Baulandes hat vermögensverändernde Wirkungen, die soziale Ungleichheiten verstärken können. Vor dem Hintergrund steigender Baulandpreise verschärft sich die Problematik der widmungsbedingten Wertsteigerung zusätzlich, wenn neue Baulandwidmungen kaum noch zu erwarten sind. Eine aktive Rolle der öffentlichen Hand bei der Bodenbeschaffung und Bodenverfügbarkeit ist daher unerlässlich, insbesondere durch den Ankauf von Liegenschaften durch die öffentliche Hand bzw. Bodenfonds. Dies erfordert nicht nur rechtliche Anpassungen, sondern auch finanzielle Instrumente und eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit.

7. Resümee: Perspektiven für eine nachhaltige Bodenpolitik

Die Raumordnung kennt somit ein aufwendiges, hierarchisches Instrumentarium zur Steuerung der Siedlungsentwicklung. Es gibt mehrere Möglichkeiten auf unterschiedlichen Ebenen die Flächeninanspruchnahme wirkungsvoll einzudämmen – auf Gesetzebene oder durch Maßnahmen der überörtlichen oder örtlichen Raumordnung. Trotz der Instrumentenfülle, die überwiegend seit Jahrzehnten besteht, sieht die tatsächliche Siedlungsentwicklung nicht immer geordnet und vorausschauend geplant aus.

Die Herausforderungen beim Bodensparen in Österreich sind vielschichtig und erfordern ein integriertes Maßnahmenbündel. Neben gesetzlichen Anpassungen, überörtlichen Festlegungen und Einschränkungen in kommunalen Raumplänen sind transparente Abstimmungsprozesse und eine breite Partizipation der Bevölkerung notwendig. Langfristige Leitlinien und verbindliche Vorgaben für die örtliche und

überörtliche Raumplanung müssen mit einer aktiven Bodenpolitik kombiniert werden, um den steigenden Nutzungsdruck zu bewältigen. Dabei gilt es, individuelle Wohnwünsche mit gesamtgesellschaftlichen Zielen in Einklang zu bringen.



Graphic Recording: Edith Steiner-Janesch

Die Zukunft des Bodensparens hängt von der Fähigkeit ab, strategische Vorgaben mit verbindlichen und umsetzungsrelevanten Maßnahmen zu verknüpfen. Dies umfasst den umfassenden Schutz hochwertigen Grünlandes, die Vermeidung von Zersiedelung, die Förderung kompakter und klimafitter Siedlungsstrukturen sowie die Mobilisierung bestehender Baulandpotenziale. Vor allem vor dem Hintergrund des Klimawandels sind inter- und transdisziplinäre Ansätze unverzichtbar, die alle Aspekte der Nachhaltigkeit, also ökologische, ökonomische und soziale Dimensionen integrieren. Nur durch eine vorausschauende, kooperative und transparente Planung lässt sich die Balance zwischen den vielfältigen Anforderungen sichern und die Ressource Boden für kommende Generationen bewahren.

Univ.-Prof. Dr. DI Arthur Kanonier: Institut für Raumplanung der TU Wien, Leiter des Forschungsbereichs Bodenpolitik und Bodenmanagement.

Podiumsdiskussion

„Bodenwende in Österreich. Wie kann die Flächenneuinanspruchnahme gestoppt werden?“¹⁵¹

dipl. Architekt Andreas Hofer (Intendant Int. Bauausstellung 2027)

Mag. Tarek Leitner (Autor „Mut zur Schönheit“; ORF)

Helmut Miernicki (Geschäftsführer, ecoplus – NÖ Wirtschaftsagentur)

Mag. Caren Ohrhallinger (Plattform Baukulturpolitik; Büro nonconform)

Dr. Margit Schratzenstaller, MA (WIFO)

Univ.-Prof. DI Dr. Gernot Stöglhner (Institut für Raumplanung, Umweltplanung und Bodenordnung, BOKU; Autor „Rettet die Böden“, 2024)

Moderation: PD DI Dr. Johannes Tintner-Olifiers (Umweltwissenschaftler, BOKU; Unternehmensberater; Scientists 4 Future, Fachgruppe Bodenverbrauch)



Von links: Gernot Stöglhner, Tarek Leitner, Margit Schratzenstaller, Andreas Hofer, Caren Ohrhallinger, Helmut Miernicki, Johannes Tintner-Olifiers (Moderation)

¹⁵¹ Beiträge in Kurzfassung. Videoaufzeichnung der Diskussion: Website Zweites Österreichisches Transformationsforum, <https://www.donau-uni.ac.at/transformationsforum>.

Eingangsstatements: Was sind die wirksamsten Maßnahmen zur Eindämmung der Bodenversiegelung und des Flächenverbrauchs?

Miernicki: „ecoplus“ ist u.a. Betriebsansiedlungsagentur des Landes NÖ, zuständig für 16 Wirtschaftsparks. In diesem Zusammenhang ist „ecoplus“ seit vielen Jahren mit der Frage konfrontiert: Wie gehe ich mit der Ressource Boden um? Seit 2015/16 Begleitung von 15 Gemeinden bei der Modernisierung alter Betriebsgebiete.



Von links: Andreas Hofer, Caren Ohrhallinger, Helmut Miernicki

Ohrhallinger: Flächeninanspruchnahme an sich ist nicht unser Problem, sondern tatsächliche Versiegelung. Wir haben dzt. 60.000 Hektar großen Überhang an Widmungen, der wie eine tickende Zeitbombe ist. Wir müssen bei Abgaben, Rückwidmung usw. Versiegelung mitdenken – Versiegelung muss etwas kosten (Versiegelungsabgabe). Damit werden automatisch die Ressourcen – bereits versiegelte Flächen und bestehende leerstehende Gebäude – mehr wert. Vielleicht muss man auch Verschlechterungsverbot für Grund und Boden in Baugenehmigungsverfahren implementieren. Wir müssen Augenmerk richten auf das, was wir haben. Schätzungen gehen von 3300 bis 20.000 Hektar Gewerbe- und Industriebrachen aus. Jüngster Zensus-Bericht: Jede 7. Wohnung hat keine Hauptwohnsitzmeldung, das sind 56.000 Wohnungen. Wir hätten genug – wir haben „nur“ ein Verteilungsproblem. Konkrete Maßnahmen:

- Bauen im Bestand einfacher und dadurch kostengünstiger machen; Regularien für Umbau müssen vereinfacht werden (siehe Bauordnungsnovelle in Niedersachsen);
- Förderungen in Bestandsumbau lenken.

Es geht um Widmung: Kann ich Gewerbebrachen für Wohnen verwenden? Wir stehen vor Aufgabe: nicht „Wie gestalte, ordne ich Raum neu“, sondern wie ordne ich das Bestehende (versiegelte Flächen, bestehende Gebäude).

Hofer: Eines der Kernprobleme ist, dass wir die letzten 100 Jahre so billige Ressourcen zur Verfügung hatten, dass wir uns den Mut zur Hässlichkeit leisten konnten. Das wäre früher niemand in den Sinn gekommen, wenn du den Stein selber schlagen und das Holz selber aus dem Wald holen musst – es wäre physisch, aber auch kulturell und gesellschaftlich nicht möglich gewesen, sich so besinnungslos auszubreiten. Architekturjournalist Benedikt Loderer unterscheidet zwischen „Schön-Schweiz“ und „Gebrauchs-Schweiz“: Wir haben uns mental damit beholfen, dass wir Dorfzentren und schöne alte Städte herrichten – und der Rest ist eigentlich egal.

Eigentlich sind Gewerbegebiete die spannenden Gebiete der Zukunft. Mindset so drehen: Wir können uns weder Hässlichkeit noch Naturzerstörung leisten. Dafür braucht es ein Bild, um davon möglichst pragmatische Maßnahmen abzuleiten. Es kann nicht sein, dass wir jedes Jahr 2cm mehr Dämmung, ein Lüftungsgerät mehr, eine Öko-Norm mehr, ein CO₂-Parameter mehr in System hineinbringen, das uns nicht mehr Nachdenken darüber erlaubt: Was wollen wir eigentlich, was ist Schönheit?



Von links: Tarek Leitner, Margit Schratzenstaller, Andreas Hofer

Schratzenstaller: begrüße vielfältige Zusammensetzung des Podiums – wir können Problematik nicht lösen, wenn wir nicht aus sehr vielen Perspektiven darauf schauen. Beschäftige mich aus steuerpolitischer Sicht mit der Frage. Es gibt ganze Reihe von

unterschiedlichen flächenrelevanten, raumplanerischen Maßnahmenkomplexen: Es gibt die Möglichkeit

- (1) regulativ einzugreifen,
- (2) planungsunterstützend,
- (3) bildungs- und beteiligungsfördernd,
- (4) mit fiskalischen, einnahmen- und ausgabenseitigen Maßnahmen einzugreifen, worüber ich sprechen werde.



Helmut Merniecki, Johannes Tintner-Olifiers

Dieser vierte Maßnahmenkomplex wird nicht nur in Österreich, sondern auch in internationaler Diskussion ziemlich vernachlässigt, wird aus dieser Diskussion oft ausgeblendet. Ist sicher nicht der wichtigste Hebel, sollte aber stärker – als Teil eines Maßnahmen-Mixes – genutzt werden.

Haben uns mit Unterstützung Hagelversicherung 2023 angesehen, welche direkt flächenrelevanten Steuern und Abgaben es in Österreich gibt.¹⁵² Geht von der Grundsteuer über Bodenwertabgabe, Grunderwerbssteuer, Immobilienertragssteuer, zu Zweitwohnsitzabgabe, Leerstandsabgabe, Infrastrukturabgabe – ein breiter Abgaben-Mix, der in Österreich wenig genutzt wird, um einen sparsamen Umgang mit Resource Boden zu fördern. Beispielsweise ist Grundsteuer in Österreich sehr gering. 1. wichtiger Ansatzpunkt: Grundsteuer stärken. Überlegenswert ist gesamte Reform der

¹⁵² „Steuerpolitische Maßnahmen zur Verringerung des Bodenverbrauchs in Österreich“, Pressegespräch, 11.9.2023. Weblink: https://www.hagel.at/wp-content/uploads/2023/09/Studie_Steuerpolitische_Instrumente_zur_Verringerung_des_Bodenverbrauchs_in_Oesterreich.pdf

Grundbesteuerung, die den Bestand an Boden stärker besteuert, die Transaktionen mit Böden (v.a. Grunderwerbssteuer) vielleicht weniger besteuert, weil dies sog. Lock-in-Effekte beinhalten kann. Kann – zusammen mit vielen anderen Faktoren – dazu beitragen, dass Leute aus großen Wohnungen und Häusern nicht ausziehen und sich etwas Kleineres, Angemesseneres suchen, weil sie auch noch steuerlich belastet werden.



Gernot Stöglehner, Tarek Leitner

Wir müssen auch schauen: Wo gibt es kontraproduktive Maßnahmen in unseren Steuersystemen? Stichworte: Pendlerförderung, Pendlerpauschale. Empirische Untersuchungen zeigen, dass großzügige Pendlerförderung Zersiedelung fördern kann. Man muss (1) steuerliche Maßnahmen in breiten Maßnahmen-Mix einbetten und (2) gesamten öffentlichen Sektor (Einnahmen, Ausgaben, aber z.B. auch Finanzausgleich) auf kontraproduktive Regelungen hin überprüfen, zugunsten sparsamen Bodenverbrauch.

Leitner: Müssen uns als Vorfrage zur Frage – „Wie kommen wir zu Netto-Null-Bodenverbrauch?“ – fragen, ob wir das als Gesamtgesellschaft überhaupt wollen. Ich glaube, das ist momentan nicht der Fall, obwohl es in den letzten 10 bis 15 Jahren einen großen Bewusstseinswandel gegeben hat. Sonst wäre es nicht so, dass Vorhaben täglichen Bodenverbrauch auf 2,5 Hektar zu begrenzen bereits 2002 festgeschrieben wurde – aber als Absichtserklärungen, die keine weiteren Normierungen nach sich gezogen hat, um Ziel zu erreichen. Politik hat davor vielfach Scheu: Wenn man dies auf den Boden bringen will, greifen wir beispielsweise in Erwerbsfreiheit, in Eigentumsrecht

ein („Kann ich mit meinem Grund und Boden alles machen?“). Wie gelingt eine Bewusstseinsbildung? Menschen sind mit so vielen Krisen beschäftigt – betrachten Thema Bodenverbrauch nicht als das wichtigste.

Habe versucht als Hebel etwas zu nützen, was Herz und Gefühl berührt: die Anmutung, Schönheit unserer Lebensumgebung. Wo fühlen wir uns wohl, in welcher Umgebung wollen wir leben?

Stöglehner: Warum soll man sich als Gesellschaft mit dem Thema Bodenverbrauch beschäftigen? Es ist kumulatives Umweltproblem, so wie Klimakrise u.a.: Wir sehen Effekt über lange Zeiträume, der nur schwer umkehrbar ist. Was heißt Ziel 2,5 Hektar pro Tag (9km² pro Jahr)? Derzeit ca. 44km² pro Jahr Flächeninanspruchnahme; vor 25 Jahren 1200km² Flächeninanspruchnahme, entspricht der Ackerfläche der Steiermark.



Wofür brauchen wir den Boden, Grünland? Für Ernährung, Lebensmittelproduktion, aber auch für Klimawandelanpassung – Klimakrise wird riesiger Treiber für Flächeninanspruchnahme im Grünland sein; siehe BEAT-Studie der AGES, Umweltbundesamt, BOKU (2018): Unter Klimakrisenbedingungen müssen wir etwa mindestens 20% Ertragseinbußen hinnehmen¹⁵³ - im Weinviertel fast 50% - aufgrund von Trockenheit. Man muss es kompensieren mit mehr Fläche – haben wir diese? Bioökonomie ist Treiber für Flächeninanspruchnahme, ebenso Bevölkerungszuwachs usw. Wenn man

¹⁵³ AGES: Forschungsprojekt BEAT - Bodenbedarf für die Ernährungssicherung in Österreich (2014-2018). Leitung: Dr. Andreas Baumgarten. Zusammenfassung: https://dafne.at/content/report_release/aa85879d-af0f-4273-a1e2-b7f1d7178d41_1.pdf

das alles zusammenzählt, dann geht sich das bei den derzeit üblichen Ernährungsgewohnheiten nicht aus: Derzeit brauchen wir 2,7 Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche, von den 2,6 Millionen Hektar die wir haben – wenn wir Szenarien Klimakrise u.a. dazuzählen, sind wir bei 4,5 Millionen Hektar Bedarf.

Wenn wir von Prämissen ausgehen wie – wir wollen uns selbst ernähren, wir wollen Rohstoffe selber produzieren – , brauchen wir im Endeffekt Ziel Netto-Null-Flächeninanspruchnahme, und zwar relativ rasch und nicht erst 2050.



Diskussion

Moderator: Offenbar schaffen wir derzeit nicht gut Interessensausgleich zwischen der Freiheit der Individuen, Unternehmen und Leistungen, die wir als Gesellschaft alle brauchen. Andererseits: Es ist gegenwärtig nicht cool zu sagen, ich will gar kein Einfamilienhaus, oder als Unternehmer, ich baue mein Unternehmen in die Höhe. Es geht um das gesellschaftliche Bild – viele wollen sich in der Hinsicht nicht einschränken. Wie machen wir es „cool“, keine Fläche zu verbrauchen und zu versiegeln? Frau Schratzenstaller, müsste Steuerpolitik nicht diesen Interessensausgleich lenken?

Schratzenstaller: Steuerpolitik ist höchst politische Angelegenheit, Spielball höchst widerstreitender Interessen. Es gibt nicht *die* richtige Steuerpolitik, vielmehr viele Ziele und Anforderungen, die miteinander konkurrieren. Viele Leute haben das Gefühl, in ihrer Freiheit eingeschränkt zu werden. Was wir aber viel zu wenig beachten: Das Nichthandeln in der Umweltpolitik und Bodenpolitik hat enorme ökonomische Kosten. Nicht nur das Handeln ist mit Kosten verbunden, das Nichthandeln ist viel teurer

- nicht nur langfristig, sondern bereits jetzt (z.B. Hochwasser im Herbst 2024). Politik handelt, wenn Wähler best. Präferenzen in ihren Wahlentscheidungen ausdrücken.

Leitner: Viele Politikbereiche sind für den Einzelnen unsichtbar (z.B. Bildungs-, Budgetpolitik) – aber Bauen ist gewissermaßen „in Stein gemeißelt“. Hebel könnte sein, den Leuten vor Augen zu führen: Wir haben das alles für „die Ewigkeit“ gebaut“, wird auf jeden Fall durch unsere gesamte Lebenszeit unseren Raum prägen.

Ohrhallinger: Als Planungsbüro begleiten wir kommunale partizipative Prozesse. Die kommunale Ebene ist eine Größe, in der die Entwicklung eines gemeinschaftlichen Zukunftsbilds funktioniert: Wie wollen wir wohnen, leben? Wie wollen wir mit notwendiger Infrastruktur unserer Gemeinde umgehen? Beispiel: Für Ausbau der Nachmittagsbetreuung einer Volksschule kann ich einen Hort auf grüner Wiese bauen – oder ich kann mit allen Stakeholdern der Gemeinde schauen, wie wir diesen Platzbedarf im Leerstand bekommen, Synergien nutzen können. Auf kleiner Ebene funktioniert es am besten, sich an Bild der Schönheit auszurichten, Interessensausgleich herzustellen, Partikularinteressen zu überwinden.

Mernicki: ecoplus hat die 573 Gemeinden in NÖ angefragt, Information über Brachflächen, alte Industriegebiete zu senden. Davon haben 386 Gemeinden Daten zur Verfügung gestellt; Meldungen zu 705 Standorten umfassten 920 Hektar, die gewidmet, alte Brachflächen, Gewerbe-Industriegebiete sind, davon 121 alte Industrieflächen. Gemeinden wollen neue Betriebsansiedlungen dorthin lenken, wo bereits versiegelt ist. Auch Unternehmen denken um: Wir haben in Wr. Neustadt den ökologischen Wirtschaftspark Föhrenwald, in dem ökol. Vorgaben eingehalten werden müssen – wird enorm nachgefragt.

Moderator: Kann man mit innenverdichtender, flächenneutraler Bauweise diesen Interessensausgleich schaffen?

Hofer: Ja. Als ich vor sieben Jahren in Region Stuttgart kam, wurde mir gesagt: Es gibt keinen Quadratmeter leere Fläche mehr. Aber eine S-Bahn-Fahrt durch Gegend zeigt leeres Land: wie viele erdgeschossige Parkflächen vor Supermärkten, eingeschossige Hallen. Das Gut hatte bisher keinen Wert, man wählte den Weg des geringsten Widerstands, des Einfachsten. Wie man diesen abstellt – über Knappheit, steuerliche Anreize, politische Commitments, planerische Instrumente, ... - überfordert mich im Moment als Frage. „Bodenwende“ ist zu abstrakt. Wenn ich in Kommune gehe und über konkrete Konflikte spreche, kriege ich einen Diskussionsansatz. Wenn ich aber auf nationale Meta-Ebene gehe und mit „Abrissmoratorium“, „Bodenwende“, „Energiewende“, „Verbrennerverbot“ argumentiere, löst das diese Reflexe aus, die dich hilflos machen und diesen Dreh produzieren, durch den ich damit gar nichts mehr zu tun habe, weil es nur anstrengend und ungreifbar ist. Attraktives Bild einer funktionierenden gesellschaftlichen Zukunft in einer gewissen Harmonie mit der Umwelt: daran müssten wir arbeiten.

Leitner: Paradox, dass ganzer Debatte innewohnt, nämlich Normieren von immer mehr Detailregeln (u.a. zugunsten weniger Bodenverbrauch) schafft immer mehr Regeln u. Bürokratie. Große Zahl an Regelungen von der EU-Ebene bis zur kommunalen Bauordnung – und dennoch sind wir mit status quo unzufrieden. Wir haben in gesamter Siedlungsgeschichte nie mehr Normen gehabt für das Bauen als heute und sind

jetzt am unzufriedensten. Weiteres Paradox: Digitalisierung beinhaltet Versprechen, dass wir alles punktgenauer organisieren, ressourcenschonender vorgehen können usw. – brachte aber Gegenteil, nämlich Denkweise und Art zu wirtschaften in die Welt: Alles muss immer, überall, jederzeit, in jeder Form möglich sein.

Schratzenstaller: Grund und Boden mehr zu besteuern hat mit Blick auf Bürokratieaufwand großen Charme – ist eine relativ unbürokratische Angelegenheit.

Stöglehner: Kumulativer Charakter des Problems bedeutet: ich kann es nicht am Einzelfall abwickeln. Das einzelne Projekt gefährdet nicht z.B. Ernährungssicherheit – aber alle Projekte im Zusammenhang über einen längeren Zeitraum bringen es dann zum Kippen, bezogen auf Flächenverbrauch, Ernährungssicherheit usw. Das Thema kann nur über Zielklarheit gesteuert werden. Wir brauchen Netto-Null-Ziel für Flächeninanspruchnahme – wir müssen uns mit einem bestimmten Raum abfinden, in dem man sich weiterentwickelt. In dem Raum gibt es – bezogen auf die gewidmete Fläche – 20% der Fläche, die nicht beansprucht wird: Über 67.000 Hektar (3200km²) gewidmetes Bauland stehen derzeit leer. Steuern sind hilfreich, dieses zu mobilisieren. Beitrag der Raumordnung zu diesem Interessensausgleich müsste sein: 360 Grad Siedlungsgrenzen rund um einen Ort. Bei kumulativem Umweltproblem hilft uns nicht Detailklarheit im Einzelfall, sondern strategische Steuerung über klare, überprüfbare Ziele aus einer Vogelperspektive heraus.



Karl A. Immervoll (Katholische Arbeitnehmer:innen-Bewegung Österreich)

Moderator: Verlangen wir als Gesellschaft zuwenig partizipative Prozesse, unterstützen wir das ausreichend?

Merniecki: Es gibt genügend Möglichkeiten sich zu artikulieren – die Frage ist, ob es „oben“ ankommt.

Ohrhallinger: Ja, es gibt zuwenig partizipative Prozesse. Partizipation wird oft als Einbindung der Bevölkerung verstanden – es geht aber auch um ein gemeinsames Nachdenken, Ziel finden, Bedarf ermitteln von allen, die an einem Vorhaben beteiligt sind. Bei schlecht gemachten Partizipationsprozessen wird einfach ein Wunschzettel geschrieben. Es geht vielmehr darum, alle Bedürfnisse, Bedarfe, Perspektiven, ... zusammenzuführen und Verständnis füreinander herzustellen. Verschiedene NutzerInnen-Gruppen werden an einen Tisch gebracht, damit die einen verstehen können, was brauchen die anderen, und umgekehrt. Das ist essentiell dafür, dass ich eine gemeinsam getragene Lösung finden kann. Es braucht Kompetenz der Prozessbegleitung, die im besten Fall verknüpft ist mit planerischer, räumlicher Kompetenz. Man kann sog. „Phase Null“ in der Projektentwicklung, in der grundlegende Entscheidungen getroffen werden (kann ich drinnen bleiben, in die Höhe gehen, mit Synergien arbeiten usw.) nicht genug Aufmerksamkeit (auch finanzielle) widmen.

Hofer: Weniger die Frage, ob wir zuviel oder zuwenig Partizipation haben, sondern: Wieviel von Partizipation ist delegierte Verantwortungslosigkeit? Partizipation macht Sinn, wenn sie positives gestaltendes Ziel hat. Wichtig: sich experimentelle Formate zu suchen, etwas mit einem positiven Zukunftsbild auszuprobieren – dann werden fantastische gute Beispiele möglich. An dem fehlt es uns gerade so stark: dass andere Welten möglich, gestaltbar, belebbar sind – Architektur kann da unglaubliche Kraft entwickeln. Irgendwo müssen diese positiven Zukunftsbilder entstehen – da würde ich stark für den Sonderfall, die Ausnahme, das Experiment plädieren.

Schratzenstaller: Es braucht mehr Partizipation als Element eines Mehrebenenprozesses, u.a. in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen rund um Umweltfrage – wir haben viel zu wenig partizipative Prozesse.

Leitner: glaube nicht, dass die Komplexität des Themas Bodenverbrauch in solchen partizipativen Prozessen abgebildet werden kann. Jedes einzelne Bauprojekt ist gut argumentierbar – in Frage steht grundsätzliche Idee und politische Weiterführung, auf diese Art zu siedeln und zu bauen. Problem für Kommunalpolitiker: Mit Hinweis, was alles nicht gebaut wurde, bestreitet Kommunalpolitiker in der Regel keine Wahl. Deshalb braucht es klares Ziel – wir werden nicht umhinkommen, klare Zahl betreffend Bodenverbrauch zu definieren, auch wenn das politisch heute nicht durchsetzbar ist.

Stöglehner: Österreich wird nicht größer – allerdings wird nutzbare Fläche kleiner. Partizipation im Kontext der organisierten Zivilgesellschaft: Beteiligung an Gesetzgebungsprozessen, gesellschaftlichen Debatten, gesellschaftliche Lernprozesse gemeinsam durchführen und lernen, wie wir unsere Zukunft damit gestalten. Teilweise funktioniert das in Gemeinden. Bei Gemeinden, die sich etwas getraut haben für flächensparende Siedlungsentwicklung, sind Wahlen relativ oft mit Zugewinnen für die BürgermeisterInnen-Fraktion ausgegangen. Wichtig: Partizipation als gemeinsamer Lernprozess, als Entwicklung von Visionen. Methodische Herausforderung, in solche Prozesse möglichst vielfältige Bevölkerungsgruppen einzubinden.



Franz Fehr (BOKU): Umwelt-Gemeinderat in kleiner Nachbargemeinde von Krems, haben uns bei Entwicklungskonzept viel getraut. Diskussion fokussiert auf Steuerung des Bodenverbrauchs – aber Aspekt fehlt: Treiber für Bodennutzung ist dominierendes Zielbild, dass junge Familie eigenes Einfamilienhaus braucht, das dann später leer steht. Von diesen Menschen kommt Druck auf Bürgermeister, sodass immer weiter gewidmet werden muss. Nötig: Kulturwandel, wie wir leben wollen, nicht zuletzt Richtung generationenübergreifendes Wohnen, bei dem Wohnen von alten und jungen Leuten neu gedacht wird. Lösungen dafür kommen nicht aus Bürgerschaft, müssten von ExpertInnen entwickelt, vorangetrieben werden.



Ferdinand Kaineder (Präsident der Katholischen Aktion Österreich)

Ferdinand Kaineder (KAÖ): Für Ottensheim Planung eines Gebäudes mit 25 Wohneinheiten auf engstem Raum im Zentrum, wurde von Gemeinde nicht gestattet, weil nur für Einfamilienhäuser umgewidmet wird. Anknüpfend an Leitner: Alles immer jederzeit zur Verfügung zu haben, hat in seiner DNA, dass alles individualisiert, größer wird. Mir fehlt Perspektive auf Podium: Was ist Innenleben der Menschen heute? John von Düffel: Wenn das Wesentliche das Weniger trifft, dann ist das Glück.¹⁵⁴ Unumgängliche Frage: Wie schaffen wir zufriedenes, geglücktes Leben in einer neuen Art glücklicher Genügsamkeit?



Norbert Mayr (Allianz für Substanz): Wir haben gehört: Baulandüberhang (gewidmetes nicht genutztes Bauland) von beachtlichen 67.142 Hektar ist zu mobilisieren – hochgerechnet mit Geschossflächenzahl 1 und niedrig angesetzter CO₂-Belastung pro m² Gebäude kämen wir bei Mobilisierung auf das Fünffache der österreichischen Emissionen pro Jahr, die wir dadurch in die Atmosphäre jagen würden, rund 350 Millionen Tonnen CO₂ e. Bauwirtschaft erzählt gern ‚wir entsiegeln, weil wir hoch und tief bauen‘, tatsächlich ist sie ein großer Emittent. Anderes Thema: Wie kann sich Zivilgesellschaft beteiligen? Muss sich bald beteiligen – Lobau-Autobahn ist Hainburg 4.0.; zieht Spur der Verwüstung mit begleitendem Betriebskorridor auf beiden Seiten in NÖ über viele Kilometer – massive Versiegelung u. Zerstörung landwirtschaftlicher Flächen im Osten Wiens.

¹⁵⁴ John von Düffel: Das Wenige und das Wesentliche. Ein Stundenbuch, Dumont 2022.



Lisa Sterzinger (Zusammenhalt NÖ): Wir sprechen hier über Recht auf Nahrung zukünftiger Generationen und Menschen in Ländern des Südens, die heute schon nicht mehr von ihrem Boden leben können. Menschenrecht auf Nahrung sollte in Verfassung verankert werden, damit es einklagbar ist und sich Politiken danach ausrichten müssen. „Zusammenhalt NÖ“ unterstützt Initiativen, die sich gegen unnütze Straßen wehren, u.a. Ostumfahrung Wr. Neustadt. Auch für Gneixendorf wird unnötige Umfahrungsstrasse geplant.

Stöglehner: derzeit sehr flächenzehrende Siedlungsentwicklung, Treiber sind Einfamilienhäuser, aber auch Einkaufszentren usw. Wichtig ist Bewusstseinsbildung als Teil von Partizipation. Verschiedene Modelle, z.B. jeder der um Baugenehmigung ansucht, muss Bauberatung machen – einschließlich der Frage, warum man Haus bauen möchte – dann kommen Leute auf Ideen, etwas Geerbtes zu sanieren. Beispiel Straß im Straßertale: leerstehende Bauernhöfe werden von Gemeinde gekauft, baureif gemacht oder an Bauträger vermittelt, als Form von Bestandstransformation – aus kleinem Bauernhof werden sechs Reihenhäuser. Bezogen auf Baulandüberhang gibt es Möglichkeiten der Rückwidmung, Inwertsetzung zur Bebauung, also diese Baulandreserven mobilisiert.

Ohrhallinger: Architekturzentrum Wien hat für Ausstellung „Boden für Alle“¹⁵⁵ ausgerechnet: Wenn man alle Einwohner Österreichs auf alle Einfamilienhäuser aufteilen würde, dann wären das rund vier Personen pro Haus. D.h. wir haben alle in den bereits bestehenden Einfamilienhäusern Platz. Es ist nicht verwerflich ein Einfamilienhaus zu wollen – ich muss nur eines der bestehenden nehmen. In den Gemeinden, in

¹⁵⁵ Karoline Mayer, Katharina Ritter, Angelika Fitz (Hg.): Boden für Alle, Park Books 2020.

denen wir arbeiten, sehen wir: Es werden Wohnformen abseits von Einfamilienhaus u. Geschosswohnbau/ kleine Starterwohnungen nachgefragt: Wohnungen für Jungfamilien mit mehr Qualität, Freiräumen, ebenso Wohnungen für ältere Personen, denen Haus und bisheriger Garten zu groß geworden sind. Daniel Fuhrhop – Autor von „Verbietet das Bauen!“¹⁵⁶ - nennt das „unsichtbaren Wohnraum“.¹⁵⁷ Wir haben riesige Ressource der halb und bald leerstehenden Einfamilienhäuser - es geht um Angebote für Bewohner, die Haus nicht mehr wollen, und jene, die eines wollen, in Form von tauschbaren Angeboten. Fuhrhop plädiert dafür, einen solchen Tausch zu fördern. Warum nicht Förderungen für den Umzug schaffen?

Hofer: Großteil des Landes ist diffuse zersiedelte Agglomeration, die einerseits Problem, andererseits Ressource ist. Beispiel: Vorortgemeinde von Stuttgart, die von ländlicher Geschichte geprägt ist – bezogen auf großes ehemals gewerbliches Areal kam man zum Schluss: Wir haben bereits genug Einfamilienhäuser – was fehlt sind günstige kompakte Wohnung für unsere Gemeindeangestellten, barrierefreie Wohnung für Ältere, In partizipativem Prozess haben sich 100 Einfamilienhäuschen in 800 Geschosswohnungen verwandelt. Ich würde es positiv drehen: Wir haben 100 Jahre zersiedelt – jetzt machen wir etwas draus.



Christine Sallinger (Plattform Sichtbar werden/ Österreichische Armutskonferenz): Es wurde gesagt: Wer partizipieren will, der kann. Dem wage ich zu widersprechen. „Sichtbar

¹⁵⁶ Daniel Fuhrhop: *Verbietet das Bauen! Alternativen zum Bau- und Flächenwahn*, oekom 2020.

¹⁵⁷ Daniel Fuhrhop, Daniel: *Der unsichtbare Wohnraum. Wohnsuffizienz als Antwort auf Wohnraum-mangel, Klimakrise und Einsamkeit*, transcript Verlag 2023.

werden“ ist Zusammenschluss von Personen mit Armutserfahrung; versuchen seit vielen Jahren in versch. Gremien zu partizipieren – sehr viele Organisationen blockieren das ab, v.a. wenn es um Geld und Macht geht.



Peter Schön (Österr. Klein- und Bergbäuer:innen-Vereinigung): Ländliche und bäuerliche Bevölkerung ist sehr alte Bevölkerungsschicht, in Österreich durchschnittlich 55 Jahre. In den nächsten 10-15 Jahren wird ungefähr Hälfte der Bauernhöfe in der EU und auch in Österreich Besitzer wechseln. Oft werden Flächen an den Meistbietenden verkauft, Bauernhof bleibt im Familienbesitz – Produktionsgrundlage der Lebensmittel wird von den Flächen getrennt. Für Neueinsteiger wird es unmöglich, Höfe zu übernehmen, weil Einheiten getrennt sind. Wir sind unvorbereitet auf diesen Wechsel. Zusammen mit Folgen des Klimawandels wird uns das eventuell vor Probleme betreffend Ernährungssouveränität führen.

Verena Jakoubek-Konrad (Vorarlberger Architektur Institut): Problem der Finanzspekulation bzw. Finanzialisierung – Großteil der Neubauten ist nicht mit Funktionen wie Wohnen verbunden, sondern mit Kapitalvermehrung. Wenn wir diese ökonomische Thematik ausklammern, kommen wir der Sache nicht nahe. Es geht darum zu verhindern, dass Spekulationsdrehzscheibe sich weiterdreht.

Stöglehner: Bei Veranstaltung der Ziviltechnikerkammer hat es ein Immobilienentwickler deutlich ausgesprochen: Wir bauen Leerstand, namens „Anlagewohnung“. Um Leerstand zu mobilisieren, muss er etwas kosten – über Abgaben, andere Art der Grundsteuer, Abgabe auf Widmungsgewinne, ... Es gibt Tendenz, das zu fordern, wenn es bereits zu spät ist.

Dialog in Kleingruppen

Hintergrund: Die Europäische Kommission hat im "Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa" (2011) das Ziel formuliert, "die Flächeninanspruchnahme so zu reduzieren, dass bis 2050 netto keine Fläche mehr verbraucht wird" (Flächensparziel Netto-Null). Das Ziel wurde u.a. in der „EU-Bodenstrategie für 2030“ bekräftigt, die am 17. November 2021 von der Europäischen Kommission vorgelegt wurde. Sie enthält als „langfristiges Ziel bis 2050: Erreichen eines Netto-Null-Flächenverbrauchs“.¹⁵⁸

Die „Bodenstrategie für Österreich“, die am 29. Februar 2024 von den Bundesländern beschlossen wurde, nimmt auf diese europäische Rahmensetzung Bezug und formuliert als „Vision 2050“: „Österreich hat die Transformation hin zu einer vollständigen Flächenkreislaufwirtschaft geschafft und somit die Flächeninanspruchnahme auf Netto-Null reduziert, wobei auch Anreize zur Entsiegelung eine bedeutende Rolle gespielt haben.“¹⁵⁹ (EF)

Zukunftsbild: Was ist unsere positive Vision einer guten Zukunft unter den Bedingungen von Flächenneutralität? (Netto-Null-Flächenverbrauch bis spätestens 2050)

Werkzeuge: Was sind politische Strategien, demokratische Instrumente, institutionelle Formate und Prozesse, um der notwendigen Wende in der österreichischen Bodenpolitik zum Durchbruch zu verhelfen?



Mitte: Cäcilia Regner, UNESCO-Jugenddelegierte

¹⁵⁸ Europäische Kommission: „EU-Bodenstrategie für 2030“ (17.11.2021), <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC0699&from=EN>

¹⁵⁹ Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK): Bodenstrategie für Österreich. Strategie zur Reduktion der weiteren Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung bis 2030, <https://www.oerok.gv.at/bodenstrategie>

■ Zukunftsbild

Man sollte hier ansetzen: Flächen sind Lebensräume – für alle!

Es geht um das gute Leben im vorhandenen, adaptierten Altbestand.

Werkzeuge

- positive Beispiele für gutes Leben aufzeigen
 - flexible Lösungen (Beispiel Göfis)
 - Beispiel: Veranstaltung „Häuser, Höfe, Potentiale“ des Vereins Landluft (Altmünster, Juni 2024), die sich mit den Chancen für den Erhalt und das Weiterbauen von Bestandsgebäuden beschäftigte
 - Unternutzungen identifizieren und Anreize schaffen
 - Adaptierungen mitdenken
 - Finanzausgleich mit Zielen verknüpfen
- (Tintner-Olifiers, Enengl, Rottenbacher, Mayr, Feigl)

■ Zukunftsbild

- belebte/ beliebte Ortskerne
- Generationenwohnen
- benützen statt besitzen
- mehr Biodiversitätsflächen
- attraktivere Öffis
- motorisierten Individualverkehr reduzieren
- Leerstände gibt es nicht mehr
- jedem Ort sein Gasthaus
- Mischung räumlicher Nutzungen (Funktionsmischung)
- gemeinsame Wege zu Fuß erleben
- pflanzenbasierte regionale Ernährung
- Stadt renaturieren (Gewässer, Erde statt Schotter)

Werkzeuge

- Zivilgesellschaft zieht an einem Strang
 - politischer Wille
- (Verena K., Christine S., Gerda G., Martin B., Jakob M.)

■ Zukunftsbild

(Frei-) Raum ist für alle da!

- Flächen werden gemeinsam und effizient genutzt, sodass alle Bürger:innen davon profitieren (d.h. nicht: alle wohnen in Wohngemeinschaften, sondern: Gemeinwohl wird bei Flächenverbrauch bedacht). Statt „Bau-Individualismus“ gibt es Städte/ Gemeinden der kurzen Wege und kommunal genutzte Infrastruktur.
- Die österreichische Bodenstrategie ist beschlossen und wird umgesetzt.
- Es finden inklusive Prozesse statt, und das bringt auch Mehrwert für alle diversen Gruppen (z.B. Armutsbetroffene, Kinder, ältere Menschen, ...).

Werkzeuge

- Beteiligung (mit Sinn!) auf kommunaler Ebene; z.B. strategische Umweltprüfungen für große Vorhaben am Runden Tisch mit Akteur:innen
- bestimmte Ziele/ den Rahmen außer Frage stellen, z.B. Netto-Null bei Bodenverbrauch bis 2050
- Inklusivität der Prozesse für gute Planung; Alternativenbewertung usw. erhöhen, um zu belastbaren, akzeptierten Lösungen zu gelangen
- Maßnahmen, um kleineren/ an Bedürfnisse angepassten Wohnraum zu ermöglichen, z.B. im Fall einer Familie in Zweifamilienhaus den Umbau finanziell fördern
- Bodenstrategie umsetzen
- Renaturierung

■ Zukunftsbild

- Mehrgenerationen- und Mehrfamilienwohnen
- Tauschbörsen für Wohnbedarf sorgen für Neu- und Andersnutzungen
- Räume gemeinsam und flexibel nutzen
- Kompakte und lebenswerte Orte
- Umsetzung von Netto-Null, d.h. keine neuen Einfamilienhäuser und Supermärkte
- Neubau ist uncool
- Umdenken der Menschen hin zum Teilen (Sharing)

Werkzeuge

- Management von Leerstand, Hilfe beim Reaktivieren (Renovierung, Verträge)
- langfristige Vermietungen an die Gemeinde als Alternative zum Verkauf (falls abschreckend für Leerstandseigner:innen)
- Ankauf von Liegenschaften durch die öffentliche Hand zugunsten der Entwicklung der Flächen und Gebäude
- Regionales Konzept für Netto-Null Flächenverbrauch

■ Zukunftsbild

- Umbaukultur statt Neubau
- Allmende statt Eigenheimsiedlung (Gemeinschaftsflächen)
- Netto keine neuen Verkehrsflächen
- Flächenneutralität als cooler Lebensstil

Werkzeuge

Zivilgesellschaft:

- Dialog aktiv suchen
- Demonstrieren
- ziviler Ungehorsam
- Beratung und Prozeßbegleitung
- Support (Spenden)
- Jugend ernstnehmen und Teilhabe

Politik:

- Steuerungs- und Anreizsysteme für (Re-)Naturierung

- Partizipation, direkte Demokratie und Bürgerräte auf allen Ebenen zu bestimmten Themen; Demokratietraining
- Kunst:
- als Werkzeug für Emotionen



Von links: Edanur Aktan (Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich), Sigrid Schwarz (Österr. Bodenkundliche Gesellschaft), Barbara Steinbrunner (TU Wien)

■ Zukunftsbild

- Gemeinschaftsgefühl
- finanzierbare gemeinsame Wohnformen
- Erdgeschoßwohnungen für Ältere im Ortskern
- lebendige schöne Ortskerne
- viele Blumen in den Ritzen
- naturreiche Wohngegenden
- sozial verträgliche Wohnmöglichkeiten
- lokale Versorgung mit Essen und Energie
- Zusammenhalt

Werkzeuge

- sozial gerechte Leerstandsabgabe
- 360 Grad Siedlungsgrenzen
- Rückwidmungen erlauben
- Bodenschutzbeirat für Gemeinden

- Renaturierung
- überregionale Raumordnungsprogramme
- Bundesbodenschutzgesetz mit klaren Zielen
- Förderung der Renovierung von Leerständen
- Kinderräte

(Franz, Simon, Fabian, Stephanie, Lisa)

■ Zukunftsbild

- Flächenneutralität
- Mischnutzung
- kompakte Siedlungen/ Städte/ Dörfer/ Lebensräume
- nachhaltige Mobilität
- Qualität wächst, Quantität bleibt

Werkzeuge

- Korridor zur Selbststeuerung vorgegeben durch Gesetze und Vorschriften
- Zugleich Anreize durch Förderungen, Steuern, ...

(Barbara Calas, Norbert Rainer, Irem Aksoy, Leo Baumfeld)



Mitte: Ines Omann (Moderatorin, Nachhaltigkeitsforscherin), Rafael Haigermoser (Vorsitzender der Katholischen Jugend Österreich/ Religions For Future Vienna)

■ Zukunftsbild

- mehr öffentliche Verkehrsangebote, weniger Autos
- mehr Mehrgenerationenwohnprojekte, auch in ländlichen Gebieten, auch unterschiedliche Familien
- Bewusstseinsbildung
- landwirtschaftliche Flächen dürfen nicht umgewidmet werden

Werkzeuge

- oberste Bauinstanz in Gemeinde darf nicht Bürgermeister:in sein
- altes Handwerk fördern, für fachgerechte Renovierung von Altbeständen mit Naturmaterialien
- Förderungen für Revitalisierung von Altbeständen
- Bürger:innenräte forcieren
- Bodenschutz politisch verankern, darf nicht von einzelnen Entscheidungsträgern oder politischen Färbungen abhängen
-



■ Zukunftsbild

- bestehende Strukturen optimieren
- lebendige Ortskerne (mit kurzen Wegen; Kleinstädte als attraktive Kultur- und Wirtschaftszentren
- unberührte, wenig zersiedelte Natur → intaktes Landschaftsbild
- Achtung vor der (Ästhetik der) Natur
- überlegter Umgang mit neuen Straßen

Werkzeuge

- Leerstandsabgaben bei Wohnungen und Industrieruinen (eine Art Kautionskauf; Verursacherprinzip)
- Plattformen, um Wohnraumtausch einfacher zu gestalten; Förderungen für Bestandsumbau/ Sanierung
- sozialer Gemeindebau in bestehende Gebäude
- mehr Transparenz bei Bauvorhaben und Gemeinderatsentscheidungen
- partizipative Prozesse mit echter Teilhabe verschiedener Personengruppen (Gaby Eder, Luca Großegger, Sr. Anneliese Herzig, Benedicta Opis)



■ Zukunftsbild

- gemeinschaftliches Wohnen und Arbeiten, Räume nutzen & Ressourcen teilen
- grüne Dächer, vertical farming, Gemeinschaftsgärten
- ressourcenschonende Ernährung und Priorität auf regionalen Anbau/ Handel
- Grünflächen sichern für Erholung, Sport, Kinder, ...
- Leerstand nutzen, besteuern
- autofreie Innenstadt, Platz für Menschen; Fahrräder und Öffis FIRST!

Werkzeuge

- bundesweit lokale Partizipationsprozesse als Lernprozesse
- Bundesgesetz zu Bodenschutz
- Bürger:innenkammern (zufällig ausgewählt, für zwei Jahre, nicht zwingend österr. Pass - Stimmrecht für Einwohner:innen ohne österr. Staatsbürgerschaft), die

Zukunftsthemen definieren, die im Parlament bearbeitet werden müssen, und Lösungen erarbeiten
(Martina, Tobias, Taru, Anja)

■ Zukunftsbild

Koordination

Werkzeuge

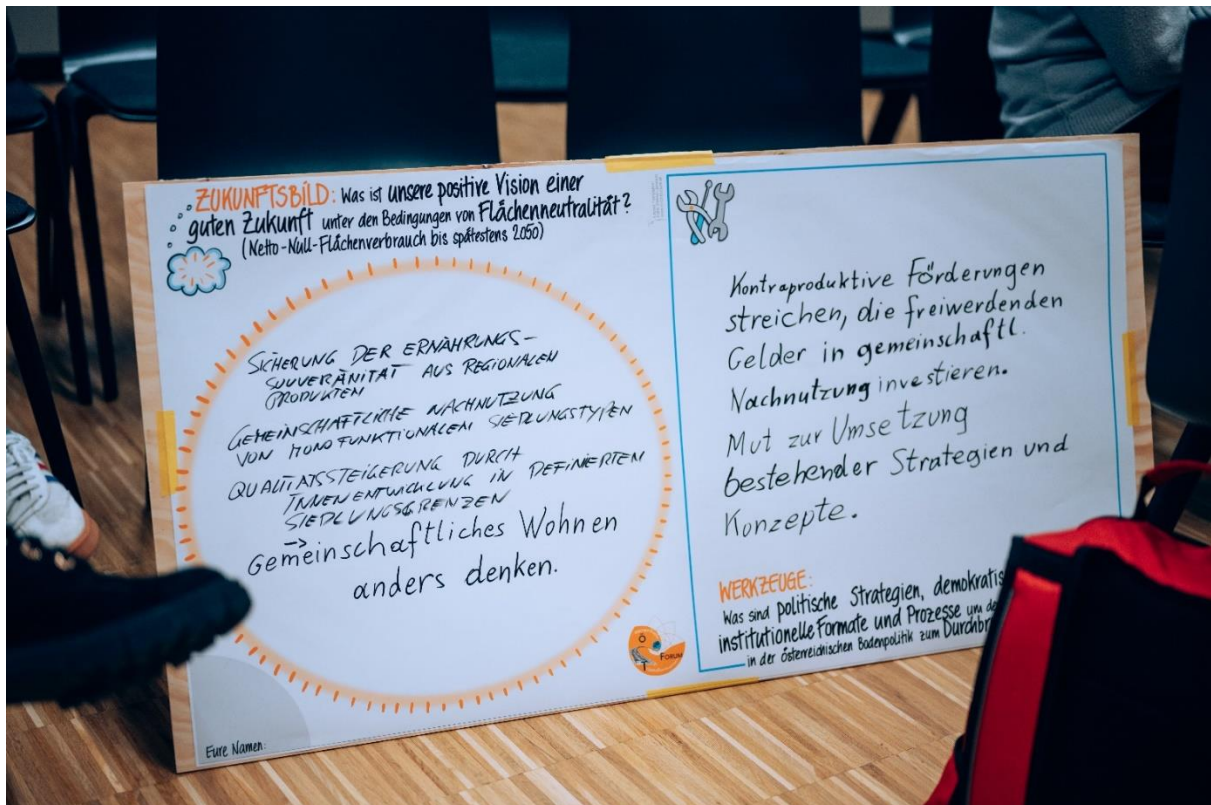
- Bewusstseinsbildung
- Bildung
- Vernetzung
- Gesetze
- Partizipation
- Steuern
- Inspiration
- klare Ziele

■ Zukunftsbild

- lebendige Dorfgemeinschaften
- mehr Plauderbänke
- Naturoasen im urbanen Raum, Gemeinschaftsgärten
- Wohngemeinschaften für ältere Menschen
- Spiel- und Sporteinrichtungen
- Mehrgenerationen-Wohnen
- Orte der kurzen Wege
- Sporthallen anstelle von Tiefgaragen
- mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum
- Bauernmärkte, Tauschmärkte, Teeparks, Motorikparks
- Begegnungsräume für Kultur, Feste, Debatten

Werkzeuge

- Vernetzen und lokale Initiativen verstärken
- Umgehen mit Polaritäten: Wertequadrate (Schultz von Thun), Tetralemmaaufstellung
- Reform der Medien-/ Presseförderung
- Transformationsforum für Politiker:innen
- Bürger:innenräte für Regionalentwicklung mit für Politik bindenden Empfehlungen



■ Zukunftsbild

- Sicherung der Ernährungssouveränität aus regionalen Produkten
- gemeinschaftliche Nachnutzung von monofunktionalen Siedlungstypen
- Qualitätssteigerung durch Innenentwicklung in definierten Siedlungsgrenzen
- gemeinschaftliches Wohnen anders denken

Werkzeuge

- Kontraproduktive Förderungen streichen, die freiwerdenden Gelder in gemeinschaftliche Nachnutzung investieren
- Mut zur Umsetzung bestehender Strategien und Konzepte

■ Zukunftsbild

- Ernährungsstil an Flächenbedarf anpassen (weniger Fleisch, weniger Wegwerfen)
- kurze Wege für alle Bedürfnisse (Arbeiten, Wohnen, Freizeit, Lebensmittel regional)
- multifunktionales Lebensumfeld, flexibles Wohnen, Urban Gardening
- Digitalisierung forcieren für ortsungebundenes Arbeiten
- Schönheit der Natur genießen

Werkzeuge

- öffentliche Beschaffung der Ernährung; Bio und regional in Großküchen
- Reduktion der Verwaltungsebenen
- Abschaffung klimaschädlicher Subventionen

- parteiunabhängige Bürger:innenräte
- Energieraumplanung und Mehrfachnutzung der Flächen
- Renaturierung und mehr Stadtgrün

(Karl, Christian, Christian, Abdulkeem, Ahmad)

■ Zukunftsbild

- mehr Faktenwissen zum Thema, anschaulich vermitteln
- Erdverbundenheit – auch haptisch
- Agrarökologie
- Erhöhung der Lebensmittelqualität

Werkzeuge

- Subsistenzlandwirtschaft subventionieren
- Steuern (Finanztransaktion, Erbschaft, Vermögen)
- Repräsentation, Partizipation (nicht alle stimmen ab, aber ausgewählte, alle Zielgruppen repräsentierende Vertreter:innen)
- verkehrspolitische Ansätze

(Franz, Payal, Oliver, Emanuel)

■ Zukunftsbild

- öffentliche, konsumfreie Räume schaffen, um individuelles Flächenbedürfnis zu verkleinern (Beispiel: Zentralbibliothek Oodi in Helsinki); damit können verschiedene Bedürfnisse nach Gemeinschaft, Freiheit, Subsistenz, Kreativität, ... erfüllt werden (LQT)
- verkehrsberuhigte/ autofreie Innenstädte, mit wenig Autostellfläche
- Projekte für gemeinsames Wohnen und Arbeiten fördern (alte Bauernhöfe aktivieren)
- sinnvolle Mehrfachnutzung von Flächen (betrieblich, Gewerbe, Energie, Wohnen, ...)

Werkzeuge

- Carsharing-Angebote stärken
- neue Methoden der Gesprächsführung, Entscheidungsfindung (z.B. Dialog, Soziokratie)
- Kostenwahrheit: Abgaben für Bodenverbrauch; wirksame fiskalische Instrumente
- Verbot von Parkplätzen
- Fokus auf aktive Mobilität
- Steuersystem an Wohnraum anpassen: je mehr Fläche in Anspruch genommen wird, desto mehr Steuern
- Leerstand darf nach x Jahren von Gemeinde, Vereinen, ... genutzt werden
- intergenerationeller Wohnungs-/ Haustauch

- verpflichtende Partizipation als Basis für Entscheidungen: Expert:innenge-stützte Bürger:innenforen, -räte
- soziokratische Entscheidungen im Gemeinderat
- Perspektiven durch Austausch fördern, u.a. Partnergemeinden

■ Zukunftsbild

- Ernährungssouveränität
- gesellschaftliches Umdenken: Erdnähe, Erdverbundenheit
- Boden schützen und renaturieren
- Raum für gutes Leben für alle (+ Schönheit, Behaglichkeit)

Werkzeuge

- wirksames Observatorium für Widmungen und Landverkäufe
- Leerstandsabgabe
- steuerliche Anreize
- Förderungen zur Nutzung von Altbestand
- Leerstandsmanager:innen in Gemeinden
- Agrarsubventionen ökosozial gestalten
- Information, Bildung und Aufklärung
- steuerliche Anreize

■ Zukunftsbild

- Orte der kurzen Wege
- Bewegungsmöglichkeiten für alle im öffentlichen Raum
- belebte Ortskerne
- sanfte Mobilität
- Generationenhaus
- leistbares Leben
- Abbau von Einkaufszentren und Umsiedlung in Dorf-/ Ortskern; zirkuläre Nutzung der Materialien

Werkzeuge

- jugendgerechte Planung (Partizipation; Verankerung im Lehrplan)
- Prämie: Wohn- statt Parkfläche
- Kinder-, Bürger:innenräte
- Fördermittel für Sanierungen
- Initiative: Ansiedlung von Handwerk & Gewerbe in Ortszentren (Normen entschärfen; Ansiedlungsprämie)
- Stellplatzverpflichtung reduzieren
- Informationsveranstaltungen zum Thema Sanierung, Aus- und Umbau

■ Zukunftsbild

- Ziel von Netto-Null Flächenverbrauch erreichen!
- Boden als (endliches) Gemeingut, und nicht als Anlageobjekt
- praktikable Nahversorgung
- 15-Minuten-Ort

- soziale Gleichberechtigung
- (Umwelt)Bildung
- dichtes/ gemeinschaftliches Wohnen als Chance (≠ Kommune, WG)

Werkzeuge

- bestehende Regeln besser nutzen: Grundsteuer erhöhen, Pendlerpauschale reduzieren
- Phase 0 stärken: Menschen von Anfang an informieren und einbinden, bevor es zu Protesten kommt
- Bestandsnutzung und Nachverdichtung
- Entsiedelung als Maßnahme der Renaturierung

ZUKUNFTSBILD

Tauschbörsen
Wohnbedarf

z.B.
Bibliothek
Helsinki

öffentliche
Konsumfreie
Räume /
"Wohnzimmer
Kultur feste

Ö Boden-
strategie
ist unge-
setzt

Hand-
werk

Gasthäuser

Lebendige
Dorfge-
meinschaften

kleine
Leerstände

beliebte,
beliebte
Ortskerne

Geschäfte

Arbeitsplätze

Umbau-
kultur

gemein-
schaftlich
wohnen

Unsere

positive Vision einer
guten Zukunft unter
den Bedingungen von
Flächenneutralität

pflanzen-
basierte
Ernährung

regenerative
Landwirtschaft

Erde

renaturierte
Städte

Wasser

Radfahren +
Fußgehen

Naturoasen

Natur als
wertvoll wahrnehmen

Gemeinschaft-
gärten

Boden ist
immer
Sozialraum

Stolz, dass
wir zu einer
besseren Welt
beitragen

Markstätten +
Proberäume
statt Garagen

Rückbau
Verkehrsfächen

Gemeinde
hält zusammen

Treeparks

flächenneutral
leben ist richtig
cool!

Regionalismus fördern - kulturell, wirtschaftlich

WERKZEUGE

Kostenwahrheit Wohnfläche ersten 10m²/P steuerfrei alle weiteren besteuert

öffentliche Beschaffung

Mut zur Umsetzung

entschlackte Bürokratie

Reduktion Verwaltungsebenen

keimschädliche Subventionen abgeschaffen

progressive Leerstandsabgabe

Stärkung der Phase 0 im Planungsprozess

für Wohn-nicht nur Staatsbürger*innen

Bürger*innenkammern 2. J. Mandat regional/Bundesebene

parteiunabhängige Bürger*innenräte

Energie-raumplanung

Was sind politische Strategien, demokratische Instrumente, institutionelle Formate & Prozesse für die **notwendige Wende** zum **Durchbruch** in der **österr. Bodenpolitik**?

Leerstandsmanager*innen

Glasfasernetzausbau für ortsunabhängiges Arbeiten

Bestandsverdichtung

Lernfeld: regionale / lokale Partizipationsprozesse

Bewusstseinsbildung + Bildung

diverse Teilnehmende

nachhaltige demokratische Orts/Regionsentwicklung

Renaturierung

repräsentative Partizipation / Bürger*innen

Anreize für öff. Verkehr

Agrarsubventionen ökologisch gestalten

Werkzeuge um mit Polarität umzugehen

zB. Wertequadrat Tetralemma

Medien & Presseförderung

Jugendgerechte Planung

auch Kinder-räte

Selbststeuerungsraum: Funktionen Sozialraum Nachhaltigkeit

Statement von Abdulhkeem Alshater

(Obmann der Freien Syrischen Gemeinde Österreichs)



Als Verein sprechen wir den Angehörigen der Opfer unser tiefstes Beileid aus und wünschen den Verletzten eine schnelle und vollständige Genesung.¹⁶⁰ Wir distanzieren uns scharf von solchen Taten. Abschließend möchten wir betonen: Wer Streit verursacht und den Frieden der Gesellschaft stört, vertritt nicht die Syrerinnen und Syrer, die hier Schutz gesucht und erhalten haben.

Die Heimat eines Menschen ist nicht der Ort, an dem er geboren wurde, sondern der Ort, an dem er Sicherheit findet. Diese Sicherheit haben wir hier in Österreich gefunden. Wer Konflikte sucht und nach Blutvergießen dürstet, sollte sich daran erinnern, warum er seine Heimat verlassen musste. Aber man darf nicht alle Menschen in einen Topf werfen. Auch der Held in diesen schweren Zeiten war ein Syrer.

Abdulhkeem Alshater: geb. in Homs, war Teil der 15köpfigen Gruppe im Bezirk Bab-alsbaa in Homs, die die Revolution am 20. März 2011 startete. 2015 Flucht nach Österreich. Obmann Verein „Freie Syrische Gemeinde Österreichs“ (gegr. April 2023), wurde durch Hochwasserhilfe in Matzleinsdorf bei Melk und Kritzensdorf im September 2024 international bekannt (Film „Das Wunder von Kritzensdorf, 2025). Georg-Preis (2024), Paul Weis-Preis (2025).

¹⁶⁰ Am 15.2.2025 verübte ein junger Syrer ein Messerattentat in Villach, bei dem ein 14-jähriger getötet und fünf Personen teils schwer verletzt wurden. Ein syrischer Essenszusteller stoppte den Attentäter mit dem Auto und verhinderte so Schlimmeres.

Wie kann die lokale Zivilgesellschaft für die sozial- ökologische Transformation aktiviert werden?

Das Werkzeug „Organizing“

Payal Parekh

Die Zeiten sind düster. Die Welt rückt nach rechts; in Deutschland und Österreich legen die Extremrechten zu, auch wenn sie noch nicht an der Macht sind. In meiner Heimat Indien, „die weltgrößte Demokratie“, hat eine hindu-nationalistische Partei zum dritten Mal die Wahlen 2024 gewonnen und wird immer autoritärer. Die freie Presse gibt es kaum mehr, Aktivistinnen und Journalisten landen im Gefängnis. In meiner zweiten Heimat, den USA, sind sogar manche Republikaner über Trumps autoritäre Schnellzüge schockiert. CO₂-Emissionen steigen weiter, trotz mehrerer Kampagnen und fast 30 Jahre Klimaverhandlungen. Die Schere zwischen Arm und Reich wächst. Nach der Weltbank leben 129 Million Inder:innen in extremer Armut (\$2.15 pro Tag), während gleichzeitig nur China und die USA mehr Milliardäre haben als Indien.



Über 30 Jahre lang habe ich immer gegen etwas gekämpft: gegen den Bau eines Staudamms, gegen die Räumung von Slums, gegen die Einführung von Walmart-Filialen in Indien, gegen CO₂-Kompensations-Zertifikate der UNO, gegen das WEF, gegen die

Verschärfung des Asylgesetzes in der Schweiz, gegen die fossile Brennstoffindustrie, und mehr.

Aber warum? Weil ich trotzig, kritisch und ein Besserwisser bin? Ein bisschen, aber hauptsächlich um Schaden zu vermeiden, obwohl der Status Quo nicht unbedingt schützenswert war. Manchmal haben wir gewonnen, nur um dann einen ähnlichen Kampf woanders unterstützen zu müssen. Ein bisschen wie Danni, Hambi, Lobau, Lützerath. Als ich Programmdirektorin bei 350.org war, hatten wir die Keystone Pipeline verhindert, aber dann kam Trump (das erste Mal) und eröffnete den Beschluss.

Bei den verschiedenen Kämpfen waren die Ursachen immer die gleichen: eine Kluft der Macht, finanziell und politisch. Die Wenigen hatten viel und die vielen hatten wenig. Die verschiedenen Kampagnen haben vieles erreicht, aber an die Ursachen sind sie kaum herangekommen.

Mit der Zeit wurde ich genervt und frustriert. Ich wollte gewinnen, aber es schien mir, dass wir mehrheitlich hinten dran waren. Ich habe mein Engagement hinterfragt: War ich/waren wir überhaupt effektiv? Es wird immer schwieriger, echte Veränderungen voranzutreiben. War meine Vision einer Welt naiv und unrealistisch? Eine Welt, wo alle am öffentlichen Leben teilhaben, wo wir innerhalb der planetarischen Grenzen leben, wo die Schere zwischen den verschiedenen Schichten klein ist, wo es Genossenschaften statt Großkonzernen gibt.

Es gab zwei Ergebnisse, die mich zum Umdenken gebracht haben und mir frischen Wind gegeben haben. In der Schweiz, meiner dritten Heimat, gab es im Juni 2021 eine Abstimmung zum CO₂-Gesetz. Jede Partei, außer der rechten Schweizer Volkspartei (SVP), hat eine Ja-Parole ausgegeben. Sogar „Economiesuisse“, der Wirtschaftsverband, war dafür. Das Gesetz wurde abgelehnt.

Wer hat dagegen gestimmt? Leute auf dem Land, diejenigen mit weniger Bildung und die, die weniger verdienen. Die Schweizer Parteien haben gedacht, dass die urbanen Eliten reichen würden, die Abstimmung zu gewinnen, und haben mehrheitlich diese Gruppierungen ignoriert - ihre Aussagen sprachen sie nicht an und waren an ihre Realität nicht verknüpft. Stattdessen waren die Diskussionen oft sehr technisch und soziale Aspekte wurden kaum erklärt, wie das Klimageld. Es ist wirklich keine Überraschung, dass viele Wähler:innen gegen das Gesetz wählten. Sie meinten, dass es ihnen gar nicht hilft und es nur kostet.

Das zweite Erlebnis: Im Sommer 2023 bin ich mit dem Fahrrad von Bern nach Istanbul gefahren. Ich bin in Kontakt mit einer Biobäuerin gekommen. Als sie herausgefunden hat, dass ich Klimaaktivistin bin, hat sie sich über die elitären Aktivist:innen aus der Stadt mit ihren „unrealistischen“ Ideen aufgeregt, wie autofreie Städte und Dörfer. Anstatt zu reagieren, erinnerte ich mich an meine Tage in Indien als Organisiererin und fragte sie aus, um ihre Perspektive zu verstehen. Sie fragte mich, wie sie als Bäuerin ihre Waren zum Markt ohne Auto bringen kann und wie ihre 90-jährige Mutter zum Arzt soll, wenn der Bus nur zwei Mal am Tag vorbeifährt und die Haltestelle 2 km von ihrer Wohnung sei. Dann habe ich sie gefragt, unter welchen Bedingungen sie es sich vorstellen könnte, die Benutzung von Autos in ihrer Region zu reduzieren? Diese Frage öffnete die Tür zu einem Austausch auf Augenhöhe, gegenseitiges Vertrauen und gemeinsames Brainstorming.

Wenn wir mit den Lösungen und Ansätzen kommen, aber die Realität von Gruppierungen nicht verstehen und ihnen keine Chance geben mitzudiskutieren und mitzugestalten, fühlen sich Leute an unser Anliegen nicht angebunden, obwohl es in ihrem Interesse ist. Ich habe es nicht gern, wenn mir gesagt wird, was ich zu tun habe oder wie ich über ein Thema denken soll. Warum sollen andere?

Ignorieren von größeren Gruppierungen in der Gesellschaft ist keine langfristige Strategie; und die andere Seite hat viel mehr Geld und stärkere Verbindung zur Macht als wir. Unsere Stärke ist People Power. Und dafür müssen wir uns mit der breiten Masse austauschen und eine breitere Bewegung aufbauen. **Ich bin zu der Schlussfolgerung gekommen, dass ich weiterhin an meine Vision glauben kann - aber ich soll die Art und Weise ändern, wie ich versuche, einen sozialen Wandel zu erzeugen.**

Wegen dieser Überlegungen habe ich angefangen meine Ideen auszuprobieren - nämlich wie kann ich effektiv mit Leuten außerhalb meiner Blase kommunizieren? Jetzt mache ich Schulungen und Trainings, damit andere auch lernen können, neue Zielgruppen zu definieren und zu erreichen, weil es viele von uns braucht, die dies machen - quasi eine Aufskalierung.

Wenn wir die Bedürfnisse und die Bedarfe von Anderen besser verstehen, können wir dann besser gemeinsame Lösungen finden, wie Caren Ohrhallinger gestern schilderte. Je diverser die beteiligten Gesprächspartner sind, desto stärker sind die Lösungen.

Diese Arbeit ist Knochenarbeit, aber ich sehe keinen anderen Weg, die Bewegung für Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu erweitern. Transformationen in einer Demokratie sind unwahrscheinlich, wenn nur diejenigen mit guter Bildung und einem hohen Einkommen, sowie die, die in der Stadt leben und keinen Migrationshintergrund haben, sich für unser Anliegen einsetzen. Und wir wissen, dass es um ein gutes Leben für alle geht. Es liegt an uns - wer hat den Mut, etwas Neues zu wagen?

Dr. Payal Parekh: geb. in Mumbai, Doktorat in chemischer Ozeanographie. 2013-2018 International Program Director der NGO 350.org. Seither als freischaffende Beraterin für NGOs und Graswurzelbewegungen tätig. Lebt in Bern.

Parallele Präsentationen und Workshops

Übersicht

IBA '27 – Bauwende konkret

Andreas Hofer, Planungs- und Architekturbüro Archipel (Zürich); Intendant der Internationalen Bauausstellung 2027

Moderation: Mag. Ferdinand Kaineder, Präsident der Katholischen Aktion Österreich

Künstlergespräch mit dem Fotografen Lois Hechenblaikner

Dr. Christina Hainzl, Leiterin der Plattform für Nachhaltige Entwicklung (SDGs), Universität für Weiterbildung Krems

„Climathon“: Methode lokaler Aktivierung für Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Nathalie Aubourg, Wien

Verein „Bodenfreiheit“ Vorarlberg

Kerstin Riedmann, Geschäftsführerin Verein Bodenfreiheit, Wolfurt

Moderation: Dr. Anja Appel, Direktorin, Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung, Wien

Straßenbauproteste: Fallbeispiele Lobau, Wr. Neustadt, Südsteiermark

Jutta Matysek („Lobau bleibt“), Mag. Helmut Buzzi (Plattform „Vernunft statt Ostumfahrung“), Katja Maurer (Bürgerinitiative „B68 Neu“, Raabtal, Südsteiermark)

Moderation: Jasmin Lang, Fridays For Future Austria

Verein „Landluft“: Inspiration für eine zukunftsweisende Gemeindeentwicklung

DI Anneke Essl, Geschäftsführerin, Uli Böker, stellv. Obfrau, Verein Landluft

Moderation: Monika Auer, Generalsekretärin ÖGUT

Sozial-ökologische Transformation auf regionaler Ebene konkret gestalten: das Beispiel Römerland Carnuntum/ Mistelbach-Wolkersdorf

Mag. Johannes Selinger (Manager KLAR! Region Mistelbach-Wolkersdorf),

Ing. Gabriele Preisinger, MA (Managerin LEADER Region Römerland Carnuntum)

Moderation: PD DI Dr. Johannes Tintner-Olifiers, Sc4F

Klimaschutz, Biodiversität und Ernährungssicherheit zusammendenken: Ethik der globalen Landnutzung

Dr. Stefan Einsiedel, Hochschule für Philosophie München, Zentrum für Globale Fragen

Moderation: Mag.^a Andrea Sölkner, Kirchenrätin für Kirche und Gesellschaft, Evangelische Kirche A.B. in Österreich



Vorstellung der Workshops



Auf dem Weg zu den Workshops (Philipp Hoffmann)

Internationale Bauausstellungen als Testfelder für neue Stadtentwicklungsformate.

Das Beispiel IBA'27 Stadtregion Stuttgart

Andreas Hofer



Als eine Spurguppe bei der Wirtschaftsförderung der Region Stuttgart 2015 erste Ideen für eine Internationale Bauausstellung (IBA) anlässlich des hundertsten Geburtstags der Weissenhofsiedlung 2027 entwickelte, gab es Kritik: Für eine IBA fehle die Dringlichkeit. IBAs sollen Krisengebiete der Stadtentwicklung bearbeiten und eine IBA im Umfeld einer von Wohlstand und Bauboom geprägten Region sei wohl eher eine weitere, überflüssige Standortmarketingkampagne. In einem breiten, vorwiegend mit einer interessierten Fachöffentlichkeit geführten Diskurs entstand das Konzept des präemptiven Strukturwandels. So dynamisch und erfolgreich der stark von der Automobilindustrie geprägte Wirtschaftsstandort Stuttgart damals war, so unvorhersehbar war seine Zukunft. Die Region lebte jahrzehntelang gut vom Autobau, gleichzeitig mehrten sich am Horizont die ersten Zeichen großer Umbrüche durch neue Technologien wie Elektrifizierung und autonomes Fahren – mit nicht absehbaren Auswirkungen auf die Geschäftsmodelle der hiesigen Industrie. Dazu kamen weitere Herausforderungen wie der Mangel an bezahlbarem Wohnraum und die Folgen des demografischen Wandels auf den Fachkräftemarkt und Energiewende und Klimaadaptation.



Abb.1: Plattformprozess zur Vorbereitung der IBA'27 (2016, Stuttgart)

Die Internationale Bauausstellung 2027 StadtRegion Stuttgart (IBA'27) sollte diesen Raum der Unsicherheit mit innovativen Konzepten bereichern. Es sollte eine regionale IBA sein, die sich umfassend den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen einer Industrieregion im 21. Jahrhundert widmet, um den Wohlstand in der Region zu sichern. Technologische und wirtschaftliche Umbrüche haben territoriale Auswirkungen. Die These war, dass eine durch hundert Jahre Maschinen- und Fahrzeugbau geprägte Region auch ihr Gesicht verändern muss, wenn sie zukunftsfähig werden will. Die IBA'27 wurde somit zum Think-Tank der Auswirkungen technologischer Veränderungen auf Gesellschaft und deren räumliche Organisation. Angesichts des Immobilienbooms zur Zeit der Konzeption der IBA'27 war verständlich, dass die IBA'27 zwar für ihre eigene Arbeit großzügig ausgestattet wurde, sie aber keine investiven Mittel für IBA-Projekte erhielt.

Diese Ideen bestimmten die Ende 2017 von der Stadt und Region Stuttgart, der Architektenkammer Baden-Württemberg und der Universität Stuttgart gegründete IBA'27 GmbH und prägten die anschließende Wahl eines »Intendanten« (dieser Titel sollte die künstlerische Ausrichtung und Unabhängigkeit der Geschäftsführung betonen). Der Aufsichtsrat entschied sich im Spannungsfeld der szenografischen Kompetenz (IBA als spektakuläres Ausstellungsformat) und des prozesshaft Partizipativen für eine Person mit Ecken und Kanten, die neue Ideen entwickelt, diese aber auch im politischen, ökonomischen und architektonischen Umfeld in viel beachteten Großprojekten umgesetzt hatte. Die lokale Presse nannte Andreas Hofer einen innovativen Macher.

Damit war die Spur gelegt und der Auftrag formuliert: Eine auf zehn Jahre angelegte Organisation mit rund zehn Mitarbeitenden sollte nicht nur dokumentieren und inszenieren, sondern anstoßen, anregen und Projekte in die Welt bringen.

Eine kurze Geschichte der Internationalen Bauausstellungen

Die spektakulären Bauausstellungen auf dem Stuttgarter Weissenhof und die Interbau 1957 in Berlin waren Leistungsschauen, Bauprojekte im Rahmen kommunaler Wohnungsbauprogramme, deren Abschluss mit einer Messe gefeiert wurde.

Bei der Internationalen Bauausstellung 1987 (IBA 87) in Berlin (hier taucht auch zum ersten Mal der Begriff „Internationale Bauausstellung“ auf) war dieser Auftrag schon brüchiger und auch komplexer. Eine starke politische Opposition zwang diese IBA zu einer Aussage über die Zukunft der Stadt und verletzter, vom Abbruch bedrohter Quartiere. Was ursprünglich als Optimierung und Qualifizierung der kommunalen Neubauwohnungsprogramme gedacht war, spaltete sich in eine »IBA alt« und eine »IBA neu« auf. In der IBA neu entstanden die ersten Öko-Häuser, Holzbauten und technologische Experimente – ebenso in der IBA alt, hier aber mit einem soziokulturellen Hintergrund des Selbstbaus, der Selbstermächtigung und eines neuen städtischen Paradigmas, das Stadtsanierung nicht mehr als Tabula Rasa, sondern als Stadt-reparatur verstand.



Abb.2: »Bienenhaus« im Hansaviertel, Berlin (Interbau 1957)

Gleichzeitig markiert die IBA 87 das Ende der Bauausstellung als Messe mit kurzer und klarer Botschaft. Hier konnte eine junge Generation mit Vertreter:innen wie Rem Koolhaas, Zaha Hadid, Hans Kohlhoff ihre ersten Häuser bauen. Aber auch international bereits etablierte Architekten wie John Hejduk, Raimund Abrams, Alvaro Siza, Arata Isozaki, Peter Eisenmann, James Stirling, Rob und Leon Krier bauten für die IBA 87 in Berlin.



Abb.3: Wohnbebauung mit Atelierturm, John Hejduk, IBA 87

Die IBA 87 war zwar nicht regional, durch die klug ausgewählten Gebiete deckte sie aber eine erstaunliche Breite von Stadtentwicklungsaufgaben ab. Gleichwohl fehlte ihr der Messecharakter, und die Modernisten verspotteten sie als postmodernes »anything goes« - und genau das war sie. Sie bot neben Stararchitektur wilden Experimenten eine Plattform und verbreitete nicht Thesen, sondern öffnete Handlungsspielräume. Quantitativ löste sie allerdings den Demonstrationsaspekt einer Bauausstellung ein. Obwohl das ursprünglich auf 1984 terminierte Ausstellungsjahr verschoben werden musste – und Kritiker auch 1987 immer noch bemängelten, dass kaum die Hälfte der IBA-Projekte im Ausstellungsjahr fertig gestellt waren –, sind die für die IBA gebauten Häuser in Berlin bis heute stadtbildprägend.

Mit der IBA Emscher Park (1989-99) gewann das Format zum ersten Mal eine regionale Dimension, entfernte sich aber noch weiter vom Ausstellungsformat in der Tradition der Welt- und Bauausstellungen. Durch Wettbewerbe entstanden zwar einzelne spektakuläre Bauwerke von internationalen Architekturbüros, die Weitläufigkeit des »Ausstellungsgeländes« isolierte diese aber als Einzelobjekte. Die »Reparatur« von Landschaft, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung standen im

Vordergrund. Die IBA war ein strategisches regionales Transformationsprojekt für eine ganzheitliche Entwicklung und Requalifizierung einer Altindustrieregion – und ausgestattet mit einem Milliardenbudget. Die IBA Emscher Park entwickelte Industriebrachen zu Parklandschaften, Freizeit-, Museums- und neuen Gewerbestandorten und verband diese mit einem Radwegnetz auf ehemaligen industriellen Transport- und Erschließungsrouten.



Abb.4: Zeche Zollverein in Essen (IBA Emscher Park)

Dieser regionale Aspekt prägte in der Folge eine ganze Reihe von IBAs. Die IBA Stadtumbau in Sachsen-Anhalt (2002-2010) bearbeitete spezifische territoriale Probleme der Nachwendezeit mit dem IBA-Format und gab dabei die internationale Strahlkraft und den Fokus auf das Architektonische auf. »IBA« wurde von einem Ausstellungsformat zu einem Planungsinstrument, das die starren Routinen konventioneller Planung ergänzt, um außergewöhnliche Herausforderungen agiler, partizipativer und öffentlichkeitswirksam bearbeiten zu können. Mit der IBA Parkstad (2013-2021) im grenznahen Holland und der IBA Wien (2016-2022) verbreitete sich das Format ins angrenzende Ausland.

Eine regelrechte IBA-Inflation in den 2010er Jahren (auf Sachsen-Anhalt folgten Hamburg, Basel, Heidelberg, Thüringen) führte zu Diskussionen auf nationaler Ebene, ob das IBA-Format nicht wie Landes- und Bundesgartenschauen reglementiert werden sollte. Ein schon 2009 von der Bundesregierung eingesetzter Expertenrat erhielt vom Bundesbauressort 2016 den Auftrag für eine »IBA-Qualitätsoffensive«. Der Expertenrat überarbeitete und schärfte darauf das bereits 2009 erarbeitete »Memorandum zur

Zukunft Internationaler Bauausstellungen«. Auf eine koordinierte Bewerbung und Vergabe von IBAs und auf spezifische Förderinstrumente wurde verzichtet.



Abb.5: Buga Heilbronn, 2019: Während auf Bundesebene diskutiert wurde, ob IBAs nicht stärker formalisiert werden sollen, nutzen Kommunen, das Format der Gartenschauen zusehends als städtebauliche Entwicklungsprojekte.

Konzeption und Start der IBA'27

Im Mai 2018 präsentierte Andreas Hofer ein erstes Konzept für die IBA'27 in Stuttgart und im Oktober folgte ein regionsweiter Projektauftrag.



Abb.6: »Projekttag« zum Projektaufruf 2018

Bewusst offen gestaltet konnten sich Kommunen, Projektentwickler, Grundstückseigentümer aber auch Wohninitiativen und Forschungsprojekte bei der IBA'27 mit ihren Projektideen melden. Kriterien waren die Bereitschaft zu Innovation, Nachhaltigkeit und einer gemeinsamen transparenten Projektentwicklung. Schnell entwickelte sich ein unerwartet umfangreiches Portfolio mit vorwiegend großen, komplexen Transformationsprojekten. Für die Landeshauptstadt Stuttgart hatte eine Arbeitsgruppe beim Stadtplanungsamt bereits im Vorfeld interessante Projekte evaluiert und diese per Gemeinderatsbeschluss bei der IBA'27 eingereicht.

Quartier C1 / Wagenhallen
Rosenstein-Quartier
Stadt am Fluss: Neckarufer S-Ost
Stadt am Fluss: Mühlgrün und Kurparkufer
Stadt am Fluss: Vernetzung Untertürkheim
Ankommen in Bad Cannstatt
Vernetzung Bahnhof Vaihingen
Neue Mitte Leonhardsvorstadt
Der neue Stöckach
Quartier Böckinger Straße
Experimentelle Wohnformen Weissenhofsiedlung (Weissenhof 2027)

Tabelle: die elf von der Stadt Stuttgart eingereichten Vorhaben

Andere Kommunen in der Region bewarben sich mit großen Stadtentwicklungsprojekten, die häufig seit langer Zeit bekannt waren, aber aus unterschiedlichen Gründen stockten. Die IBA'27 war hier Katalysator und Ermutigerin. Allerdings stellte die Komplexität dieser Projekte auch die IBA'27 vor große Herausforderungen. Als Start-Up mit anfänglich kleiner Personalausstattung galt es, schnell Projektentwicklungskompetenz aufzubauen, um zusammen mit den Projektträgern Wettbewerbe durchführen zu können, partizipative Prozesse in Kommunen und politischen Gremien anzustoßen und zusammen mit einem wachsenden Netzwerk externer Fachleute städtebauliche Konzepte zu entwickeln.



Abb.7: Die Produktive Stadt – Städtebaulicher Wettbewerb »Quartier Backnang West«: Visualisierung des CityCampus: Produktiver Hof mit Forschung, Gewerbe und Wohnen



Abb.8: Das »Urbane Dorf« – Visualisierung aus dem Entwurf für das IBA'27-Projekt »Quartiersentwicklung Hangweide«

Bald zeigte sich, dass die IBA'27 auch als Netzwerk eine große kommunikative Lücke schließen konnte. Kommunen und andere Projektträger kamen miteinander ins Gespräch, übergeordnete Themen wurden gemeinsam erörtert. Die IBA'27 setzte keine scharfen Standards oder harte Kriterien, sondern holte Kommunen und Projektentwickler bei ihren Fragestellungen ab. Sie ermöglichte Arbeitsgruppen, organisierte halbjährliche Plenumsveranstaltungen als Märkte, bei denen sich die Projekte präsentieren konnten. Dann kam Corona, das viele Kommunen vor bis dahin ungeahnte Herausforderungen stellte und ihrer Handlungsfähigkeit beraubte.

Für die IBA'27 war die Pandemie Anlass, neue Formate zu etablieren, digitale Techniken zu nutzen und mit hybrider Kommunikation zu experimentieren. Ein vorbildlicher kommunikativer Prozess für die Nachnutzung eines innerstädtischen Parkhauses in der Leonhardsvorstadt (siehe auch Kapitel »Komplexität und Krise«) ermöglichte beispielsweise auch die Teilhabe junger Menschen an Prozessen, von denen sie im Regelfall ausgeschlossen sind.

Dutzende planerische Verfahren, Workshops, kleine Kommunen, die sich zu internationalen Wettbewerben motivieren ließen, wurden zum Höhepunkt der IBA'27-Arbeit. Die intensive Beteiligung an Planungsprozessen und die schiere Menge von komplexen IBA'27-Projekten sprengte den ursprünglich im Gesellschaftsvertrag der GmbH definierten und finanziell hinterlegten Rahmen. Auch um zusätzliches Personal finanzieren zu können, stockten die beiden großen Gesellschafterinnen Stadt und Region ihre Beiträge auf. Zusätzlich wurden die IBA'27 Friends e.V. gegründet. Der Verein begleitet die IBA'27 mit Aktionen und Veranstaltungen in unterschiedlichsten Bereichen – von Architektur und Stadtplanung über Kunst und Kultur bis hin zur

beruflichen Bildung. Der gemeinnützige Verein konnte für die Veranstaltungen im Rahmen der IBA'27 auch Mittel bei Stiftungen einwerben. Dies ermöglichte die beiden IBA'27-Festivals in den Jahren 2023 und 2025 mit ihrem vielfältigen Programm. Weniger erfolgreich war der Versuch mit der Bauwirtschaft Förderpartnerschaften aufzubauen. Hier zeigte sich, dass das langjährige Projekt nur schwer vermittelbar ist.

Themen und Räume

Andreas Hofer verzichtete als Intendant beim Start der Projektsammlung auf ein übergreifendes Motto oder eine inhaltliche Einschränkung der Projekte. Der Fokus lag auf dem gemeinsamen Lernen und Entwickeln. Das IBA'27-Team tauschte sich intensiv mit den Projektträgern und den lokalen Stakeholder aus, nahm an unzähligen Gemeinderatssitzungen, Tagungen und Workshops teil. Die vielen parallellaufenden Planungsprozesse stärkten die Entwicklungskompetenz des IBA'27-Teams und ermöglichten Experimente mit verschiedenen Wettbewerbsverfahren und Beteiligungsformaten. Als Haltung und Leitplanken für die Projekteinreichung entwickelte das Team im Austausch mit dem internationalen Kuratorium zehn Thesen, die mit Stichworten wie Baukultur, Mischung, Wertschätzung, neuer Mobilität und neuem Wohnen ein eher allgemeines Zukunftsbild der Stadt- und Regionalentwicklung entwarfen.

<i>Zehn Thesen zur IBA'27¹⁶¹</i>
Baukultur
Polyzentrische Stadtregion
Wertschätzung
Mischung
Neue Technologien und neue Prozesse
Neue Arbeitswelten
Teilhabe an der Stadtregion
Energie und Stoffkreisläufe
Neues Wohnen
Neue Mobilität

Die Thesen wurden schließlich zusammen mit den inhaltlichen Setzungen der ersten Projekteinreichungen zu fünf »Themen und Räumen« verdichtet, um die Handlungsräume in der Region Stuttgart zu verorten und inhaltlich zu fassen. Leitthema ist die »produktive Stadt«: Die Hypothese, dass hundert Jahre nach dem Weissenhof das »Erbe der Moderne« überwunden werden kann – insbesondere die von ihr propagierte Funktionstrennung, – und die Region zu einem diversen und dichten, gemischten urbanen Raum in einer parkähnlichen Landschaft entwickelt werden soll. Dieser Raum findet an verschiedenen Orten unterschiedliche Ausprägungen: in bestehenden und neuen »zentralen Orten« wie Stadt- und Quartierzentren, an Bahnhöfen und den Knoten des öffentlichen Verkehrs als »Orten der Bewegung und Begegnung« und in den Naturräumen und an den Gewässern, exemplarisch vertreten durch den »Neckar

¹⁶¹ Die »zehn Thesen« im Volltext: www.iba27.de/iba27/zehn-thesen-zur-iba27/

als Lebensraum«. Diese Verknüpfung von Inhalten mit Räumen gab der IBA'27 ihren eigenen Charakter – offen genug für die IBA-Projekte, programmatisch ausreichend klar für eine zielgerichtete interdisziplinäre inhaltliche Diskussion.

Die von der IBA'27 proklamierten Themen und Räume stießen auf Widerstände und blieben in ihren Eigenlogiken gefangen. Maßnahmen im Umfeld von Infrastrukturen, dem System des öffentlichen Verkehrs und einer Wasserschiffahrtsstraße wie dem Neckar sind im Rahmen einer auf zehn Jahre angelegten IBA höchstens punktuell möglich. Eingriffe in denkmalgeschützte Ikonen der Moderne – wie dem Weissenhof – lösen große Widerstände aus. Nutzungsmischung und die Öffnung von Gewerbegebieten stoßen auf Unsicherheiten und fehlende planerische Praxis in der Umsetzung – trotz des 2017 im deutschen Baurecht eingeführten Urbanen Gebiets und einem in der Leipzig Charta propagierten Bekenntnis zur durchmischten Stadt.

Zusammen mit den gesellschaftlichen Umbrüchen und den dramatischen weltpolitischen Ereignissen im Laufe der IBA'27 zwingt dies die IBA'27 zu einem Diskurs auf zwei Ebenen: dem gebauten Beispiel, das den Aufbruch und neue Wege in die Zukunft exemplarisch darstellt und sichtbar macht, und – anhand des noch nicht Gebauten – einem Narrativ der Veränderung aus Plänen, Wettbewerbsresultaten und manifestartigen Hypothesen, die weit in die Zukunft reichen. Dies ist teilweise ein Scheitern, vielleicht ein zeitgemäßes Relativieren des heroischen Glaubens, mit Häusern Gesellschaft direktiv verändern zu können. Es ist aber auch eine Gemeinsamkeit mit den IBAs 87 in Berlin und der IBA Emscher Park, die beide das Ende einer Epoche (die Moderne im Falle Berlins und das großindustrielle, extraktive Zeitalter im Falle des Ruhrgebietes) markierten, deren Folgen aber weit über die jeweiligen Ausstellungsjahre hinausreichten.

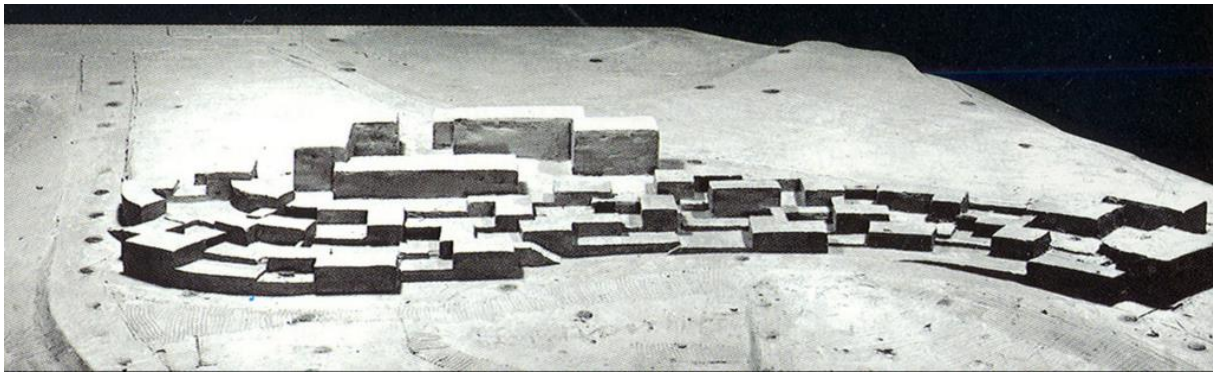


Abb. 9: Erstes Modell zur Weissenhofsiedlung von Mies van der Rohe

Der Weissenhof als Ausgangspunkt einer kritischen Reflexion der Moderne

Die Weissenhofsiedlung auf dem Stuttgarter Killesberg und ihr hundertster Geburtstag im Jahr 2027 waren und sind der Ausgangspunkt für die IBA'27. Es besteht die Hoffnung, dass im Jahre 2027 nicht nur auf dieses historische Monument zurückgeschaut wird, sondern dass die aktuelle IBA eine ähnliche Wirkung in die Zukunft entfaltet, wie das der Weissenhof seinerzeit tat. Ein hoher Anspruch und gleichzeitig der

Grund, dass die IBA'27 ihre Projektarbeit mit einer kritischen Reflexion der Moderne fundiert.

Überdies ist der Weissenhof als gebaute Siedlung beschädigt. Zur Hälfte im Zweiten Weltkrieg zerstört, nach dem Krieg hastig mit mittelmäßiger Architektur wiederaufgebaut, in den achtziger Jahren fehlerhaft saniert und bis heute im Straßenraum zugeparkt. Die Stuttgarter kommunale Wohnungsbaugesellschaft SWSG kaufte im Jahre 2018 die meisten Häuser auf dem Weissenhof von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben BIMA. Die Siedlung ist voll vermietet und der stetig wachsende Strom von Besucherinnen und Besuchern (30.000 pro Jahr) führt immer wieder auch zu Konflikten. Neben der Weissenhofsiedlung plant die Kunstakademie (ABK) seit Jahren Erneuerungen und Erweiterungen. In unmittelbarer Nachbarschaft befindet sich die Brenzkirche, die 1933 inspiriert vom Weissenhof als modernes Kirchengebäude gebaut, 1939 von den Nazis »entschandelt« und mit Satteldach und Lochfenstern verstümmelt wurde. Die Kirchengemeinde plante seit Jahren eine Erneuerung, die den ursprünglichen Geist wieder erlebbar machen sollte.



Abb.10: Brenzkirche in Stuttgart: Urzustand 1933 und aktueller Bestand vor dem Umbau

Diese hervorragende Ausgangslage nutzte die IBA'27, um eine Weiterentwicklung des ganzen Ensembles anzustoßen. Auf Einladung der IBA'27 diskutierten die Stakeholder Konzepte und Prozesse. Dabei zeigte sich bald ein schwerer Widerspruch der Denkmalpflege, für die der aktuelle Zustand ein Dokument der wechselvollen

Architekturgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert ist, welches als denkmalpflegerische Gesamtheit keinerlei Änderungen erfahren sollte. In langen Verhandlungen einigte man sich auf die Ausschreibung eines internationalen städtebaulichen Ideenwettbewerbs, der dann Grundlage für konkrete Maßnahmen in den einzelnen Bereichen sein sollte. Mitte 2022 tagte die Jury. Obwohl dieser Wettbewerb praktisch keine baulichen Spielräume zuließ, wurde er Grundlage für zwei konkrete Projekte.

Für die Brenzkirche konnte mit einem hochkarätigen Wettbewerb ein Siegerentwurf von Wandel Lorch Götze Wach Architekten aus Frankfurt am Main gekürt werden, der die Zeitschichten feinfühlig herausarbeitet und die ursprüngliche Idee des Gebäudes in hoher Qualität sichtbar macht. Der Umbau der Brenzkirche hat begonnen und soll im Jahre 2027 abgeschlossen sein. Die IBA'27 hofft, mit diesem Beispiel eine Diskussion anzustoßen, die weit über die Brenzkirche hinaus die denkmalpflegerische Diskussion inspiriert.



Abb.11: Visualisierung aus dem Siegerentwurf zum IBA'27-Projekt Brenzkirche

Für ein seit Jahren geplantes Besucher- und Informationszentrum für den Weissenhof lief mittlerweile die Zeit davon. Im letzten Moment konnte sich die Stadt Stuttgart angeschlossen durch die IBA'27 entscheiden, einen anonymen zweistufigen Wettbewerb für Architektur und Realisierung (Generalübernehmerverfahren) für dieses Gebäude auszuloben. Die Kritik aus der Architektenschaft war groß: Aus Zeitnot lasse sich die IBA'27 auf ein Verfahren ein, das im Normalfall mittelmäßige Architektur hervorbringt und bei der nur der günstige Preis zählt. Die *Strategie der IBA'27 war aber*: Nur ein Verfahren, bei dem die ausführende Firma von Beginn an im Boot ist, kann experimentelle Konstruktionen und Materialien realistisch durch die Genehmigungsprozesse bringen. Und die Ausführung durch einen Generalübernehmer erhöht die Chance auf termingerechte Umsetzung. Gestaltung und Ausführung arbeiten Hand in

Hand – dieses Prinzip entspricht zudem der ganzheitlichen Haltung des Werkbunds. Diese Rechnung ging bisher auf, im Juli 2025 erfolgte der Spatenstich für einen vielversprechenden Lehm- und Holzbau, den eine Fotovoltaik-Fassade umhüllt nach einem Entwurf des international renommierten Berliner Büros Barkow Leibinger zusammen mit der erfahrenen Hochbaufirma Zech. Auch das Besucher- und Informationszentrum – mittlerweile heißt es „Weissenhof.Forum“ – soll inklusive einer Dauerausstellung zum Weissenhof Anfang 2027 eröffnen.



Abb. 12: Eingangsseite des Weissenhof.Forums von Barkow Leibinger Architekten, Berlin mit Zech Hochbau und Transsolar.

Doch trotz dieser beiden Leuchttürme: Die IBA'27 zu nutzen, um die offensichtlichen Defizite der Weissenhofsiedlung selbst bis zum Ausstellungsjahr grundlegend zu beseitigen, ist gescheitert. Es zeigt sich einmal mehr, dass eine IBA mit großem Engagement Prozesse anschieben kann, zehn Jahre aber zu kurz sind, um über Jahrzehnte gewachsene Blockaden zu lösen.

Abgesehen von baulichen Maßnahmen, die für die IBA'27 von Anfang an eine entscheidende Rolle spielen (eine IBA muss sich im Maßstab 1:1 beweisen!), bildet der Weissenhof und seine Geschichte einen Referenzzustand, der uns inspiriert. 63 Wohneinheiten, in dreieinhalb Monaten hastig gebaut – ebenfalls in wirtschaftlich nicht einfachen Zeiten. Diese kleine Siedlung entfaltete eine unglaubliche Wirkungsgeschichte. Sie war ein erstes Manifest, das den modernen Wohnungsbau weltweit entscheidend beeinflusste. Die IBA'27 knüpft an diesen Diskurs an und versucht nach hundert Jahren modernem Siedlungsbau eine kritische Synthese. Dies manifestierte

sich eindrücklich 2022 bei dem Symposium »Das Erbe der Moderne«, das die IBA'27 zusammen mit dem Institut für Grundlagen moderner Architektur (IGmA) der Universität Stuttgart durchführte, und einer ebenfalls zusammen mit dem IGmA gestalte-



ten Themenausgabe der Architekturzeitschrift Arch+ zur »Produktiven Stadt«.

Abb.13: Das von der IBA'27 zusammen mit dem Institut für Grundlagen moderner Architektur (IGmA) der Universität Stuttgart im Sommer 2022 auf dem Campus der Akademie der bildenden Künste auf dem Killesberg durchgeführte Symposium »Das Erbe der Moderne« fand seinen Abschluss mit einer Tanzperformance durch die Weissenhofsiedlung und einer Projektion auf die Doppelhäuser von Le Corbusier.

Komplexität und Krise

2018, zu Beginn der IBA'27, träumten wir von genossenschaftlichen Siedlungen, neuen kreativen Hotspots, einer Region, die sich öffnet, die Zäune der Fabrikareale niederreißt und lustvoll in einen breiten Dialog über ihre Zukunft eintritt. Dann kamen Corona, der Krieg in der Ukraine, eine massive Erhöhung der Bau- und Finanzierungskosten und ein besorgniserregender Einbruch der regionalen Wirtschaft, der bei vielen Kommunen einen Rückgang der Steuereinnahmen verursacht und sie zu großen Einschnitten bei ihren Haushalten zwingt. Dies bremste ambitionierte Quartierentwicklungen aus, brachte engagierte Wohnprojekte in Nöte und verzögerte das Kernprojekt der IBA'27: die produktive Stadt der Zukunft zusammen mit der Industrie grundlegend neu zu denken und zu bauen. Dazu zeigten sich strukturelle Probleme in Verwaltungen, der Bauwirtschaft und bei Projektentwicklern, die von den aktuellen Entwicklungen überfordert sind.

Noch 2018 meldeten das Gewerbe und die Industrie enorme Flächenbedarfe an und die absehbare Verrentung der geburtenstarken Jahrgänge machten den Zuzug von

hunderttausenden Arbeitskräften nötig. Limitierender Faktor waren die fehlenden Flächen für Gewerbe- und Wohnbau und das Ziel, diese Bedarfe im Wesentlichen im Bestand als Innenentwicklung umzusetzen. Umso überraschender war, dass auch eine unerwartete Anzahl großer Konversionsprojekte bei der IBA'27 eingereicht wurden. Ganze Gewerbegebiete hatten ihre ursprüngliche Nutzung verloren, riesige Brachen werden als Parkplätze genutzt, das Verdichtungspotenzial im Bestand ist selbst in einer eigentlich prosperierenden Region groß. Einige dieser Areale waren seit Jahren in Diskussion, aber die Behörden scheuten angesichts komplizierter Grundeigentumsverhältnisse, aufwändiger Planungsprozesse, Hochwasser- und Umweltrisiken ihre Entwicklung.



Abb.14: Gelände des Vorhabens »Uhingen weiterspinnen«

Hier erwies sich die IBA'27 häufig als Katalysator, sich an diese schwierigen Projekte zu wagen. Die IBA'27 brachte die verschiedenen Parteien an einen Tisch, unterstützte bei Bürgerbeteiligungsprozessen, schuf Aufmerksamkeit in der Presse und schlug Wettbewerbsverfahren vor. Heute sind etwa ein Drittel der IBA'27-Projekte solche Transformationsprojekte. Hinzu kommt ein Drittel Quartiersentwicklungen in Wohngebieten und ein weiteres Drittel sind Einzelgebäude oder Stadtbausteine meist in zentralen Lagen.

Wie viele andere große Kommunen steht auch die Landeshauptstadt Stuttgart in der Presse in der Dauerkritik, dass Genehmigungsverfahren zu lange dauern, sie ihre Wohnbauziele nicht erreicht und dass sich große städtebauliche Entwicklungen als viel zu teuer erweisen und allzu oft versanden. Und tatsächlich: Die Landeshauptstadt

Stuttgart, die bis in die 2010er Jahre eine Immobilienpolitik des Verkaufs städtischen Grunds an den Meistbietenden betrieb, tat sich schwer mit der Entwicklung eigener Großprojekte, mit der vom Gemeinderat beschlossenen Vergabe in Erbpacht und mit Konzeptvergaben. Auch bei einigen Schlüsselprojekten der Landeshauptstadt für die IBA'27 führte dies zu Verzögerungen, darunter die »Neue Mitte Leonhardsvorstadt«, die an der Stelle des »Züblin-Parkhaus« entstehen soll, und die Entwicklung des ersten Bauabschnittes des neuen Stadtviertels »Stuttgart Rosenstein« auf den Flächen des alten Stuttgarter Bahnhofs: das Quartier C1 / Wagenhallen.

Beim innerstädtischen Züblin-Parkhaus führte ein aufwändiger partizipativer Prozess mit der Quartiersbevölkerung zu einem komplexen Nutzungskonzept mit öffentlichen Funktionen, Räumen für gemeinwohlorientierte Institutionen und Kreative, Indoor-Sport und circa 100 Wohnungen. Während es am Anfang klar schien, dass nur ein Abriss des bestehenden Parkhauses die brutale, Anfang der sechziger Jahre in die Stadt geschlagene Wunde heilen kann, zeigten technische und städtebauliche Untersuchungen, dass sich die massive betonierte Struktur zumindest in Teilen durchaus umnutzen lässt. Dies machte das Projekt für die IBA'27 noch interessanter. Das komplexe Raumprogramm in eine ausschreibungsfähige Form zu bringen, forderte die Stadt Stuttgart heraus und die eingetrübte bauwirtschaftliche Lage führte zu berechtigten Zweifeln, ob sich Investoren an dieses Projekt wagen. Dass im unmittelbaren Umfeld zwei weitere Großprojekte im Bau sind, drängte das Projekt in die dritte Reihe. Das Kaufhaus Breuninger ersetzt ebenfalls ein Parkhaus durch einen Mobilitätshub, und auf einem Teil desselben Grundstücks baut die Stadt selbst ein »Haus für Film und Medien«. Die noch vorhandenen Parkplätze im Züblin-Parkhaus dienen während der Bauzeit des Mobilitätshubs als Ersatz und es gibt berechtigte Zweifel, ob eine weitere Baustelle dieses Quartier nicht überfordert. All dies führte dazu, dass die europaweite Ausschreibung der »Neuen Mitte« anstelle des Züblin-Parkhauses voraussichtlich erst im Jahre 2026 erfolgt – zu spät für das Ausstellungsjahr der IBA'27.



Abb.15: Bürogebäude »ZERO« in Holzmodulbauweise

Ähnliche Hürden gab es beim Quartier C1: Hier erwiesen sich insbesondere die planerischen und infrastrukturellen Arbeiten im Umfeld der S21-Baustelle als anspruchsvoller als erwartet. Und auch hier führen hohe, teilweise widersprüchliche, politische Ansprüche an bezahlbaren Wohnraum, Orte für die Kreativindustrie – eine sogenannte Maker-City –, Naturschutz, Klimaadaptation und Nachhaltigkeit zu einer Komplexität, die die Wirtschaftlichkeit des Projekts in Frage stellen und den Zeitplan verzögern.

Durch solche Rückschläge entstand zeitweise der Eindruck, dass die IBA'27 vor allem in den kleinen, oft agiler agierenden Kommunen in der Region ein Erfolg wird. Dieses Bild hat sich im Vorlauf auf das Ausstellungsjahr 2027 jedoch relativiert. Denn starke großstädtische Institutionen können den wirtschaftlichen Herausforderungen teilweise besser begegnen als kleinere Kommunen, denen die planerischen Kapazitäten und die finanziellen Mittel fehlen, ihre Großprojekte anzuschieben. Dies und einige neue Projekte in Stuttgart, die erst spät und in einem weit entwickelten Stadium zur

IBA'27 kamen, führen dazu, dass in der Landeshauptstadt als Zentrum der IBA'27 im Ausstellungsjahr eindruckliche gebaute Beispiele zu sehen sein werden – darunter große Quartiersentwicklungen in Stuttgart-Rot und Stuttgart-Münster, der Umbau des Firmenareals der Klett-Gruppe mitten im Stuttgarter Westen oder das bereits fertiggestellte Bürogebäude in Holzmodulbauweise »ZERO«. Einige der ambitioniert gestarteten Entwicklungen in der Region hingegen kommen nur zögerlich voran.



Abb.16: Ergebnis des Beteiligungsprozesses »Zukunft Leonhardsvorstadt«: Nutzungsschema für die »Neue Mitte« (an Stelle des bisherigen Züblin-Parkhauses)

Ausstellungsjahr und Ausstellungskonzept

Zwei Jahre vor dem Beginn des Ausstellungsjahres (24.4.–31.10.2027, das 100jährige Jubiläum des Weissenhofs wird am 23.7.2027 gefeiert) begannen für die IBA'27 die konzeptionellen Vorbereitungen.

Während der Aufbauphase arbeitete die Hälfte des mittlerweile zwanzigköpfigen Teams der IBA'27 in der Projektentwicklung. Jetzt, wo viele Projekte in den Bau gehen, oder bei weiteren Projekten Verzögerungen absehbar sind, die eine Realisierung bis zum Jahre 2027 ausschließen, können personelle Ressourcen für die Vorbereitung der Ausstellung freigespielt werden. Parallel muss die IBA'27 GmbH das Budget für das Ausstellungsjahr bei ihren Gesellschafterinnen und weiteren Partnern und Sponsoren einwerben.

Dass bei der Wahl der Ausstellungsorte die dezentrale regionale Ausrichtung der IBA'27 eine kuratorische Herausforderung ist, war immer klar. Hinzu kommen nun die Verzögerungen bei verschiedenen Projekten. Diese Umstände zwingen die IBA'27 zu intensiver Vermittlung, Kommunikation und Inszenierung. Während den beiden IBA'27-Festivals in den Jahren 2023 und 2025 zeigte sich aber, dass gerade die regionale Präsenz der IBA'27 in unterschiedlichsten Kommunen auch eine Stärke ist. Die lokalen Projektträger stehen zu ihren Projekten und möchten diese zeigen. Bei beiden Festivals fand eine Vielzahl von Führungen, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen und Workshops an den Projektorten statt.



Abb.17: Visualisierung: Die Querbahnsteighalle des alten Stuttgarter Hauptbahnhofs als ein möglicher Spielort für das Ausstellungsjahr der IBA'27

Diese Grundlagen und Erfahrungen führen zu einem Ausstellungskonzept, das an wenigen Orten mit intensiver Vermittlung IBA'27-Projekte über den ganzen Ausstellungszeitraum präsentiert. Hinzu kommt ein Rahmenprogramm, in dem IBA'27-Projekte mit Tagen der Offenen Tür, Festen und Führungen temporär zugänglich sind. In Stuttgart selbst möchte die IBA'27 neben der Präsentation im neuen Weissenhof.Forum weitere Orte als zentrale Ausstellungsflächen nutzen. Hier kommen alle Themen und Projekte der IBA zusammen – als Erstanlaufstelle für die Besucher:innen. Aktuell sind dafür ein leerstehendes Kaufhaus und freiwerdende Flächen im Bahnhofsumfeld in Abklärung. Dabei bietet das Kaufhaus (oder alternativ ein anderer großer Leerstand in der Innenstadt) die Fläche, um mit Plänen, Modellen und Visualisierungen die

Vielfalt der Projekte und die Perspektive der IBA'27 für die Region über das Ausstellungsjahr hinaus zu vermitteln. Das Umfeld des spektakulären neuen Stuttgarter Hauptbahnhofs ist der optimale Empfangspunkt für ein Publikum, das aus der Region und ganz Deutschland anreist.

Weitere mögliche dauerhafte Ausstellungsorte, an denen sich eine Intensität aufbauen lässt, die für ein breites Publikum spürbar ist, sind das Stadtviertel Stuttgart-Rot im Norden der Stadt mit zwei großen Quartiersentwicklungen mit der IBA, der Universitäts-Campus in Stuttgart-Vaihingen mit zwei weitere IBA'27-Projekten und einer ganzen Reihe spektakulärer Hochschulbauten aus den letzten fünfzig Jahren, ein Gewerbegebiet in Fellbach sowie Wendlingen am Neckar mit den beiden IBA'27-Projekten »Holzparkhaus« und »Neckarspinnerei«.

Der Möglichkeitsraum der IBA'27

Der Entscheid, die IBA'27 in einer Phase des bauwirtschaftlichen Booms eher als Coach und Projektbegleitung, denn als Entwicklerin zu lancieren, ist aus der Perspektive Mitte der 2010er Jahre nachvollziehbar. Niemand konnte die Corona-Pandemie, den Krieg in Europa, Ressourcenknappheit und steigende Preise voraussehen. Diese Ereignisse hatten erhebliche Auswirkungen auf die IBA'27 und ihre Projekte. Es entstand eine Art Schizophrenie: Die IBA-Projekte, die Antworten auf Krisen zeigen sollten, wurden selbst Opfer dieser Krisen. In den ersten Jahren die IBA'27 war sie mit der schier Fülle komplexer, großer Projekte gefordert. Nun, im Lauf auf das Ausstellungsjahr, kämpft sie angesichts langer Planungsprozesse, schwieriger Finanzlage der Kommunen und zurückhaltender Investorinnen für die Realisierung der Projekte.

Anders, als zum Beispiel die IBA 87 in Berlin, die eingebettet in ein kommunales Wohnbauprogramm ihr Portfolio aufbauen konnte, verfügt die IBA'27 über keine Investitionsmittel. Damit fehlen ihr aber auch die Hebel, wenn Projekte aus wirtschaftlichen Gründen schmerzhaft Abstriche an der Qualität und ursprünglichen Nachhaltigkeitszielen machen. Zwar hat die IBA'27 schon vor der Bauwirtschaftskrise großen Wert auf effiziente und kompakte Prozesse gelegt – insofern haben IBA'27-Projekte eigentlich eine gute Ausgangslage für eine Realisierung in schwierigen Zeiten. Dies konnte aber in einigen Fällen nicht verhindern, dass Projektentwickler Einsparungen vornehmen, die kurzfristige Kostenreduktionen bringen, durch mangelnde Dauerhaftigkeit mittel- und langfristig aber auch ökonomisch weniger nachhaltig sind.

Auch das Versprechen, dass eine IBA einen »Ausnahmestand auf Zeit« schafft, kann in einem hochregulierten baugesetzlichen Umfeld nur schwer eingelöst werden. Dennoch gelang es der IBA'27 an einigen Stellen, Konflikte zu lösen, Spielräume zu vergrößern und Einzelfallgenehmigungen in gesetzlichen Grenzfällen zu ermöglichen. Zudem ermöglicht ein Ko-Finanzierungsprogramm des Verbands Region Stuttgart, gewisse Mehrkosten für bautechnische Innovationen abzufedern. Für experimentelle Bauweisen mit großen Risiken bräuchte es aber wesentlich umfangreichere Absicherungssysteme.

Ein großes Plus der IBA'27 ist sicher ihre breite politische und institutionelle Abstützung. Dies zeigte sich schon durch die Konstellation ihrer Gesellschafter:innen (Verband Region Stuttgart, Wirtschaftsförderung Region Stuttgart, Landeshauptstadt Stuttgart, Universität Stuttgart und Architektenkammer Baden-Württemberg) wie auch durch politischen und finanziellen Rückenwind vom Land und weiteren Partnern. Auch in der Projektarbeit erfuhr die IBA breite politische und gesellschaftliche Unterstützung. Damit ließ sich auch verhindern, zu einem Spielball in Konflikten zu werden – obwohl die IBA auch kulturkampf-taugliche Themen berührt. Die Presse berichtet kritisch wohlwollend laufend über die Arbeit der IBA. Allerdings konnte die IBA'27 Vorbehalte und alte Konflikte zwischen Stadt, Region und Land, die wenig mit ihr zu tun hatten, nicht auflösen und geriet hier öfter zwischen unausgesprochene Fronten. Bei harten planungsrechtlichen Fragen ist die IBA in einer eher schwachen Position. Sie wurde als regionales Kind geboren und der Regionalverband spielt bis heute inhaltlich und als Gesellschafterin eine wichtige Rolle. Allein: Die regionalplanerischen Instrumente in der Planungshierarchie zwischen Kommunen und Land spielen bei den IBA-Projekten meist nur eine untergeordnete Rolle. Daher kann die Region die IBA bei Planungsfragen nur bedingt unterstützen.

Ausblick

Wöchentlich erreichen uns Anfragen zum IBA-Format. Im Rheinisches Revier, in Berlin, Leipzig, in Australien, Afrika, Taiwan, USA, England überall gibt es Interesse am Format IBA. Das spricht einerseits für den Erfolg und die Strahlkraft, zeigt aber auch, dass gängige Planungssysteme an ihre Grenzen stoßen. Während die Rahmenbedingungen für die IBA in der Region Stuttgart aus der Zeit ihrer Gründung nachvollziehbar sind, stellen sich angesichts der Dramatik der Wohnungsfrage und der Klimakrise, der gesellschaftlichen Umbrüche und des großen Reformbedarfs von Wohnungssystemen folgende Fragen:

- Müsste ein Bekenntnis zu einer IBA nicht finanziell in Wohnungsprogrammen hinterlegt und mit einem konkreten Realisierungsauftrag experimenteller Projekte finanziell ausgestattet sein, um unsichere Zeiten schlagkräftig überbrücken zu können?
- Wäre es nicht sinnvoll, IBAs einen geschützten Experimentalraum zu schaffen, indem gesetzliche Rahmenbedingungen hinterfragt werden können? Dies könnten zum Beispiel staatlich initiierte und garantierte Pilotprojekte mit klar definierten Zielen und Erleichterungen sein.
- Stößt das Format IBA als Problemlöser und Ausweg in einem verkrusteten überregulierten System an seine Grenzen? Bräuchte es nicht vielmehr beherzte Reformen des Planungsrechts, die Transformationsprozesse erleichtern – und damit die Notwendigkeit von Sonderformaten wie eine IBA begrenzen?
- Architektur ist zu einem Standortfaktor geworden, indem unterschiedlichste Formate (Kulturhauptstädte, Gartenschauen, Biennalen, Architekturwochen, Prestige- und Leuchtturmprojekte) um Aufmerksamkeit buhlen. Wenn IBAs dem Anspruch gerecht werden wollen, international relevant, baulich überzeugend und als Ausstellung attraktiv für ein Massenpublikum zu sein, müssen sie exklusiver und

besser ausgestattet sein und auf eine uneingeschränkte politische Unterstützung zählen können.

Abbildungsverzeichnis/ Bildnachweise:

Abb.1: WRS / Christian Hass

Abb.2: Kurt Weinland (<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bienenhaus-Hansaviertel.jpg>), „Bienenhaus-Hansaviertel“, CC BY-SA 3.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

Abb.3: Gunnar Klack (<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2015-06-Hejduk-Kreuzberg-Tower.jpg>), CC BY-SA 4.0 <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>

Abb.4: Thomas Wolf, www.foto-tw.de (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Zeche_Zollverein_abends.jpg), „Zeche Zollverein abends“, CC BY-SA 3.0 DE, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>

Abb.5: Xocolatl (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:AIMG_0129_Buga_2019_Pavillon.jpg), CC BY-SA 4.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>

Abb.6: IBA'27 / Christian Hass

Abb.7: Teleinternetcafe/Treibhaus

Abb.8: UTA Architekten und Stadtplaner

Abb.9: Ausstellungskatalog »Bau und Wohnung«, Stuttgart 1927

Abb.10: IBA'27 / Tobias Schiller

Abb.11: Wandel Lorch Götze Wach (WLGW)

Abb.12: Barkow Leibinger

Abb.13: IBA'27 / Franziska Kraufmann

Abb.14: Stadtverwaltung Uhingen

Abb.15: S111 GmbH

Abb.16: Landeshauptstadt Stuttgart / Studio Malta / BeL-Sozietät für Architektur / Belius, Berlin

Abb.17: IBA'27

Andreas Hofer: Dipl. Architekt (ETH Zürich); 1995 Mitgründer und bis 2024 Partner des Planungs- und Architekturbüros Archipel (Zürich). Experte für neuartige Planungsstrategien und partizipative Prozesse insbesondere im Wohnungs- und Siedlungsbau. Seit Anfang 2018 Intendant der Internationalen Bauausstellung StadtRegion Stuttgart 2027 (IBA'27). Kontakt: andreas.hofer@iba27.de

Die Schattenseiten des alpinen Massentourismus im Œuvre des Fotografen Lois Hechenblaikner

Viola Rühse

Kritische Aspekte des alpinen Massentourismus

Lois Hechenblaikner (* 1958) setzt sich künstlerisch in Fotografien und Installationen seit Mitte der 1990er Jahre mit dem alpinen Tourismus auseinander, der damals erneut größeres Wachstum verzeichnete.¹⁶² Im Gegensatz zu Werbebildern mit tief verschneiten Bergen und idyllischer Natur führt Hechenblaikner in mehreren Langzeitprojekten soziologisch und kulturhistorisch reflektiert die Schattenseiten des Massentourismus und des Klimawandels vor Augen.¹⁶³ Besonders viel Aufmerksamkeit hat sein Buch über die Auswüchse des Après-Ski in Ischgl erfahren.¹⁶⁴ Dessen Erscheinungstermin im Sommer 2020 war sehr zeitgemäß, denn wenige Monate zuvor hatten sich Tourist:innen in Ischgl u. a. beim Feiern mit COVID-19 angesteckt und förderten dann eine schnelle Verbreitung der Pandemie in ganz Europa.¹⁶⁵

Sein Schaffen präsentiert Hechenblaikner neben Fotobüchern in zahlreichen Einzel- und Gruppenausstellungen sowie in Installationen im öffentlichen Raum. Ebenfalls ist er aktivistisch engagiert und hat darüber hinaus ein kulturwissenschaftliches Forschungsprojekt zur Geschichte eines bedeutenden Graubündener Grandhotels initiiert und intensiv unterstützt.¹⁶⁶ Beim „Österreichischen Transformationsforum“ gab er am 26.2.2025 einen ausführlichen, bild- und bonmotreichen Überblick über sein gesamtes Schaffen, u. a. über weniger bekannte ältere und aktuelle Projekte. Im Folgenden wird auf Hechenblaikners kritisches Thematisieren des Klimawandels, des Après-Ski, der Volksmusik und der schnellen Veränderung der Lebenswelten in Tirol durch den Tourismus eingegangen, die zu den zentralen Aspekten seines Schaffens gehören. Die von Hechenblaikner genutzten visuellen Strategien werden bildwissenschaftlich mit besonderer Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten erläutert.

¹⁶² Förderlich für Hechenblaikners künstlerische Langzeitprojekte sind seine genauen Kenntnisse der Verhältnisse in Tirol und des Tourismus. Er ist im Alpbachtal in einem Tourismusbetrieb aufgewachsen und vermietet heute dort zwei Ferienwohnungen. Darüber hinaus war er weltweit 20 Jahre lang als Reisefotograf tätig (siehe auch Secklehner, Unsettlung Heimat, 125).

¹⁶³ Einen Überblick über Lois Hechenblaikners Œuvre – darunter mehrere der hier besprochenen Serien – bietet seine Künstlerwebseite www.hechenblaikner.at (13.9.2025).

¹⁶⁴ Hechenblaikner, Ischgl.

¹⁶⁵ 11.000 Coronakranke weltweit waren durch den Super-Spread in Ischgl bedingt – Gadner, Corona, 49.

¹⁶⁶ Hechenblaikner, Keine Ostergrüße. – Ein wichtiger Forschungsaspekt bei diesem Projekt war der Antisemitismus gegenüber den Gästen.

Alpintourismus in Zeiten des Klimawandels

Der Klimawandel führt u. a. zu geringerem Schneefall und schnellerem Schmelzen der Schneedecke in den Alpen.¹⁶⁷ Um trotzdem Pisten mit künstlichem Schnee und damit den ökonomisch wichtigen Wintertourismus zu ermöglichen, werden Maßnahmen



Lois Hechenblaikner, Bau des Speichersees „Panorama“ in Sölden, Fotografie aus der Serie „Berg.Werk“, ca. 2009/10 © Lois Hechenblaikner.

mit hohem Technikaufwand ergriffen. In Hechenblaikners Serie „Berg.Werk“ werden die rigorosen und großflächigen Landschaftseingriffe auf Fotos von sommerlichen Bauarbeiten der benötigten Anlagen besonders deutlich.¹⁶⁸ Zu sehen ist z. B. die 2009/10 erfolgte Anlage eines 35.000 Quadratmeter großen und 17 Meter tiefen Speichersees in Sölden für die viel Wasser und Energie benötigende technische Schneerzeugung (Abb. 1). Die Alpen werden so regelrecht zu einer Industrielandschaft. Insbesondere das viele nicht sehr natürlich und nachhaltig aussehende Material, das für den bislang größten Speichersee in Österreich (z. B. Asphalt) und für Snowfarminganlagen (Isoliermaterial) verwendet wird, sticht in Hechenblaikners Fotografien deutlich ins Auge.

¹⁶⁷ Bozzoli, Long-term snowfall trends.

¹⁶⁸ Mehrere Fotografien der Serie „Berg.Werk“ sind aufgenommen worden in: Hechenblaikner, Winter, o. S.

Alter und technisch erzeugter Schnee wurde sogar für einen noch früheren Saisonstart in Kitzbühel im Oktober von 2008-2020 trotz Rückgang des natürlichen Schnees genutzt. Hechenblaikner zeigt Mountain Biker, die ihre Räder über das Schneeband bugisieren und hebt so die Künstlichkeit und Deplatziertheit einer weißen Skipiste am Resterkogel in der ansonsten grün-bräunlichen Herbstlandschaft hervor. Auch auf die Surrealität eines 2017 im Hochsommer aufgrund eines Blitzeinschlags brennenden Schneedepots am Hahnenkamm macht er aufmerksam, in dem der Restschnee aus der letzten für die nächste Saison bewahrt wird. Je älter und mehr technisch hergestellt der Schnee auf den Alpenpisten ist, desto bombastischer werden die Events, die die Tourist:innen trotzdem in die Tiroler Berge locken sollen.¹⁶⁹

Auf die Dekadenz bei Großveranstaltungen wie zum Beispiel „Hannibal“ in Sölden verweist Hechenblaikner in seiner Serie „Gletscher Surreal“ ebenfalls.¹⁷⁰ Bei diesem seit 2001 im Zweijahresrhythmus stattfindenden Freilichtspektakel direkt am Rettenbachferner, das inspiriert ist von Hannibals Alpenüberquerung 218 v. Chr., werden die Emissionsbelastung, die Beeinträchtigungen des Ferners, aber auch die martialischen Inhalte kritisiert.¹⁷¹ U. a. werden viel Licht und Pyrotechnik eingesetzt. Hechenblaikners abendliche Fotografie des Events mit Lichtstreifen in Neonrosa, die über den Ferner zucken, wirkt sehr symbolisch für die Alpen in Zeiten des Massentourismus (Abb. 2). Denn sie fungieren nunmehr als fragwürdige Feier- und Spektakelkulisse (siehe auch den nächsten Textabschnitt) und wirken dabei wenig erhaben.

Trotz einer unsicheren Zukunft angesichts des Klimawandels gibt es weiterhin neue Bauvorhaben in den Wintersportgebieten. Aktivistisch hat sich Hechenblaikner gegen eines der am meisten kritisierten Projekte in Österreich in den letzten Jahren eingesetzt, nämlich gegen das „Six Senses“-Luxusresort am Paß Thurn in Mittersill.¹⁷² Von Naturschützer:innen wurde das Resort bemängelt, da für die Anlage eine Waldfläche nahe bei dem großen Naturschutzgebiet Wasenmoos gerodet werden musste. Generell wird laut „Fridays for Future Salzburg“ für solche Projekte in peripheren Gebieten zudem eine Infrastruktur (Straßen, Elektrizität und Wasser) angelegt, die nur einige Tage im Jahr genutzt wird. Sie werde jedoch meist mit öffentlichen Geldern gebaut und unterhalten, auch wenn wenige Arbeitsplätze bei solchen Projekten geschaffen werden.¹⁷³

¹⁶⁹ Zum Fahrkomfort auf altem und technisch hergestelltem Schnee gibt es divergierende Ansichten. – Auch die globale Konkurrenz unterstützt solche Groß-Events in Tirol.

¹⁷⁰ Mehrere Fotografien dieser Serie sind zu finden in: Hechenblaikner, Winter Wonderland (o. S.).

¹⁷¹ Fischer, Wie der forschende Blick, S. 28.

¹⁷² Das „Six Senses“-Luxusresort erhielt 2024 von Greenpeace einen Negativpreis – Greenpeace, Österreichs 9 Betonschätze.

¹⁷³ Fridays for Future Salzburg, Achtung: Greenwashing!



Lois Hechenblaikner, „Hannibal“ am Rettenbachferner in Sölden, Fotografie aus der Serie „Gletscher Surreal“, o. J. © Lois Hechenblaikner.

Der Verkauf der von 5,5 Mio. bis 8,5 Mio. EUR teuren Chalets in dem Resort wurde mit einem Elektro-Porsche im Wert von 100.000 EUR als Gratis-Beigabe beworben. Dies wurde z. B. von „Fridays for Future“ als Greenwashing von Luxus mit einem hohem Ressourcenverbrauch für wenige Reiche kritisiert. Anlässlich der Gratis-E-Porsche-Wagen wurde generell statt des Individualverkehrs ein Umdenken zu einem verbesserten und günstigeren öffentlichen Verkehr gefordert.¹⁷⁴ Hechenblaikner machte darüber hinaus mit seiner besonderen visuellen und landeskundlichen Expertise noch auf andere kritische Aspekte bei einem wichtigen Pressetermin aufmerksam. So hätten bei früheren Projektpräsentationen die Dolomiten und nicht die Kitzbüheler Alpen als Hintergrund der Visualisierungen gedient, was als „Lüge“ wenig vertrauenserweckend sei.¹⁷⁵ Das Projekt wird von den Eigentümern als eine „zeitgemäße, autarke Arche Noah“ beworben.¹⁷⁶ Laut Hechenblaikner wird dabei jedoch verschwiegen, dass

¹⁷⁴ Ebd. – Aufgrund der Kritik beendete Porsche die Kooperation.

¹⁷⁵ RTS Regional TV Salzburg, Betreiber des Luxusprojekts Six Senses.

¹⁷⁶ Mayr, Die Arche der Reichen.

ungünstigerweise die „Transalpine Ölleitung“ (TAL) bei dem Gebiet verläuft.¹⁷⁷ Allerdings bemüht sich die TAL sehr um hohe Sicherheitsstandards.¹⁷⁸

Stillosigkeiten und Alkoholmissbrauch im hochkommerzialisierten Après-Ski

Die Gäste reisen nicht nur für die sportlichen Aktivitäten auf den Pisten, sondern auch für die anschließenden Vergnügungen in den Lokalen an. Die Après-Ski-Ausschweifungen hat Hechenblaikner ebenfalls intensiv über viele Jahre dokumentiert, u. a. in der Serie „Intensivstationen“. Bei seinen tagsüber ohne Gäste aufgenommenen Fotos der Après-Ski-Interieurs werden deren stillose und teilweise sehr obszöne Dekorationen akzentuiert – z. B. eine Puppe in einer Après-Skihütte im Pinzgauer Hinterglemm, die sehr gewöhnliche Reizwäsche trägt. Diese Dekorationsdetails sind sonst nicht so ostentativ auf Werbefotos zu sehen. Auch wenn eine rustikale Hütte in Ischgl sehr teure Schaumweingetränke nur auf billig aussehenden, mit Heftzwecken an die Wand gebrachten laminierten Getränkearten laut einem Foto von Hechenblaikner anpreist, floriert sie. Im extremen Kontrast zu den rustikalen, teilweise auch sehr stillosen Ausschankräumen stehen die Funktionsräume mit Hightech-Zapfanlagen, die Hechenblaikner ebenfalls als Teil der Serie fotografiert hat.¹⁷⁹ Er verweist so auf die industrielle Massenabfertigung im Après-Ski, hinter der kommerzielle Interessen stehen. Denn die Gewinnmarge bei Alkohol liegt bei über 500 %.¹⁸⁰

Hechenblaikner zeigt in seiner Serie „Nüchtern betrachtet“ ebenfalls die Gäste während der ausartenden Feiern, bei denen alle Hemmungen fallen.¹⁸¹ Eine durch den Alkohol stark narkotisierte Frau fotografiert er, wie sie nach dem Après-Ski kopfüber im Schnee liegt.¹⁸² Ihre kindliche Pinguinjacke scheint auf die Regression zu verweisen, in die sich die Menschen durch den hohen Alkoholkonsum begeben, um den Herausforderungen der Hochleistungsgesellschaft phasenweise zu entfliehen. Dadurch kommt es auch zu Schlägereien und schwerwiegenden oder gar tödlichen Unfällen, zu denen Hechenblaikner in seiner anfangs erwähnten Publikation über Ischgl einige Presseaussendungen der Tiroler Polizei aufgenommen hat.¹⁸³

¹⁷⁷ Guyton, Auf der Alm.

¹⁷⁸ tirol.orf.at-Redaktion, Talschaftsvertrag.

¹⁷⁹ Lois Hechenblaikner hat seit längerem ein Fotobuch speziell zu dieser Serie finalisiert, dessen Erscheinen bei dem Göttinger Verlag Steidl für 2025 angekündigt ist. Einige Aufnahmen sind auch enthalten in: Hechenblaikner, Winter.

¹⁸⁰ Dörnfelder, „Bier! Bier! Bier!“.

¹⁸¹ Lois Hechenblaikner hat seit längerem ein Fotobuch zu der Serie „Nüchtern betrachtet“ finalisiert, dessen Erscheinen bei dem Göttinger Verlag Steidl für 2025 angekündigt ist.

Die Fotografie soll auf der Umschlagrückseite des Fotobuchs zu der Serie „Nüchtern betrachtet“ erscheinen – siehe vorherige Fußnote.

¹⁸³ Hechenblaikner, Ischgl, o. S.



Lois Hechenblaikner, Wellnessbereich eines Südtiroler Hotels, Fotografie aus der Serie „Phantomidyllen“, o. J. © Lois Hechenblaikner.

Stilistische Entgleisungen trifft man laut Lois Hechenblaikner nicht nur in den Après-Ski-Lokalen an, sondern auch in den Hotels. In diesen lenkt er in seiner Serie „Phantomidyllen“ die Aufmerksamkeit auf bisher weniger von der Architekturkritik beachtete Phänomene. Im Schwimmbad eines Söldener 5-Sterne-Hotels wird z. B. mit Wandmalereien und mit einer Holzgondel Venedig als Schwimmparadies imaginiert – auch wenn man an den nachgeahmten Orten der echten Lagune überhaupt nicht baden gehen darf. Im Wellnessbereich eines Südtiroler Hotels wurden künstliche Bergfelsen an die Wand gebracht (Abb. 3). Damit unterstreicht Hechenblaikner nochmals den hohen Grad an Unechtheit und Kulissenhaftigkeit des alpinen Tourismus. Nach Hechenblaikner zeugt die Architektur häufig auch von der Provinzialität der Hoteliers in Tirol. Diese kommt ebenfalls darin zum Ausdruck, dass in Gästeunterkünften alte Sitzmöbel nicht ausrangiert werden, sondern in Gängen oder sogar WCs abgestellt werden, ohne dort einen richtigen Zweck zu erfüllen.

Unterhaltungsindustrie und schneller Wandel der Lebenswelten in Tirol

Ein weiteres bedeutendes Langzeitprojekt von Hechenblaikner ist die Dokumentation von Volksmusikevents in seiner Serie „Volks Musik“ wie z. B. Hansi Hinterseers Fanwanderung auf dem Hahnenkamm in Kitzbühel von 2002-2011. Dabei hat er u. a. die Musikfans mit deren Einverständnis einzeln, zu zweit oder in Kleingruppen porträtiert. Hechenblaikner verweist selbst darauf, dass seine eindringlichen Farb-Porträts von August Sanders Werk „Menschen des 20. Jahrhunderts“,¹⁸⁴ einer sozialen Typologie Deutschlands, beeinflusst sind. Hechenblaikner gibt wie Sander die Berufe mit im Bildtitel an. Allerdings sind die von Hechenblaikner aufgenommenen Personen nicht in Alltags- bzw. Arbeitskleidung zu sehen. Denn sie posieren in teilweise grotesk wirkendem Gewand z. B. mit Anleihen an den Landhausstil oder Fan-T-Shirts, das sie extra für das Event gewählt haben. Accessoires wie ein Schnuller bei einer sehr resolut und organisiert wirkenden jungen Frau verweisen nach Hechenblaikner auf die große emotionale Bedürftigkeit der Fans (Abb. 4).¹⁸⁵ Aufgrund einer Sehnsucht nach Geborgenheit, Heimat und Gemeinschaft wenden sich diese der Volksmusik zu. Die Masenevents, Playback-Auftritte und schlechten Qualität der Souvenirs befriedigen jedoch nur unzureichend.¹⁸⁶ Passenderweise stellt Hechenblaikner die Menschen auf den Porträts auch in ihrer Vereinzelung und nicht in größeren Menschengruppen auf den Konzerten dar.

¹⁸⁴ Sander, Menschen des 20. Jahrhunderts. – Lois Hechenblaikner, „Die Schattenseite des alpinen Massentourismus“, Vortrag, Österreichisches Transformationsforum 2025, Universität für Weiterbildung Krems, 26.2.2025.

¹⁸⁵ Ebd. – Lois Hechenblaikner, Fotografie von Carmen R., Beruf: Selbständig, Kanton Zürich, Hansi Hinterseer Fanwanderung, Hahnenkamm Kitzbühel, 19.8.2010, abgebildet auch in ders., Volks Musik, o. S. Die Dargestellte trägt passenderweise auch einen Rucksack mit Wanderstöcken und für eine Wanderung passende lange Jeans und festes Schuhwerk. Sie scheint den Schnuller aus emotionalen Gründen und nicht in Zusammenhang mit Drogenkonsum zu verwenden wie z. B. anscheinend eine Ecstasy-Nutzerin, die Hechenblaikner beim Après-Ski fotografiert hat (Hechenblaikner, Hinter den Bergen, 75, siehe hierzu Steverson, Drug Culture, o. S. (E-Book-Ausgabe).

¹⁸⁶ Ullrich, Gegen Überheblichkeit und Zynismus, o. S.



Lois Hechenblaikner, Carmen R., Beruf: Selbständig, Kanton Zürich, Hansi Hinterseer Fanwanderung, Hahnenkamm Kitzbühel, 19.8.2010, Fotografie aus der Serie „Volks Musik“ © Lois Hechenblaikner.

Bilder aus der Serie „Volks Musik“ und anderen hat Hechenblaikner auch in dem Projekt „Hinter den Bergen“ (1995-2008) mit historischen Schwarz-Weiß-Fotografien zu- meist von dem Tiroler Agraringenieur Armin Kniely (1907-1998) paarweise

kombiniert.¹⁸⁷ Ausschlaggebend für Hechenblaikners Arrangements sind formale Entsprechungen, die auf bedeutende inhaltliche Aspekte verweisen und denen zudem eine Symbolik innewohnt. Neben dem Hirten mit seinen Schafen ist zum Beispiel auf dem Hahnenkamm inmitten seiner Fans Hansi Hinterseer mit ausgestreckten Händen zu sehen, was an Darstellungen der Bergpredigt Jesu erinnert.¹⁸⁸ Das historische Pendant alludiert zusätzlich auf die christliche Ikonographie des guten Hirten und verweist so kritisch auf die Sakralisierung des Volksmusikstars durch seine Fans. Die sachlichen, das ländliche Leben nicht sehr idealisierenden Aufnahmen Knielys von 1936-1970 zeigen gerade auch die harte landwirtschaftliche Arbeit neben verschiedenen Bräuchen. Die Freizeit- und Vergnügungsindustrie ist zwar weitaus einträglicher und hat den Wohlstand in Tirol maßgeblich gefördert, lässt jedoch nach Hechenblaikners Fotografien eine tiefere Sinnggebung und qualitätvolles Kulturleben vermissen. Sinnfällig paart Hechenblaikner zum Beispiel eine religiöse Prozessionszene mit einem Foto von einem Barausschank, in dem Paris Hilton als Pappaufsteller-Testimonial an eine Animierdame erinnert.¹⁸⁹ Sie bewirbt den „Rich Prosecco“ des Ischgl Hoteliers Günter Aloys, der in stillosen und wenig nachhaltigen Dosen teuer verkauft wird, aber nach seiner Markteinführung 2006 sehr populär wurde.¹⁹⁰ Mit den Diptychen wird darüber hinaus auch der schnelle Wandel von agrarischer Subsistenzwirtschaft zum Massentourismus in den Skiorten deutlich. Die Frage liegt nicht fern, welche rasanten Entwicklungen die Zukunft mit Klimawandel u. a. bringen wird.

Die Anti-Heimat-Kunst von Lois Hechenblaikner

In verschiedenen künstlerischen Langzeitprojekten reflektiert Hechenblaikner kritisch die Veränderungen der alpinen Landschaft durch den Massentourismus und den Klimawandel. Diese bestechen durch Hechenblaikners tiefgehende Kenntnisse der Verhältnisse, seinen hohen soziologischen und kulturkritischen Reflexionsgrad sowie seine visuell-analytischen Kenntnisse. Er zeigt in seinen Fotografien die negativen Auswirkungen der Tourismusindustrie auf die Landschaft, den Skisport, auf die Gastronomie, die vorgebliche Volkskultur und besonders die Menschen als Konsument:innen und Produzent:innen. Hechenblaikners kritisches Schaffen wird daher dem Anti-Heimat-Genre zugeordnet und auf Parallelen z. B. zu dem vierteiligen Fernsehfilm „Die Piefke-Saga“ basierend auf dem Drehbuch von Felix Mitterer aufmerksam gemacht.¹⁹¹ Dieser behandelt tragikomisch das Verhältnis von deutschen Tourist:innen und Einheimischen in Tirol.¹⁹²

Wegen seines engagierten Schaffens erfährt Hechenblaikner in Tirol viel Widerstand von den Profiteur:innen des Massentourismus. Der Künstler betont allerdings immer wieder, dass nicht Hass, sondern der Wunsch einer Verbesserung und ethische

¹⁸⁷ Hechenblaikner hat neben einer Buchpublikation das Projekt zudem auch in vielen Ausstellungen präsentiert. – Hechenblaikner, *Hinter den Bergen*.

¹⁸⁸ Ebd., 78 f.

¹⁸⁹ Ebd., 94 f.

¹⁹⁰ Trotz Recycling belasten Alu-Dosen das Klima –Verbraucherzentrale-Redaktion, Mehrweg oder Einweg.

¹⁹¹ *Die Piefke-Saga*, Österreich, Deutschland 1990 (Teil 1-3)/1993 (Teil 4), R: Wilfried Dotzel (Teil 1-3), Werner Masten (Teil 4).

¹⁹² Zum Anti-Heimat-Genre siehe Secklehner, *Unsettling Heimat*, 122-124.

Verantwortung sein Antrieb sind. Angesichts der hohen wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Tourismus und dem starken Gewinndenken bei den im alpinen Tourismus tätigen Personen ist eine Transformation der Missstände mit Berücksichtigung von nachhaltigen und ethischen Aspekten sehr schwierig.¹⁹³ Mittlerweile sind immerhin in dem Südtiroler Hotel die künstlichen Felsen (Abb. 3) durch eine schlichtere und stilvollere Umgebung ersetzt worden. Dies lässt hoffen, dass Hechenblaikners Innenarchitekturkritik noch weitere positive Auswirkungen hat. An den kulturellen Verfallserscheinungen beim Après-Ski und anderen Massenevents hat sich jedoch trotz des Corona-Hotspots in Ischgl nichts geändert.

Literaturverzeichnis

Amt der Tiroler Landesregierung: Der Tourismus im Winter 2023/2024, Innsbruck 2024.

Bozzoli, Michele: Long-term snowfall trends and variability in the Alps, *International Journal of Climatology (RMets)* 44 (2024) 13, 4571-4591.

Dörnfelder, Andreas: „Bier! Bier! Bier!“ Kellner in Ischgl [...], in: *Handelsblatt*, 13.2.2016, https://www.handelsblatt.com/arts_und_style/lifestyle/kellner-in-ischgl-bier-bier-bier/12944670.html (13.9.2025).

Fischer, Andrea: Wie der forschende Blick auf die Gletscher unsere Sicht auf die Welt änderte, in: Hessenberger, Edith/Raich, Veronika (Hg.), *Öztaler Gletscher. Katastrophen, Klimawandel, Kunst*, Innsbruck 2023, 15-33.

Fridays for Future Salzburg: Achtung: Greenwashing! Nachhaltigkeit ist nicht Luxus der Wenigen auf Kosten der Vielen!, www.facebook.com, 20.11.2019, https://www.facebook.com/photo/?fbid=409344153352794&set=a.239596070327604&locale=de_DE (abgerufen am 13.9.2025).

Gadner, Johannes: *Corona. Wie ein Virus die Welt verändert. Ein Essay*, mit einem Vorwort von Hannes Androsch, Wien 2020.

Greenpeace: Das sind Österreichs 9 Betonschätze, www.greenpeace.at, 2024, <https://greenpeace.at/anders-engagieren/betonschaetze-2024/> (13.9.2025).

Guyton, Patrick: Auf der Alm, da gibt's a Sünd. 8,5 Millionen für eine Villa, 3,2 Millionen für ein Apartment. Hoch oben auf dem Wasenmoos entsteht Großes: ein autarker Rückzugsraum für Wohlhabende, in: *taz*, 13.12.2022, <https://taz.de/Luxusobjekt-in-den-oesterreichischen-Alpen/!5899003/> (13.9.2025).

Hechenblaikner, Lois: *Hinter den Bergen. Eine Heimatkunde* [...], 2. Aufl., Berlin / Heidelberg 2009.

Ders.: *Winter Wonderland*, Göttingen 2012.

Ders.: *Volks Musik*, Göttingen 2019.

¹⁹³ 2023/4 war in Tirol der Umsatz für Übernachtung/Frühstück 2.164,78 Mio. EUR und die Übernachtungen betragen 26.030.581 Mio. – Amt der Tiroler Landesregierung, *Der Tourismus*, 5.

Ders.: Ischgl, Göttingen 2020.

Hechenblaikner, Lois et al. (Hg.): Keine Ostergrüsse mehr! Die geheime Gästekartei des Grand Hotel Waldhaus in Vulpera, mit einer Novelle von Martin Suter, Zürich 2021.

Mayr, Walter: Die Arche der Reichen. Krieg, Klima, Pandemie: Für betuchte Krisenflüchtlinge bauen Investoren abseits von Kitzbühel ein »autarkes« Luxusresort, in: Der Spiegel, 7.5.2022, Nr. 19, S. 79.

RTS Regional TV Salzburg: Betreiber des Luxusprojekts Six Senses Kitzbühel Alps in Mittersill wagen neuen Anlauf, RTS Salzburg Magazin, 6.8.2021, <https://www.youtube.com/watch?v=Nobc7YSFC2k> (13.9.2025).

Sander, August: Menschen des 20. Jahrhunderts. Ein Kulturwerk in Lichtbildern eingeteilt in sieben Gruppen [...], hrsg. von Gabriele Conrath-Scholl / SK Stiftung Kultur, Photographische Sammlung, München 2017.

Secklehner, Julia: Unsettling Heimat and the Touristic Ideal. Tropes of the Uncanny in Lois Hechenblaikner's Anti-Heimat Photography, in: Austrian Studies 29 (2021) 1, 121-43.

Steverson, Leonard A.: Drug Culture, in: Misiroglu, Gina (Hg.), American Countercultures. An Encyclopedia of Nonconformists, Alternative Lifestyles, and Radical Ideas in U.S. History, Armonk 2013.

tirol.orf.at-Redaktion: Talschaftsvertrag für TAL-Chefs kein Thema, tirol.orf.at, 12.1.2012, <https://tirol.orf.at/v2/news/stories/2516666/> (13.9.2025).

Ullrich, Wolfgang: Gegen Überheblichkeit und Zynismus: Wie Lois Hechenblaikner Fans volkstümlicher Musik fotografiert, in: Hechenblaikner, Volks Musik, o. S.

Verbraucherzentrale-Redaktion: Mehrweg oder Einweg: Unterschiede und Regeln bei Getränken, www.verbraucherzentrale.de, 14.2.2024, <https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/umwelt-haushalt/abfall/mehrweg-oder-einweg-unterschiede-und-regeln-bei-getraenken-11504> (13.9.2025).

Dr.phil. Viola Rühse, MA: Senior Researcher am Department für Kunst- und Kulturwissenschaften der Universität für Weiterbildung Krems. Sie leitete mehrere Jahre das dortige Zentrum für Bildwissenschaften. Studium Kunstgeschichte sowie Deutsche Sprache und Literatur an den Universitäten Hamburg und Wien. Promotion an der HGB Leipzig über Siegfried Kracauers Filmschriften (Film und Kino als Spiegel: Siegfried Kracauers Filmschriften aus Deutschland und Frankreich, Berlin: De Gruyter, 2022). Forschung zu zeitgenössischer und moderner Kunst, Bildern der Wissenschaft sowie Fotografie und Film. Darüber hinaus Tätigkeit als Fotografin und Kuratorin. Kontakt: Viola.Ruehse@donau-uni.ac.at

Climathon & Enable The Enabler.

Werkzeuge und Methoden zur aktiven Beteiligung lokaler Akteur:innen

Nathalie Aubourg



Das 2. Österreichische Transformationsforum sowie der Fokus-Workshop der Projektschmiede widmeten sich – neben dem Thema Bodenschutz – dem Themenschwerpunkt *„Wie gelingt sozial-ökologische Transformation? Das Potenzial der Zivilgesellschaft und der regionalen Ebene“*.

Einen praxisnahen Zugang bot der Workshop *„Climathon – neue Wege der aktiven Beteiligung im Ort“*, geleitet von Nathalie Aubourg in Kooperation mit Future Base Wein/4 (EU-Projekt Enable-The-Enabler). Die Moderation übernahm Michael Soder (Arbeiterkammer Wien, Abteilung Wirtschaftspolitik).

Im Mittelpunkt der vorgestellten Arbeit standen Erfahrungsberichte aus mehreren Jahren, in denen das Climathon-Format gezielt weiterentwickelt und an unterschiedliche lokale Kontexte angepasst wurde – mit dem Ziel, lokale Akteur:innen sowie Menschen, die es werden wollen, aktiv in Transformationsprozesse einzubinden.

Dabei hat sich gezeigt, dass Climathons Möglichkeitsräume schaffen, in denen Engagement entsteht, Verantwortung übernommen wird und lokale Zukunftsbilder konkret werden. Charakteristisch ist der klare Fokus auf die Umsetzung der entwickelten Projektideen. Die Arbeit in kleinen, interdisziplinären Gruppen ermöglicht es, unterschiedliche Perspektiven einzubinden und individuelle Anliegen ernst zu nehmen. Bürger:innen, Expert:innen, Vereine, Verwaltung, Wirtschaft und Politik arbeiten dabei auf Augenhöhe zusammen: Sie identifizieren gemeinsam lokale Herausforderungen, überprüfen Umsetzungsstrategien und bauen Kooperationen auf, um konkrete Maßnahmen zu setzen – von Klimawandelanpassung über Biodiversitätsförderung bis hin zu Mobilität und sozialem Zusammenhalt. Aus diesen Prozessen entstehen Bürgerinitiativen, Vereinsgründungen und gemeindeübergreifende Kooperationen.

Die Erfahrungsberichte aus den Climathons im Weinviertel verdeutlichen insbesondere das Potenzial des Formats im ländlichen Raum. Seit 2019 fanden Climathons unter anderem in Wolkersdorf, Deutsch-Wagram, Gänserndorf, Mistelbach und Hollabrunn statt. Daraus sind zahlreiche Initiativen hervorgegangen, unter anderem:

- zur Förderung der Aufenthaltsqualität im Ortskern Obersdorfs durch die Bürger:inneninitiative „Grün Sta(d)tt Grau“ sowie Gestaltungsmaßnahmen im Garten des Pflege- und Betreuungszentrums Wolkersdorf (Kooperation mit der Firma „Pflanz!“ und dem Verein „Citizens Forests Wolkersdorf“),
- Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität, darunter ein Biodiversitätsmanagementplan auf Gemeindeebene (Stadtgemeinde Wolkersdorf) sowie die Pflanzung von Biodiversitätsinseln (Tiny Forests) in und rund um Wolkersdorf (Verein „Citizens Forests Wolkersdorf“, Kooperationen u. a. mit dem lokalen Kneipp-Verein sowie Unternehmen wie Kotanyi und Schneider Electric Österreich),
- das Konzeptpapier "RadStadt Wolkersdorf" der Radlobby Wolkersdorf,
- die Initiative zur Finanzierung des Ausbaus erneuerbarer Energien mittels Bürger:innenbeteiligung (Sonnenkraftwerk Wolkersdorf),
- Schul- und Bildungsprojekte wie Baumpflanzungen an der AHS Wolkersdorf und die Errichtung eines Schulgartens an der HLW Hollabrunn (u. a. in Kooperation mit den KLAR! Regionen).

Eine zentrale Erkenntnis aus den Erfahrungsberichten ist die Bedeutung tragfähiger lokaler Strukturen. Durch das Zusammenspiel von Gemeinden, Vereinen, Betrieben und engagierten Bürger:innen entstehen dynamische Möglichkeitsräume, die Beteiligung erleichtern und die Umsetzung aktiv unterstützen – etwa durch die Bereitstellung von Räumen, Expertise oder finanziellen Ressourcen.

Vor diesem Hintergrund wird im Rahmen des EU-Projekts „Enable The Enabler“ ein Training entwickelt, das die Weitergabe von Methoden und Werkzeugen zur aktiven Bürger:innenbeteiligung unterstützt. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass viele lokale Akteur:innen sich für eine lebenswerte Zukunft engagieren wollen – und dass sie dafür passende Rahmenbedingungen benötigen. Das Training begleitet Interessierte in drei Modulen Schritt für Schritt, von der Einordnung des Climathons im lokalen

Kontext über die Organisation bis hin zur tatsächlichen Durchführung des eigenen Events.

Auf diesem Weg sollen gemeinsam Hürden abgebaut, Freude am Mitgestalten gefördert, Visionen unterstützt und konsequent auf die Umsetzung langfristig wirksamer, impact-orientierter Maßnahmen gesetzt werden – für eine sozial gerechte und ökologisch wirksame Transformation. Es gilt: Global denken, lokal handeln – und gemeinsam Räume für Beteiligung öffnen.

Nathalie Aubourg: Arbeitsgruppe Climathon Austria, Advisory Board Climathon. Kontakt: Nathalie Aubourg, design@naau.at

Verein Bodenfreiheit – Crowdfunding für Boden

Kerstin Riedmann



Von links: Johannes Tintner-Olifiers (Sc4F), Kerstin Riedmann (Verein Bodenfreiheit), Agnes Feigl (Verein Landluft)

In Vorarlberg hat der Unmut über die fortschreitende Verbauung von wichtigem Grünraum zum Zusammenschluss Gleichgesinnter geführt. Mit überraschenden Methoden arbeitet der 2011 gegründete Verein Bodenfreiheit daran, Raumplanung in die Mitte der Bevölkerung zu holen, Grünflächen vor einer Bebauung zu schützen, Naturräume und landwirtschaftliche Flächen zu erhalten und Probleme der Siedlungsentwicklung und wirkungsvolle Strategien aufzuzeigen.

Wenn viele Leute ein bisschen Geld – einen Mitgliedsbeitrag – zahlen, dann kommt eine Summe zusammen, um Grundstücke zu kaufen und vor einer Bebauung zu schützen. So die Idee der Gründungsmitglieder des Vereins Bodenfreiheit vor rund 14 Jahren. Heute ist Bodenfreiheit ein gemeinnütziger Verein mit mehr als 700 Mitgliedern quer durch alle Gesellschaftsschichten.

Bodenschutz durch Dienstbarkeiten

Die Idee des Crowdfundings für Boden ist geblieben und dient mittlerweile auch zur Umsetzung einer neuen Bodenschutz-Strategie, dem Erwerb von umfassenden

Gehrechten und Baubeschränkungen. Diese sind im Grundbuch als Dienstbarkeiten eingetragen, weshalb die Fläche nicht mehr bebaut und versiegelt werden kann. So ist sie von Spekulationen ausgenommen und bleibt der Landwirtschaft erhalten. Ein Vertrag regelt, dass der Vorstand einmal jährlich kreuz und quer über den Grund spazieren darf. Für den Landwirt entsteht neben einer kleinen finanziellen Entschädigung der Vorteil, sich des Verkaufsdrucks von Nachbarn und Investoren zu entledigen. Der Verein hat die erste Fläche dieses unkonventionellen, innovativen Ansatzes im Bodenschutz mit einem Grenzstein samt Aufschrift „Grünzone – in Stein gemeißelt“ markiert (Foto anbei). Ein weiterer Fall ist derzeit in Vorbereitung.

Boden – unsere Lebensgrundlage

Eine Kopie dieses Grenzsteins steht in der Dauerausstellung des Architekturzentrums Wien. Das AzW hat die Arbeit des Vereins im Rahmen der Ausstellung „Boden für Alle“ beschrieben. Eine Ausstellung mit wichtiger Botschaft, denn die hohe Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung zählen zu den großen umwelt- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit, sind aber vielen zu wenig bekannt oder bewusst.

Die Zahlen und Fakten in allen Bundesländern belegen dringenden Handlungsbedarf. Der 3-Jahresmittelwert der Flächeninanspruchnahme in Österreich lag im Jahr 2021 bei 41 km². Das entspricht der Größe von Eisenstadt. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre wurden somit pro Tag 11,3 Hektar an Flächen für Bautätigkeiten, Betriebsflächen und Verkehr neu in Anspruch genommen. Das ist vier Mal so viel wie der im Regierungsprogramm festgelegte Zielwert von 2,5 Hektar pro Tag.¹⁹⁴ Doch Boden ist Hauptgrundlage unserer Ernährung. 98 % unserer Nahrungsmittel stammen aus dem Boden.¹⁹⁵ Ohne ausreichend gesunde Böden gibt es nicht ausreichend gesunde Lebensmittel. Bodenschutz geht uns alle an.

Freiflächen erhalten

Den Vereinsmitgliedern von Bodenfreiheit geht es nicht darum, viel Fläche zu besitzen, sondern zu zeigen, welchen Wert eine Freifläche hat, denn die verschwinden zusehends. Wir brauchen ein Moratorium für neue Widmungen. Vorarlberg hat so viel Bauland gewidmet, dass wir uns auf den bereits gewidmeten, aber noch nicht bebauten Grundstücken fast verdoppeln könnten.

¹⁹⁴ Umweltbundesamt, Flächeninanspruchnahme

¹⁹⁵ Kopittke/Menzies/Wang/McKenna/Lombi, Soil and the intensification of agriculture for global food security

Sensible Verdichtung und Aktivierung von Leerstand

Ein notwendiger, aber noch rarer Ansatz, die rasante Flächeninanspruchnahme zu mindern ist die Verdichtung im Bestand. Der Verein hat ein Pionierprojekt angeregt, finanziert und begleitet: Architekturstudierende der Kunstuniversität Linz haben mit Hausbesitzer:innen und dem Verein Möglichkeiten erarbeitet, ein Einfamilienhaus-Quartier im Bestand nachzuverdichten. In dem gemeinsam entwickelten Prozess zeigt die Studie am Beispiel einer konkreten Nachbarschaft die mögliche Vielfalt an Formen baulicher Verdichtung bei gleichzeitig hoher Lebensqualität.

Ein wichtiges Anliegen war es die Bewohnerinnen und Bewohner mit ihren Gedanken, Fragen, Sorgen und Ideen abzuholen. Das Ergebnis war erstaunlich: Von fünf Bebauungsentwürfen haben sich die dort lebenden Menschen für die dichteste Variante entschieden. Das zeigt die Möglichkeiten auf, die sich durch ein Abholen und Einbinden der Betroffenen ergeben. Die Studie „Unter der Bahn – Strategien zur Innenentwicklung einer Einfamilienhaussiedlung“ wurde als Publikation der Landesraumplanung Vorarlberg herausgegeben und ist als Download erhältlich.¹⁹⁷



Der Verein Bodenfreiheit hat in Ludesch mittels Gehrecht 30.000 m² an Landwirtschaftsfläche für die Lebensmittelproduktion gesichert. Die Fläche ist mit einem Grenzstein markiert.

Bodenschutz geht uns alle an

Zusammen mit Luft und Wasser ist Boden für uns Menschen überlebenswichtig. Entsprechend sind neben der Freihaltung von Flächen der Aufbau von Wissen und Austausch rund um Grund und Boden zentrale Anliegen des Vereins. Dazu finden

¹⁹⁷ <https://vorarlberg.at/-/raumplanung-publikationen>

regelmäßig Veranstaltungen und Vorträge statt. Bodenfreiheit fördert Bewusstseinsbildung bei Entscheidungsträger:innen in Gemeinden, im Bildungsbereich und der breiten Öffentlichkeit und will zu einer breiten gesellschaftlichen Diskussion über den Umgang mit Grund und Boden anregen. Das ist wichtig, denn im Sinne eines guten Lebens für uns alle brauchen die heutigen und künftigen Generationen

- funktionierende öffentliche Räume, um einander zu begegnen und um Meinungen auszutauschen,
- offene und zugängliche Freiräume, in denen die Menschen sich erholen, die Landwirtschaft sie mit Lebensmitteln versorgen und die Natur sich entfalten kann und
- leistbaren Wohnraum in fußläufiger Distanz zum öffentlichen Verkehr, zur Nahversorgung und zu Nachbarn.

Bodenfreiheit – Verein zur Erhaltung von Freiräumen

Der Verein Bodenfreiheit wurde im Jahr 2011 gegründet, um auf Probleme der Raumplanung und Siedlungsentwicklung in Vorarlberg aufmerksam zu machen. Ziel war es, an konkreten Grundstücken zu zeigen, wo Raumplanung versagt, welche Probleme angegangen werden müssen und welche Strategien wirkungsvoll sind.

„Bodenfreiheit“ kauft selbst strategisch wichtige Grundstücke – oder Rechte an Flächen – und zeigt an Ort und Stelle auf, wo die großen Probleme liegen. Finanziert werden die Ankäufe über eine Gemeinschaftsfinanzierung, indem Mitglieder jährlich 30 EUR Mitgliedsbeitrag leisten.

„Bodenfreiheit“ bildet Bewusstsein bei Entscheidungsträger:innen in Gemeinden und der breiten Öffentlichkeit. Der Verein forscht selbst und begleitet Forschungsprojekte. „Bodenfreiheit“ entwickelt Nutzungskonzepte für eigene Grundstücke und testet, was in der Realität funktioniert.

Literaturverzeichnis

Banko, Gebhard/Weiß, Michael: Gewidmetes, nicht bebautes Bauland. Erstellung von Auswertungen für Österreich, Technischer Bericht, Wien 2016.
https://www.oerok-atlas.at/documents/OEROK_Bauland_Jan_2016.pdf
(28.7.2025)

Kopittke, Peter M./Menzies, Neal W./Wang, Peng/McKenna, Brigid A./Lombi, Enzo: Soil and the intensification of agriculture for global food security, in: Environment International (2019) Volume 132, <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0160412019315855> (28.7.2025)

Umweltbundesamt: Flächeninanspruchnahme bis 2021: <https://www.umweltbundesamt.at/umwelthemen/boden/flaecheninanspruchnahme-bis-2021>
(28.7.2025)

Kerstin Riedmann: Geschäftsführerin des Vereins Bodenfreiheit (gegr. 2011) mit über 700 Mitgliedern. Kontakt: kerstin.riedmann@bodenfreiheit.at; Website: www.bodenfreiheit.at

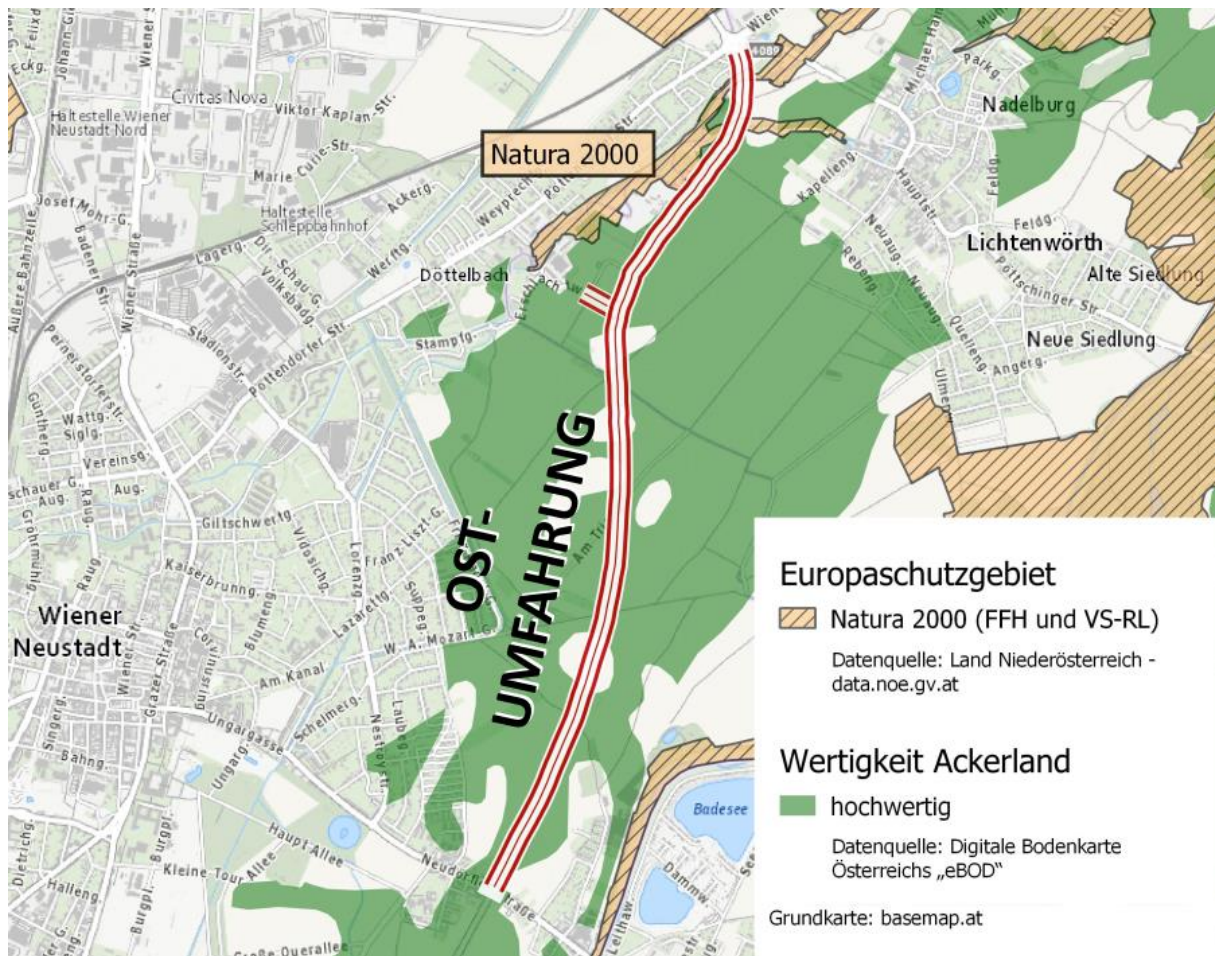
Der (vergebliche?) Widerstand gegen die Ost-"Umfahrung" Wiener Neustadt

Helmut Buzzi



Von links: Jutta Matysek (Lobau bleibt), Helmut Buzzi (Vernunft statt Ostumfahrung), Jasmin Lang (Fridays For Future Austria, Moderation)

Bei der Ost-"Umfahrung" Wiener Neustadt (B17 Teil 2) geht es um ein Straßenprojekt aus den 1970er-Jahren. Dieses ca. fünf Kilometer lange Stück Bundesstraße (Bauwerber: Land NÖ) wurde 2013 zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) eingereicht und 2019 durchgewunken - die Einwände mehrerer Bürgerinitiativen wurden ignoriert. Ab Juli 2020 leistete die unabhängige Plattform „Vernunft statt Ostumfahrung“ massiven Widerstand auf allen Ebenen, doch im September 2024 wurde eine „Baustraße“ am Südende der Trasse errichtet, im Oktober 2024 die „Fischa Au“ (ein Natura 2000-Gebiet) gerodet und 2025 begannen die Bauarbeiten.



Was ist das Problem bei dieser Ost-„Umfahrung“?

Es werden wertvollste Äcker zerstört und ein Natura-2000-Auwald sowie ein wichtiges Naherholungsgebiet zerschnitten. Durch den Verlust von Ackerland wird die Ernährungssicherheit weiter reduziert.

Laut Bundesverwaltungsgericht (BVWG) ist das „Hauptziel dieser Straße die bessere Erschließbarkeit von Gewerbegebieten...“ (eine Liste von 57 Hektar Gewerbeflächen liegt der UVP bei), das bedeutet laut Verkehrsgutachten mehr Verkehr statt Entlastung. Wiener Neustadt hat bereits jetzt österreichweit die meiste versiegelte Fläche pro Einwohner:in und die meisten Geschäftsleerstände im Stadtzentrum.

Laut Studie des Landes NÖ werden ab 2030 täglich 15.000 Fahrzeuge (davon 1500 LKWs) auf der Ostumfahrung unterwegs sein – ohne dass der Verkehr in der Stadt abnehmen wird. Denn Wiener Neustadt hat kein Durchzugs- sondern ein Einpendel- und Binnenverkehrsproblem – bei der Ost-„Umfahrung“ handelt es sich um einen „Entlastungsschmäh“.

Das Projekt ist die seit Jahren klimaschädlichste Weichenstellung in der Region, sie bedeutet 1,3 Millionen zusätzliche Fahrten pro Jahr, das sind tausende Tonnen CO₂. Dazu entstehen zehntausende Tonnen CO₂ in der Bauphase und bei der Produktion der Baustoffe. Es fließen 60 Millionen Euro in eine langfristig fossile Weichenstellung

statt in klimaschonende Alternativen. Nicht zuletzt werden dutzende Hektar wertvoller CO₂-Senken (Auwald, Feuchtwiesen, Ackerböden) durch Trasse und Gewerbegebiete versiegelt.

„Vernunft statt Ostumfahrung“

Das Hauptziel dieser Plattform war von Beginn an (2020) die Öffentlichkeitsarbeit. Es sollten Hintergründe ans Tageslicht gebracht und an die Vernunft der Entscheidungsträger:innen appelliert werden – unter breiter Beteiligung der „Zivilgesellschaft“ in der Region und darüber hinaus. Also engagierten sich nicht nur die unmittelbar betroffenen Anrainer:innen und Landwirt:innen, sondern auch Wissenschaftler:innen, Lehrer:innen, Ärzt:innen, Künstler:innen. An Bord waren NGOs wie Fridays4Future, WWF, Global2000, Greenpeace, VCÖ. Es gab ein gemeinsames und einfaches Ziel: Die Verhinderung der Straße – als Signalwirkung für eine Trendwende bei Verkehrsplanung, Bodenversiegelung, Klima- und Naturschutz.

Über „mein#aufstehn“ wurde eine Petition gestartet, es wurden fast 10.000 Online-Unterschriften erreicht. Ohne rechtliche Bedeutung – aber es stellte ein Druckmittel gegenüber der Politik dar und war ein Motivations- und Controlling-Instrument sowie eine Kommunikations-Chance (4000 Abos beim Newsletter).

Über 200 „Stimmen der Vernunft“ (Promis und Zivilgesellschaft) gaben Statements gegen dieses Projekt ab. Diese wurden auf der Website, auf Facebook und Instagram gepostet. Leider fehlte vielen Gegner:innen der Ostumfahrung der Mut für ein öffentliches Statement, da sie Nachteile durch die Politik befürchteten – zu Recht?

Es wurden fünf mal 10.000 Flugblätter in der Region verteilt, das gab vielen Menschen die Möglichkeit sich einzubringen. Dazu kamen viele Plakate und Inserate. Ein großer Erfolg waren kreative Unterlagen für Kinder, Jugendliche und junge Familien wie Manga-Comics oder das Pixie-Büchlein „Poldi Ziesel und Lea Libelle retten die Natur“ (Auflage: zwei mal 3000 Stück).

Die PR-Arbeit führte zu vielen Berichten in Print- und TV-Medien, wobei vor allem die regionalen Medien den Widerstand gerne als emotionalen Kampf der betroffenen Anrainer:innen darstellten. So fand die Traktordemo am 22.10.2022 großes Medien-echo. Aber die Medien konfrontierten die Politik nicht mit den vielen Ungereimtheiten des Projekts: Keine Alternativenprüfung, keine aktuelle Kostenschätzung, das Hauptziel Gewerbegebiete, keine Entlastung, die Zerstörung wertvollsten Ackerlandes, ...

Es fanden auch Demonstrationen statt. Fahrrad-Demos mit hunderten Teilnehmer:innen, eine Spontandemo im Sommer 2024 mit über 500 Menschen und die regelmäßige Teilnahme bei den Klimademos in Wien und St. Pölten. Hier wurde versucht, das Land NÖ in die Pflicht zu nehmen. Doch die Klimademos verloren generell immer mehr an Bedeutung, die Mehrheit (auch der Jugend) resignierte, auch die Medien verloren das Interesse an einer wirklichen Trendumkehr beim Klimaschutz.



Traktorendemo am 22. Oktober 2022 © Vernunft statt Ostumfahrung.

Juristische Ebene

Parallel zur PR-Arbeit unterstützte „Vernunft statt Ostumfahrung“ die Bürgerinitiativen beim UVP-Verfahren. Es wurde mit Top-Anwälten jedes Rechtsmittel ausgeschöpft, um die Rechtsunsicherheit zu erhalten und an alle Infos zu kommen. Viele der Landwirt:innen, die anfänglich massiv gegen die Ost-„Umfahrung“ waren, wurden von der Politik „überredet“, ihren Widerstand aufzugeben. Das Dutzend der standhaften Bauern wurde im Kampf gegen die Enteignung begleitet. Das war kostspielig und wegen der betonfreundlichen Rechtslage letztlich vergeblich, aber trotzdem ein wichtiges Zeichen.

Die Politik – und die Grenzen der repräsentativen Demokratie

Alle Umfragen in Österreich zeigen seit Jahren ein Umdenken beim Klimaschutz und beim Bodenschutz, die Menschen wollen strengere Gesetze. Auch regionale Volksbefragungen zum Bodenschutz gehen immer gegen Betonprojekte aus. Trotzdem siegt oft die Betonpolitik, weil sich diese Stimmung nicht bei den Wahlen abbildet. Hier dominieren andere Themen – und die Wahlen der letzten Jahre zeigen auf allen Ebenen den Boden- und Klimaschutz als Verlierer!

Konkret bei der Ostumfahrung Wiener Neustadt waren im NÖ Landtag ÖVP/FPÖ massiv dafür, die SPÖ unsicher und nur NEOS und GRÜNE dagegen. Im Gemeinderat Wiener Neustadt waren 36 von 40 Mandatar:innen (ÖVP, SPÖ, FPÖ) für das Projekt, das bildete die Stimmung in der Bevölkerung überhaupt nicht ab. Die Stadtpolitik untersagte eine Volksbefragung zur Ostumfahrung, obwohl dafür über 1000 Unterschriften der Bevölkerung gesammelt wurden.

In Lichtenwörth waren nach einer repräsentativer Umfrage 90% gegen die Ostumfahrung, aber auch hier gab es keine Volksbefragung, obwohl fast 25% der Bevölkerung mit Namen, Geburtsdatum und Adresse dafür unterschrieben hatten. Die Demokratie und die Beteiligung der Bevölkerung erlitten durch so ein Vorgehen schwere Schäden, die Wahlbeteiligung lag in Wiener Neustadt bei nur mehr rund 50%.

Ab 2023 spitzt sich die Situation zu

Bei der NÖ Landtagswahl im Jänner 2023 kommt es zu einer weiteren Schwächung des Klimaschutzes, im Sommer 2023 erfolgt die Besetzung der Au durch Aktivist:innen und ab Frühjahr 2024 gab es Gemüseanbau auf der geplanten Trasse. Im Jänner 2024 richteten Prominente aus Wissenschaft, Kultur und Ärzteschaft noch einmal dramatische Appelle an die Politik.

Am 21.2.2024 kam es zur Enteignung der Landwirte im „öffentlichen Interesse“, alle Revisionen wurden abgelehnt. Am 16.8.2024 zerstörte die Polizei das Baumhaus in der Au, ein Symbol des Widerstands, daraufhin gab es eine Großdemo in Wiener Neustadt. Am 9.9.2024 wurde eine Gemeinderats-Sitzung in Wiener Neustadt zur demokratischen Farce, weil die dringlichen Anfragen der Grünen nicht einmal zugelassen wurden - ein regelrechtes Debattenverbot.

Auch der Hitzesommer 2024 und die Hochwasserkatastrophe im September 2024 führten zu keinem Umdenken. Bei der Nationalratswahl am 29.9. 2024 kam es zu einer dramatischen Schwächung von Klima- und Bodenschutz und am 24.10. 2024 startete ein massiver Polizeieinsatz und die Rodung des Natura2000-Auwaldes. Im Jänner 2025 wurden sowohl in Wiener Neustadt und in Lichtenwörth die Gemeinderats-Mehrheiten der Betonfraktionen einzementiert. Baubeginn war dann im März 2025.

Zwischen Resignation und Zuversicht

War der fünf Jahre dauernde und intensive Widerstand umsonst? Die Ressourcen waren erschöpft, die Aktionen wurden beendet, die Website www.vernunft-statt-ostumfahrung.at blieb zur Dokumentation bestehen. Groß war die Enttäuschung über das Beharrungsvermögen der Baulobby - wider jede Vernunft, gegen die Bevölkerung, gegen die Zukunft. Der große Druck der Politik auf Bauern, Unternehmer:innen, Vereine, Angestellte in der Verwaltung, bei Landeskliniken und landesnahen Unternehmen und auf (regionale) Medien wurde sichtbar, doch die Rolle der finanziellen Profiteure (Baufirmen, Gewerbegebiete) blieb im Dunkeln.

Gleichzeitig wurden hunderte Menschen aktiv, tausende haben den Widerstand unterstützt, zehntausende haben ihn mitbekommen. Das hatte sicherlich Vorbildwirkung, wesentliche Faktoren waren stabile Strukturen, eigene Medien, das Abholen der Bevölkerung, die Einbindung von Persönlichkeiten und Profis und ausreichend finanzielle Ressourcen. Auch wenn es seit 2020 einen Abwärtstrend bei Klima- und Bodenschutz gibt und der Tiefpunkt noch nicht erreicht scheint, wenn man die Aufweichung aller Klimaziele ansieht - es wird wieder aufwärts gehen.



Mahnmal für die Felder. © Vernunft statt Ostumfahrung.

Optimismus ist schwierig, aber Hoffnung und Zuversicht gibt es immer! Denn die Kraft der Zivilgesellschaft wird für kreative und dynamische Transformation in Richtung Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit sorgen - eine Chance für kommende Generationen.

Mag. Helmut Buzzi: Studium Sportwissenschaften und Publizistik in Wien; 2005 Gründer „VitaleBetriebe“ (betriebliches Gesundheitsmanagement); Initiator der Plattform Vernunft statt Ostumfahrung, Wiener Neustadt.

Nein zur B68neu.

Zivilgesellschaftlicher Widerstand im Vulkanland

Katja Maurer



„Ernten statt Pendeln“, oder „Boden, von dem wir leben“ – mit diesen Sprüchen zum Bodenschutz wird im Steirischen Vulkanland seit Jahren auf die Bedeutung fruchtbarer Böden hingewiesen. Zum Thema Bodenschutz gibt es eine „Bodencharta“ und eine spezielle Abteilung in der Landwirtschaftskammer im Bezirk Südoststeiermark.

Das Vulkanland im Südosten der Steiermark hat sich eine klare Vision gegeben: Zukunftsfähigkeit in ökologischer, wirtschaftlicher und menschlicher Hinsicht durch Eigenverantwortung zu sichern. Die Region verpflichtet sich, intelligente Schritte zu setzen, um den besonderen Lebensraum nachhaltig zu gestalten.

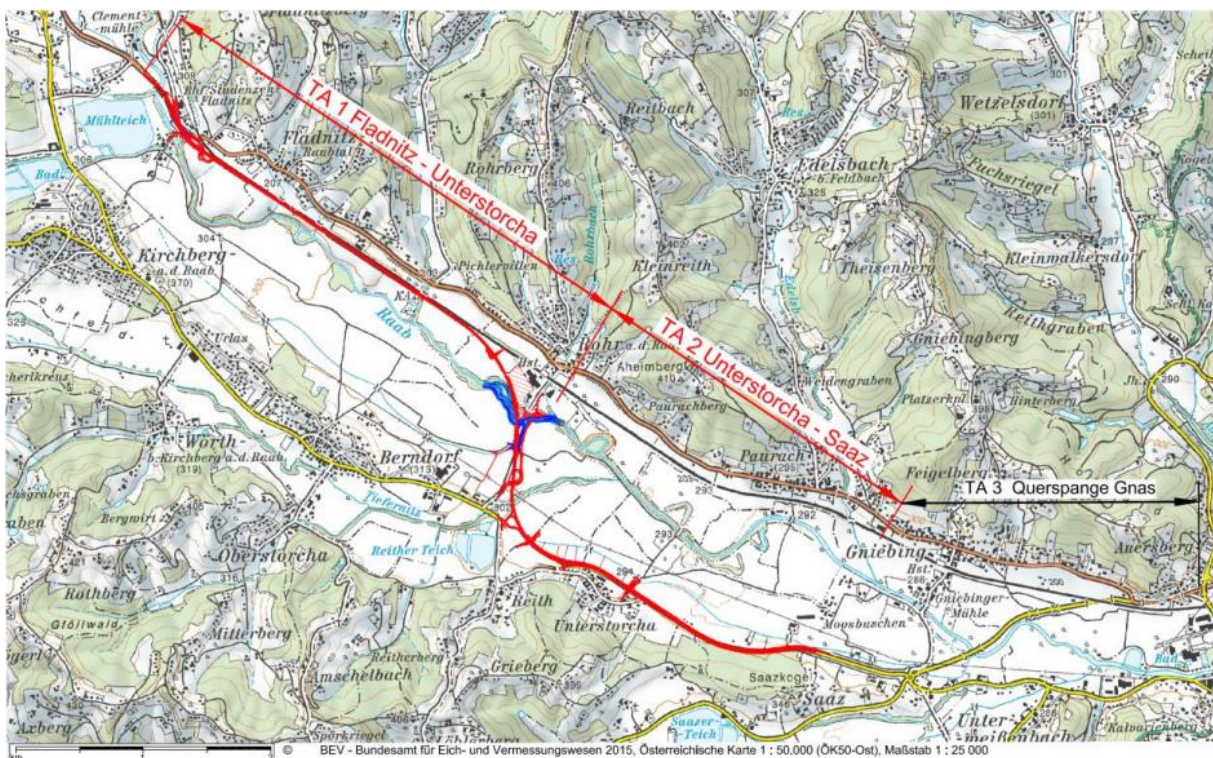
Doch genau hier, wo der Schutz des Bodens programmatisch großgeschrieben wird, fordern Politikerinnen und Politiker gleichzeitig den Bau einer neuen Straße: der B68neu. Der Widerspruch könnte größer kaum sein.

Worum geht es bei der B68neu?

Die sogenannte „B68 Feldbacher Straße, Abschnitt Fladnitz-Saaz“ ist als 7,7 Kilometer lange Umfahrungsstraße geplant. Sie soll das Raabtal zwischen Feldbach und Gleisdorf durchschneiden – in einem Tal, das gerade einmal 1,5 Kilometer breit ist und

bereits von zwei Straßen (B68 und L201) sowie der Steirischen Ostbahn durchzogen wird.

Mit der B68neu würde eine dritte Straße entstehen: eine Autostraße ohne Rad- oder Fußverkehr. Dafür müssten 43,2 Hektar beansprucht werden, darunter 23 Hektar hochwertige landwirtschaftliche Nutzfläche. 11,8 Hektar würden neu versiegelt. Die gesamte Trasse müsste, um hochwassersicher zu sein, auf einem Damm geführt werden, flankiert von sechs Kilometern Lärmschutzwänden. Das Projekt wurde 2017 mit 64 Millionen Euro veranschlagt – Expert:innen rechnen heute längst mit Kosten jenseits der 100-Millionen-Marke.



Die Argumente der Befürworter

Die Befürworter führen an, dass die bestehenden Straßen durch Ortsgebiete führen und daher eine Umfahrung notwendig sei. Ziel sei es, die bestehenden Straßen zu entlasten und Autofahrer:innen komfortableres, schnelleres Pendeln zu ermöglichen. Tatsächlich aber verkürzt sich die Fahrzeit nur um rund 30 Sekunden. Auch die Verkehrssicherheit wird als Argument ins Treffen geführt – durch kreuzungsfreie Bauweise.

Hinter dem Druck für das Projekt steht jedoch vor allem die Wirtschaftskammer, die auf bessere Straßeninfrastruktur setzt.

Die Argumente der Gegner

Die Gegnerinnen und Gegner der B68neu sehen in dem geplanten Projekt keinen Fortschritt, sondern eine Fehlentwicklung mit weitreichenden Folgen. Ein zentraler Einwand betrifft die Mobilität selbst: Im Raabtal verläuft bereits auf der gleichen Strecke

die Steirische Ostbahn, die mit mehreren Park-&-Ride-Anbindungen eine direkte, klimafreundliche und rasche Verbindung nach Graz bietet. Statt diese Schiene auszubauen und zu stärken, würde die neue Straße den öffentlichen Verkehr schwächen und so der dringend notwendigen Mobilitätswende zuwiderlaufen. Hinzu kommt die enorme finanzielle Dimension: Während die offiziellen Kosten mit 64 Millionen Euro angegeben wurden, ist längst klar, dass sie über 100 Millionen hinausgehen werden. Geld, das in nachhaltige Maßnahmen wie klimafreundliche Verkehrslösungen oder den Schutz der Böden investiert werden könnte, würde so in ein klimaschädliches Straßenprojekt fließen.

Auch für Radfahrer, Fußgänger und andere Formen des Langsamverkehrs bedeutet die B68neu keinen Fortschritt. Ihre Wege würden verlängert und komplizierter, was eine umweltfreundliche Fortbewegung zusätzlich unattraktiv macht. Gleichzeitig verlagert die neue Trasse Verkehrsprobleme lediglich, statt sie zu lösen: Staus und Belastungen entstehen dann vor und nach dem geplanten Abschnitt.

Ökologisch gesehen stellt die B68neu einen massiven Eingriff dar. Der Lebensraum vieler Tiere würde zerstört, Wanderbewegungen von Wildtieren erheblich eingeschränkt. Besonders schwer wiegt jedoch der Verlust hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen. Die Böden im Raabtal gehören zu den ertragreichsten und widerstandsfähigsten Österreichs, wie auch die Ausweisung durch die AGES als „BEAT-Flächen“ – also Böden mit besonderer Bedeutung für die Ernährungssicherung – unterstreicht. Ihre Zusammensetzung und die Nähe zur Raab machen sie klimaresistent und zugleich leicht zu bewirtschaften. Gerade für die vielen klein strukturierten Betriebe, oft Nebenerwerbslandwirte, sind diese Flächen von existenzieller Bedeutung. Geht ein so großer Teil davon verloren, bleiben den Betrieben oft nur noch schwer zu bearbeitende Hanglagen, die nicht annähernd die gleiche Ertragskraft besitzen und zusätzlich stärker von Erosion bedroht sind. Für viele Höfe könnte dies das wirtschaftliche Aus bedeuten.

Auch die Lebensqualität der Anrainerinnen und Anrainer würde erheblich leiden. Mit der B68neu würde ein Großteil des Verkehrs – über 17.000 Fahrzeuge pro Tag, darunter zwölf Prozent Schwerverkehr – direkt an Fladnitz im Raabtal und Rohr vorbeifließen. Selbst wenn Lärmschutzwände errichtet werden, bleibt das dauerhafte Rauschen bestehen, das insbesondere für die Bewohnerinnen und Bewohner der Hänge unüberhörbar wäre. Abgase, Feinstaub und Schadstoffe würden nicht nur die Gesundheit der Bevölkerung belasten, sondern auch Ackerflächen, Gewässer und die Raab selbst. Zudem würde der Naherholungsraum an der Raab unwiederbringlich zerstört: Die Straße und ihre Lärmschutzwände nehmen der Bevölkerung den Blick, die Zugänglichkeit und den Erholungswert dieser Landschaft.

Zusammengefasst bedeutet die B68neu für die Gegnerinnen und Gegner: hohe Kosten bei minimalem Nutzen, die Schwächung klimafreundlicher Mobilität, die Zerstörung wertvoller Böden und Natur sowie eine massive Verschlechterung der Lebensqualität im Raabtal.

Geschichte eines jahrzehntelangen Projekts

Seit den 1970er Jahren gibt es Planungen für eine Umfahrung im Raabtal. Zahlreiche Varianten wurden diskutiert und verworfen. Bereits 1989 wurde eine Trasse durch das Tal abgelehnt – ausgerechnet von jenen, die heute die Straße befürworten.

2009 führte der Bau der Gnaser Querspange zu einer Verschiebung der Verkehrsströme, wodurch die Forderungen nach einer Umfahrung erneut aufkamen. Mit der Gemeindefusion 2015 verlor Fladnitz im Raabtal seine politische Stimme gegen das Projekt.

2016 folgte eine Umweltverträglichkeitserklärung (UVE), 2018 wurde ein Natura 2000-Schutzgebiet ausgewiesen, 2024 schließlich lag die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) öffentlich auf.

Entstehung der Bürgerinitiative

Im Frühjahr 2022 formierte sich eine Bürgerinitiative, nachdem Einzelgespräche mit Grundeigentümer:innen angekündigt wurden. 16 von ihnen unterzeichneten eine notarielle Erklärung, keinen Grund freiwillig zu verkaufen. Öffentlichkeitswirksame Aktionen folgten – wie das jährliche Aufstellen eines Maibaums mit „Stopptafel“ direkt am geplanten Verkehrsknotenpunkt.

Gespräche mit regionalen Politiker:innen, Kooperationen mit anderen Initiativen (z. B. gegen die B70neu im Kainachtal) und ein offener Brief an die Landwirtschaftskammer sorgten für wachsende Aufmerksamkeit.

Mit der öffentlichen Auflage der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Sommer 2024 erhielt der Widerstand gegen die B68neu eine neue Dynamik. In dieser Phase gründete sich die offizielle Bürgerinitiative „Nein zur B68neu“, die bereits zu Beginn von rund 600 Unterstützer:innen getragen wurde. Gemeinsam mit Rechtsanwalt Wolfgang Schachinger wurden umfangreiche Einwände gegen das Projekt eingebracht. Finanziell wird die Initiative vom „BIV – Grün-Alternativer Verein zur Unterstützung von Bürger:inneninitiativen“ unterstützt, der seit Jahren engagierte Basisbewegungen stärkt. Darüber hinaus werden acht betroffene Landwirte in der UVP durch die NGO „CLAW – Climate Law“ vertreten. Rechtsanwältin Mag. Michaela Krömer, LL.M. (Harvard), führt die rechtlichen Schritte im Rahmen der Kampagne „Heimatboden“ an, die den Schutz landwirtschaftlicher Flächen in Österreich in den Mittelpunkt stellt (vgl. www.climatelaw.at/kampagnen/heimatboden).

Der größte politische Erfolg der Initiative war der Einzug mit zwei Mandaten der Grünen in den Gemeinderat 2025 – sie hat damit wieder eine offizielle Vertretung im politischen Prozess.

Herausforderungen

Trotz des wachsenden Widerstands sieht sich die Bürgerinitiative mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert. Da ist zum einen die Frage der Finanzierung, die für rechtliche Schritte, Öffentlichkeitsarbeit und kontinuierliche Aktionen notwendig ist. Hinzu kommt der Faktor Zeit: Planungs- und Genehmigungsverfahren ziehen sich

über Jahre, während bei vielen Menschen die Haltung überwiegt, dass „die Straße eh nie kommen wird“. Dieses Gefühl von Ohnmacht erschwert es, kontinuierlich Engagement und Aufmerksamkeit hochzuhalten. Auch der Mangel an umfassender Information in der Bevölkerung stellt ein Problem dar, zumal die Gemeinde in dieser Frage gespalten ist und nicht geschlossen auftritt. Besonders schmerzhaft ist die fehlende Unterstützung durch die Landwirtschaftskammer, obwohl gerade die bedrohten Böden für die Zukunft der Landwirtschaft entscheidend sind. Dazu kommt ein massiver Druck seitens der Wirtschaft, die auf den Bau drängt, sowie die enge Verflechtung mit regionalen Medien, die das Thema oft nicht in der notwendigen Breite und Tiefe behandeln.

Erfolge

Gleichzeitig gibt es aber auch bedeutende Erfolge, die den Widerstand stärken. So konnte die Initiative überregionale Aufmerksamkeit erlangen und damit das Bewusstsein in Politik und Medien schärfen, dass es im Vulkanland einen ernstzunehmenden Protest gibt. Innerhalb der Gemeinde selbst ist ein bemerkenswerter Zusammenhalt entstanden, der den Menschen das Gefühl gibt, nicht allein zu stehen. Juristisch wurden durch erfahrene Anwältinnen und Anwälte fundierte Einwände eingebracht, die den Planungsprozess erheblich verkomplizieren. Der Einzug der Grünen mit zwei Mandaten in den Gemeinderat Grünen in den Gemeinderat von Kirchberg an der Raab 2025 war ein weiterer Meilenstein, der der Initiative eine offizielle Stimme in der Kommunalpolitik verschaffte. Ergänzt wird dies durch eine stetige mediale Präsenz sowie eine wachsende Vernetzung mit anderen Bürgerinitiativen, die ähnliche Kämpfe führen.

Fazit

Der Widerstand gegen die B68neu zeigt exemplarisch, wie zivilgesellschaftliches Engagement den Diskurs über sozial-ökologische Transformation prägen kann. Hier geht es nicht nur um eine Straße, sondern um Grundsatzfragen: Wie gehen wir mit unserem Boden um? Welche Prioritäten setzen wir in der Mobilitätspolitik? Und wie viel Mitsprache haben die betroffenen Menschen vor Ort?

Die Bürgerinitiative im Vulkanland hält an ihrem Ziel fest: Nein zur B68neu – Ja zu einer zukunftsfähigen, sozial-ökologischen Entwicklung der Region.

Katja Maurer: geb. 1982, Sprecherin der Bürgerinitiative „Nein zur B68neu“, Landwirtin und betroffene Grundeigentümerin, Mutter von fünf Kindern, Gemeinderätin in Kirchberg an der Raab (Grüne).

Inspiration für eine zukunftsweisende Gemeindeentwicklung

Anneke Essl / Agnes Feigl (Verein LandLuft)



Agnes Feigl

Der Verein LandLuft engagiert sich seit 1999 für Baukultur in ländlichen Räumen. Um die Komplexität von Baukultur anschaulich zu kommunizieren, setzt der Verein auf die Vorbildwirkung erfolgreicher Gemeinden, ihrer Projekte und der engagierten Menschen. Dabei sehen wir uns als Impulsgeber für ländliche Gemeinden und Städte.

Und damit stellt sich die Frage: Was ist denn Baukultur?

Baukultur beschäftigt sich mit der Frage, wie wir bauen, wo wir bauen und ob wir bauen müssen. Sie umfasst sämtliche Aktivitäten, die natürliche und gebaute Umwelt zu planen, zu gestalten, zu verändern. Unsere Häuser, Plätze, Parks, Wege und Landschaften, alles was uns umgibt, ist das Ergebnis von Entscheidungs-, Planungs- und Gestaltungsprozessen. Die Gesamtheit der gestalteten Umwelt ist somit Ausdruck

unserer Gesellschaft. Baukultur ist daher eine Frage der Haltung. Sie wirkt sich unmittelbar auf unsere Lebensqualität aus und auf die der nachkommenden Generationen.

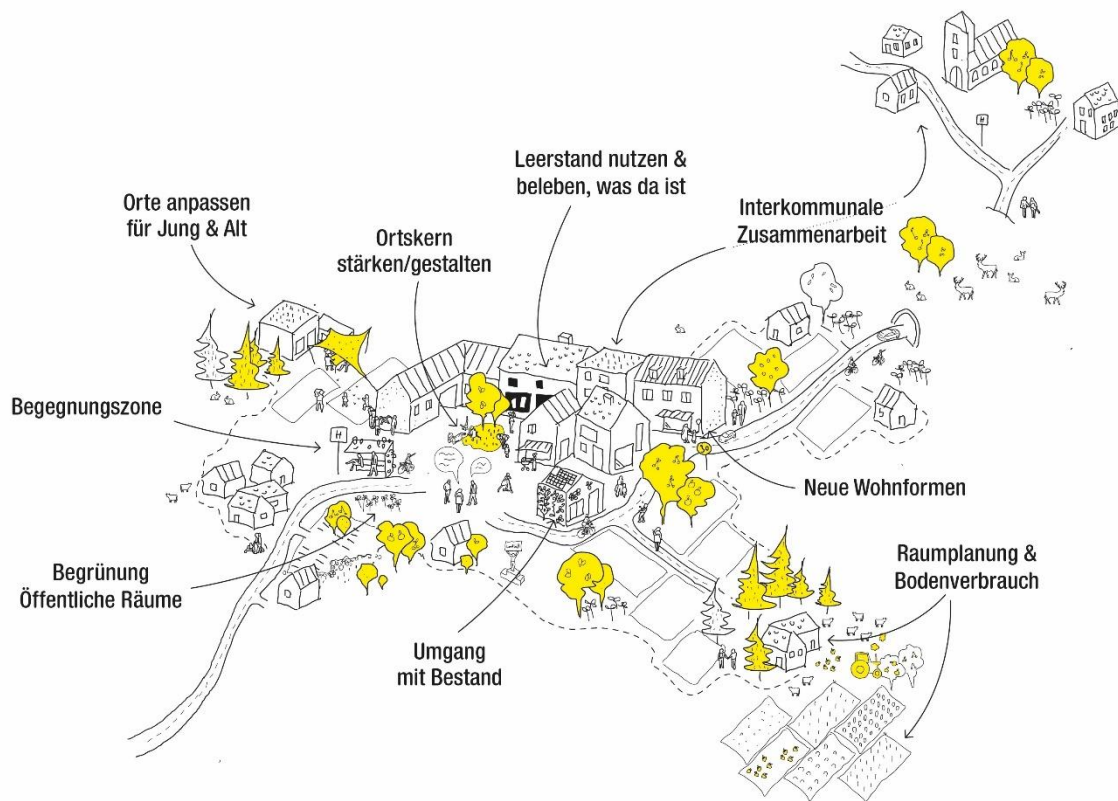
Baukultur beginnt mit Inspiration

Unsere Zielgruppe sind kommunale Entscheider:innen, Initiativen und engagierte Bürger:innen, die wir dabei unterstützen in Sachen Baukultur selbst ins Tun zu kommen. Dabei zeigen wir Lösungsansätze für die Entwicklung des ländlichen Raums auf und setzen auf positive Beispiele. Wir wollen Lust machen, es selbst anzugehen – weil gute Beispiele ansteckend sind!

Unser Herzstück ist der Baukulturgemeinde-Preis. Denn die Qualität von Baukultur ist durch gute Beispiele leicht vermittelbar. Seit 2009 spüren wir alle vier bis fünf Jahre mithilfe des Baukulturgemeinde-Preises die besten Vorzeigegemeinden in Österreich auf. LandLuft beweist damit „Baukultur machen Menschen wie du und ich“ und holt jene vor den Vorhang, die neue Lösungswege für ihre Orte aufzeigen. Der Preis geht an Gemeinden und kleine Städte, die die Verantwortung dafür wie sie bauen als Schlüssel zu mehr Lebensqualität für alle erkannt haben und entsprechend handeln. So inspirieren wir mit guten Beispielen, positiver Kommunikation und greifen Themen vor Ort auf. LandLuft hat bereits 36 Gemeinden und Städte, 9 Initiativen sowie eine Region ausgezeichnet.

Die folgende Illustration veranschaulicht, wie vielseitig der Begriff Baukultur ist. Die Raumplanung bildet dabei gleichsam das Fundament – oder treffender gesagt: die Mutter der Baukultur. Denn gute Architektur am falschen Standort kann ganzheitlich betrachtet keine gute Baukultur sein.

„Boden g´scheit nutzen!“ war das Motto unseres 4. Baukulturgemeinde-Preises im Jahr 2021. Dabei stand erstmalig auch der innovative Umgang mit Grund und Boden im Mittelpunkt. Gesucht wurden Gemeinden, die sorgsam mit ihren Flächen umgehen und mit intelligenten Projekten das Leben in ihrer Mitte stärken. Vorgestellt werden vier Gemeinden, die 2021 ausgezeichnet wurden:



Raumplanung ist die Mutter der Baukultur. Illustration: © Madlyn Miessgang

Trofaiach (Steiermark) – Trendumkehr in der Abwanderungsregion

Trofaiach war lange von Abwanderung geprägt. Doch die Stadt hat gegengesteuert – mit Bürger:innenbeteiligung als Kernstrategie. Eine neue Begegnungszone mit auffälliger Asphaltbemalung, einladenden Sitzgelegenheiten und Hochbeeten hat das Stadtbild positiv verändert. Die Musikschule wurde von der Peripherie zurück ins Zentrum geholt, wodurch Leben ins Ortszentrum zurückkehrte. Mit dem auffällig in leuchtendem Grün gestalteten Busterminal des neuen Citybusses wurde ein attraktives Mobilitätsangebot geschaffen, das den Ort mit dem Umland verbindet.¹⁹⁸

Ein entscheidender Erfolgsfaktor war der "Kümmerer" Erich Biberich, der hauptberuflich aktiv gegen Leerstand vorgeht und die Belebung des Zentrums betreut. Durch seine Arbeit konnten zahlreiche leerstehende Geschäfte und Gebäude revitalisiert werden. Er sorgt dafür, dass kreative Ideen und Fördermittel zusammenfinden und Trofaiach nachhaltig belebt wird.

¹⁹⁸ LandLuft, Boden g'scheit nutzen, 73.



Hauptstraße mit farblich hervorgehobener Begegnungszone Foto: © Armin Russold

Thalgau (Salzburg) – Mut zur Veränderung

Thalgau ist mit seinen fast 6.000 Einwohner:innen kein Dorf mehr. Das Urbane lässt grüßen. Der Ortskern der Gemeinde liegt an der Kreuzung zweier Landesstraßen. Rund 8.000 Fahrzeuge fahren täglich durch, und das viel zu schnell. Mit der scheinbar unlösbaren Verkehrssituation ging Thalgau besonders mutig um. Als erste Gemeinde Österreichs hat sie eine Begegnungszone auf einer Landstraße umgesetzt – inklusive 30 km/h-Beschränkung. Dort wo früher die Fahrzeuge durch den Ortskern brausten, entstand ein Marktplatz mit Aufenthaltsqualität. Doch das war nur der Anfang. Die Gemeinde setzt konsequent auf Nachverdichtung, um Ortsränder vor Zersiedelung zu bewahren. Multifunktionale Gebäude sind hier ein Schlüsselprinzip: Die Schule dient auch als Kletterhalle, Bühne und Bibliothek. Das Gemeindeamt beherbergt Vereine und die Poststelle. Dadurch werden Flächen effizient genutzt und das soziale Leben gestärkt.

Göfis (Vorarlberg) – Kleine Gemeinde – großes Engagement

Die Gemeinde Göfis beweist, dass baukulturelle Entwicklung auch in kleinen Orten große Wirkung zeigt. Hier wurde Leerstand analysiert, mit kreativen Ideen umgenutzt und sogar eine Ausstellung organisiert, die Bürger:innen motiviert, ihr Wohnhaus sinnvoll weiterzuentwickeln. Gute Beispiele für Umbauten, Zubauten oder Vermietung sollen Mitbürger:innen die Angst vor Veränderung nehmen und zu flächensparendem, leistbarem Wohnraum führen.

Besonders hervorzuheben ist die gemeindeeigene Flächenpolitik: Seit 25 Jahren kauft Göfis gezielt Grundstücke an, um sie nachhaltig zu entwickeln. Dadurch konnten zahlreiche gemeinschaftsfördernde Projekte umgesetzt werden, darunter der „Schauplatz Obst & Garten“ und die Sanierung eines Vereinshauses.

Ein weiteres Highlight ist die "bugo" – die kombinierte Bücherei und Café im Zentrum, die als Treffpunkt dient. Der zuvor unattraktive Parkplatz wurde in einen autofreien Dorfplatz verwandelt, der nun gleichzeitig Terrasse des „bugo“ ist und als lebendiges "Freiluftwohnzimmer" genutzt wird.

Andelsbuch (Vorarlberg) – Baukultur miteinander und füreinander

Andelsbuch ist eine der ältesten Gemeinden des Bregenzerwaldes und von bäuerlichen Strukturen geprägt. Das bunte Vereinsleben ist spürbar, das Handwerk hat große Tradition und bei Neubauten wird traditionelles Bauen auf hohem Niveau ins Heute transferiert.

Das zeigt sich besonders an der Wohnanlage "Wohnen Hof", die durch bürgerschaftliches Engagement entstanden ist. Die Initiative für dieses Projekt ging von einem ansässigen Baumeister aus, der eine Alternative zum Einfamilienhaus suchte. Um die Besitzerin einer zentrumsnahen Wiese vom Verkauf des Grundstücks zu überzeugen, reiste der Bauherr in die USA. Die Frau konnte für den Plan gewonnen werden, und zwar so sehr, dass sie gleich selbst in die Vorarlberger Wohnanlage einzog.¹⁹⁹ Gemeinde hat eines der vier Häuser für Betreubares Wohnen adaptiert. Zudem treffen einander die Generationen auf den Plätzen zwischen den Häusern sowie im Gemeinschaftshaus mit Pizzeriaofen, Gartenküche und Glashaus.

Das Vereinsleben und die Kultur sind in Andelsbuch spürbar – besonders im sanierten Bahnhof, einem ehemaligen Leerstand. Der Werkraum Bregenzerwald, eine Kooperation von Handwerker:innen, hat mit dem Werkraumhaus in Andelsbuch einen Vermittlungsort für Handwerk geschaffen, der weit über die Region hinaus strahlt.

¹⁹⁹ LandLuft, Boden g'scheit nutzen, 91



Wohnhausanlage „Wohnen Hof“ in Andelsbuch, Foto: © lippzahnschirm+raneburger

Sonderpreis für außergewöhnliches Engagement

Da eine verantwortungsvolle Bodennutzung nicht nur von der kommunalen Ebene getragen wird, sondern vielfach vom Engagement und den Aktivitäten regionaler Zusammenschlüsse, Bürger:inneninitiativen und Einzelpersonen lebt, wurde der LandLuft Sonderpreis für außergewöhnliches Engagement unter dem Motto „Boden g’scheit nutzen!“ ins Leben gerufen. Dieser Preis dient dazu, eine Bandbreite an Initiativen aufzuspüren, die – abseits der Gemeindeebene – einen zukunftsweisenden Umgang mit Grund und Boden aufzeigen.

Der Sonderpreis richtete sich daher an Privatpersonen, Forscher:innen, Expert:innen, Initiativen, Interessengruppen oder regionale Zusammenschlüsse. Die Vergabe des Sonderpreises erfolgte parallel zum LandLuft Baukulturgemeinde-Preis.²⁰⁰

Eine Auswahl von drei spannenden Projekten im Porträt:

Regionalentwicklungsverein Römerland Carnuntum

Ein Baukasten für Baukultur

Eine Pilotregion zwischen Wien und Bratislava macht sich in Eigeninitiative zur Speerspitze der Baukultur. Ein Baukasten für regionale Planungs- und Baukultur wird

²⁰⁰ LandLuft, Boden g’scheit nutzen, 135

entwickelt und von 30 Gemeinden als „Pactum Römerland Carnuntum“ unterzeichnet. Die Region setzt damit ein starkes Zeichen für gemeindeübergreifende Zusammenarbeit und verpflichtet sich darin zur Baukultur und nachhaltigem Flächenmanagement.

Bauprojekt „Central Wohnen im Fürstenhaus“

Bauliche Ressourcen nutzen

Ein Parkplatz im Ortskern anstelle eines Hauses aus dem 15. Jahrhundert? So geht's nicht, sagte sich eine Gruppe lokaler Bürger:innen. Sprichwörtlich in letzter Minute wurde das Haus der Gemeinde abgekauft. Heute ist das ehemalige Fürstenhaus ein architektonisches Schmuckstück, ein kulinarischer Treffpunkt und Wohnort für zehn junge Paare. Es zeigt deutlich, wie die Revitalisierung eines Gebäudes zur Revitalisierung des Ortes beiträgt.²⁰¹

Initiative Kautzen 90 | 20 | 50 – Gestern Heute Morgen?

Ein Architekturstudent sorgt sich um sein Heimatdorf im Waldviertel und bringt frischen Wind in dieses. Ein Folder mit Fragebogen wurde unter den Einwohner:innen verteilt, ein Zeitungsartikel geschrieben, Gespräche geführt, ein Dorffrühstück veranstaltet.²⁰² Die ersten Rückmeldungen darauf sind ermutigend, viele Kautzener:innen merken selbst, dass etwas falsch läuft. Die "Zukunftswerkstatt", eingerichtet im Heimatmuseum, wird zur Keimzelle neuer Beteiligungskultur.

Alle drei Projekte zeigen: Baukultur lebt vom Engagement einzelner Menschen, von Visionen, Mut und dem Wunsch, etwas zu bewegen.



Die Preisträger:innen des Regionalentwicklungsverein Römerland Carnuntum, Foto: © Lupi Spuma



Engagierte Bürger:innen vor dem Fürstenhaus, Foto: © RG



Benjamin Altrichter von der Initiative Kautzen 90/20/50, Foto: © Lupi Spuma

LandLuft verleiht 2026 den 5. Baukulturgemeinde-Preis

Unter dem Motto „Nutzen, was da ist!“ rückt der Baukulturgemeinde-Preis das Potenzial bestehender Gebäude, Flächen und Strukturen in den Mittelpunkt.

²⁰¹ LandLuft, Boden g'scheit nutzen, 166

²⁰² LandLuft, Boden g'scheit nutzen, 161

In Zeiten, in denen intensiv über Flächensparen, Innenentwicklung, nachhaltiges Bauen, Kreislaufwirtschaft und die Klimawende diskutiert wird, suchen wir nach Gemeinden, die Vorhandenes verantwortungsvoll und ideenreich nutzen: Bestandsgebäude oder Gewerbebrachen umbauen, Ortszentren und Freiräume verwandeln, Baumaterialien und Objekte wiederverwenden – und dabei nicht nur Ressourcen, sondern auch das Wissen und die Fähigkeiten der Menschen vor Ort nutzen, um die Identität ihres Ortes zu stärken.

Es sind jene Orte, in denen durch *Umbaukultur, Nachnutzung und gemeinschaftliches Tun* neue Lebensqualität entsteht – nicht mit erhobenem Zeigefinger, sondern mit Freude am Konkreten. Ob ein leerstehendes Gemeindeamt wieder zum Treffpunkt wird, ob aus einer alten Tischlerei ein neuer Dorfplatz entsteht – wir holen jene vor den Vorhang, die ihre Orte mit Haltung weiterbauen, statt neue Spuren in unberührte Flächen zu reißen.

Unser Ziel ist andere zu inspirieren

Die Auslobung des Preises erfolgt im September 2025, gefolgt von Hearing, Juryreise und Preisverleihung im November 2026. Die Ehrung ist kein Endpunkt sondern Startpunkt für unser eigentliches Ziel: *Bewusstseinsbildung und konkrete Impulse in ganz Österreich*. Die ausgezeichneten Gemeinden werden zur Wanderausstellung, zum Buch, zur Exkursion. Die Ausstellung tourt durch Österreich, macht Halt in leer stehenden Geschäftslokalen, Gemeindezentren und Kulturhäusern. Sie zeigt, wie andere es machen – und wie man selbst ins Tun kommt. Wir wollen „die richtigen Leut‘ zusammenbringen“. Bürgermeister:innen der Preisträger-Gemeinden werden zu „Botschafter:innen“ und geben bei den Ausstellungs-Eröffnungen ihr Wissen weiter. Die bisherige Ausstellung hatte 36 Stationen in 3,5 Jahren – quer durch Österreich.

Literaturverzeichnis

Landluft (Hg.): „Boden g´scheid nutzen!“, Wien 2021.

Anneke Essl ist Geschäftsführerin von LandLuft, Verein zur Förderung von Baukultur in ländlichen Räumen. Sie studierte Architektur und Raumplanung und hat langjährige Erfahrung im Bereich Architektur- und Baukulturvermittlung.

Agnes Feigl, geb. 1973, Landschaftsarchitektin mit Bürositz in Tulln an der Donau, Studium der Landschaftsplanung und Landschaftspflege an der Universität für Bodenkultur Wien, in Manchester und Lissabon. Vorstandsmitglied im Verein LandLuft, Lehrtätigkeiten an der TU Wien und Università della Svizzera italiana.

Kontakt und weiterführende Informationen: LandLuft – Verein zur Förderung von Baukultur in ländlichen Räumen; Website: www.landluft.at; E-Mail: servus@landluft.at

Klimaschutz, Biodiversität und Ernährungssicherheit zusammendenken.

Ethik der globalen Landnutzung

Stefan Einsiedel



Im Zentrum des Workshops – fachkundig moderiert von Mag.a Andrea Sölkner, Kirchenrätin für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich – stand die Studie *Ernährungssicherheit, Klimaschutz und Biodiversität: Ethische Perspektiven für die globale Landnutzung*, die seit ihrer Veröffentlichung in Deutschland für angeregte öffentliche Diskussionen gesorgt hatte. Dr. Stefan Einsiedel, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Sachverständigengruppe Weltwirtschaft und Sozialethik (SWS) an der Erstellung der Studie mitgewirkt hatte, informierte die Workshopteilnehmenden zunächst über die Hintergründe und wichtigsten Anliegen der Studie. Im Anschluss diskutierte die Gruppe darüber, wie Landwirte und Konsumenten, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Landnutzung beitragen können, ohne an den Herausforderungen von überbordender Bürokratie, fortschreitendem Klimawandel, populistischer Vereinfachung, gesellschaftlicher Polarisierung und sich verschärfender Kulturkampfrhetorik zu scheitern.

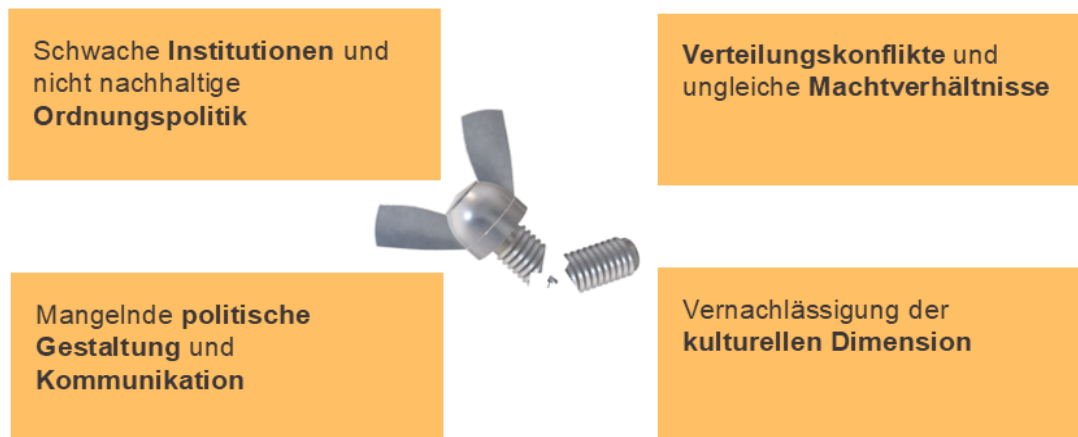
Bereits seit Jahren begleitet die Sachverständigengruppe Weltwirtschaft und Sozialethik im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz einen *Dialogprozess zum weltkirchlichen Beitrag der katholischen Kirche für eine sozial-ökologische Transformation im Lichte von Laudato si'*. Dabei geht es darum, die zahlreichen sozialetischen Impulse von Papst Franziskus wissenschaftlich zu begleiten und zu vertiefen – von seiner teils harschen Kapitalismuskritik über die Mahnung, Fragen der sozialen und der ökologischen Gerechtigkeit nicht gegeneinander auszuspielen bis hin zu seinem Plädoyer für mehr grenzüberschreitende Solidarität und Mitmenschlichkeit –, diese Anregungen interdisziplinär zu reflektieren und in konkretere Handlungsempfehlungen zu übersetzen. Den Auftakt machte 2018 die Studie *Raus aus der Wachstumsgesellschaft? Eine sozialetische Analyse und Bewertung von Postwachstumsstrategien*. Bereits darin warnten die Sachverständigen vor der zunehmenden Gefahr, in öffentlichen Diskursen in pauschale Schwarz-Weiß-Debatten abzugleiten; zu oft lenken zugespitzte Entweder-oder-Diskussionen vom eigentlichen Ziel einer sozial-ökologischen Transformation ab: Im Zentrum dürfen nicht ökonomische Glaubensfragen stehen (im Sinne von „braucht es grundsätzlich mehr oder weniger Regulierung, sollte die Wirtschaft als ganze wachsen oder schrumpfen?“), sondern ein klügerer Umgang mit allen verfügbaren wirtschaftspolitischen Instrumenten, um die notwendige *Entkopplung von Wohlstand und fossilem Ressourcenverbrauch* entschieden voranzutreiben. Dabei machte die Sachverständigengruppe deutlich, dass verschiedene ethische Begründungen herangezogen werden können, um das *gleiche* Recht *aller* Menschen und Generationen auf nachhaltige Entwicklung zu formulieren: Egal ob man sich als Ausgangspunkt auf die Allgemeinen Menschenrechte bezieht, auf die Gerechtigkeitsgrundsätze verschiedener philosophischer Denkschulen und religiöser Traditionen oder auf die allgemeine Verpflichtung, zum Gemeinwohl beizutragen: Werden diese Überzeugungen konsequent zu Ende gedacht, bekräftigen sie allesamt die Verpflichtung jedes Einzelnen und der Gesellschaft als Ganzes, aktiv zu einer sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft beizutragen, damit alle Menschen und die Natur langfristig „gut miteinander leben können“.²⁰³ Wie auch die Folgestudien wurde *Raus aus der Wachstumsgesellschaft?* in- und außerhalb kirchlicher und akademischer Netzwerke breit rezipiert und in mehreren deutschen Parlamenten diskutiert.²⁰⁴

²⁰³ Wallacher et al., *In Space as on Earth*, 2

²⁰⁴ Vgl. u.a. Deutscher Bundestag, *Protokolle des Parlamentarischen Beirats Nachhaltigkeit*, 13. Februar 2019 und 15. März 2023

In der Folgestudie *Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann* analysierte die Expertengruppe dann viele derartige Transformationsprozesse (darunter Praxisbeispiele der Energie-, Mobilitäts- und Agrarwende in Europa wie auch im globalen Süden); daraus entwickelte sie eine Matrix häufig wiederkehrender Hindernisse, die Transformationsprozesse erschweren. Um diesen Hindernissen, die notwendige Transformationsprozesse erschweren, wirkungsvoll zu begegnen, ist es hilfreich, sie als gesamtes im Auge zu behalten und bei Reformen *mehrere Stellschrauben gleichermaßen* zu beachten (Abb.1).

Von den Hindernissen...



... zu den Stellschrauben gelingender Transformation



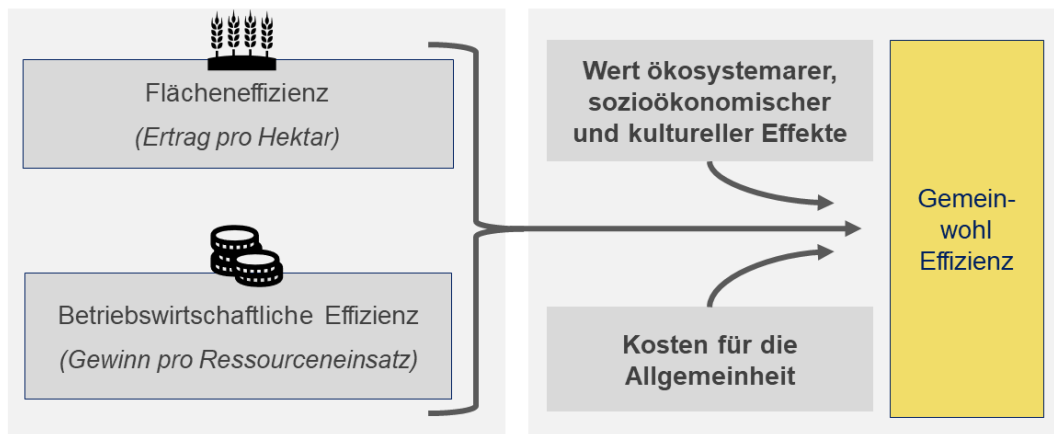
Besonders betonten die Sachverständigen (1.) das Primat einer gemeinwohlorientierten Ordnungspolitik (die Politik hat also tatsächlich „Führungsverantwortung“, insb. für faire und transparente Preise und Verteilungsmechanismen, auch für die Vermeidung von sog. Externalisierungseffekten), (2.) die Notwendigkeit des sozialen Ausgleich (sowohl für Chancen als auch für Belastungen, die bislang global wie auch national höchst ungleich verteilt werden), (3.) eine transparentere und inklusivere

gesamtgesellschaftliche Kommunikation und Partizipation, sowie (4.) die bessere Beachtung der kulturellen Dimension von Transformationsprozessen (was Voraussetzung für die Entwicklung einer Anerkennungskultur und für die höhere Wertschätzung von Suffizienz ist).

Falsche oder nicht mehr zeitgemäße Leitbilder verstärken die oben beschriebenen Probleme und erschweren die gesamtgesellschaftliche Konsensfindung für notwendige Reformen – und sie öffnen die Tür für Populisten, die von diesen Problemen profitieren, kein Interesse an gemeinsamen Lösungen haben, sondern die gesellschaftlichen und ideologischen Gräben zum eigenen Vorteil weiter vertiefen. Vor diesem Hintergrund erhielt die Sachverständigengruppe Weltwirtschaft und Sozialethik im Rahmen einer Expertenbefragung die Empfehlung, sich in einer weiteren Studie mit dem Themenfeld „Landnutzung“ zu beschäftigen – hier sahen die befragten Fachleute, aber auch Landwirte und Umweltverbände gleichermaßen den am meisten unterschätzten Handlungsbedarf und die größte Notwendigkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen und gemeinsame tragfähige Leitbilder zu entwickeln. Rund zwei Jahre später wurde im September 2024 die Studie *Ernährungssicherheit, Klimaschutz und Biodiversität: Ethische Perspektiven für die globale Landnutzung* unter Mitwirkung vieler Landwirte, Verbände und Vertretern aus Politik und Wissenschaft in München vorgestellt. Die ersten Reaktionen waren ausgesprochen positiv, doch wenige Stunden später erschienen in den Online-Ausgaben landwirtschaftlicher Verlage emotional aufgeladene Verisse, die in der Feststellung gipfelten, die deutschen Bischöfe würden Agrarland verstaatlichen wollen – ein konstruierter Vorwurf, der aber unter einigen Landwirten für Entsetzen sorgte und die weiten Diskussionen überschattete.

Im Rahmen des „Zweiten Österreichischen Transformationsforums“ wurden vor allem die öffentliche Rezeption dieser Studie näher beleuchtet und Parallelen mit ähnlichen Erfahrungen der Workshopteilnehmer diskutiert. Dabei zeigte sich, dass Leitbilder, die von Lobbygruppen als „Einmischung“ in berufsständische Fragen betrachtet werden, von diesen selten direkt kritisiert werden. Dies zeigt sich sehr anschaulich am Beispiel der *Gemeinwohleffizienz* (Abb. 2): Damit beschreibt die Sachverständigengruppe die Notwendigkeit, als Gesellschaft eine zwar nicht falsche, aber doch gefährlich verengte Vorstellung von „Effizienz“ weiter denken zu müssen. Für den einzelnen Landwirt ist es notwendig, bei der Bewirtschaftung seiner Flächen primär auf zwei Effizienzaspekte zu achten: auf die Flächeneffizienz, also den Ertrag pro Hektar, und auf die betriebswirtschaftliche Effizienz, also den Gewinn pro Ressourceneinsatz. Die Gesamtgesellschaft, die den Ordnungsrahmen vorgibt, Subventionen finanziert und gleichermaßen auf gute landwirtschaftliche Produkte wie auf gesunde Böden, sauberes Trinkwasser etc. angewiesen ist, muss sich dagegen an einen umfassenderen Effizienzbegriff orientieren.

Vom verengten Effizienzbegriff...  ...zur Gemeinwohl-Effizienz



Orientiert sich die Gesamtgesellschaft bei der Gestaltung der Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik ausschließlich an der Flächeneffizienz oder der betriebswirtschaftlichen Effizienz, so werden soziale und ökologische Folgen ignoriert und es entstehen massive Fehlanreize, die am Ende alle Beteiligten teuer zu stehen bekommen: Nun werden zwar kurzfristig „billige Lebensmittel“ produziert, doch langfristig tragen Landwirte und Verbraucher, Natur und Steuerzahler deutlich höherer Folgekosten. In der Studie listeten die Sachverständigen eine lange Reihe von konkreten Reformvorschlägen für eine zukunftsfähigere Agrarpolitik auf – allesamt bereits öffentlich bekannt und von vielen Verbänden mitgetragen – und erörterten diese im Licht verschiedener Leitbilder, insbesondere dem der Gemeinwohlfizienz.

In der Workshopdiskussion verfestigte sich der Eindruck, dass positive formulierte Leitbilder vordergründig kaum kritisiert werden – denn auch die schärfsten Kritiker nehmen für sich in Anspruch, „Gemeinwohlorientierung“ oder „soziale und ökologische Gerechtigkeit“ zu fördern. Auch die einzelnen Reformvorschläge, die mit diesen Leitbildern verbunden sind, werden selten direkt kritisiert. Stattdessen dominieren häufig zwei Pauschalvorwürfe:

- Die Leitbilder seien zwar „gut gemeint“, aber von Praxis-fernen, selbsternannten Expertenkreisen ohne Rücksprache mit den Betroffenen formuliert – in der Realität wären diese Leitbilder kaum umzusetzen und würden zu erheblichen Mehrbelastungen führen.
- Die an sich positiven Leitbilder würden von im Hintergrund agierenden Lobbygruppen vorgeschoben, um andere Reformvorschläge verschleiern, die in Wahrheit gegen die „einfachen Leute“ gerichtet seien.

Im konkreten Fall der Landnutzungsstudie wurden diese pauschalen Vorwürfe häufig auf dreierlei Weise konkretisiert:

- Absichtliches Missverstehen von zentralen Fachbegriffen und Schlagwörtern, um diese im Diskurs „unbrauchbar“ zu machen: So wurde der Begriff „Gemeingut“ von einigen Fachjournalisten wider besseres Wissen mit „Kollektivgut“ gleichgesetzt, um den Eindruck zu erwecken, eine „Orientierung am Gemeinwohl“ würde die Verstaatlichung oder Vergesellschaftung von Privateigentum bedeuten.

- Das Gleichsetzen einer Reduktionsempfehlung mit Verbotspolitik: So wurde in einigen Artikeln aus „Weniger und dafür hochwertigeres Fleisch zu besseren Preisen“ eine „Zwangs-Veganisierung“.
- Empfehlungen, die für viele gelten, werden bewusst auf diejenigen bezogen, die offensichtlich nicht betroffen sind: So wurde von einigen Verbandsvertretern die Kritik am zu hohen Wasserverbrauch der Landwirtschaft in vielen Teilen der Erde zu einem Angriff auf Landwirte im regenreichen bayerischen Oberland umgedeutet.

Im Workshop erarbeiteten die Teilnehmer Empfehlungen für den angemessenen Umgang mit derartigen Erfahrungen. Dies umfasste unter anderem:

- Vorrang für persönlichen Austausch statt anonymer Blog-Wettkämpfe
- Voraussetzung dafür ist es, das eigene Netzwerk noch vor der Veröffentlichung von Studien zu stärken – wichtig sind für den persönlichen auch Austausch neutrale, aber wohlwollende Vermittler, die (öffentliche) Gesprächsrunden organisieren und moderieren
- Direktes Ansprechen der gegen die Studienautoren erhobenen Vorwürfe und aufzeigen, wie, von wem und warum auf welche Weise Stimmung erzeugt wird.
- In den Gesprächen Verletzbarkeit und Emotionalisierung zulassen, direkt thematisieren und dann Gemeinsamkeiten suchen. Auf diese Weise gelang es, die Studie zur Landnutzung am Ende zu einem wertvollen Gesprächsbeitrag zu machen, der am Ende intensiver Diskussionen weit mehr Menschen und Berufsgruppen miteinander verband, als dies vorher der Fall gewesen war.

Der Workshop konnte den Teilnehmern nur einen kleinen Überblick bieten. Doch bereits in dieser begrenzten Zeit wurde die Wichtigkeit des Themas und einer tieferen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit deutlich. Herzlichen Dank an alle Engagierten!

Literaturverzeichnis

Sachverständigengruppe Weltwirtschaft und Sozialethik (2018): Raus aus der Wachstumsgesellschaft? Eine sozialetische Analyse und Bewertung von Postwachstumsstrategien. Veröffentlichungen der Sachverständigengruppe Band 21: Raus aus der Wachstumsgesellschaft? (10.09.2025).

Sachverständigengruppe Weltwirtschaft und Sozialethik (2021): Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann. Veröffentlichungen der Sachverständigengruppe, Band 22: Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann (10.09.2025).

Sachverständigengruppe Weltwirtschaft und Sozialethik (2024): Ernährungssicherheit, Klimaschutz und Biodiversität: Ethische Perspektiven für die globale Landnutzung. Veröffentlichungen der Sachverständigengruppe, Band 23: Ernährungssicherheit, Klimaschutz und Biodiversität: Ethische Perspektiven für die globale Landnutzung (10.09.2025).

Wallacher, Johannes, Einsiedel, Stefan, Gösele, Andreas: Sustainable Development – in Space as on Earth, in: Nature Sustainability (2019) 2/ e15, 1–6.

Wortprotokoll der Sitzung des Parlamentarischen Beirats Nachhaltigkeit des Deutschen Bundestages vom 15. März 2023: <https://www.bundestag.de/resource/blob/947862/b3b3c9e11aa3947227459b8757857b31/Protokoll.pdf> (10.09.2025).

Dr. Stefan Einsiedel: Diplombiologe und Wirtschaftswissenschaftler; Geschäftsführer des Zentrums für Globale Fragen, Hochschule für Philosophie München.

Impressionen vom Transformationsforum



Von links: Anja Appel (Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz), Andrea Sölkner (Evangelische Kirche Österreich A.B. und H.B.), Jakob Lissy, Klimaschutzreferent der Evangelischen Kirche A.u.H.B.



Mitte: Andreas Sarközi (Kulturverein österreichischer Roma) im Gespräch mit Christina Hummel und Ferdinand Kaineder



Elmar Juen, Dominik Ebner (Österreichischer Blasmusikverband)



Von links: Emanuel Huemer, Ines Omann, Annemarie Felder, Ernst Furlinger, Sigrid Schwarz, Fatma Akay-Türker, Franz Fehr, Andreas Sarközi
Sarah Haider-Nash (Universität für Weiterbildung Krems): Pausenzeichen



Monika Auer (ÖGUT), Karl Kienzl (CEOs For Future), Elmar Juen (Blasmusikverband)



Von links: Ernst Furlinger (Universität für Weiterbildung Krems), Sigbert Huber (Umweltbundesamt), Fatma Akay-Türker (Muslimische Frauengesellschaft Österreich)



Barbara Calas-Reiberger, David Calas (Die Textilfabrik)



Mitte (sitzend): Christina Hainzl (Leiterin der Plattform für Nachhaltige Entwicklung der Universität für Weiterbildung Krems)



Warming Up am Morgen des zweiten Tags der Konferenz



Karl Kienzl (CEOs For Future)



Infotisch: Bodentier



Mitte: Franz Helm (Religions For Future Vienna)



Von links: Johannes Tintner-Olifiers, Barbara Steinbrunner, Christina Hummel, Sigrid Schwarz, Franz Fehr (Scientists4Future, Fachgruppe Bodenverbrauch)



Lisa Sterzinger (Zusammenhalt NÖ), Sarvenas Enayati (Bahá'í-Religionsgemeinschaft Österreich)



Ben Mayer (Austria Guides For Future)



Mitte: Tobias Griefler (Katholische Jugend Österreich)



Ninja Konrad (Südwind)



Mitte: Norbert Rainer (Klimabündnis Österreich)



Benedicta Opis, Maximilian Müller (Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreich)



Jasmin Lang (Fridays For Future Austria)



Edith Steiner-Janesch, Sarah Haider-Nash, Annemarie Felder



Von links: Adrian Praschl-Bichler, Sarah Haider-Nash, Philipp Hoffmann (Organisationsteam, Plattform Nachhaltige Entwicklung, Universität für Weiterbildung Krems)



Dino, mehr-als-menschlicher Begleiter von Margit Schratzenstaller



Johannes Tintner-Olifiers (Sc4F Austria) im Gespräch mit Andreas Hofer (Intendant IBA'27)



Mitte: Martin Brait (Delegierter Katholische Aktion Österreich)



Verena Konrad (Vorarlberger Architektur Institut), Michael Soder (AK Wien)



Mitte: Jakob Lissy (Evangelische Kirche Österreich)



Von links: Norbert Rainer (Klimabündnis Österreich), Barbara Birli (Umweltbundesamt), Sarvenas Enayati (Baha'í-Religionsgemeinschaft Österreich), Peter Böhm (HLUW Yspertal)



Franz Zlabatnig (Österreichischer Klimarat der Bürger:innen)



Ruth Picker (ÖGUT), Edith Steiner-Janesch, Ines Omann



Christian Kdolsky (Sprecher des Klimavolksbegehrens)



Von links: Birgit Prochazka (Forum Kath. Erwachsenenbildung), Leo Kudlicka (Transition Town Friesach)



Sigrid Karl (CliMates Austria)



Peter Böhm (Höhere Lehranstalt für Umwelt und Wirtschaft Yspertal)



Leo Baumfeld (Ja Demokratie)



Von links: Simon Pories (WWF), Oliver Böck, Harald Pöckl (ÖJAB)



Helene Weber-Köpf (Pioneers of Change), Stefan Einsiedel (Hochschule für Philosophie München)



Andreas Schulz (Konferenz der Kirchlichen Umweltbeauftragten Österreichs)



Mitte: Renate Hagmann (Gemeinwohlökonomie), Norbert Mayr (Allianz für Substanz)



Christof Abbrederis (Forum Kath. Erwachsenenbildung), Kerstin Riedmann (Verein Bodenfreiheit)



Gunter Schall (Austrian Development Agency)



Maximilian Müller (Pfadfinder Österreich), Michael Gassmann (Umweltbüro Erzdiözese Wien)



Birgit Prochazka (Forum Katholische Erwachsenenbildung)



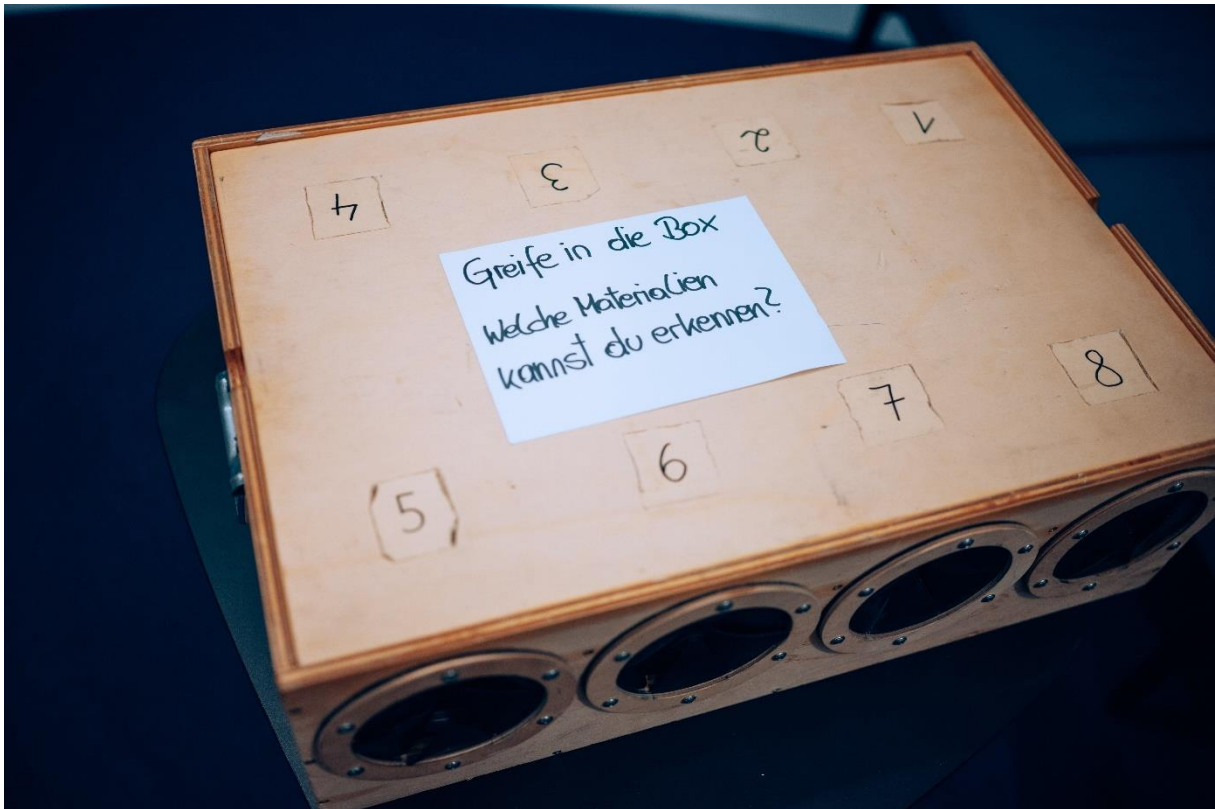
Von links: Johanna L. Belack (ÖGNI), Julia Fohrafellner (AGES), Clemens Quirin (Vorarlberger Architektur Institut)



Sr. Anneliese Herzig (Österreichische Ordenskonferenz)



Ernst Furlinger (Universität für Weiterbildung Krems), Hans Rauscher (Der Standard)



Materialbox am Infostand



Hendrik Hartmann (BOKU) und Günther Gollobich (Bundesforschungszentrum für Wald). Der Info-stand wurde von der Österreichischen Bodenkundlichen Gesellschaft ermöglicht, unter Mitarbeit des Umweltbundesamts und des Bundesforschungszentrums für Wald.



Von links (stehend): Lena Öller (Protect Our Winters), Edanur Aktan (Islamische Glaubensgemeinschaft Österreich)



Von links: Gaby Eder, Elisabeth Kerschbaum (Verein Brennpunkt Werft Korneuburg)



4. Projektschmiede

Die „Art of Hosting“-Methode „Projektschmiede“ ist ein kollegialer, ko-kreativer Beratungsprozess, um gemeinsam konkrete Projekte oder Projektideen weiterzuentwickeln. Dabei werden die kollektive Intelligenz und die unterschiedlichen Kompetenzen, Erfahrungen und Kontakte der Teilnehmenden genutzt, auf Basis der Prinzipien von Kooperation und Vielfalt. Bei der Projektschmiede 2025 wurden folgende drei Projekte bearbeitet:



(1) Projekt Renaturierung des Vereins Brennpunkt Werft Korneuburg

Eingebracht von: Eli Kerschbaum / Gaby Eder, Verein Brennpunkt Werft Korneuburg

Die Umsetzbarkeit einer „grünen Werftinsel“ (statt eines Mega-Luxus-Wohnbauprojektes) ist in greifbare Nähe gerückt. Aktuell hat auch das Land NÖ im Rahmen der Begutachtung des Örtlichen Entwicklungskonzepts die Eignung des Geländes für Wohnbau aufgrund des „Hochwasser-Restrisikos“ in Frage gestellt. Um unser Ziel zu erreichen, brauchen wir vor allem Unterstützung in Form von Know-How, Schwarmwissen und Kontakten

- zu „Rückwidmungs-Verfahren“ und den damit verbundenen Abgeltungskosten, die als Ausgleich für den Wertverlust für die Gemeinde anfallen

könnten. Könnte man dieses Risiko (ev. mit ergänzenden Gutachten zur klimawandel-bedingten Hochwasser-Entwicklung) reduzieren?

- zum Thema möglicher Renaturierungs-Förderungen (speziell auf europäischer Ebene), die ev. auch einen allfälligen Grundstücks-Wertverlust abdecken könnte. Bzw. auch zu möglichen „Nutzungen“, die auch auf einer renaturierten Werftinsel möglich wären.



Eli Kerschbaum, Gaby Eder

Nicht zuletzt haben die Grundstücke seit der Schließung der Schiffswerft einige Male die Besitzer gewechselt - wodurch sich die Grundstückspreise vervielfacht haben.

Fragestellung: ob und wie es uns weiterbringen könnte, dieses Thema rechtlich zu verfolgen.

(2) Projekt Generationenwohnen

Eingebracht von: Franz Fehr (BOKU; Vorsitz Uni-Netz; Sc4F Fachgruppe Bodenverbrauch)

Der fortschreitende Bodenverbrauch für Wohnzwecke nimmt in Österreich weiter zu. Gerade die Einfamilienhäuser in offener Bauweise mit Wohnflächen über 120 bis 200 m² liegen voll im "Trend". Andererseits werden Einfamilienhäuser, die vor rund 30 Jahren gebaut wurden, von immer weniger Personen (zum Teil nur mehr von alten Einzelpersonen) bewohnt, die diese Wohnflächen nicht mehr voll nützen und oft auch mit der Pflege des Hauses überfordert sind. Die Verfügbarmachung von diesem

bereits bestehenden Wohnraum wäre ökologisch sinnvoll und würde auch günstige Wohnmöglichkeiten z.B. für Jungfamilien bieten. Zielbild könnte sein, dass junge und alte Menschen gemeinsam wohnen und so auch von den entstehenden Synergien profitieren könnten (z.B. Pensionisten betreuen Kinder, Jungeltern machen Einkäufe, reparieren Haus und pflegen Garten).



Franz Fehr, Barbara Steinbrunner

Fragestellung: Wie schaffen wir es, organisatorische und kulturelle Hürden zu überwinden, um (alte) Besitzer:innen von Einfamilienhäusern mit Überständen an Wohnfläche mit (jungen) Menschen mit Bedarf an Wohnraum zusammenzubringen?

(3) Projekt Climathon: Enable-the-Enabler-Training

Eingebracht von: Nathalie Aubourg, Climate Lab Wien; Climathon Advisory Board

Mit dem Climathon: *Enable-The-Enabler-Training* erhalten lokale Akteur*innen die notwendige Vorbereitung, um selbst einen „Climathon“ zu organisieren. Ein Climathon ist ein niederschwelliges, ko-kreatives und umsetzungsorientiertes Beteiligungsformat, in dem Bürger*innen befähigt werden, eigene Projektideen zu entwickeln um aktiv ihre Gemeinde mitzugestalten. Wir blicken auf schöne und erfolgreiche Referenzprojekte zurück, die das Potenzial aktiver Bürger*innenbeteiligung (Stichwörter: deep

participation, Demokratie stärken) aufzeigt. Das ebenfalls umsetzungsorientierte Training wird von einem internationalen Konsortium an Climathon-Organisator*innen entwickelt. Dabei nehmen wir Rücksicht auf die unterschiedlichen Anforderungen im Feld und vermitteln Optionen, um das Format an das gegebene Umfeld anzupassen.



Nathalie Aubourg

Fragestellung: Zu welchen Konzepten, Rahmen oder Programmen lässt sich das Training einordnen, um nachhaltig lokale *Enabler* (Aktive, Ermöglicher:innen) mit diesem Training zu unterstützen? (Thema Dissemination und Finanzierung)

Moderation: Dr. Martina Handler

Tisch-Hosts: Victoria Ramstorfer, Iris Schönherr

Montag, 28. April 2025, 17.00 – 20.30 Uhr

Ort: Katholische Aktion Österreich, Spiegelgasse 3/2, Mezzanin, 1010 Wien

Veranstalter: Universität für Weiterbildung Krems, Plattform für Nachhaltige Entwicklung (SDGs)

Liste der Teilnehmenden:

Christiane Aschauer, Pioneers of Change

Nathalie Aubourg, Climathon-Beauftragte, Climate Lab

Gaby Eder, Verein Brennpunkt Werft Korneuburg

Franz Fehr, SDG-Beauftragter, BOKU

Ernst Förlinger, Universität für Weiterbildung Krems, Projektleitung

Leonhard Hartinger, Klimabündnis Österreich

Elisabeth Kerschbaum, Verein Brennpunkt Werft Korneuburg

Karl Kienzl, Obmann CEOs For Future

Caroline Krecke, Ökobüro, Bereichsleitung

Jakob Lissy, Evangelische Kirche Österreich, Klimaschutzreferent

Ines Omann, Nachhaltigkeitsforscherin, Moderatorin

Sandra Papes, Umweltberatung Österreich

Klaus Radunsky, ehem. Abteilungsleiter Umweltbundesamt

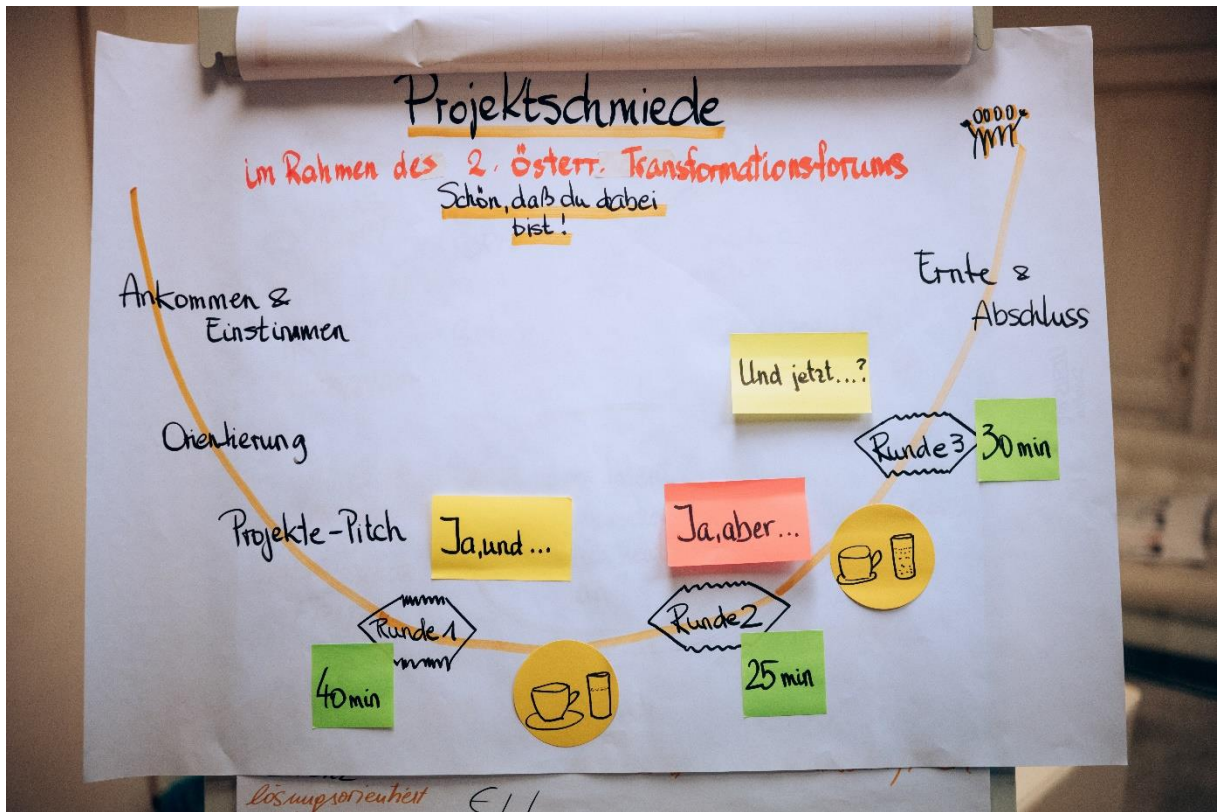
David Stanzel, Geschäftsführer, Gartenpolylog

Alexandra Syen, Umweltberatung Österreich

Florian Wagner, Ökonom, Gemeinwohlökonomie



Martina Handler (Moderation)





Ines Omann, Sarah Haider-Nash



Leonhard Hartinger, Sandra Papes, Karl Kienzl

5. Dialogworkshop

Politik – Verwaltung – Zivilgesellschaft

Mit einem Dialog-Workshop zum Thema „Boden Governance“ fand das Zweite Österreichische Transformationsforum seinen Abschluss. Die geschlossene Veranstaltung widmete sich der Vorstellung und Diskussion jener Ergebnisse, die im Rahmen des über mehrere Monate geführten Beteiligungsprozesses zum Thema Bodenschutz erarbeitet wurden. Ziel war es, zivilgesellschaftliche Perspektiven mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Praxis ins Gespräch zu bringen.



Im Zentrum des abschließenden Workshops standen Fragen nach politischen Rahmenbedingungen, gesellschaftlichen Handlungsfeldern und Kooperationsmöglichkeiten im Bereich Bodenschutz. Themen wie Flächenbegrenzung, Nachverdichtung, Entsiegelung und nachhaltige Raumnutzung wurden ebenso angesprochen wie Aspekte demokratischer Mitgestaltung.

Seitens der Politik und Verwaltung nahmen u. a. der Präsident des Österreichischen Gemeindebunds Johannes Pressl, die Nationalratsabgeordneten Lukas Hammer (Die Grünen) und Ines Holzegger (NEOS) sowie Eliette Felkel als Vertreterin der

Österreichischen Raumordnungskonferenz teil. Für die zivilgesellschaftlichen Organisationen sprachen unter anderem Markus Höckner (Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreichs), Elmar Juen (Blasmusikverband), Ferdinand Kaineder (Katholische Aktion Österreich) und Norbert Rainer (Klimabündnis/Bodenbündnis). Seitens der Wissenschaft wirkte u.a. Barbara Steinbrunner (TU Wien, Forschungsbereich Bodenmanagement und Bodenpolitik) mit, die den fast einjährigen zivilgesellschaftlichen Prozess fachlich begleitet hatte.



Von links: Lukas Hammer (Die Grünen im Parlament), Sarah Haider-Nash (Universität für Weiterbildung Krems), Ferdinand Kaineder (Katholische Aktion Österreich)

Moderation: Dr. Ines Omann

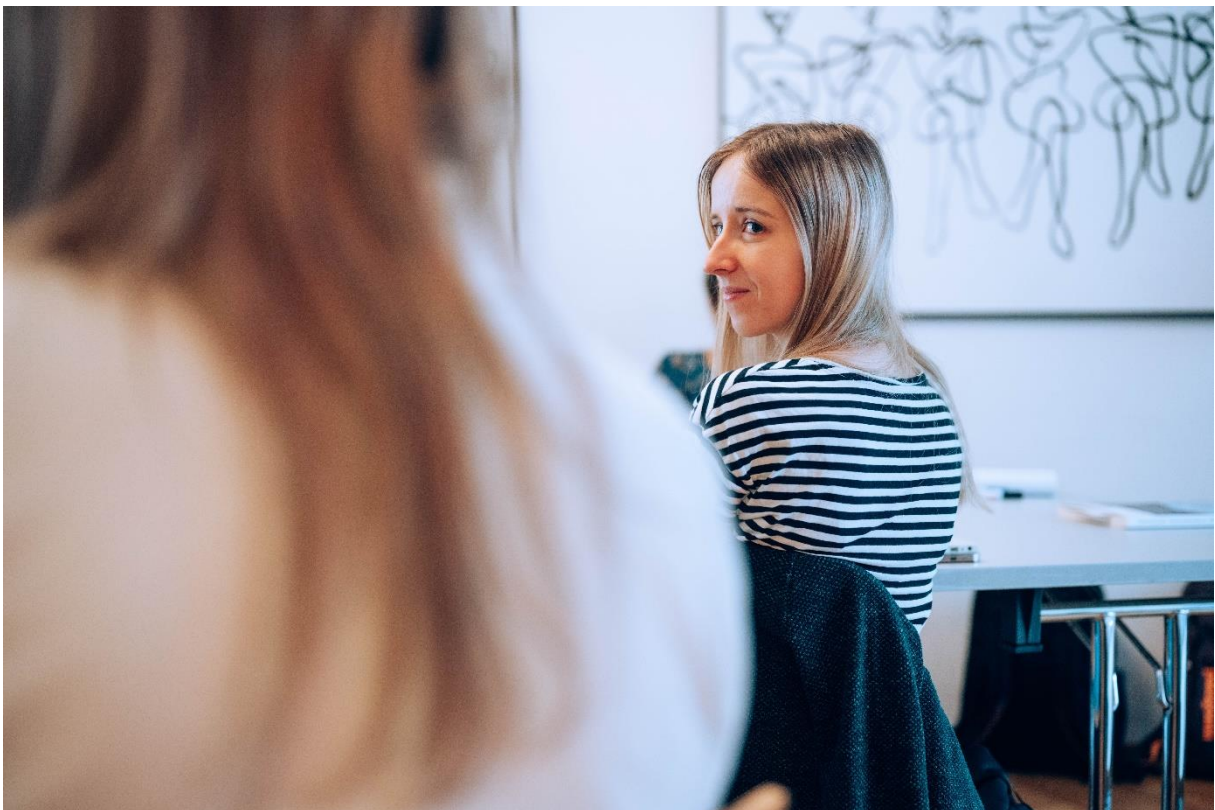
Vorbereitungsteam: Dr. Ernst Furlinger, Dr. Sarah Haider-Nash (Universität für Weiterbildung Krems), Dr. Ines Omann, Univ.-Ass. DI Barbara Steinbrunner, MSc (Sc4F, Fachgruppe Bodenverbrauch)

13. Juni 2025

Ort: Österreichisches Institut für Internationale Politik (ÖIIP), Wien



Johannes Pressl (Österreichischer Gemeindebund), Eliette Felkel (ÖROK)



Ines Holzegger (Nationalratsabgeordnete der NEOS)



Von links: Franz Fehr (BOKU), Elmar Juen (Österreichischer Blasmusikverband), Markus Höckner (Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreich)



Mitte: Barbara Steinbrunner (Sc4F)



Stehend: Ernst Furlinger (Universität für Weiterbildung Krems)

6. Anhang

Lokale Bodengovernance

Ein Orientierungsrahmen für die Kommunalpolitik²⁰⁵

Leo Baumfeld



1. Warum Boden Kommunalpolitik überfordert – und warum genau dort angesetzt werden muss

Kommunalpolitik trifft jeden Tag Entscheidungen über Boden – oft ohne sich dessen Tragweite bewusst zu sein. Ob Widmung, Baubewilligung oder neue Infrastruktur: Stets geht es um Eingriffe in ein Medium, das sich nicht vermehren lässt und dessen Folgen erst Jahre oder sogar Jahrzehnte später sichtbar werden. Genau hier liegt

²⁰⁵ Hintergrund: Teil des Prozesses des 2. Transformationsforums zum Thema Bodenschutz war die Entwicklung eines Modells für Bodengovernance auf lokaler Ebene durch Leo Baumfeld. Es wurde bei zwei Treffen der Steuerungsgruppe des Transformationsforums zusammen mit Mitgliedern der Sc4F-Fachgruppe Bodenverbrauch diskutiert (EF).

das Dilemma: Während Boden langsam und dauerhaft wirkt, denkt Kommunalpolitik in Wahlperioden, Budgetjahren und Ressortgrenzen. Das Ergebnis sind Entscheidungen mit großer Trägheit, dauerhaften Pfadabhängigkeiten und erheblichen Verteilungswirkungen – lange nachdem die Beschlüsse gefasst wurden.

Diese Spannung führt nicht selten zu Überforderung. Entscheidungen werden formal korrekt getroffen, aber strategisch nicht eingeholt. Der Boden wird „mitverhandelt“, aber nicht bewusst gesteuert. Bodengovernance setzt genau an dieser Stelle an: nicht als zusätzliches Instrument, sondern als *Orientierungsrahmen*, der Kommunalpolitik hilft, Verantwortung für Langzeitwirkungen zu übernehmen, ohne handlungsunfähig zu werden.

2. Die vier Grundfragen als politischer Orientierungsrahmen

In diesem Beitrag skizziere ich die „Bodengovernance“ entlang von vier Grundfragen, die als Orientierungsrahmen für kommunale Bodenpolitik dienen können:

1. Kennen wir die Voraussetzungen, von denen wir leben?
2. In welchem Ausmaß können wir diese Voraussetzungen selbst garantieren?
3. Mit wem müssen oder sollen wir kooperieren, damit mehr Voraussetzungen garantiert werden können?
4. Haben wir gemeinsame Reflexionspraktiken, um die ersten drei Fragen angemessen zu besprechen und Verantwortung dauerhaft zu tragen?

Durch die Beantwortung dieser Fragen wird die Souveränität eines sozialen Systems bewusst gemacht. Sie wirken als *politischer Kompass*, der Einzelentscheidungen in einen größeren Zusammenhang stellt und Kommunalpolitik eine gemeinsame Sprache für Orientierung, Kooperation und Lernen bietet.

3. Boden als wichtige Voraussetzung, von der Gemeinden leben

Boden ist mehr als eine Ressource. Er ist eine wichtige *Voraussetzung*, von der Gemeinden leben – ökologisch, sozial, ökonomisch und demokratisch.

Ökologisch ist der Boden Träger von Wasserhaushalt, Kühlung, Biodiversität und Ernährungssicherheit. Sozial ermöglicht er Wohnen, Begegnung, Erholung und Zugehörigkeit. Ökonomisch ist er Grundlage von Arbeit, Standortqualität und Wertschöpfung. Demokratisch entscheidet der Zugang zu Boden darüber, wer teilhaben kann und wer ausgeschlossen wird.

Die erste grundlegende Orientierungsfrage lautet daher: *Kennen wir die Voraussetzungen, von denen wir leben – oder sehen wir nur ihre kurzfristigen Nutzungen?*

Bodengovernance beginnt mit dieser Bewusstseinsverschiebung: vom Boden als

Objekt einzelner Entscheidungen hin zum Boden als im wahrsten Sinne des Wortes *tragendes Medium* kommunalen Lebens.

4. Was Gemeinden beim Boden nicht selbst garantieren können

So zentral Boden ist – Gemeinden können seine Voraussetzungen nicht allein sichern. Marktmechanismen führen zur Kapitalisierung und Spekulation. Staatliche Steuerung reagiert häufig mit steigender Regelungsdichte, um fehlendes Vertrauen auszugleichen. Planung bleibt oft technisch, während soziale Dynamiken unberücksichtigt bleiben.

Die zweite Grundfrage wird hier relevant: *In welchem Ausmaß können wir diese Voraussetzungen selbst garantieren – und wo beginnt strukturelle Überforderung?*

Die ehrliche Antwort lautet: Gemeinden können Boden nicht allein steuern. Sie sind auf Kooperation angewiesen – mit Eigentümer:innen, Nutzer:innen, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Verwaltung und übergeordneten Ebenen. Genau hier entsteht der Raum für Governance.

Warum Marktlogik und Einzelentscheidungen scheitern müssen

Boden ist ein überforderndes Gut für Markt- und Einzelsteuerung. Er ist nicht vermehrbar, nicht substituierbar und kaum reversibel nutzbar. Jede Entscheidung erzeugt Pfadabhängigkeiten, die spätere Handlungsspielräume massiv einschränken.

Wenn Boden primär über Marktlogik gesteuert wird, verstärken sich Ungleichheiten. Wenn er ausschließlich über Einzelentscheidungen verwaltet wird, fehlt der Blick für kumulative Wirkungen. Bodengovernance ist daher kein Luxus, sondern eine notwendige Antwort auf die strukturelle Überforderung klassischer Steuerungsformen.

5. Governance statt Alleinverantwortung: ein neues Steuerungsverständnis

Governance bedeutet nicht den Rückzug der Politik, sondern ihre Erweiterung. Sie beschreibt bewusst gestaltete Kooperationen mehrerer Akteurssysteme, die sich auf ein gemeinsames Anliegen verpflichten und Verantwortung teilen.

Für die Kommunalpolitik heißt das: nicht alles selbst entscheiden zu wollen, sondern Entscheidungsfähigkeit durch Kooperation zu erhöhen.

Hier greift die dritte Grundfrage: *Mit wem müssen wir kooperieren, um Boden verantwortungsvoll zu steuern?*

Claimholder: Wer legitime Ansprüche an Boden hat

Boden betrifft nicht nur Stakeholder, sondern Claimholder – Akteur:innen mit legitimen Ansprüchen. Dazu zählen Eigentümer:innen ebenso wie Nutzer:innen, Anwohner:innen, landwirtschaftliche Betriebe, Wirtschaft, Verwaltung und Politik. Auch zukünftige Generationen sind implizite Claimholder.

Legitimität entsteht nicht allein aus Eigentum, sondern aus Betroffenheit und Verantwortung. Bodengovernance schafft Räume, in denen diese Ansprüche sichtbar, verhandelbar und kooperativ bearbeitet werden können.

Welche Governance-Typen Gemeinden kombinieren müssen

Kommunen bewegen sich immer in einem Mix aus Governance-Formen: klassisches Government, kollaborative Governance, Netzwerk-Governance und marktba- sierte Steuerung. Keine dieser Formen ist für sich ausreichend.

Für den Boden empfiehlt sich eine bewusste Kombination: staatliche Rahmenset- zung dort, wo Grenzen notwendig sind, und kooperative Selbststeuerung dort, wo Lernen, Vertrauen und Innovation gefragt sind.

Beidhändigkeit: Die doppelte Rolle kommunaler Politik

Kommunalpolitik ist zugleich Regelsetzerin und Ermöglicherin. Diese Beidhändig- keit verlangt Rollendisziplin: zu wissen, wann man in der klassischen Institution han- delt und wann in einer kooperativen Governance-Arena.

Beidhändigkeit verhindert Scheindebatten zwischen „Markt oder Staat“ und eröff- net stattdessen produktive Kooperation.

Korridorpolitik: Wo Gemeinden strikt sein müssen – und wo offen

Nicht jede Bodenfrage braucht dieselbe Regelungstiefe. Manche Themen verlangen klare Grenzwerte (Ampel), andere koordinierte Offenheit (Kreisverkehr), wieder an- dere experimentelle Räume (Begegnungszone).

Korridorpolitik bedeutet, Handlungsspielräume bewusst zu gestalten – statt sie zu- fällig entstehen zu lassen oder vollständig zu schließen.

6. Bodengovernance als Zukunftsfähigkeit der Gemeinde

Bodengovernance ist keine zusätzliche Aufgabe, sondern eine Schlüsselkompetenz moderner Kommunalpolitik. Sie ermöglicht Verantwortung jenseits von Einzelent- scheidungen, Kooperation jenseits von Zuständigkeitsgrenzen und Zukunftsfähigkeit über Wahlperioden hinaus.

Gemeinden, die Bodengovernance etablieren, investieren nicht in Projekte – son- dern in die Voraussetzungen ihres eigenen Fortbestehens.

Bodenpolitik folgt selten abgeschlossenen Tauschlogiken. Nutzen heute verpflich- tet zu Rücksicht morgen. Diese *indirekte Reziprozität* lenkt den Blick auf die Vorausset- zungen, von denen wir leben – und verbindet kurzfristige Entscheidungen mit lang- fristiger Verantwortung.

Hier wird die vierte Grundfrage zentral: *Haben wir gemeinsame Reflexionspraktiken, um diese Verantwortung dauerhaft zu tragen?*

Der Weg zum Bodengovernance-Arrangement

Bodengovernance entsteht nicht über Nacht. Ich empfehle einen vierphasigen Weg:

1. Informieren und Abstimmen
2. Lernen und Perspektiven verbinden
3. Partielle Projekte
4. Gemeinsame Schwerpunkte

Vertrauen entsteht vor Verbindlichkeit. Erst wenn Kooperation trägt, lohnt Institutionalisierung.

„Governance“: Warum Kooperation Führung braucht

Governance braucht Management – nicht bürokratisch, sondern orientierend. Klare Arenen, verlässliche Rhythmen und geteilte Aufmerksamkeit sind entscheidend. Governance sichert, dass Kooperation nicht versandet, sondern wirksam bleibt.

„Governance“ bezeichnet die konkrete handwerkliche Praxis von Governance – also die Weise, wie Steuerung, Koordination und Selbstbindung tatsächlich vollzogen werden. Der Begriff grenzt sich bewusst von *Management* ab, das stark zweck-, effizienz- und organisationslogisch geprägt ist, und präzisiert zugleich *Governance*, das als Begriff allein oft zu offen und kontingent bleibt. *Governance* lenkt den Blick auf Verfahren, Kompetenzen, Routinen und Lernprozesse, durch die Governance im Alltag wirksam wird, ohne auf reine Steuerungs- oder Kontrolllogik reduziert zu werden.

Entscheidungsprämissen als politisches Führungsinstrument

Gute Entscheidungen brauchen gute Voraussetzungen. Programme, Kommunikationswege, Personen und Kultur wirken als Entscheidungsprämissen. Wer sie reflektiert, steuert nicht nur Ergebnisse, sondern die Qualität von Entscheidungen selbst.

7. Mögliche Praxis für lokale Bodengovernance in einer wachsenden Gemeinde

Das folgende Beispiel ist zwar fiktiv, aber es repräsentiert viele Teilerfahrungen aus Kommunen, die hier beispielhaft in einen Prozess zusammengeführt wurden.

Ausgangslage

Eine Gemeinde mit rund 8.000 Einwohner:innen liegt im Einzugsbereich einer größeren Stadt. Die Bevölkerungszahl wächst moderat, der Druck auf den Boden steigt deutlich. In den letzten Jahren haben sich folgende Entwicklungen überlagert:

- steigende Grundstückspreise,
- zunehmende Bodenversiegelung,
- Konflikte zwischen Wohnbau, Gewerbeansiedlung und Landwirtschaft,
- wachsender Unmut in der Bevölkerung über „Einzelfallentscheidungen“.

Der Gemeinderat stellt fest: Formal ist alles korrekt, aber strategisch fehlt eine gemeinsame Linie. Entscheidungen wirken reaktiv, nicht gestaltend.

Der Wendepunkt: Eine neue Fragestellung

Ausgangspunkt ist nicht ein neues Instrument, sondern eine andere politische Frage:

„Welche Voraussetzungen braucht unsere Gemeinde, damit sie auch in 20 Jahren noch gut bewohnbar ist – und wie können wir diese gemeinsam sichern?“

Damit wird Boden nicht mehr nur als Widmungsfrage, sondern als Zukunftsmedium verhandelt.

Schritt 1: Informieren und Abstimmen

Der Gemeinderat beschließt, keine neuen Widmungsentscheidungen zu treffen, bevor eine gemeinsame Klärung erfolgt. Es wird ein Bodengovernance-Arbeitskreis eingerichtet – bewusst klein, aber vielfältig:

- Vertreter:innen aus Politik und Verwaltung,
- Landwirtschaft,
- Wohnbau,
- Wirtschaft,
- Zivilgesellschaft.

In mehreren Sitzungen werden Daten zusammengetragen:

- Flächenverbrauch,
- Leerstände,
- Bodenpreise,
- Nutzungskonflikte.

Ziel im 1. Schritt ist keine Entscheidung, sondern ein gemeinsames Lagebild.

Schritt 2: Lernen und Perspektiven verbinden

In einem nächsten Schritt werden die unterschiedlichen Perspektiven bewusst nebeneinandergestellt:

- Für Landwirt:innen ist Boden Existenzgrundlage.
- Für junge Familien ist Boden Zugang zu Wohnen.
- Für Betriebe ist Boden Standortfaktor.
- Für die Gemeinde ist Boden Träger von Infrastrukturkosten.

Entscheidend ist:

Die Beteiligten erkennen, dass keine dieser Perspektiven „falsch“ ist, aber auch keine für sich allein tragfähig ist.

Hier wird erstmals explizit mit den vier Grundfragen gearbeitet:

- Was sind unsere gemeinsamen Voraussetzungen?
- Wo überfordern wir uns mit Einzelentscheidungen?
- Wer muss mit wem kooperieren?
- Wie halten wir diese Fragen präsent?

Schritt 3: Partielle Projekte statt Gesamtplan

Anstatt sofort eine große Bodenstrategie zu beschließen, einigt sich der Arbeitskreis auf zwei überschaubare Projekte:

1. **Leerstandsaktivierung** im Ortskern
– mit Beratung für Eigentümer:innen und moderaten Anreizen.
2. **Bodennutzungsdialog** für ein neues Siedlungsgebiet
– bevor eine Widmung erfolgt.

Diese Projekte sind bewusst *lernorientiert* angelegt. Sie sollen zeigen, ob Kooperation trägt.

Schritt 4: Gemeinsame Schwerpunkte und klare Korridore

Nach etwa einem Jahr werden die Erfahrungen ausgewertet. Der Gemeinderat trifft nun zwei politische Grundsatzentscheidungen:

1. **Klare Grenzwerte**
– z. B. kein weiteres Bauland ohne gleichzeitige Aktivierung bestehender Flächen.
2. **Offene Entwicklungsräume**
– z. B. kooperative Verfahren für gemischte Nutzungen statt fixer Vorgaben.

Die Gemeinde betreibt nun bewusst **Korridorpolitik**:

- strenge Regeln dort, wo irreversible Schäden drohen.
- Gestaltungsspielräume dort, wo Lernen möglich ist.

Rolle der Kommunalpolitik

Die Politik bleibt entscheidungsfähig – aber anders:

- Sie entscheidet nicht mehr alles allein,

- sondern gestaltet Rahmen, Prozesse und Kooperationen.
- Sie ist gleichzeitig klassische Institution (Widmung, Beschluss) und Flow-Institution (Dialog, Lernen, Governance).

Diese Beidhändigkeit wird explizit kommuniziert – auch gegenüber der Bevölkerung.

Mögliche Wirkung nach drei Jahren

- Entscheidungen werden nachvollziehbarer, auch wenn sie konflikthaft bleiben.
- Der Vorwurf der „Willkür“ nimmt ab.
- Die Gemeinde gewinnt Zeit, weil Konflikte früher bearbeitet werden.
- Bodenpolitik wird als Gemeinschaftsaufgabe verstanden, nicht als technisches Randthema.

Lernpunkt für andere Gemeinden

Bodengovernance ist kein Großprojekt. Sie beginnt dort, wo Kommunalpolitik bereit ist,

- Voraussetzungen statt nur Maßnahmen zu diskutieren,
- Kooperation als politische Kompetenz zu begreifen,
- und Verantwortung über Wahlperioden hinweg zu denken.

8. Beginn-Check für eine lokale Bodengovernance

Wer mit der Idee liebäugelt eine lokale Bodengovernance zu etablieren, dem sei hier ein Kurz-Check in die Hand gegeben, um zu prüfen, ob die Voraussetzungen dazu aktuell überhaupt gegeben sind.

1. Liegt ein attraktives gemeinsames Anliegen „in der Luft“?
(Gemeinsam stärker sein oder eine größere Gefahr vermeiden)
2. Sind zunächst mind. DREI Akteurssysteme bereit sich, sich diesem Thema gemeinsam zu widmen? (Gesetz der Stabilität = beginne mit drei Partnern)
3. Ist unter den beteiligten Akteur:innen die Bereitschaft zu partnerschaftlichen Beziehungsangeboten und garantierter gleichberechtigter Zugang zu den Entscheidungsarenen gegeben?
4. Werden die sich ergänzenden Ressourcen als gleichberechtigt akzeptiert? Es sind die Vertreter:innen der Ressourcen Geld, Politische Macht, Wissen, Beziehungszugänge, Leidenschaft.

5. Kann Vertrauen als starkes Sozialkapital im noch kleinen Netzwerk angenommen werden (bevor es zu einer Partnerschaft kommt, wird wahrscheinlich netzwerkartig kommuniziert)?
6. Liegt eine Bindungsbereitschaft der Governancepartner für einen längerfristigen (mehr als ein Jahr und weniger als 7 Jahre) Zeithorizont vor?
7. Haben die Partner:innen selbst ein Interesse an stabilen „Herkunftssystemen“ jedes Partners bzw. Partnerin?
8. Ist für den Beginn eine Verständigung auf ein gemeinsames Lern- und Beobachtungssystem (Monitoring) möglich?

Wenn mindestens drei Aspekte mit einem eindeutigen JA, weitere drei Aspekte mit einem JA mit guter Wahrscheinlichkeit und zwei weitere Aspekte mit einem eher wahrscheinlichen JA eingeschätzt werden können, dann ist die Erfolgsaussicht für ein Boden-Governance-Arrangement gegeben.

9. Schlussbemerkung

Eine zukunftsethische Perspektive würde verlangen, Boden konsequent aus der Sicht kommender Generationen zu denken. Die hier skizzierte Bodengovernance bleibt bewusst pragmatisch. Sie erhebt nicht den Anspruch, die tieferliegenden Logiken von Boden, Eigentum und Wachstum grundsätzlich zu transformieren, sondern markiert einen ersten, realistischen Schritt dorthin. Transformation beginnt hier nicht mit dem großen Bruch, sondern mit veränderter Aufmerksamkeit, neuen Fragen und der Bereitschaft, Verantwortung anders zu organisieren.²⁰⁶

Leo Baumfeld: Organisations- und Regionalberater, seit Jahrzehnten im Bereich der Regionalentwicklung tätig, u.a. als Partner der ÖAR, einem Netzwerk selbständiger Berater:innen. Schwerpunkte: Regionalentwicklung, Strategieentwicklung, Begleitung komplexer Organisationen, Moderation und Coaching von Regionalmanagements und Netzwerken. Mitarbeit in der Initiative „Ja Demokratie“.

²⁰⁶ Wer sich dem Thema widmen möchte kann weiterführende Handlungsanleitungen beim Autor erfragen: baumfeld@oear.at

Transformation passiert JETZT

Wir sollten mitbestimmen in welche Richtung es geht! Bodenpolitik als Beispiel

Franz Fehr

Boden geht uns alle an

Gesunder Boden ist Grundlage unseres Lebens – in vielfältiger Weise. Zum Beispiel ist Boden als Pflanzenstandort Basis unserer Ernährung. Boden ist wichtig für die Entstehung von Trinkwasser aufgrund seiner vielfältigen Reinigungsmechanismen und schützt uns auch durch seine Speicherfunktionen vor Überflutungen. Boden ist in vielfältiger Weise mit unserem Klima verbunden, fungiert als CO₂-Senke und ist ein Refugium für Biodiversität. Boden ist aber auch vielfältige Rohstoffquelle und Standort für Wohnhäuser, Straßen, Industrie etc. - und damit sind wir schon inmitten der vielfältigen Nutzungskonflikte, die durch die menschlichen Ansprüche an unseren Boden entstehen.

Seit jeher besteht Sorge um die Ernährungssicherheit angesichts der schwindenden Flächen, die für Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Auch die Bodenqualität und Bodengesundheit selbst sind seit vielen Jahren ein vielbeachtetes Thema. Mit in Kraft treten der EU-Renaturierungsverordnung²⁰⁷ („Nature Restoration Law“) im August 2024 wurden die EU-Mitgliedstaaten auch verpflichtet, bis 2030 Maßnahmen zur Wiederherstellung von mindestens 20 % der geschädigten Land- (und Meeresflächen) zu ergreifen. Aus Sicht vieler Landwirtschaftsvertreter:innen erhöht das den Intensivierungsdruck auf landwirtschaftliche Nutzflächen weiter, da es den Verlust von wertvollen Flächen für unsere Lebensmittelproduktion bedeuten kann.

Was in den Debatten aber leider zu sehr in den Hintergrund rückt, ist die Gefahr des unwiederbringlichen Flächenverlustes durch raumordnungspolitische Versäumnisse. Denn der Bodenverbrauch durch Verbauung, also die Flächeninanspruchnahme für Bauland und Infrastruktur, schreitet weiter stark voran.

Dabei gibt es gerade aus raumplanerischer Sicht zahlreiche Aufrufe und Initiativen, die Problemlage konstruktiv aber konsequent anzugehen. Wissenschaftler:innen wie Professor Stöglehner rufen zur Rettung der Böden auf.²⁰⁸ Das Austrian Panel on Climate Change hebt in vielfältigen Publikationen²⁰⁹ die Bedeutung von Böden für

²⁰⁷ EU: Verordnung 2024/1991 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2024 über die Wiederherstellung der Natur und zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/869. <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1991/oj>

²⁰⁸ Gernot Stöglehner Gernot: Rettet die Böden. Ein Plädoyer für eine nachhaltige Raumentwicklung, Wien: Falter Verlag, 2024.

²⁰⁹ APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben, Berlin/ Heidelberg: Springer Spektrum, 2023; APCC Special Report: Landnutzung und Klimawandel in Österreich, Berlin/ Heidelberg: Springer Spektrum, 2024.

nachhaltige Entwicklung in Österreich hervor - insbesondere in den Handlungsfeldern Wohnen, Ernährung und Mobilität.

Ein bedeutender Meilenstein gelang der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) 2021 mit der Veröffentlichung des Österreichischen Raumentwicklungskonzeptes „ÖREK 2030 – Raum für Wandel“.²¹⁰ Es zeigt auf, dass bis 2030 weichenstellende Entscheidungen getroffen und Maßnahmen in Raumentwicklung und Raumordnung gesetzt werden müssen, um die vereinbarten Klimaziele zu erreichen. Wesentliche Punkte sind dabei Flächenverbrauch und Bodenversiegelung reduzieren, Klimawandelanpassung durch Raumentwicklung und Raumordnung unterstützen, sowie Daseinsvorsorge für gleichwertige Lebensbedingungen gestalten und leistbares Wohnen sichern.

Die Österreichische Bundesregierung hat im Regierungsprogramm 2020–2024 unter dem Motto „Gesunde Böden und zukunftsfähige Raumordnung“ für eine österreichweite Bodenschutzstrategie den „Zielpfad zur Reduktion des Flächenverbrauchs auf netto 2,5 ha/Tag bis 2030“ formuliert. Leider kam es aber nicht zur Umsetzung eines solchen verbindlichen quantitativen Zieles, und im Februar 2024 wurde bei einem Treffen der Landesraumordnungsreferent:innen in Oberösterreich ein Entwurf zur Bodenstrategie ohne derartige Zielformulierung beschlossen.

Gelebte Demokratie - Bürger:innen übernehmen Verantwortung

Die Bewahrung natürlicher Ressourcen und biologischer Vielfalt, insbesondere der Bodenschutz ist den Menschen in Österreich aber tatsächlich sehr wichtig. Das zeigen viele Beispiele zivilgesellschaftlichen Engagements gegen das rastlose Betonieren und Asphaltieren, wie die Initiativen gegen die Ostumfahrung von Wiener Neustadt oder den Lobau-Tunnel zeigen.

Es gibt aber auch kleine, lokale Bürgerinitiativen, die Anrainer:innen zu Akteur:innen machen. Wie zum Beispiel in Rohrendorf bei Krems, wo der Gemeinderat im Herbst 2022 beschlossen hatte einen neuen Bauhof in unmittelbarer Nähe eines durch NATURA2000 geschützten Auwaldes zu bauen und dafür die Widmung dieser Felder von Grünland-Freihaltefläche zu Bauland-Industriegebiet abzuändern. Hier wehrten sich vor allem junge Familien, da sie ihren naturnahen Erholungsraum und Abenteuer-spielplatz für ihre Kinder in Gefahr sahen. Es wurde eine Bürgerinitiative gegründet, die auf Rückwidmung sowie Überdenken der geplanten Bauvorhaben der Gemeinde drängte. Das Echo auf das Anliegen dieser Bürgerinitiative war unerwartet stark. Einerseits trafen die Anliegen der Initiative bei sehr vielen Menschen im Dorf auf großes Interesse und überwältigende Zustimmung, sowie mediale Aufmerksamkeit. Andererseits wurden aber die Akteur:innen der Bürgerinitiative von politischen Vertreter:innen der Gemeinde angefeindet und unter Druck gesetzt die Initiative abzubrechen. Als dann eine Volksbefragung zur Abstimmung über die Sachlage verlangt wurde, knickte die Gemeindeg Spitze aber ein und widmete die Flächen im März 2023 wieder zurück.

²¹⁰ ÖROK: Raum für Wandel: Das Österreichische Raumentwicklungskonzept ÖREK 2030. Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK), Wien 2021.

Dieses Beispiel zeigt, dass einerseits in manchen politischen Entscheidungsgremien wenig wirkliches Verständnis für die Interessenslagen von Bürger:innen vorhanden ist, und bei Widerspruch schnell Druck aufgebaut wird. Andererseits zeugt es davon, dass auch kleine Initiativen bürgerlichen Widerstands rasch zu wesentlichen Änderungen von politischen Prozessen führen können. Kurz gesagt: Gelebte Demokratie und politisches Engagement lohnen sich!

Ermächtigung durch „in's Tun“ kommen

Das Gefühl der Hilflosigkeit gegenüber großen, globalen Bedrohungen führt bei vielen Menschen zu Reaktionen mit Verdrängung und Egozentrik („ich schaue auf mich, die „Anderen“ machen sowieso was sie wollen“). Andererseits erwachsen daraus – gerade bei vielen jungen Menschen, die voll Motivation ihr Leben gestalten wollen – großer Frust, Verzweiflung und Zukunfts-Angst. Letzterem begegnen einige mit Aktivismus. Bewegungen wie Fridays for Future (F4F), Extinction Rebellion (XR) oder die Letzte Generation (LG) sind Ansätze zur Koordination dieser Bestrebungen. Die Erfolge sind unterschiedlich.

Die gemäßigte F4F-Bewegung fand vor allem in den ersten Jahren viele Unterstützer:innen sowie Sympathien in der Bevölkerung und konnte so auch den Ausgang der Nationalratswahl 2019 wesentlich beeinflussen. In den letzten Jahren ist die Akzeptanz der Initiativen aber bei vielen Bürger:innen stark rückläufig und derartige Gruppierungen werden an den Rand unseres Rechtssystems gedrängt. Zudem kommt, dass die internationalen politischen Entwicklungen zunehmend radikaler werden und vielerorts entmutigend wirken. Demokratiepoltisch erscheint dies höchst bedenklich.

„Wer in der Demokratie schläft, wird in der Diktatur erwachen!“ Auch wenn die Herkunft des Zitats unklar ist, so ist es doch für unsere heutige Zeit sehr passend. Wir alle sind gefordert, gerade in den offensichtlich schwierigen Zeiten unsere Motivation und Zuversicht zu behalten. Denn „Für Pessimismus ist es zu spät“,²¹¹ und das aktive Engagement für ein gutes, und generationengerechtes Morgen kann nicht nur Wahlergebnisse beeinflussen, sondern auch als sinngebende Tätigkeit und ein Akt der Selbstermächtigung erlebt werden.

Transformation unserer Gesellschaft – von der Raupe zum Schmetterling

Seit vielen Jahren reden wir davon, wie dringend nötig eine tiefgreifende, große Transformation unserer Gesellschaft ist (siehe WBGU-Bericht an die deutsche Bundesregierung).²¹² Wir sprechen von Zukunftsfähigkeit, Einzeltauglichkeit, Generationengerechtigkeit oder allgemein von Nachhaltigkeit im Sinne der Brundtland-Kommission.²¹³ Der Diskurs beschränkt sich dabei aber meist auf naturwissenschaftlich-

²¹¹ Helga Kromp-Kolb: Für Pessimismus ist es zu spät. Wir sind Teil der Lösung, Graz: Molden, 2023.

²¹² WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel, Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten. Berlin: WBGU, 2011, erw. 2018.

²¹³ United Nations: Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future. [Brundtland Report] Document A/42/427 of UN General Assembly, New York 1987.

technische sowie ökonomische Details und übersieht oft die tiefgreifende gesellschaftlich-kulturelle Herausforderung.

Angelehnt an Philipp Blom²¹⁴ meine ich, dass wir vor dem Ende der abrahamitischen Kultur stehen. „Macht euch die Erde untertan“ geht sich bei unserem Ressourcenverbrauch einfach nicht mehr aus. Uns als Mitgeschöpfe unserer „Mutter Erde“ zu verstehen und diese „Pachamama“ entsprechend zu ehren bzw. wert zu schätzen, wäre dringend nötig. Und wenn wir den ersten Artikel der UN-Deklaration der Allgemeinen Menschenrechte²¹⁵ ernst nehmen und jedem Menschen dieses Planeten gleiche Rechte (also auch auf den Konsum natürlicher Ressourcen) einräumen wird klar, dass wir unsere Ansprüche und Bedürfnisse umdenken müssen.

Wollen wir eine gute Zukunft für uns und unsere Kinder, dann sollten – oder besser müssen - wir uns genuin neu denken. Angelehnt an die Verwandlung einer Raupe zum Schmetterling (also von einem Wesen, das sich nach der Phase der gierigen Nahrungsaufnahme und des exzessiven Wachstums in ein Puppen-Stadium der tiefgreifenden Veränderung begibt, um sich in ein wundervolles, reifes Geschöpf zu verwandeln, das fruchtbar für den Fortbestand ihrer Spezies sorgt und sich von Blütennektar ernährt) sollten auch wir innehalten und uns in eine gute, fruchtbare Gesellschaft verwandeln, die sich anstatt auf raschen Konsum besser auf die wesentlichen, glücklich machenden Aspekte menschlichen Lebens fokussiert, und für eine gute Zukunft der nächsten Generationen sorgt.

DI DP Franz Fehr, MSc: SDG-Koordinator der BOKU, Vorstandsmitglied des Austrian Center for Transformation (ACT), Umweltgemeinderat der Gemeinde Rohrendorf bei Krems, Sprecher der Kleinregion Kremstal.

²¹⁴ Philipp Blom: Die Unterwerfung. Anfang und Ende der menschlichen Herrschaft über die Natur, München: dtv 2024.

²¹⁵ United Nations: Universal Declaration of Human Rights (UNDHR). UN General Assembly, New York 1948.

Woraus Transformation erwächst

Haltung, Bewusstsein und die Qualität der Begegnung

Annemarie Felder

Die Erfahrungen aus zwei Transformationsforen wirken in mir nach – in Herz, Kopf und Hand. In meiner Rolle als Prozessmoderatorin verdichte ich diese Erfahrungen und richte den Blick darauf, wie Transformation tatsächlich gelingen kann. Mit dieser Perspektive freue ich mich auf das dritte Österreichische Transformationsforum zum Thema „Zuversicht Demokratie. Weiterentwickeln, was uns trägt“.

Meine Beobachtungen und Überlegungen sind dabei wesentlich geprägt von den Grundannahmen von *Spiral Dynamics* und deren Weiterentwicklung in *Spiritual Dynamics*. Beide Ansätze gehen davon aus, dass sich individuelles und kollektives Bewusstsein in unterschiedlichen Ebenen entfaltet, die jeweils eigene Werte, Wahrnehmungen und Handlungsweisen hervorbringen (Beck/Cowan 1996). Gesellschaftliche Dynamiken – ebenso wie Konflikte – lassen sich vor diesem Hintergrund als Ausdruck dieser unterschiedlichen Bewusstseinslogiken verstehen.

Während *Spiral Dynamics* vor allem die Entwicklung von Wertesystemen und kulturellen Mustern beschreibt, erweitert *Spiritual Dynamics* diese Perspektive um eine innere Dimension: Bewusstsein wird nicht nur als kognitive Struktur verstanden, sondern als Qualität von Wahrnehmung, Beziehung und Verbundenheit. Entwicklung zeigt sich damit weniger im äußeren Verhalten als in der Tiefe der Haltung – in der Fähigkeit, Komplexität zu integrieren, Ambivalenzen auszuhalten und sich als Teil eines größeren Ganzen zu begreifen.

Diese Perspektiven sind für mich keine abstrakten Modelle, sondern eine hilfreiche Linse, um das zu verstehen, was in solchen Räumen tatsächlich geschieht – insbesondere die Spannungen zwischen unterschiedlichen Wahrnehmungs- und Handlungsmustern.

1. Transformation beginnt mit Bewusstsein

In der Arbeit am Transformationsforum wird für mich zunehmend spürbar, dass gesellschaftliche Transformation nicht allein auf struktureller oder politischer Ebene geschieht. Sie setzt eine Entwicklung des kollektiven Bewusstseins voraus – eine Reifung von Wahrnehmung, Verantwortung und Beziehung zur Welt. Transformation zeigt sich damit nicht nur im Umbau von Systemen, sondern vor allem in veränderten Haltungen – weg von Trennung, Kontrolle und kurzfristigem Nutzen hin zu Verbundenheit, Verantwortlichkeit und langfristigem Gemeinwohl. Aus der Perspektive von *Spiritual Dynamics* zeigt sich darin eine Bewegung von eher trennenden zu stärker verbindenden Bewusstseinsformen.

2. *Krise als Ausdruck und Motor von Entwicklung*

Die gegenwärtige Polykrise macht sichtbar, wie eng äußere und innere Entwicklung miteinander verbunden sind. Die Krisen demokratischer Systeme lassen sich nicht allein durch kurzfristige politische Faktoren erklären. In den Gesprächen im Transformationsforum zeigt sich dabei immer wieder, dass sie auf ein tieferliegendes Spannungsfeld verweisen: Ein Weltbild, das auf Kontrolle, Vereinfachung und linearem Fortschritt basiert, gerät angesichts komplexer, vernetzter Herausforderungen an seine Grenzen.

Morin (2008) betont, dass komplexe Probleme nicht durch Reduktion, sondern durch Integration bearbeitet werden müssen. Krisen erscheinen in diesem Sinne auch als Übergangspunkte – als Momente, in denen sichtbar wird, was nicht mehr trägt, und gleichzeitig Raum für neue Formen des Denkens und Handelns entsteht. In der Logik von Spiral Dynamics lässt sich dieses Spannungsfeld auch als Ausdruck unterschiedlicher Bewusstseinslogiken verstehen, die jeweils eigene Antworten auf Unsicherheit und Komplexität hervorbringen.

3. *Entwicklung als Erweiterung von Perspektiven*

Gesellschaftliche Entwicklung lässt sich vor diesem Hintergrund als Erweiterung von Perspektiven verstehen. Unterschiedliche Dynamiken spiegeln unterschiedliche Bewusstseinslogiken wider (Beck/Cowan 1996). Entwicklung bedeutet dabei nicht das Ersetzen des Alten durch das Neue, sondern dessen Einordnung in einen erweiterten Zusammenhang.

Mit wachsender Komplexität erlebe ich, wie notwendig es wird, Ambivalenzen auszuhalten, unterschiedliche Sichtweisen zu integrieren und über den eigenen unmittelbaren Horizont hinaus zu handeln. Laloux (2014) zeigt, dass Organisationen dann zukunftsfähig werden, wenn sie diese erweiterten Bewusstseinsformen in ihren Strukturen und Kulturen abbilden. Spiritual Dynamics erweitert diese Perspektive, indem Entwicklung nicht nur als Veränderung von Denk- und Handlungsmustern verstanden wird, sondern als Vertiefung von Bewusstheit.

4. *Demokratie als Frage von Haltung*

Diese Entwicklung spiegelt sich auch im Verständnis von Demokratie. Sie ist nicht nur eine institutionelle Struktur, sondern eine Lebensform, die auf der Fähigkeit beruht, Differenz anzuerkennen, ohne in Spaltung zu verfallen, und Kooperation zu ermöglichen.

Scharmer (2016) beschreibt Transformation als Veränderung des inneren Ortes, aus dem heraus wir handeln. Demokratie wird damit zu einer Frage von Bewusstsein und Haltung.

5. Räume für Dialog und Begegnung

Transformation braucht Räume, in denen Begegnung möglich wird. Räume, in denen Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen einander zuhören, ihre Perspektiven einbringen und gemeinsam neue Wirklichkeiten denken können. Genau das geschieht im Transformationsforum.

Palmer (2004) beschreibt solche Räume als Orte, in denen inneres und äußeres Leben miteinander in Beziehung treten. Auch Scharmer (2016) spricht von sozialen Feldern, in denen sich Zukunft im gemeinsamen Wahrnehmen und Handeln herausbildet.

In meiner Arbeit als Moderatorin wird dabei besonders deutlich, wie entscheidend die Qualität dieser Räume ist. Ich gestalte diese Räume bewusst so, dass möglichst viele Stimmen gehört werden, Unterschiedlichkeit stehen bleiben darf und echte Begegnung entstehen kann. Transformation lässt sich nicht erzwingen. Sie entsteht dort, wo Bedingungen geschaffen werden, die Vertrauen ermöglichen, Beteiligung fördern und echte Begegnung zulassen.

6. Transformation zwischen Ohnmacht und Zuversicht

Die ökologische und gesellschaftliche Krise macht sichtbar, dass es nicht nur um technische oder politische Lösungen geht, sondern um eine grundlegende Neubestimmung unseres Verhältnisses zur Welt. Gleichzeitig prägen Unsicherheit, Ohnmacht und Zukunftsangst das gesellschaftliche Erleben. Diese Spannung ist auch im Raum spürbar.

Macy/Johnstone (2012) beschreiben diese Phase als notwendigen Teil eines kollektiven Übergangs. Auch Rohr (2011) versteht Krisen als Entwicklungsschritte, die zu einer erweiterten Perspektive führen.

Zuversicht entsteht dabei nicht aus Gewissheit, sondern aus der bewussten Entscheidung, sich auf Entwicklung einzulassen.

7. Transformation als Zusammenspiel von Innen und Außen

Gesellschaftliche Transformation vollzieht sich gleichzeitig auf mehreren Ebenen: strukturell, kulturell und individuell. Diese Ebenen sind untrennbar miteinander verbunden.

Wilber (2001) beschreibt diese Verschränkung als zentral für Entwicklung. Auch Latour (2018) weist darauf hin, dass ökologische und gesellschaftliche Fragen nicht getrennt voneinander gedacht werden können.

Im Transformationsforum wird dieses Zusammenspiel konkret erfahrbar: als Raum, in dem nicht nur Ideen entstehen, sondern auch neue Formen des Wahrnehmens, Denkens und Handelns.

An dieser Stelle gilt mein besonderer Dank Dr. Ernst Furlinger, der mit großem Engagement auf der strukturellen, kulturellen und individuellen Ebene dieses lebendige Transformationsforum in seiner Vielfalt mit über 120 Organisationen möglich macht.

Dr. Annemarie Felder: Als Moderatorin verstehe ich meine Aufgabe darin, Räume sorgfältig zu gestalten, in denen möglichst viele Perspektiven gehört werden, echte Gespräche entstehen und neue Verbindungen möglich werden. Auf dieser Ebene von Bewusstsein und Haltung zu arbeiten, ist für mich nicht nur professionelle Praxis, sondern der Kern meiner Arbeit.

Literaturverzeichnis

- Beck, D. E., & Cowan, C. C. (1996). *Spiral Dynamics*. Oxford: Blackwell.
- Laloux, F. (2014). *Reinventing Organizations*. Brüssel: Nelson Parker.
- Latour, B. (2018). *Down to Earth*. Cambridge: Polity Press.
- Macy, J., & Johnstone, C. (2012). *Active Hope*. Novato: New World Library.
- Morin, E. (2008). *On Complexity*. Cresskill: Hampton Press.
- Palmer, P. J. (2004). *A Hidden Wholeness*. San Francisco: Jossey-Bass.
- Rohr, R. (2011). *Falling Upward*. San Francisco: Jossey-Bass.
- Scharmer, O. (2016). *Theory U* (2. Auflage). San Francisco: Berrett-Koehler.
- Wilber, K. (2001). *A Theory of Everything*. Boston: Shambhala.

Bodenschutz: Literatur und Links

Literatur:

- Tanja Busse/ Christiane Grefe (2024): Der Grund. Die neuen Konflikte um unsere Böden – und wie sie gelöst werden können. Verlag Kunstmann.
- Daniel Fuhrhop (2020): Verbiestet das Bauen! Streitschrift gegen Spekulation, Abriss und Flächenfraß, oekom Verlag.
- Global 2000/ Heinrich Böll-Stiftung (2024): Bodenatlas 2024 - Daten und Fakten über eine lebenswichtige Ressource <https://www.global2000.at/publikationen/bodenatlas>
- Karoline Mayer/ Katharina Ritter/ Angelika Fitz/ Architekturzentrum Wien (Hg.) (2023): Boden für alle. Architekturzentrum Wien / Park Books. 2. Aufl.
- Gernot Stöglehner (2024): Rettet die Böden. Ein Plädoyer für eine nachhaltige Raumentwicklung. Falter Verlag.
- Florian Schwinn (2019): Rettet den Boden! Warum wir um das Leben unter unseren Füßen kämpfen müssen. Westend Verlag.
- Gerlind Weber/ Karl Staudinger: Boden gut machen. Warum Bodenschutzpolitik Priorität braucht und wie man ins Tun kommt. Wien: FREDA – Die Grüne Zukunftsakademie, 2. Aufl. 2025.
- WWF Österreich (2025): Bodenreport 2025 – Viel verbautes Österreich https://www.wwf.at/wp-content/uploads/2025/06/WWF_Bodenreport_2025.pdf

Dokumente:

- ÖROK (2018): Raumordnung in Österreich und Bezüge zur Raumentwicklung und Regionalpolitik
www.oerok.gv.at/fileadmin/user_upload/publikationen/Schriftenreihe/202/OEROK-SR_202_DE.pdf
- ÖROK (2024): Bodenstrategie für Österreich. Strategie zur Reduktion der weiteren Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung bis 2030
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente%20LWLD%20Abt_RO/OEREK_Bodenstrategie2024.pdf
- ÖROK (2021): Österreichisches Raumentwicklungskonzept ÖREK 2030. Raum für Wandel
www.oerok.gv.at/fileadmin/user_upload/publikationen/Schriftenreihe/210/OEREK-2030.pdf

Websites:

- ÖROK-Monitoring zur Flächeninanspruchnahme und Versiegelung (2025)
www.oerok.gv.at/monitoring-flaecheninanspruchnahme
- Bodenbündnis
www.bodenbuendnis.org

- Padlets der Österreichern Bodenkundlichen Gesellschaft (ÖBG)
<https://padlet.com/OEBG/berblick-alle-bg-padlets-v398qrxfk2c2zycy>
- Verein LandLuft
www.landluft.at
- Bachflächendialog
www.brachflaechen-dialog.at
- Unser Boden Archiv
www.unserboden.at

Tools:

- ÖROK Atlas
www.oerok-atlas.at
- Soil Walks-Dashboard zur Flächeninanspruchnahme und Versiegelung
www.flaechendashboard.at
- Bodenfunktionen
https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/themen/boden/paedagogik/bodenfunktionen_poster_a1.pdf
- BEAT Karte - Wertvolle landwirtschaftliche Produktionsflächen
<https://secure.umweltbundesamt.at/beat/>
- Kartenset für Leerstandsmanagement
www.project.tuwien.ac.at/kartenset
- Klima Konkret Plan
www.klimakonkret.at/wp-content/uploads/2020/10/KlimaKonkret_Karte_WEB.pdf
- eBOD landwirtschaftliche Bodenkarte
<https://bodenkarte.at/>
- Bodendatenportal Austria
<https://www.ages.at/umwelt/boden/abodat/abodat>
- Bodenschätzung Österreich
<https://bodenschaetzung.bev.gv.at/>

Forschungsprojekte:

- Soil Walks: Bewusstsein für Flächeninanspruchnahme, Versiegelung und Innenentwicklung
www.soilwalks.project.tuwien.ac.at
- AGES (2018): BEAT - Bodenbedarf für die Ernährungssicherung in Österreich
https://dafne.at/content/report_release/aa85879d-af0f-4273-a1e2-b7f1d7178d41_0.pdf
- Leerstand mit Aussicht
www.leerstandmitaussicht.project.tuwien.ac.at
- Projekte des Umweltbundesamts
www.umweltbundesamt.at/umweltthemen/boden/rp-projekte

Podcasts:

- Zukunft Stadt #21 BODEN IM FOKUS: Welchen Beitrag kann die Zivilgesellschaft zum Bodenschutz leisten?
<https://futurelab.tuwien.ac.at/podcast/podcast-folgen/21-boden-im-fokus-welchen-beitrag-kann-die-zivilgesellschaft-zum-bodenschutz-leisten2>
- Soil Cast - Boden, Umwelt, Klima
www.soilcast.de

Zusammenstellung: Barbara Steinbrunner (TU Wien), unter Mitarbeit von Christina Hummel (AGES) und Ernst Förlinger.

Der Boden – unser Leben!



In einer Handvoll Erde leben mehr Lebewesen, als es Menschen auf der Erde gibt.



Boden bietet Lebensraum und sichert unsere heimische Lebensmittelproduktion.



Unser Boden speichert Kohlenstoff sowie Wasser, schützt vor Überschwemmungen und Dürre.



Nur 16 % der Fläche Österreichs sind Ackerland, auf dem Lebensmittel produziert werden können.



Der **Boden** ist eine nicht erneuerbare, wertvolle Ressource. Er ist Teil unserer kritischen Infrastruktur.

Erhalten wir daher die Lebensgrundlage Boden. Das sind wir unseren Kindern schuldig!

HV
ÖSTERREICHISCHE
HAGELVERSICHERUNG

LEHRGANG BAUKULTUR

Ein Lehrgang mit Praxisbezug – zum ersten Mal in Niederösterreich



© Elmar Ludescher, Architektur: Ludescher + Lutz Architekten, www.ludescherlutz.at

Die Berücksichtigung baukultureller Belange vermag Projekte zu verteuern, zu verzögern oder gar zu verhindern, schafft aber stets einen Mehrwert für die Gesellschaft. Eine frühzeitige Auseinandersetzung mit der Komplexität baukultureller Aspekte erweist sich in der Praxis als zielführend. Im Lehrgang erfolgt eine profunde Auseinandersetzung mit relevanten Themen wie rechtliche Rahmenbedingungen, Fragen der Förderung und Finanzierung oder Herausforderungen in der Planung und Umsetzung in Form von Vorträgen, Diskussionen, Kurzexkursionen zu prägnanten Fallbeispielen und Gesprächen mit erfahrenen Projektverantwortlichen.

Weitere Informationen und Anmeldung:
www.lehrgang-baukultur.at

MODULE

21.05.2026	„Lebensraumgestaltung“
18.06.2026	„Gemeindeentwicklung“
24.09.2026	„Ortskernstärkung I“
25.09.2026	„Ortskernstärkung II“
15.10.2026	„Klimawandel und Resilienz“
16.10.2026	„Klimawandelfolgen“
03.12.2026	„Lokaler Kontext“

KOSTEN

Module können **einzel**n (je € 75,-) oder **als Gesamtpaket** (€ 500,-) gebucht werden

ZIELGRUPPEN

Kommunalpolitik und -verwaltung, Planung und Baumsetzung, Leerstand- und Regionalmanagement, Ortsbildschutz, interessierte Öffentlichkeit

ENTWICKLUNG UND DURCHFÜHRUNG

Universität für Weiterbildung Krems, NÖ Dorf- und Stadterneuerung, Ziviltechnikerkammer Wien, Niederösterreich, Burgenland, ORTE Architekturnetzwerk NÖ, KlimaKonkret im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport



Die Universität für Weiterbildung Krems ist spezialisiert auf berufsbegleitende Weiterbildung. Als öffentliche Universität arbeitet sie mit ihrer Expertise in Forschung und Lehre an der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und richtet ihr Studienprogramm danach aus. Sie wendet sich mit ihren Weiterbildungsstudien und Kurzprogrammen in zehn thematischen Feldern insbesondere an Berufstätige. Mit rund 7.500 Studierenden aus mehr als 100 Ländern verbindet die Universität für Weiterbildung Krems langjährige Erfahrung in wissenschaftlicher Weiterbildung mit Innovation und höchsten Qualitätsstandards in Forschung und Lehre. Die Universität führt das Qualitätssiegel der AQ Austria. Krems liegt in der einzigartigen Natur- und Kulturlandschaft Wachau, 60 km von Wien entfernt.

Information

Universität für Weiterbildung Krems
Plattform für Nachhaltige Entwicklung (SDGs)
Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30, 3500 Krems

Daniela Klein
+43 (0)2732 893-2182
daniela.klein@donau-uni.ac.at

www.donau-uni.ac.at

Herausgeber: Universität für Weiterbildung Krems,
Plattform für Nachhaltige Entwicklung (SDGs)
Foto: Kim Sung Min & Ko Ja-Young, Walter Skokanitsch;
Stand: 05/2026
Änderungen vorbehalten.

Informationen zur Datenverarbeitung und Ihren diesbezüglichen Rechten finden Sie unter www.donau-uni.ac.at/datenschutz.